

33. Sitzung

am Donnerstag, dem 16. Dezember 2004, 9.00 Uhr
in München

Geschäftliches	2271	Antrag der Abg. Franz Maget, Karin Radermacher, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. u. Frakt. (SPD),	
Geburtstagswünsche für den Abgeordneten Jürgen Ströbel	2271	Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN	
Haushaltplan 2005/2006; Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten – Landwirtschaft		Einsetzung eines Untersuchungsausschusses	
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/2193)		zur Prüfung der Frage, inwieweit Staatsministerin Hohlmeier über Vorgänge in der CSU, die dem Landeswahlgesetz in Verbindung mit der CSU-Satzung zuwiderliefen und/oder eine Verletzung des Strafgesetzbuches darstellen, informiert war und ggf. diese nicht verhinderte oder sogar aktiv unterstützte,	
und		zur Prüfung etwaiger unzulässiger Verquickung von staatlichen Aufgaben mit Parteiarbeiten für die CSU im Staatsministerium für Unterricht und Kultur,	
Haushaltplan 2005/2006; Einzelplan 09 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten – Staatsforstverwaltung		sowie zur Prüfung etwaiger rechtswidriger Be- günstigungen von Mitarbeitern des Staatsminis- teriums für Unterricht und Kultus	
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/2194)		und zur Prüfung etwaiger rechtswidriger Be- nachteiligungen bzw. Beförderungen einzelner bayerischer Schulleiterinnen und Schulleiter durch Staatsministerin Hohlmeier (Drs. 15/1930)	
Staatsminister Josef Miller (s. a. Anlage 1)	2271, 2290, 2349	und Festlegung der Mitgliederzahl, Besetzung und Vorsitz des Untersuchungsausschusses	
Heidi Lück (SPD)	2274	Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 15/2356)	
Kurt Eckstein (CSU)	2278	Karin Radermacher (SPD)	2293
Adi Sprinkart (GRÜNE)	2279, 2290	Margarete Bause (GRÜNE)	2296
Helmut Brunner (CSU)	2281	Alexander König (CSU)	2298
Gudrun Peters (SPD)	2286		
Dr. Christian Magerl (GRÜNE)	2287	Beschluss zum Untersuchungsauftrag	2301
Sepp Ranner (CSU)	2288	Beschluss zur Besetzung des Untersuchungsausschusses	2301
Beschluss zum Einzelplan 08	2292	Bestellung des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses	2301
Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 2) ..	2292, 2345		
Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium	2292		
Erledigung des Änderungsantrags 15/2086	2293		
Beschluss zum Einzelplan 09	2293		
Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 3) ..	2293, 2346		
Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium	2293		

Gesetzentwurf der Staatsregierung	
Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches	
(Drs. 15/1947)	
- Zweite Lesung -	
 Beschlussempfehlung des Sozialausschusses	
(Drs. 15/2355)	
Joachim Unterländer (CSU).....	2301
Christa Steiger (SPD).....	2302
Renate Ackermann (GRÜNE)	2304
Beschluss in Zweiter Lesung	2305
Schlussabstimmung	2305
 Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Franz Schindler, Joachim Wahnschaffe u. a. u. Frakt. (SPD)	
Landesarbeitsgericht München (Drs. 15/1715)	
Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses	
(Drs. 15/2151)	
Beschluss	2305
 Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Ludwig Wörner, Christa Naaß u. a. u. Frakt. (SPD)	
Erhalt der Selbständigkeit der Gewerbeaufsichtsämter (Drs. 15/1328)	
Beschlussempfehlung des Sozialausschusses	
(Drs. 15/2326)	
Erledigung.....	2305
 Antrag der Abg. Heidi Lück (SPD)	
Verwaltungsreform – Vorlage von Kriterien und einer Kosten-Nutzenrechnung bei der Neueinteilung der Land- und Forstwirtschaftsämter	
(Drs. 15/1787)	
Beschlussempfehlung des Landwirtschaftsausschusses (Drs. 15/2340)	
Beschluss	2305
Mitteilung betr. Erledigung von Anträgen	
(s. a. Anlage 4).....	2306, 2347
Mittagspause	2306
 Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann, Renate Dodell, Siegfried Schneider u. Frakt. (CSU)	
Spitzenstellung des dreigliedrigen Schulsystems in Bayern weiter ausbauen (Drs. 15/2372)	
und	
 Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Marianne Schieder, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. u. Frakt. (SPD)	
Sofortprogramm für Bayerns Schulen	
(Drs. 15/2373)	
und	
 Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Marianne Schieder, Karin Pranghofer, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert u. Frakt. (SPD)	
Anhörung „Entwicklung der Schulstrukturen in Bayern, Deutschland und im europäischen Vergleich“ (Drs. 15/2410)	
und	
 Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
800 Lehrerinnen und Lehrer einstellen (Drs. 15/2412)	
Siegfried Schneider (CSU).....	2306
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)	2308, 2319
Simone Tolle (GRÜNE).....	2310, 2320
Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU).....	2314
Karin Pranghofer (SPD)	2316
Staatsministerin Monika Hohlmeier	2317
Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 15/2372.	2320
Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 15/2373.	2320
Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 15/2410.	2320
Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 15/2412	
(s. a. Anlage 5).	2320, 2327, 2348
 Dringlichkeitsantrag der Abg. Ulrike Gote, Dr. Christian Magerl, Eike Hallitzky u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Bericht über Verkäufe und Verkaufsverhandlungen bezüglich Grundstücke der Staatsforstverwaltung (Drs. 15/2374)	
Dr. Christian Magerl (GRÜNE).....	2321
Helmut Brunner (CSU).....	2321
Heidi Lück (SPD)	2321
Beschluss	2321
 Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann, Dr. Otmar Bernhard, Markus Sackmann u. a. u. Frakt. (CSU)	
Möglichkeiten eines Systemwechsels bei der Umsatzsteuer prüfen (Drs. 15/2375)	
und	
 Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Werner Schieder, Dr. Heinz Kaiser u. Frakt. (SPD)	
Umsatzsteuerbetrug bekämpfen (Drs. 15/2407)	
Markus Sackmann (CSU)	2321
Werner Schieder (SPD)	2322, 2326
Eike Hallitzky (GRÜNE)	2324
Staatssekretär Franz Meyer	2326, 2327
Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 15/2375.	2327
Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 15/2407.	2328
 Dringlichkeitsantrag der Abg. Susann Biedefeld, Christa Steiger, Wolfgang Hoderlein u. a. u. Frakt. (SPD)	

Zu hohe Schadstoff-Einträge in Oberfranken (Drs. 15/2376)	
Ludwig Wörner (SPD)	2328
Ulrike Gote (GRÜNE)	2328, 2332
Christian Meißner (CSU)	2328
Ruth Paulig (GRÜNE)	2330
Staatssekretärin Emilia Müller	2331, 2332
Beschluss	2333
Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Finanzprobleme der Bezirke lösen (Drs. 15/2377)	
Verweisung in den Haushaltsausschuss	2333
Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Helga Schmitt-Büssinger, Florian Ritter u. a. u. Frakt. (SPD)	
Finanzsituation der bayerischen Bezirke (Drs. 15/2408)	
Verweisung in den Haushaltsausschuss	2333
Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann, Thomas Kreuzer, Renate Dodell u. a. u. Frakt. (CSU)	
Freiheitsrechte von Frauen sichern – Zwangs- verheiratungen verhindern (Drs. 15/2378)	
Verweisung in den Verfassungsausschuss	2333
Dringlichkeitsantrag der Abg. Johanna Werner- Muggendorfer, Monica Lochner-Fischer u. Frakt. (SPD)	
Freiheitsrechte von Frauen durchsetzen – Zwangsverheiratungen verhindern (Drs. 15/ 2411)	
Verweisung in den Verfassungsausschuss	2333
Weihnachts- und Neujahrswünsche	
Präsident Alois Glück	2333, 2338
Johanna Werner-Muggendorfer (SPD)	2335
Stellvertretender Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein	2336
Schluss der Sitzung	2338

(Beginn: 9.02 Uhr)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Ihnen allen einen schönen guten Morgen! Ich eröffne die 33. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde wie immer erteilt.

Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich einem Geburtstagskind einen herzlichen Glückwunsch aussprechen, nämlich Herrn Kollegen Ströbel. Er feiert heute seinen Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Lieber Kollege, im Namen des ganzen Hauses alles Gute, vor allen Dingen Gesundheit und viel Erfolg für die parlamentarische Arbeit. Alles Gute für Sie!

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Tagesordnungspunkt 17
Haushaltplan 2005/2006;
Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten – Landwirtschaft

Tagesordnungspunkt 18
Haushaltplan 2005/2006;
Einzelplan 09 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten – Staatsforstverwaltung

Das Wort hat der Herr Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten, Herr Kollege Miller.

Staatsminister Josef Miller (Landwirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das gesamte Redemankuscript liegt vor.

(siehe Anlage 1)

Ich werde die wesentlichen Teile herausgreifen und vortragen.

Bayern ist das Agrarland Nummer eins in Deutschland. Unsere Landwirte produzieren qualitativ hochwertige Nahrungsmittel, Energie und wertvolle Rohstoffe. Das Gesicht Bayerns ist geprägt durch seine gepflegten Landschaften, welche das Ergebnis der Arbeit der Bauern sind. Zusammen mit der Ernährungswirtschaft stellt die Landwirtschaft mit 32 Milliarden Euro Umsatz den drittstärksten Wirtschaftszweig des Landes dar. Bei den Beschäftigten liegen beide Wirtschaftszweige, Land- und Ernährungswirtschaft zusammen, mit rund 400 000 Erwerbstägigen sogar an erster Stelle.

Auf die Land- und Forstwirtschaft kommen in der Laufzeit des Doppelhaushalts 2005/2006 zwei gravierende Herausforderungen zu: erstens die Umsetzung der gemeinsa-

men Agrarpolitikreform ab 1. Januar 2005 und zweitens die Belastung für die deutsche Landwirtschaft im europäischen Vergleich durch die Bundesagrarpolitik. Dies erfolgt in einer Zeit, in der sich die bäuerlichen Betriebe in einer ausgesprochen schwierigen Einkommenssituation befinden. Die Einkommen der Landwirte sind im vergangenen Jahr weiter gesunken. Nach dem Trockenjahr 2003 haben die Bauern heuer zwar ein Erntejahr erlebt, das im Hinblick auf die Erträge alle Erwartungen übertroffen hat; die Antwort des Marktes folgte aber prompt: Wir haben einen starken Preisverfall bei wichtigen landwirtschaftlichen Produkten erlebt, und der Eingriff der EU in die Milchmarktordnung schon in diesem Jahr hat zu deutlichen Preissenkungen bei der Milch geführt. Die EU-Ausgleichszahlungen kompensieren dies nicht.

In dieser schwierigen Situation müssten faire Rahmenbedingungen im Interesse der deutschen Landwirtschaft das Ziel der Bundesregierung sein. Aber Tatsache ist, dass die Agrardieselzuschüsse gekürzt werden und unsere Landwirte in Bayern mit 56 Millionen Euro pro Jahr belasten. Deutschland hat künftig die höchste Steuer in Europa, während viele andere Länder wegen hoher Ölpreise sogar eine Senkung vornehmen und die Kleinbetriebe, ungefähr 60 000 an der Zahl, die fast die Hälfte aller Betriebe stellen, verlieren die Rückerstattungsansprüche insgesamt. Das ist ein sehr gravierender Vorgang, weil gerade die kleinen Betriebe benachteiligt werden. Hinzu kommt die drastische Kürzung der Bundesmittel für die landwirtschaftliche Krankenversicherung in Höhe von 25,5 Millionen Euro. Das bedeutet Beitragserhöhungen von 17 bis 20 %. Dazu kommt die Kürzung der Bundesmittel zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung in Höhe von 50 Millionen Euro, die die bayerische Landwirtschaft mit 17,2 Millionen Euro belastet.

Der bayerische Agrarhaushalt, Kolleginnen und Kollegen, ist ein Zeichen der Solidarität mit unserer bäuerlichen Landwirtschaft. Wir stärken mit unserer Politik das Selbstvertrauen unserer Landwirte und ermutigen sie, die Herausforderungen, vor denen sie stehen, zu meistern. Wir bieten ihnen Hilfe zur Selbsthilfe im besonderen Sinn. Der Agrarhaushalt wird im Jahr 2005 rund 1,040 Milliarden Euro betragen und damit gegenüber 2004 nur um 0,98 % zurückgehen. Bereits im Jahr 2006 wird er gegenüber 2005 wieder um 1,9 % auf 1,060 Milliarden Euro ansteigen.

Das Ziel ist, einkommenswirksame Zahlung zu sichern. Der Einzelplan 08 ist geprägt vom Willen, den Landeshaushalt im Jahr 2006 ohne Nettokreditaufnahme aufzustellen und trotzdem der bäuerlichen Landwirtschaft eine Hilfe zu geben, diese Herausforderungen, die ich aufgezeigt habe, zu bewältigen.

In der ausgesprochen schwierigen Einkommenssituation haben die direkt einkommenswirksamen Zahlungen oberste Priorität. Wir haben im Nachtragshaushalt 2004 die Kofinanzierungsmittel nicht gekürzt und werden dies auch im Doppelhaushalt 2005/2006 nicht tun. Wir stellen die notwendigen Mittel bereit, damit die Finanzmittel in Berlin und Brüssel abgeholt werden können. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Nicht alle Länder in der Bundesrepublik Deutschland können dies tun.

(Beifall bei der CSU)

Ab dem Jahr 2006 werden durch die EU-Agrarpolitik Maßnahmen im Rahmen der obligatorischen Modulation möglich. Das heißt, wir brauchen für deren Kofinanzierung im Jahr 2006 11,8 Millionen Euro zusätzlich, die in den Haushalt eingestellt worden sind. So können 10 Millionen Euro EU-Mittel gebunden werden, die sonst für unsere Landwirte verloren wären. Ich plane, diese Modulationsmittel vorrangig für Vieh haltende Betriebe und zur Sicherung der Grünlandstandorte zu verwenden.

Wir wollen mit unserem Haushalt strukturelle Nachteile ausgleichen und Investitionen fördern. Mit durchschnittlich rund 25 Hektar weisen die bayerischen Betriebe im Vergleich mit anderen Bundesländern die geringste Flächenausstattung auf. Um diese Strukturmängel auszugleichen, handeln wir aktiv und fördern die landwirtschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen mit 36,3 bzw. 34,7 Millionen Euro. Allein durch den überbetrieblichen Maschinen-einsatz werden jährlich insgesamt über 250 Millionen Euro Kosten bei den landwirtschaftlichen Betrieben gespart.

Um zu gewährleisten, dass zukunftsfähige Betriebe das durch den Strukturwandel frei werdende Land aufnehmen und weiter bewirtschaften, müssen sie Investitionen tätigen. Die einzelbetriebliche Investitionsförderung bleibt deshalb ein Eckpfeiler unserer Agrarpolitik, auch damit die Betriebe moderne Technik und moderne Gebäude zur Verfügung haben, in die sie investieren können. Dafür stellen wir 45 Millionen Euro zur Verfügung.

Drittens. Neue Einkommenswege erschließen – den Anteil nachwachsender Rohstoffe ausbauen. – Im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe werden zukünftige Einkommensmöglichkeiten erschlossen werden. Wärme und Strom aus Stall, Feld und Wald haben Zukunft. Bayern hat als erstes Land und lange vor der Bundesregierung diesen innovativen Sektor massiv vorangetrieben. 57 % der Mittel, die vom Bund für Biomasseheizkraftwerke ausgegeben werden, fließen nach Bayern. In Bayern werden bereits 3,7 % des gesamten Primärenergieverbrauches aus Biomasse erzeugt. Das ist mehr als die Energie aus Wasserkraft und ein fast doppelt so hoher Anteil wie in Deutschland.

Viertens. Natürliche Lebensgrundlagen sichern. – Die bäuerliche Landwirtschaft, wie wir sie in Bayern vorfinden, bietet beste Voraussetzungen für geschlossene Stoffkreisläufe. Sie ist damit nachhaltig und eine Produktionsform mit Zukunft. Mit dem Kulturlandschaftsprogramm werden Betriebe gefördert, die besonders umweltschonend wirtschaften. Sie bewirtschaften bei uns mehr als die Hälfte aller Flächen. Wir nehmen eine Spitzenstellung in Europa ein. Im neuen Haushalt stellen wir in den nächsten beiden Jahren jeweils rund 180 Millionen Euro für diesen Zweck zur Verfügung. Das finden sie in keinem anderen Land der Bundesrepublik auch nur annähernd.

(Beifall bei der CSU)

Mit der Ausgleichszulage tragen wir Sorge dafür, dass unsere Landwirtschaft flächendeckend wirtschaften kann. Gerade die landschaftlich reizvollsten Gebiete sind oft nur

unter schwierigen Bedingungen zu bewirtschaften, etwa die Erholungsgebiete. Diese Gebiete sind auch oft ertragsarm. Deswegen geben wir über die Ausgleichszulage eine Art Landschaftspflegehonorar. Für die Ausgleichszulage in landwirtschaftlich schwierige Gebiete und schwer bewirtschaftbare Lagen werden wir in den nächsten beiden Jahren jeweils rund 135 Millionen Euro bereitstellen. Die EU fordert nun eine neue Abgrenzung der Fördergebiete. Dieser Forderung erteilen wir eine Absage, weil wir in Deutschland und in Bayern mit der landwirtschaftlichen Vergleichszahl ein gutes Instrument für die Abgrenzung haben.

Fünftens. Durch Qualität überzeugen. – Die Sicherung von Qualitätsstandards und die Rückverfolgbarkeit der Produktionsabläufe wird immer wichtiger, um auf den europäischen und den Weltmärkten konkurrenzfähig bleiben zu können. Wir wollen hier der Ernährungswirtschaft helfen und die Programme aufeinander abstimmen, damit ein modulares Rahmenkonzept für die Qualitäts- und Herkunftssicherung zur Verfügung steht. Darüber hinaus leisten wir mit unseren Investitions- und Absatzfördermaßnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Wertschöpfung des bayerischen Ernährungsgewerbes mit jeweils rund 24 Millionen Euro in den nächsten beiden Jahren. Der gute Ruf bayerischer Produkte und das positive Image Bayerns spiegeln sich in den Agrarexporten wieder, die inzwischen bei annähernd 5 Milliarden Euro pro Jahr liegen.

Sechstens. Bildung als Wettbewerbsfaktor stärken. – Aus- und Fortbildung sind die wichtigsten Wettbewerbsfaktoren für unsere Landwirtschaft. Mit der Neuorganisation unserer Landesanstalten haben wir flächendeckend in Bayern sieben spezialisierte Lehr-, Versuchs- und Fachzentren für die Aus- und Fortbildung eingerichtet. Sie stehen für die berufliche Bildung in der Berufsschulzeit zur Verfügung. Wir werden diese Einrichtungen weiter ausbauen und in diese Anstalten investieren. Das hohe Niveau unserer Landwirtschaftsschulen zeigt sich darin, dass sich nahezu 75 % der Absolventen zur Meisterprüfung anmelden. Jeder zweite landwirtschaftliche Meister in Deutschland hat seinen Abschluss in Bayern erreicht. Unsere einsemestrige Hauswirtschaftsschule für Bäuerinnen ist ein Erfolgsmodell. Frauen, die erst einen anderen Beruf erlernt haben und sich auf die spätere Tätigkeit in der Landwirtschaft vorbereiten wollen, können sich hier qualifizieren. Ferner haben wir ein modulares Bildungsprogramm für Landwirte im Nebenerwerb. Hier können außerlandwirtschaftlich Ausgebildete die notwendigen Kenntnisse erlangen. Dieses Programm wird hervorragend angenommen und weiter ausgebaut.

Siebte: Den ländlichen Raum stärken. – Der ländliche Raum hat sich in der Vergangenheit hervorragend behauptet. Aber er steht vor großen Herausforderungen, weil auch er von den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen nicht verschont bleibt. Ich nenne nur zwei Stichworte: landwirtschaftlicher Strukturwandel und demografische Entwicklung. Die Stärkung des ländlichen Raumes gehört deshalb zu den Daueraufgaben einer modernen, vorausschauenden Agrarpolitik. Wir werden eine passive Sanierung des ländlichen Raumes nicht zulassen. Unsere Aufmerksamkeit gilt in den kommenden zwei Jahren, in diesem Doppelhaushalt, insbesondere dem ländlichen

Raum. Wir werden die Instrumente der ländlichen Entwicklung durch Flurneuordnung und Dorferneuerung als Hilfe zur Selbsthilfe konsequent einsetzen und weiter entwickeln. Wir stellen deshalb für diese Programme insgesamt über 100 Millionen Euro pro Jahr bereit. Auch hier können Sie die Agrarhaushalte der anderen Bundesländer durchsehen – Sie werden kein anderes Bundesland finden, das diese Größenordnung auch nur annähernd erreicht.

(Beifall bei der CSU)

Viele Länder haben diese Unterstützung schon ganz aufgegeben.

Wir beraten heute über einen Doppelhaushalt, dessen Laufzeit mit dem Ende der EU-Programmplanungsperiode 2000/2006 zusammenfällt. Wir stehen damit wieder vor entscheidenden Weichenstellungen für die neue Programmplanungsperiode 2007 bis 2013. Sie wissen, dass die Europäische Union die Finanzmittel für diesen Zeitraum zur Verfügung stellt. Veränderungen in der Förderpolitik der EU bei der zweiten Säule haben unmittelbare Auswirkungen auf unsere Landesfördermaßnahmen. Bis zum Jahr 2007 müssen wir unsere Fördermaßnahmen an die Bedingungen der Verordnung zur Förderung des ländlichen Raumes anpassen. Dies geschieht mit der notwendigen Novellierung des bayerischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes, das nun seit 30 Jahren gültig ist. Es hat sich als ein hervorragendes Instrument für die Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft, der Ernährungswirtschaft, aber auch des ländlichen Raumes erwiesen. Nach dem derzeitigen Planungsstand werden wir im kommenden Jahr ein Eckpunktepapier dazu vorlegen. Das neue Landwirtschaftsförderungsgesetz sollte rechtzeitig vor Beginn der Förderperiode 2007 in Kraft treten. Ich werde das Hohe Haus frühzeitig in den Dialog einbinden. Unser Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit unserer multifunktionalen und nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft zu stärken, die Attraktivität unserer Kulturlandschaft mit Hilfe einer flächendeckenden Landwirtschaft und der Agrarumweltmaßnahmen zu erhalten und ein Auseinanderdriften der Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum zu vermeiden.

Lassen Sie mich nun zum Einzelplan 09, zur bayerischen Forstpolitik kommen. Die bayerische Forstpolitik werden wir nachhaltig und modern gestalten. Wer in der Forstpolitik Verantwortung trägt, steht wie die Waldbesitzer vor großen Herausforderungen. Die Waldschäden sind in Folge der Trockenheit im letzten Jahr auf Rekordhöhe gestiegen. Sie haben das alle gelesen. Schäden durch Sturm, Trockenheit und Borkenkäfer häufen sich in immer kürzeren Abständen. Das heißt: in letzter Zeit machen die Bäume, deren Einschlag überhaupt nicht geplant war die Hälfte des gesamten Einschlags aus. Sie wurden eingeschlagen wegen Sturmkatastrophen, wegen Trockenheit und Borkenkäferbefall.

Die Holzpreise sind im Keller. Allein der Preis für Fichtenstammholz ist seit 1999 um mehr als ein Drittel gesunken. Die bayerischen Waldbesitzer verlieren dadurch jährlich mindestens 170 Millionen Euro.

Unser Ziel ist eine Reform der Forstverwaltung mit Augenmaß, die zukunftsfähige Strukturen schafft. Wir beharren nicht, sondern wir reagieren auf die Herausforderungen.

Erfreulich ist, dass der Holzzuwachs und die Holzvorräte sich auf Rekordniveau befinden und die Nutzungspotenziale bei weitem nicht ausgeschöpft sind. Nirgends ist die Qualität der Waldbewirtschaftung so hoch wie in Bayern. Bei der Auseinandersetzung um das Volksbegehren wurde immer wieder deutlich herausgestellt, dass es für uns Verpflichtung und Ziel ist, dieses hohe Niveau mit und nach der Forstreform zu erhalten. Deshalb machen wir die Reform.

(Beifall bei der CSU)

Die Bundeswaldinventur II hat bestätigt, dass in Bayern die Holzvorräte so groß wie nie zuvor sind. So hat es keinen Sinn, in Bayern auf Holznutzungen zu verzichten. Der Rohstoff Holz müsste sonst aus dem Ausland über Tausende von Kilometern importiert werden, wenn wir ihn nicht vor Ort produzieren würden. Das wäre ökologischer Unsinn. Wir verfügen über immer mehr naturnahe Mischwälder. Wir haben 700 000 Waldbesitzer mit hoher Waldgesinnung seit Generationen. Die Waldinventur hat auch zum Ausdruck gebracht, dass die Qualität der Privatwälder den staatlichen Wäldern nicht nachsteht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben ein hervorragend ausgebildetes, motiviertes und innovatives Personal, das nach der Reform seine Aufgaben genauso wahrnehmen wird wie jetzt. Das Personal hat sich durch gute Leistungen ausgezeichnet. Mit Holz verfügen wir über einen attraktiven und umweltfreundlichen Bau- und Werkstoff, Dämmstoff und Energieträger.

Kern unserer Politik ist es, gepflegte und stabile Wälder zu erreichen, die ihre Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion erfüllen, die Waldbesitzer durch Hilfe zur Selbsthilfe zu unterstützen und die Forstverwaltung zu reformieren, um sie neu aufzustellen und damit fit zu machen für die Zukunft. Wir schaffen effizientere Strukturen, bauen Bürokratie und Verwaltung ab und schaffen Spielräume für Zukunftsinvestitionen. Die Bewirtschaftung des Staatswaldes wird künftig das neue Unternehmen „Bayerische Staatsforsten“ – eine Anstalt des öffentlichen Rechts – übernehmen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Kombination aus der Urproduktion von Holz mit den unzähligen und unschätzbaren Dienstleistungen des Waldes – für die Landeskultur, für sauberes Wasser, für die biologische Vielfalt, für den Klimaschutz und insgesamt für die Lebensqualität von uns allen – in Zukunft erheblich an Bedeutung gewinnen wird. Aus diesem Grundverständnis heraus und unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen haben wir den vorliegenden Forsthaushalt aufgestellt.

Wir reagieren auch mit Verbesserungen bei den forstlichen und waldbaulichen Fördermaßnahmen. Mit neuen Förderrichtlinien können wir wesentlich mehr Fördergelder des Bundes und der Europäischen Union zum Nutzen der bayerischen Waldbesitzer einsetzen. Standen 2004 zum Beispiel für die Begründung von neuen Mischwäldern

dern 15 Millionen Euro zur Verfügung, so steigt diese Summe im Jahr 2005 auf 16,3 Millionen Euro und im Jahr 2006 auf 20,1 Millionen Euro. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Antwort auf die Herausforderung für unsere Waldbesitzer ist der Anstieg der Finanzmittel in einer wirtschaftlich und finanzpolitisch ungeheuer schwierigen Zeit.

(Beifall bei der CSU)

Das Unternehmen „Bayerische Staatsforsten“ erhält für besondere Gemeinwohleistungen gesonderte Zuweisungen aus dem Haushalt. Meine Damen und Herren, damit werden die Befürchtungen, die zu Beginn der Diskussion aufkamen, zerstreut; denn es geht um die Schutzwaldsanierung und -pflege, die Moorrenaturierung, den Rad- und Wanderwegebau und die Wildparke. Die Finanzierung dieser Maßnahmen soll künftig projektbezogen erfolgen und ist damit klar von der Holzpreisentwicklung abgekoppelt. Dies ist eine deutliche Verbesserung zum Ist-Zustand. Im Doppelhaushalt sind insgesamt 29,2 Millionen Euro veranschlagt. Damit wird deutlich gemacht, dass wir dies nicht von der Einkommenssituation des Staatsforstbetriebes abhängig machen.

Die hoheitlichen Aufgaben der Forstverwaltung wie Forstaufsicht, Förderung, Schutzwaldsanierung und Waldpädagogik werden mit den Aufgaben der Landwirtschaftsverwaltung in den Ämtern für Landwirtschaft und Forsten gebündelt. Damit ist deutlich gemacht, dass Aussagen, wir wollten aus der Waldpädagogik aussteigen, nicht stimmen.

Besonders wichtig war der Erhalt des Reviersystems. Mit dieser Organisationsform können die Revierförster den Waldbesitzern unmittelbar vor Ort als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Die Beratung privater und körperschaftlicher Waldbesitzer im Zusammenhang mit der finanziellen Förderung, dem Waldschutz und der Forstaufsicht wird im bisherigen Umfang erhalten. Alle Vorhersagen, dass dies geändert werde, werden damit ad absurdum geführt.

Bei der betriebsbezogenen Beratung wird sich die Forstverwaltung schrittweise zurückziehen. Im Gegenzug werden die forstlichen Selbsthilfeeinrichtungen gestärkt. Die Zuschüsse für die Zusammenschlüsse steigen im Doppelhaushalt von 2,2 Millionen Euro auf 4 Millionen Euro, mit möglichen Umschichtungen sogar auf 4,4 Millionen Euro. Ich bin überzeugt, dass unser Kurs bei der Forstverwaltung richtig ist und unsere Reformen greifen werden. Wir werden unser Ziel erreichen: die Wälder in einem guten Zustand für die nachfolgenden Generationen zu erhalten und weiter zu geben. Darin sehen wir unsere Aufgabe, und das ist auch die Zielsetzung dieses Doppelhaushalts.

Abschließend danke ich dem Bayerischen Landtag für die Unterstützung in den Fragen, die mein Ressort betreffen. Ich danke dem Haushaltsausschuss mit seinem Vorsitzenden Manfred Ach für die sachkundigen Beratungen und dem Landwirtschaftsausschuss mit seinem Vorsitzenden Helmut Brunner für seine großartige Unterstützung.

(Beifall des Abgeordneten Sepp Ranner (CSU))

Ich bedanke mich beim Berichterstatter für den Einzelplan 08, Kurt Eckstein, und beim Berichterstatter für den Einzelplan 09, Johann Neumeier.

(Hans Joachim Werner (SPD): Gibt es nur einen?
– Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Hat keine Mitberichterstattung stattgefunden?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zu den vorgelegten Haushaltsentwürfen. Sie können daraus ersehen, dass wir den wichtigen Belangen, von denen nicht nur unsere Bauern und Waldbesitzer, sondern letzten Endes alle Bürger unseres Landes und die Zukunft des gesamten Landes betroffen sind, in guter Form Rechnung getragen haben.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Redezeit von 1 Stunde 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 46 Minuten, auf die SPD-Fraktion 25 und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 19 Minuten. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Ich darf Frau Kollegin Lück für die SPD-Fraktion das Wort erteilen. Bitte schön.

Heidi Lück (SPD): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Wir behandeln heute Haushalte, die 86 % der Landesfläche mit einem 35%igen Waldanteil beinhalten. Auch den Wirtschaftsfaktor hat der Herr Minister schon angesprochen. Das ist gut so. Die wirtschaftliche Situation ist alles andere als gut. Allerdings ist dies fast überall so, nicht nur in der Landwirtschaft, und zwar auch, weil in den Neunzigerjahren notwendige Entscheidungen bewusst ausgesessen wurden.

(Beifall bei der SPD)

Das geht heute leider nicht mehr, weil wir in ein enges Korsett der EU eingebunden sind, dessen Stangen Sie, speziell Sie, eingezogen haben. Zeigen Sie doch deshalb nicht immer nach Berlin, Herr Minister! Es ist immer das gleiche Lied: Sie kehren vor der Tür von anderen – vor der eigenen Tür kehren Sie nicht.

(Beifall bei der SPD)

Liegt da vielleicht zu viel Dreck? Ich sage Ihnen: Wer laut genug brüllt, kann sich zwar in Bayern Gehör verschaffen, aber wahr wird es deswegen nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich wage nicht zu prognostizieren, wie es den Bauern unter einer schwarz-gelben Regierung ginge. Die damals propagierten Maßnahmen – Sie erinnern sich an die Petersberger Beschlüsse und die Aufstände – waren keine Grundlage für übertriebenen Optimismus. Wenn ich mir die Statistiken ansehe – übrigens Statistiken von der CSU und vom Bauernverband: Der Landwirtschaft ging es un-

ter einer SPD-Regierung immer besser als unter schwarz-gelb.

(Beifall bei der SPD)

Da können Sie noch so viel dagegen reden. Die Zahlen sprechen für sich, leider manchmal erst im Nachhinein.

Wir sind uns einig, dass gerade in Bayern eine bäuerliche Struktur mit Klein- und Mittelbetrieben für eine flächendeckende Landbewirtschaftung notwendig ist, um die Vielfalt unserer Kulturlandschaft und auch den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereich mit seinen Arbeitsplätzen zu erhalten. Deshalb legen wir auch so viel Wert auf die Entwicklung der ländlichen Räume insgesamt.

Sie hingegen setzen in vorauselendem – in Bayern heißt es ja: in vorausstolperndem – Gehorsam als einziger Minister die Reformvorgaben von Huber und Stoiber 1 : 1 um, opfern Strukturen und verfahren mit Ämtern und Schulen nach Gutsherrenart, anstatt anhand nachvollziehbarer Kriterien, die wir immer wieder verlangen. Andere Minister, die nicht wie Sie eine Lobby hinter sich haben, machen dieses Kasperltheater nicht mit.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind, wenn man so sagen will, der negative Musterknabe in Stoibers Kabinett. Das hilft den Bauern leider wenig.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich haben wir Probleme in der Landwirtschaft durch sinkende Preise und den Druck durch einige Großabnehmer einerseits und die Einengung durch die EU und durch die WTO-Verhandlungen andererseits. Da gehen wir auch manchen Schritt gemeinsam, sowohl gegen Berlin – zum Beispiel wenn es um den Abbau der landwirtschaftlichen Sozialkassen geht – als auch gegen Brüssel. Oft aber trennen sich unsere Wege, weil wir den direkten Weg zum Ziel nehmen, Sie aber Zickzack gehen, um dann oft, wenn auch verspätet, auf unseren Trampelpfad einzuschwenken. Wir sind dann allerdings schon weit voraus.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie endlich auf unserem Weg sind, tun Sie dann so, als wenn Sie diesen Weg gerade erst und alleine gefunden hätten. Deshalb: Ehre wem Ehre gebührt, Herr Staatsminister Miller. Ich sage es zum wiederholten Male: Sie verkaufen sich bestens, aber auch das hilft den Bauern leider nicht. Speziell im Bundesrat agieren Sie nicht immer zum Nutzen der bayerischen Landwirte. Ich gebe aber zu: Sie haben ein noch größeres Talent als der Kaiser ohne Kleider. Zu meinem Erstaunen gelingt es Ihnen immer wieder, nackt vor die Bauern zu treten, ohne dass Ihre Nacktheit aufgedeckt wird.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie verkaufen Greuelaten als Wohltaten. Ich kann nur staunen, wie dies auch teils sehr wohlwollend von den Medien mitgetragen wird.

Es stimmt, dass wir vor zwei großen Herausforderungen stehen. Eine ist sicher die Umsetzung der GAP-Reform. Wir könnten allerdings schon sehr viel besser dastehen und weiter sein, wenn Sie einerseits im Bund nicht geblockt und andererseits Ihre Hausaufgaben besser gemacht hätten. Wir verlangen schon lange in X Anträgen, uns Ihre Vorstellungen von der Umsetzung preiszugeben, insbesondere wie eine neutrale Beratung, die ja auch von der EU bezuschusst wird, für die Bauern sichergestellt werden kann, ohne dass sich hier irgendwer lukrative Entgelte unter den Nagel reißt. Bis jetzt leider Funkstille! Sie sagen, Sie stehen den bayerischen Bauern in schwierigen Zeiten als verlässlicher Partner zur Seite. Auf gut schwäbisch würde ich dazu sagen: Ein echter Schmarren!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Denn überall dort, wo Sie in Eigenverantwortung handeln könnten, streichen Sie auf Teufel komm raus und kaschieren das, indem Sie mehr Geld aus Brüssel und Berlin kassieren. In Brüssel und Berlin kämpfen Sie oft genug statt für vernünftige Rahmenbedingungen für Standpunkte, die Sie nie und nimmer selbst in den Reihen Ihrer Ministerkollegen durchsetzen könnten.

(Beifall bei der SPD)

Auf das effiziente Bildungssystem – von Ihnen dargestellt –, komme ich noch. Ihre Hilfe zur Selbsthilfe für die Bauern in Bayern steht auf sehr tönernen Füßen, nachdem Sie gerade diesen Bereich wirklich massiv rasiert haben.

Durch jede Haushaltsrede, die ich hier gehört habe, zieht sich ein roter Faden, nämlich alle Schuld nach Berlin abzuschieben und dabei völlig außer Acht zu lassen, dass Sie die Ursache der Probleme Deutschlands sowohl im Finanz- als auch im Landwirtschaftsbereich selbst geschaffen haben. Sie stellen Rot und Grün in Berlin dafür an den Pranger, dass sie den von Ihnen aufgetürmten Schuldenhaufen abzutragen versuchen. In Bayern lassen Sie sich dafür feiern – in Berlin schimpfen Sie. – Toll! Schlitzohrig!

(Beifall bei der SPD)

Sie verlangen von Berlin einerseits die Haushaltssanierung, sprich: die Einhaltung der Stabilitätskriterien, blockieren aber andererseits im Bundesrat jegliche Einsparung und prügeln uns für Kürzungen im Agrarbereich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Leider muss ich feststellen, dass Ihre Wertschätzung für die Bauern in diesem Haushalt keinen Niederschlag findet. Das Dilemma resultiert natürlich nicht nur aus diesem Jahr. Die Kurve für den Landwirtschaftshaushalt geht seit Ministerpräsident Stoibers Amtsantritt steil nach unten.

Apropos Ehrlichkeit: Es ist schlitzohrig bis zum Geht nicht mehr, die Senkung von 2004 auf 2005 mit 1,1 % anzuführen, anstatt die Senkung seit 2003 anzugeben, wo Sie immerhin 12,6 % gekürzt haben. Waren im Jahre 1994 noch 4,45 % des Gesamthaushaltes für die Landwirtschaft eingestellt, sind es 2005 gerade noch 2,99 %.

(Zuruf von der SPD: Das ist ja unglaublich!)

Natürlich geht es zur Wahl wieder ein bisschen hinauf.
– Ein Narr, der Böses dabei denkt!

Gemessen am Gesamthaushalt ist also der Landwirtschaftshaushalt seit Ministerpräsident Stoibers Amtsantritt um ein Drittel gekürzt worden. Der Gesamthaushalt stieg aber im gleichen Zeitraum um 20,5 %. Der Einzelplan 08 wurde im gleichen Zeitraum um 20 % gekürzt. Tatsächlich: Sie sind ein Freund der Bauern. – Eine verquere Rechnung! Allein dem Ehrgeiz eines machtbesessenen Ministerpräsidenten, der, egal was es kostet, Klassenprimus im Sparen werden will, verdanken wir diesen neuerlichen Aderlass. Der Gesamthaushalt stieg von 2001 bis 2004 um 3,4 %; der Einzelplan 08 wurde dagegen um satte 12 % gekürzt. Übrigens: In Berlin wurde der Agraraushalt im gleichen Zeitraum um 7 % gekürzt. Das ist weit weniger als die Kürzungen, die Sie vornehmen. Einzig und allein die Mittel, die vom Bund und der EU kommen und von Bayern lediglich umverteilt werden, sind stabil geblieben oder verzeichnen Zuwächse. Das sind keine Kleckerlesbeträge, sondern immerhin 35 % des Einzelplanes, also über ein Drittel. Für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ fließen pro Jahr über 230 Millionen Euro nach Bayern, davon 97 Millionen Euro von der EU. Für bayerische Fördermaßnahmen wie Kulturlandschaftsprogramm, Dorferneuerung und Entwicklung der ländlichen Gebiete fließen noch einmal 148 Millionen Euro vom Bund und von der EU.

Verstehen Sie das nicht falsch. Natürlich wollen auch wir die Kofinanzierungsmittel vom Bund und der EU abschöpfen. Aber zur Wahrheit und Klarheit gehört es, dass Sie das auch sagen, statt sich mit fremden Federn zu schmücken.

(Beifall bei der SPD)

Sie dreschen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ungeniert auf Berlin ein, obgleich die Berliner – wie ich bereits sagte – aufgrund Ihrer Hinterlassenschaft mit dem Rücken zur Wand stehen. Die Berliner können nichts und niemanden zum Kaschieren ihres Haushalts heranziehen, wie Sie das machen. Dort kann man nicht sagen: Wir sparen intelligent, also auf gut Deutsch, mit dem Geld anderer. Die Bundesregierung muss für die Kürzungen, die wegen der Sanierung des Haushaltes schlicht überlebensnotwendig sind, selbst gerade stehen. Herr Staatsminister Miller Sie können sich also bei der EU und beim Bund bedanken. Schimpfen Sie nicht darüber, dass Sie vom Bund und der EU Geld bekommen, für das Sie sich dann feiern lassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Noch etwas: Zeigen Sie nicht immer mit dem Finger auf die anderen Länder. Das wird langsam peinlich; denn Sie haben für ein derart überhebliches Auftreten überhaupt keinen Grund, wenn man in die Geschichte schaut. Wer erst massiv abgesahnt hat und sich dann auf den Standpunkt stellt, mir gebet nix, mag zwar kurzfristig schlau sein, aber das Blatt kann sich auch einmal wenden. Solidarität war und ist keine Einbahnstraße. Sie kann es auch nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu den Trampelpfaden: Als wir davon sprachen, dass unsere Bauern freie Unternehmer seien und ihre Chancen auch in Einkommensalternativen suchen müssten, haben Sie uns noch beschimpft. Heute ist das auch für Sie kein Thema mehr. Fakt ist, dass immer weniger Bauern in Bayern allein von der Lebensmittelherstellung leben können. Neben den klassischen Betätigungen wie Urlaub auf dem Bauernhof und Dienstleistung bei der Pflege der Kulturlandschaft sehen wir in der Energiegewinnung besondere Chancen. Nachdem sich jetzt sogar Herr Dr. Stoiber zu den nachwachsenden Rohstoffen bekennt, hoffen wir auch bei Ihnen auf eine bessere Einsicht.

Endlich scheinen Sie auf unseren Pfad einzuschwenken. Wir verlangen von Ihnen aber nicht nur Luftblasen, wie das Bündnis „Bayerischer Klimaschutz“, sondern Taten. Sie haben jedoch die Ansätze für erneuerbare Energien und für nachwachsende Rohstoffe für die nächsten Jahre eingefroren. Wenn ich daran denke, dass die Mittel aus der dritten Tranche der Privatisierungserlöse mit einem Umfang von mehr als 8 Millionen Euro für die kommenden Haushalte ebenfalls weg sind, sind das massive Kürzungen. Stellen Sie also wenigstens die von uns geforderten zusätzlichen 2 Millionen Euro im Haushalt ein. Daraus könnte ein Marktanreizprogramm finanziert werden, das neben Biogas ausdrücklich auch den Einsatz von Holz und von biogenen Treibstoffen fördert. Dies würde im Übrigen den Vereinbarungen des Klimabündnisses entsprechen.

(Beifall bei der SPD)

Sie weisen immer wieder auf die Dieselsteuer und deren negative Auswirkungen hin. Wir stimmen Ihnen sogar – eingeschränkt – zu. Ich weise Sie jedoch darauf hin, dass wir durch den Einsatz von Rapsöl und anderen biogenen Treibstoffen nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit unserer Bauern erhöhen, sondern ihnen darüber hinaus ein wichtiges Einkommensstandbein verschaffen könnten. Dazu wäre es aber einerseits notwendig, die Technik der Fahrzeuge entsprechend zu ertüchtigen und andererseits mit den Tankstellen ein Konzept für ein bayernweites flächendeckendes Netz von Tankstellen mit Pflanzenölen und anderen biogenen Treibstoffen zu erarbeiten.

Die Dorferneuerung in Bayern ist unstrittig eine Erfolgsgeschichte und für die Entwicklung der ländlichen Räume von ungeheurer Wichtigkeit. Sie ist nach wie vor stark nachgefragt und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung und Entwicklung der ländlichen Räume. Was machen Sie? Sie fahren die Mittel im Vergleich zum Jahr 2004 um 4,1 Millionen Euro zurück. Natürlich bes-

sern Sie die Mittel im Jahr 2006 wieder ein bisschen auf. Wir wissen ja schon, das ist der Wahljahrzyklus. Dies müssen Sie korrigieren. Stimmen Sie unserem Antrag zu, in den Haushaltsjahren 2005 und 2006 jeweils 5 Millionen Euro mehr einzustellen. Hier geht es um die notwendige Entwicklung des ländlichen Raums. Da helfen keine schönen Worte, sondern schlichtweg Geld.

(Beifall bei der SPD)

Die Landbewirtschaftung in ihrer ganzen Vielfalt braucht gut ausgebildete Menschen, um zukunftsfähig zu sein. Vor allem braucht sie Wissen. Wir waren diesbezüglich auf einem guten, vielleicht sogar vorbildlichen Weg. Ich spreche jetzt nicht von der Landwirtschaftsausbildung, obwohl ich hoffe, dass wir die auch noch verbessern können. Ich möchte feststellen: Die Universität mit ihrer Forschungsorientierung vermittelt Methodenwissen, die Fachhochschule mit ihrer Berufsorientierung vermittelt Erfahrungswissen und die Lehrversuchs- und Fachzentren der Landesanstalt für Landwirtschaft mit ihrer Praxisorientierung vermitteln Entscheidungswissen.

Wir halten diese Dreigleisigkeit für gut. Nicht gut ist aber, wie damit umgegangen wird. Die Zahl der Lehrstühle in Weihenstephan ist von 30 auf 17 zusammengestrichen worden, obwohl es ein Konzept der Fachleute gab, die Kernlehrstühle zu erhalten, geschah nichts. Dieses Konzept verschwand in den Schubladen des Landwirtschaftsministeriums. Gestrichen wurde, wo ein Lehrstuhlinhaber in den verdienten Ruhestand ging, weil die Gegenwehr aus diesem Grunde eher gering war. Das Ergebnis: Weihenstephan hat keinen Lehrstuhl für Tiernahrung mehr, nachdem der allseits geschätzte Professor Hinrich Sambraus emeritiert ist. Das ist ein gewaltiges Defizit.

Die Streichung der nächsten drei Lehrstühle – ein Lehrstuhl für Landtechnik und zwei Lehrstühle für Gemüsebau – ist ebenso verheerend. Diese offenkundigen Lücken können nicht durch ein Fachhochschulangebot geschlossen werden. Die Zusammenlegung der Landesanstalten war im Sinne von mehr Synergie sinnvoll, aber die gleichzeitige Vorgabe, 30 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abzubauen, hat eine verheerende Wirkung. Auf Jahre hinaus wird es keinen Nachwuchs geben. Hervorragendes Wissen wird verloren gehen. Herr Staatsminister Miller, falls es Ihnen noch niemand gesagt hat, Weihenstephan ist auf dem besten Wege, die Zukunft zu verlieren.

(Beifall bei der SPD)

Die Abstimmung mit den Füßen hat bereits begonnen. In Bonn gibt es derzeit 260 neue Studierende, in Weihenstephan sind es nur noch 100. Früher war das umgekehrt. Deshalb müssen Sie diesen Negativtrend stoppen. Noch ist der Anschluss an die Weltelite nicht verloren. Noch sind wir international präsent. Sie hätten dafür unsere Unterstützung in jeder Beziehung.

(Beifall bei der SPD)

Nun zum Wald: Wir haben in unzähligen Diskussionen unsere Einwände gegen Ihre Reformpläne und die Möglichkeiten einer Reform ohne die von Ihnen vorgesehene

Zerschlagung der effizienten Strukturen dargelegt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank, dass Sie zugesagt haben, vor der endgültigen Gesetzesverabsiedlung eine Expertenanhörung durchzuführen, auch wenn Ihnen laut Geschäftsordnung gar nichts anderes übrig blieb. Wir werden uns noch einmal ausführlich mit den vorgelegten Gesetzen befassen und prüfen, ob die von Ihnen behaupteten Grundlagen tatsächlich für eine von uns allen gewünschte vorbildliche Waldwirtschaft sichergestellt sind und dabei die Gemeinwohlfunktionen, sowohl die allgemeinen wie die besonderen, erfüllt werden können.

Wir sehen da nach den Ausführungen im Haushaltsausschuss eher schwarz. Wir haben einen Antrag über 20 000 Euro für die Gemeinwohlfunktionen gestellt. Das ist unserer Meinung nach notwendig. Aber auch dies wollen Sie nicht berücksichtigen. Leider können wir bei dieser Expertenanhörung Ihre Versprechen an die Waldbesitzer nicht überprüfen, wie lange Sie die jetzt in Aussicht gestellten Fördermittel tatsächlich bezahlen werden. Sie wissen, dass ich mit den Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss gewettet habe, dass die erhöhten Zuschüsse die nächsten fünf Jahre nicht überstehen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde gern verlieren. Allerdings habe ich noch nie gewettet, wenn ich verlieren könnte.

Durch Ihr Vorgehen gegenüber anderen Selbsthilfeeinrichtungen, denen Sie rigoros Kürzungen zugemutet haben, lässt uns wenig Raum für Optimismus. Nach wie vor gibt es aufgrund neuerer Vorkommnisse durchaus die berechtigte Sorge, dass auch der lukrative Verkauf von Staatsforsten auf der Agenda steht. Nach wie vor ist die Sorge nicht ausgeräumt, dass die AöR finanziell nicht so ausgestattet wird, dass sie in dieser überaus schwierigen Zeit auch tatsächlich erfolgreich starten kann und somit weitere Privatisierungen notwendig werden. Ich habe mich darum bemüht, die genaue Lage herauszufinden; leider ist mir das bis heute nicht gelungen. Dass der Forst immer teurer geworden ist, stimmt auf gar keinen Fall. Auch hier zeigt sich nämlich ein Abwärtstrend: 1994 wurden noch 1,29 % der gesamten Haushaltssmittel für den Forst ausgegeben, 2004 sind es gerade noch 0,52 %. Nach der Reform sind 0,47 % vorgesehen – eine wahnsinnige Einsparung im Vergleich zu dem, was Sie dafür kaputt machen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Sebastian Freiherr von Rotenhan (CSU))

Herr Minister, ich hoffe, dass der Zug trotz allem noch nicht abgefahren ist und tatsächlich noch eine Chance besteht, eine sinnvolle Reform hinzubekommen, die deutschlandweit den Anspruch des Vorzeigeprojekts auch weiterhin erfüllt. Das wäre am einfachsten durch die Weiterentwicklung der jetzigen Verwaltung zu erreichen. Ich sehe aber ein, dass Sie das nicht mehr können. Sie würden Ihr Gesicht oder Ihren Kopf – oder was auch immer – verlieren.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wir brauchen also einen gemeinsamen Ausweg. Das könnte zum Beispiel die Ausgliederung des gesamten Forstbereichs in die AöR sein, wenn sie anständig ausgestattet würde. So wären auf jeden Fall die Synergieeffekte durch die One-Stop-Agency erhalten und die von Ihnen verlangten straffenden wirtschaftlichen Maßnahmen möglich.

Lassen Sie uns genauso gut zusammenarbeiten, wie wir das in vielen Bereichen im Ausschuss tun. Obgleich ich jetzt eigentlich den weihnachtlichen Frieden einleiten möchte, muss ich Ihnen doch noch einen Wermutstropfen einschenken. Sie haben meinen Ausführungen sicher schon entnommen, dass wir zwar mit aller Macht versuchen, Verbesserungen für unsere Land- und Forstwirtschaft zu erreichen,

(Zurufe von der CSU – Unruhe)

sehen dieses Bestreben aber in dem von Ihnen vorgelegten Haushalt absolut nicht perfekt umgesetzt. Deshalb können wir Ihrem Haushalt leider nicht zustimmen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion darf ich jetzt Herrn Kollegen Eckstein ans Rednerpult bitten.

Kurt Eckstein (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Weil wir jetzt über den Haushalt beraten, möchte ich mich stärker auf die Zahlen des Haushalts konzentrieren. Zu agrarpolitischen Themen wird Kollege Brunner sprechen.

Kollegin Lück, ich möchte doch zwei Anmerkungen zu Ihrem Beitrag machen. Offensichtlich geht es im Haushaltsausschuss sachlicher zu als in anderen Ausschüssen.

(Widerspruch bei der SPD)

Bei den Haushaltsberatungen hat der Mitberichterstatter der GRÜNEN, Kollege Thomas Mütze, gesagt: Herr Minister, dieser Haushalt ist heuer das erste Mal nicht sehr strittig. Dementsprechend harmlos waren die Beratungen bei uns.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was gehen uns die GRÜNEN an?)

Leider konnten die Kollegen nicht zustimmen, obwohl sie es, wie ich glaube, gerne getan hätten.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Und uns ist vom Minister nicht einmal gedankt worden! – Allgemeine Heiterkeit)

Liebe Heidi, du hast den Landwirtschaftsminister des Freistaates Bayern als Kaiser ohne Kleider bezeichnet. Wie sollte man denn dann die Landwirtschaftsminister der anderen Bundesländer bezeichnen? Wo immer ich hinkomme, sagen alle Bauern: Seid froh, dass ihr in Bayern

lebt, weil die Landwirtschaft nirgendwo so gefördert wird wie im Freistaat Bayern. Das wird auch so bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Minister hat einige Haushaltszahlen schon genannt. Sicher werden wir auch in diesem Etat das Ziel des ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2006 nicht aus den Augen verlieren. Auch wenn Sie noch so darüber schimpfen, werden wir dabei bleiben. Das ist keine fixe Idee des Ministerpräsidenten Dr. Stoiber, sondern das hat meine Fraktion 1998 einstimmig beschlossen. Selbst wenn Sie noch so oft die Mär erzählen, das sei eine fixe Idee des Ministerpräsidenten, bleibt doch Wahrheit: Das ist der Wille der CSU-Fraktion.

(Heidi Lück (SPD): Er kämpft nur um Berlin!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch in diesem Haushalt wurde zum Wohle der Landwirtschaft darauf geachtet, dass keine Kofinanzierungsmittel angegriffen werden. Deshalb mussten wir

(Heidi Lück (SPD): Auf Kosten anderer sparen!)

bei anderen Dingen, zum Beispiel bei freiwilligen Leistungen, umso mehr sparen. Frau Kollegin Lück, Sie haben gesagt, wir sollten uns bei der Europäischen Union bedanken. Ich denke überhaupt nicht daran, mich für Geld zu bedanken, das wir im Übermaß an die EU zahlen. Auch Bayern ist daran stark beteiligt. Wenn wir davon einen Teil wieder zurückbekommen, sehe ich darin keinen Grund, dafür dankbar zu sein.

(Beifall bei der CSU)

Das ist unser Geld; wir sind Nettozahler in einem Maße wie kein anderes Land in Europa.

(Beifall bei der CSU – Heidi Lück (SPD): Diese Situation haben Sie verursacht!)

– Dieses alte Märchen glaubt Ihnen nach sechs Jahren keiner mehr.

(Heidi Lück (SPD): Die Grundlagen wurden nicht vor sechs Jahren gelegt, sondern schon vor vielen Jahren!)

– Kollegin Lück, ich habe Ihnen auch zugehört. Jetzt bitte ich Sie darum, doch auch ein bisschen zuzuhören.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und wie Sie zuhört, sonst würde sie nichts sagen können!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir mussten leider, wie gesagt, bei den freiwilligen Leistungen einsparen. Daher mussten wir zum Beispiel die Mittel für die Dorferneuerung zurückfahren. Ich muss gestehen, dass bei der Beratung des Antrags der SPD zwei Herzen in meiner Brust schlugen. Das habe ich im Haushaltsausschuss auch gesagt. Als Agrarpolitiker hätte ich diesem

Antrag gerne zugestimmt, aber die oberste Maxime ist der ausgeglichene Haushalt im Jahr 2006, und deswegen war diese Kürzung unumgänglich. Man muss natürlich realistisch sein und die gesamten Mittel sehen, die für die Dorferneuerung zur Verfügung stehen. Die Mittel steigen auf 45 Millionen Euro bis zum Jahr 2006. Das ist mehr, als wir jemals für die Dorferneuerung zur Verfügung hatten. Natürlich sind da EU-Mittel mit dabei.

Die größten Einsparungen waren bei den Selbsthilfeeinrichtungen zu verzeichnen. Die CSU-Fraktion hat dann aber bemerkt, dass es für den Tiergesundheitsdienst und den LKV doch etwas zu schwierig würde. Wir haben dann mit den zuständigen Ministerien vereinbart, dass eine einseitige Deckungsfähigkeit zulasten des Einzelplans 12 vorgesehen wird, damit für den LKV im Jahr 2005 200 000 Euro und für den TGD 500 000 Euro zusätzlich bereitgestellt werden können. Damit sind diese beiden Organisationen im Jahr 2005 gesichert. Ich muss aber schon sagen: Beide Organisationen müssen sich im kommenden Jahr intensiv damit befassen, weitere Umstrukturierungen durchzuführen, damit in künftigen Jahren die geplanten Mittelansätze ausreichen. Herr Vorsitzender, wir wissen, wie schwierig das ist, aber ich glaube, dass es möglich ist.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es ist erfreulich, dass es möglich war, bei den Landjugendverbänden und den Landvolkshochschulen im Rahmen dieses Haushalts von weiteren Kürzungen abzusehen. Vor circa vier Wochen hatte ich ein Gespräch mit den drei Jugendverbänden, die sich zufrieden damit gezeigt haben, dass keine weiteren Kürzungen durchgeführt werden. Sie haben sich auf diese Mittel eingestellt. Weitere Kürzungen aber wären an die Substanz gegangen und hätten zu erheblichen Schwierigkeiten geführt.

Wenn es auch nicht direkt zu den Haushaltsberatungen gehört, möchte ich mich doch sehr herzlich bei Staatsminister Miller und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geräuschlose Zusammenführung der Landesanstalten im Bereich der Landwirtschaft bedanken, vor allem vor dem Hintergrund des Ablaufs in anderen Häusern.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Eine wesentliche Änderung in der Organisation tritt bei der Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau in Veitshöchheim ein. Gemäß dem Beschluss des Bayerischen Landtags vom 17. März dieses Jahres wird das Staatsweingut in Würzburg mit seinen Weinbaubetrieben und dem Staatlichen Hofkeller organisatorisch von der Landesanstalt getrennt. In späteren Beratungen wird zu klären sein, wie dies genau zu erfolgen hat.

Ein weiterer Antrag der CSU neben dem LKV TGD, mehr haben wir nicht gestellt, zielt darauf, eine kostenneutrale Hebung von 28 Stellen im landwirtschaftlich-technischen Dienst durchzuführen. Wir wissen, dass im mittleren Dienst die Stellenobergrenze erreicht ist. Um die derzeit sehr langen Zeiten im mittleren Dienst etwas abzukürzen, ist der Weg über den Verwendungsaufstieg gewählt worden, um auch diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu

zeigen, dass man der gestiegenen Verantwortung im mittleren Dienst Rechnung tragen will.

Die Nachschubliste zum Doppelhaushalt erstreckt sich zum einen auf den Zuständigkeitswechsel bei der Durchführung von Qualitäts- und Herkunftsmaßnahmen, wie bereits ausgeführt, und zum anderen Übertragung des bei der Landesanstalt für Landwirtschaft angesiedelten Isotopenlabor in den Geschäftsbereich des Einzelplans 12. Daher sind die Sach- und Personalmittel aus dem Einzelplan 08 in den Einzelplan 12 zu übertragen.

Die Opposition bemängelt immer wieder, dass für den ökologischen Landbau zu wenig getan wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Vergleich mit den anderen Bundesländern zeigt aber, dass in keinem anderen Bundesland so viel für den ökologischen Landbau getan wird wie in Bayern. Unsere Mittel werden jedenfalls für die Programme hergenommen, anders beim Bund: Der Bundesrechnungshof hat die Bundeslandwirtschaftsministerin Künast schwer getadelt, weil sie Gelder von Programmen des ökologischen Landbaus für Werbemaßnahmen anstatt für Programme ausgegeben hat.

(Sepp Ranner (CSU): Hört, hört!)

Das gab einen großen Aufruhr. Ich bin der festen Überzeugung, der Rechnungshof wird noch einmal nachhaken.

Zum Schluss möchte ich dem Staatsminister, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, angefangen im Ministerium über die Landesanstalten bis zu den Landwirtschaftsämtern, im Zusammenhang mit diesem Doppelhaushalt recht herzlich danken. Ich danke auch für die Arbeit zum Wohle der bäuerlichen Familien, die Sie in Bayern leisten.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat Herr Kollege Sprinkart das Wort.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Bei der Rede von Staatsminister Miller hat eigentlich nur gefehlt, dass zwei neben dem Rednerpult stehen, die die Weihrauchgefäß schwenken.

(Markus Sackmann (CSU): Das machen wir nächstes Mal!)

Sie wissen aber, zu viel Weihrauch macht rußig. Ich finde, Bayern ist schon schwarz genug.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Staatsminister, Sie stellen zu Recht die Bedeutung der Landwirtschaft in Bayern heraus. Sie verweisen auch zu Recht auf die ausgesprochen schwierige Einkommenssituation der bäuerlichen Betriebe. Sie vergessen aber zu sagen, dass die Situation in Bayern besonders schlecht ist. Die aktuellen Zahlen des Bauernverbandes, zusammengestellt anhand der Buchführungsergebnisse, zeigen, dass sich die Unternehmensergebnisse im Bundesdurchschnitt um 3,1 % im letzten Jahr verbessert haben, wäh-

rend sie sich in Bayern in diesem Zeitraum um 10 % verschlechterten. Sie an meiner Stelle würden daraus den einfachen Schluss ziehen: Daran ist nur die Staatsregierung mit ihrer verfehlten Agrarpolitik schuld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Keine Sorge, auf dieses Niveau begebe ich mich nicht. Gründe dafür sind sicher der hohe Anteil der Milchwirtschaft und der Rindfleischerzeugung in Bayern. Ganz sicher sind es aber auch die kleinen Betriebsstrukturen. Um die strukturellen Nachteile unserer Betriebe auszugleichen, reicht es aber nicht aus, die Selbsthilfeeinrichtungen zu fördern, und das reicht schon gar nicht, wenn sie in diesem Bereich auch noch kürzen. Durch den überbetrieblichen Maschineneinsatz haben die bayerischen Bauern 250 Millionen Euro eingespart. Das ist aber wahrhaft kein Verdienst der Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir die strukturellen Nachteile ausgleichen wollen, wenn wir den Strukturwandel bremsen wollen, dann müssen wir die kleinen Betriebe besser fördern und eine degressive Staffelung der Förderung umsetzen. Ich gebe zu, bundesweit gibt es das noch nicht. Wie wir aber an der Einkommensentwicklung sehen, handelt es sich hierbei vor allem um ein bayerisches Problem. Jahrelang war es in Bayern gerade umgekehrt: Große Betriebe mit großen Investitionen wurden besser gefördert als kleine Betriebe. Es ist ein Verdienst der Bundesregierung, mit dem Diversifizierungsprogramm den kleinen Betrieben die gleichen Bedingungen zu geben wie den Großen. Das ist einer der Gründe, warum wir dieses Programm weiterführen wollen. Wir wollen es auch, weil Betriebsgemeinschaften und Kooperationen dadurch viel unbürokratischer gefördert werden können.

Die staatlichen Fördermittel so einzusetzen, dass sie den strukturellen Benachteiligungen entgegenwirken, ist eine Sache. Der Versuch, diese Nachteile auf dem Markt auszugleichen, ist eine andere. Gerade auf diesem Gebiet ist von der bayerischen Agrarpolitik nichts zu hören, außer dem Qualitätssiegel „Geprüfte Qualität aus Bayern“. Dabei sagen Sie selbst, dass dieses Gütesiegel für die Bayern mit Kosten verbunden ist, aber keine höheren Preise bringt. Es wird unseren Bauern nicht weiterhelfen, wenn wir zu zu niedrigen Preisen die Ausfuhr erhöhen. Das ist auch einer der Gründe, warum wir das Programm „Öko-Regio“ weiterlaufen lassen wollten. Damit soll die regionale und die ökologische Vermarktungsschiene stärker gefördert werden. Das ist einer der wenigen Bereiche, in denen noch gute Preise zu erzielen sind. Gerade in Bayern, das als Tourismusland Nummer 1 von einem gigantischen Kaufkraftimport profitiert, nützen wir nach unserer Auffassung diese Möglichkeit noch viel zu wenig.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch auf einen anderen Aspekt kommen, wie sich die Staatsregierung marktpolitisch nicht nur verweigert, sondern sogar kontraproduktiv handelt: die Gentechnik. 70 % der Verbraucher und Verbraucherinnen sagen, sie wollen Lebensmittel, die ohne Gentechnik erzeugt worden sind. Stellen Sie sich eine Umfrage vor, bei der 70 % der Ver-

braucher und Verbraucherinnen sagen, sie wollen beim Auto ein bestimmtes Ausstattungsdetail, das ohne große Mehrkosten herstellbar wäre. Vermutlich würden alle Autohersteller dieses Marktsegment anbieten. Sie würden keine Sekunde zögern. Was aber tun wir in der Landwirtschaft? – Wir sagen, das interessiert uns nicht, wir setzen weiter auf Gentechnik. Der Weg, den die Staatsregierung hier eingeschlagen hat, ist nach meiner Auffassung völlig falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin der festen Überzeugung, wir werden nur dann verhindern können, dass unsere strukturellen Nachteile sich in Einkommenssenkungen widerspiegeln und den Strukturwandel verschärfen, wenn es uns gelingt, einen Markt zu erarbeiten, der nicht von der Devise „Geiz ist geil“ bestimmt wird. Dafür bedürfen die bayerischen Bäuerinnen und Bauern der Unterstützung der Staatsregierung.

Ein Markt, gerade auch für bayerische Bauern, sind die nachwachsenden Rohstoffe, insbesondere die Biomasse. Herr Staatsminister Miller, ganz offensichtlich haben Sie vergessen, dass es die Bundesregierung mit ihrem EEG und der Biomasseverordnung war, die die Biomasse wirklich vorangebracht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine solche Feststellung passt natürlich nicht zu Ihrer Selbstbewähreräucherung.

Kolleginnen und Kollegen. Die Tatsache, dass dieses Angebot von den bayerischen Bäuerinnen und Bauern besonders angenommen wird, sollte uns gemeinsam freuen. Hier ist auch die richtige Gelegenheit, um festzustellen und anzuerkennen, dass Kulap und Ausgleichszulage ein wichtiger Beitrag sind, um eine umweltverträgliche Landwirtschaft und die Bewirtschaftung landwirtschaftlich benachteiligter Gebiete zu unterstützen. Ob es uns damit allein gelingen wird, die flächendeckende Landbewirtschaftung zu erhalten, ist eine andere Frage. Es gibt auch einige Details, die noch verbessierungswürdig sind.

Herr Minister, Sie bezeichnen die Umsetzung der Agrarreform und die Belastungen durch die Bundesagrarpolitik als aktuelle Herausforderung. Dazu möchte ich Folgendes sagen: Kürzungen beim Agrardiesel und bei den Zuschüssen zur landwirtschaftlichen Krankenkasse sind keine Maßnahmen, mit denen wir zufrieden sein können.

(Thomas Kreuzer (CSU): Was macht Ihr dagegen?)

– Kollege Kreuzer, lassen Sie mich ausreden. Dafür erwarten wir auch kein Lob, übrigens genauso wenig wie für die Kürzungen bei den Selbsthilfeeinrichtungen in Bayern. In Zeiten leerer Kassen kann auch der Agrarhaushalt bei Einsparungen nicht außen vor bleiben. Das zeigen sowohl der Agrarhaushalt des Bundes als auch der bayerische Agrarhaushalt. Ich denke, auf Bundesebene dürfen wir das gleiche Recht in Anspruch nehmen, wie Kollege Eckstein auf der bayerischen, wenn er sagt, das ist aus agrar-

politischer Sicht zwar nicht wünschenswert und abzulehnen, aus haushaltspolitischer Sicht aber notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Thema Wettbewerbsverzerrung durch die Kürzung der Agrardieselbeihilfe – das ist ein ganz beliebtes Thema. Wenn wir den schlimmsten Fall annehmen, sprich eine Kürzung der Beihilfe um 47 Cent je Liter, dann macht das bei 100 Liter je Hektar einen Wettbewerbsnachteil gegenüber den französischen Kollegen – was wiederum der schlimmste Fall ist – von 47 Euro pro Hektar aus.

Schauen wir uns einmal die zweite Herausforderung, nämlich die Umsetzung der Agrarpolitik, an. Wenn es nach dem Willen unseres bayerischen Agrarministers gegangen wäre, hätte man mit der Betriebspromotion den Status quo bei der Verteilung der EU-Fördermittel festgeschrieben. Das hätte zum Beispiel bedeutet, dass ein Milchviehbetrieb im Grünland null Euro Flächenprämie bekommen hätte, sein Kollege im Ackerbaugebiet mit Maisanbau hätte bis zu knapp 500 Euro je Hektar erhalten. Das bedeutet im schlimmsten Fall einen Wettbewerbsnachteil von knapp 500 Euro pro Hektar. Wir erinnern uns: 47 Euro pro Hektar im Verhältnis zu knapp 500 Euro pro Hektar bedeutet ein Verhältnis von 1 : 10, also das Zehnfache und damit einen gewaltigen Wettbewerbsnachteil für Bauern, die oftmals nur 50 oder 60 Kilometer voneinander entfernt ihren Hof bewirtschaften. Unter Umständen liefern unterschiedliche Betriebe auch noch an die gleiche Molkerei. Diese Wettbewerbsverzerrung auf engstem Raum wollten Sie, Herr Minister Miller, festschreiben. Von so jemandem lasse ich mir nicht gerne sagen, dass die Bundesregierung die Wettbewerbsnachteile der Bauern fördert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der beschlossenen Reform beträgt der Wettbewerbsnachteil am Anfang immer noch 200 Euro pro Hektar und wird erst 2013 aufgelöst.

Zum Thema landwirtschaftliche Bildungspolitik: Aus- und Fortbildung sind die wichtigsten Wettbewerbsfaktoren für die Landwirtschaft. Ich würde eher sagen: ein sehr wichtiger Wettbewerbsfaktor. Wenn Sie das ernst nehmen, was Sie sagen, haben wir schon heute im Wettbewerb mit unseren Kollegen in Österreich in der nächsten Generation haushoch verloren. Das hohe Niveau der Landwirtschaftsschulen will ich gar nicht bestreiten. Die Frage ist vielmehr: Wie viel junge Menschen besuchen die Landwirtschaftsschulen? Es sind noch nicht einmal 500 pro Jahr. Durch die geplanten Schließungen von Landwirtschaftsschulen werden es in der Zukunft eher weniger werden, weil es sich mancher überlegen wird, ob er über 100 Kilometer pro Tag fahren wird, um eine Schule zu besuchen. Weniger als 1000 junge Menschen absolvieren jährlich die landwirtschaftliche Gehilfenprüfung. Nach gängiger Rechnung bedeutet das, dass wir in der nächsten Generation circa 15 000 landwirtschaftliche Betriebsinhaber mit einer Fachausbildung bzw. dem Meisterabschluss haben und weitere 15 000, die eine Gehilfenprüfung abgelegt haben. Das sind bezogen auf alle landwirtschaftlichen Betriebe 10 % bzw. 20 %, bezogen auf die Haupt-

werbsbetriebe 25 % bzw. 50 %. Herr Staatsminister Miller, fragen Sie einmal Ihren Kollegen Traublinger – inzwischen ist er nicht mehr da –, was der sagen würde, wenn ich ihm solche Zahlen für das Handwerk vorlegen würde. Er würde die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und sagen: Das ist der Untergang des Handwerks in Bayern. Sie aber loben diese Politik noch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fakt ist, dass in der nächsten Generation vermutlich mehr als die Hälfte der Bauern über keine landwirtschaftliche Grundausbildung verfügt. Herr Miller, ich halte das für ein Alarmsignal und beileibe für keinen Grund, sich selbstgefährlich auf die Schultern zu klopfen. Unser landwirtschaftliches Ausbildungssystem ist gut in der Spur, aber versagt völlig in der Breite. Ich komme noch einmal darauf zurück: Wenn die Ausbildung der wichtigste Wettbewerbsfaktor ist, dann werden die strukturellen Disparitäten innerhalb Bayerns weiter verschärft. Wer keine oder keine vernünftige landwirtschaftliche Ausbildung hat – das sind in der Regel diejenigen, die kleine Betriebe bewirtschaften –, wird im Wettbewerb weiter zurückfallen und das wird in der nächsten Generation mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe betreffen. Zum Wettbewerb mit Österreich: Dort haben wir genau die umgekehrte Situation. Dort achtet man ganz stark auf eine Ausbildung in der Breite. Von daher wird uns Österreich auf diesem Feld überlegen sein. Herr Minister, hier besteht unserer Meinung nach dringender Handlungsbedarf. Ich biete Ihnen dabei gerne unsere Hilfe an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden dem Agrarhaushalt nicht zustimmen. Wir haben bescheidene Anträge eingebracht. Auf die Äußerungen des Kollegen Mütze hat die Haushaltssreferentin gesagt, er habe keine Ahnung vom Haushalt. Scheinbar müssen sich darin ganz grausame Dinge verstecken, Herr Staatsminister. Selbst diese bescheidenen Anträge wurden abgelehnt. Dem Haushalt fehlen entscheidende Zukunftsimpulse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat Herr Kollege Brunner das Wort.

Helmut Brunner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! „Bayern ist zum Glück anders“, sagte vorgestern unser Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel zu Beginn seiner Haushaltssrede. Ich ergänze: Unsere Bauern haben Glück, denn sie können in Bayern wirtschaften.

(Beifall bei der CSU)

Die Bayerische Staatsregierung ist in der Tat ein Standortvorteil für unsere Landwirtschaft.

(Beifall bei der CSU)

„Ackerbau und Viehzucht sind die zwei Brüste, die den Staat sicherer säugen als Gold- und Silberminen“, behauptete einmal ein kluger, weitsichtiger Mensch. In der Tat ist Landwirtschaftspolitik mehr als nur Politik für einen Berufsstand.

Sehr geehrte Frau Lück, Sie beklagen, dass wir Ihnen auf Ihren Wegen nicht vollkommen folgen. Das ist richtig. Wir folgen Ihnen nicht und wir haben auch nicht vor, Sie zu überholen, denn Sie stehen kurz vor dem Abgrund.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Sprinkart, zum Strukturwandel: Sie wissen haargenau, dass jeder dritte Bauernhof Deutschlands in Bayern steht. Vor gut dreißig Jahren hat ein Agrarkommissar namens Sicco Mansholt behauptet, Anfang 2000 wird es in Bayern vermutlich noch 13 000 bis 14 000 landwirtschaftliche Betriebe geben. Wir haben den Strukturwandel nicht verhindern können, wir haben ihn aber sozial abgefedert und mit unserem bayerischen Weg haben wir sichergestellt, dass wir heute noch die zehnfache Anzahl an Bauernhöfen haben, wie sie damals von Sicco Mansholt prognostiziert worden ist. Das ist ein eindeutiger Beweis dafür, dass unsere Agrar – auch Agrarsozialpolitik – richtig war.

Die Agrarpolitik bewegt sich heute in einem Spannungsfeld zwischen zunehmend liberalisierten Agrarmärkten, die eine weltmarkt- und gewinnorientierte Agrarproduktion einfordern und der Umsetzung wichtiger, von der Gesellschaft geforderter Ziele, wie Erhaltung und Schonung natürlicher Lebensgrundlagen durch nachhaltige landwirtschaftliche Produktion, steigende Anforderungen beim Tierschutz, dem Umweltschutz und der Lebensmittelsicherheit, Pflege und Gestaltung der Kulturlandschaft durch eine flächendeckende Landbewirtschaftung auf wirtschaftlicher Grundlage und Erhaltung einer eigenständigen bäuerlichen Kultur.

Bei den Gestaltungsspielräumen der bayerischen Agrarpolitik sind aber folgende Sachzwänge zu berücksichtigen: Unter dem Einfluss der WTO und der EU-Osterweiterung wird sich die EU aus der Unterstützung der Agrarmärkte zunehmend zurückziehen, wodurch die Landwirtschaft einem stärkeren internationalen Wettbewerb und größeren Preisschwankungen ausgesetzt wird. Aufgrund der unbefriedigenden Einkommenssituation in der Landwirtschaft wird sich leider der Strukturwandel weiter verstärken. Wichtig für die Zukunft wird es daher sein, das Angebot an betriebsnahen und attraktiven Arbeitsplätzen auch außerhalb der Landwirtschaft zu erhöhen. Die Bevölkerung erwartet trotz schlechter ökonomischer Rahmenbedingungen von der Landwirtschaft die Sicherung wichtiger gemeinwohlorientierter Ziele wie Ressourcenschutz, Erhalt der Kulturlandschaft oder Erhalt des kulturellen Erbes.

Die Möglichkeiten zur Einkommenskombination bzw. zum Wachstum im Dienstleistungssektor sind aber abhängig vom Standort und von den Potenzialen der Betriebsleiterfamilie. Meine Damen und Herren, das ist für den Betriebserfolg nach wie vor von entscheidender Bedeutung.

Nicht die Hektarzahl allein macht es, sondern die Qualifikation und die Bereitschaft der Betriebsleiterfamilie.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU-Fraktion schöpft ihren agrarpolitischen Spielraum zum Wohle der Land- und Ernährungswirtschaft sowie zur Sicherung eines vitalen ländlichen Raumes voll aus und wird das auch in Zukunft tun.

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

– Ja, Frau Lück, Bayern kann sich ein großes Stück vom europäischen Förderkuchen abschneiden. Wir bedauern das nicht; wir sind stolz darauf. Wir können das aber nur, weil wir in Bayern die Kofinanzierung sicherstellen. Andere Bundesländer beneiden uns darum.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zuständigkeiten in der Agrarpolitik sind sehr komplex. Grundsätzlich gilt folgende Aufteilung: Die EU-Ebene ist mehr oder weniger zuständig für die Markt- und Preispolitik. Auf Bundesebene ist man verantwortlich für Steuer- und Sozialpolitik – ich muss fast sagen, man wäre dafür verantwortlich.

(Gudrun Peters (SPD): Ach geh!)

Auf die bayerische Ebene entfallen Kompetenzen wie der Erhalt der Kulturlandschaft, ländliche Entwicklung, Dorferneuerung, Bildung, Beratung, Forschung und Qualitätssicherung.

(Zurufe von der SPD)

– Ich weiß, das können Sie nicht hören, was wir in Bayern alles erledigen.

Auch wenn es vielen Landwirten schwer fällt, dürfen diese drei Verantwortungsbereiche nicht vermischt werden. Um die agrarpolitische Lage ausreichend erklären zu können, möchte ich im Folgenden einen Blick auf die verschiedenen Ebenen werfen.

Mit der Entscheidung der Agrarministerkonferenz vom 26. Juni 2003 in Luxemburg über eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik sind die Beschlüsse über die Agenda 2000, die eigentlich bis 2006 gelten sollten, zum großen Teil überholt. Mit den Beschlüssen wurde über die ursprünglich geplante Halbzeitwertung weit hinausgegangen. Die wichtigsten Elemente dieser EU-Agrarreform sind die Entkoppelung der Ausgleichszulage, die Bindung der Ausgleichszulage an neue Umweltkriterien – nämlich die 19 Cross-Compliance-Bedingungen –, die gute landwirtschaftlich-ökologische Praxis und vieles andere mehr. Bei der nationalen Umsetzung dieser EU-Agrarreform hat die Bundesrepublik Deutschland bzw. die SPD-Regierung wohl das komplizierteste und aufwändigste System aller EU-Länder gewählt.

(Heidi Lück (SPD): Dank des Bundesrates!)

In unserer letzten Arbeitskreissitzung haben wir uns mit der Umsetzung der Agrarreform auf bayerischer Ebene auseinander gesetzt. Dieses System ist verwaltungstechnisch kaum noch überblickbar, und zwar weder von der Verwaltung noch von unseren Landwirten. Unsere Bestrebungen bezüglich Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung werden in diesem Fall ad absurdum geführt. Ich muss hier allerdings feststellen, dass die Verantwortung hierfür auf Bundesebene zu suchen ist.

(Heidi Lück (SPD): Auch beim Bundesrat!)

Unsere bayerischen Landwirtschaftsbeamten werden die Beschlüsse umsetzen müssen und sich damit letztlich wohl auch den Klagen der Landwirte ausgesetzt sehen.

Bei der Reform dieser Agrarpolitik fordert die CSU-Fraktion aber noch weitere wichtige Maßnahmen zur Milchmarktentlastung. Wir fordern, dass die beschlossene Anhebung der Milchquote ab 2006 um 1,5 % ausgesetzt wird, die Saldierungsmöglichkeiten für Überlieferung eingeschränkt werden und eine variable Quotenmenge in Höhe von 1 bis 3 % der Garantiemenge eingeführt wird. Dies erlaubt flexiblere Reaktionen je nach Marktlage. Es macht keinen Sinn, den bereits sehr stark belasteten Milchmarkt durch eine weitere Quotenerhöhung an den Rand des Zusammenbruchs zu führen.

(Beifall bei der CSU)

Während wir noch mit der Umsetzung der EU-Agrarreform beschäftigt sind, hat sich die Kommission in Brüssel bereits neuen Betätigungsfeldern zugewandt. So plant die EU-Kommission eine Reform der Zuckermarktordnung mit einem Minus von 37 % beim Zuckerrübenpreis und einem Minus von 16 % bei der Quote. Die Einkommenseinbußen sollen nach den Vorstellungen der EU-Kommission jedoch allenfalls bis zu 60 % ausgeglichen werden.

Was wir brauchen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist kein Abnicken der EU-Vorschläge, sondern eine mit Augenmaß vernünftig weiterentwickelte Zuckermarktordnung. Die CSU setzt sich vehement dafür ein, dass auch in Zukunft in Bayern Zucker erzeugt werden kann, um auf diesem Gebiet wichtige Arbeitsplätze auch in der Verarbeitung zu sichern.

(Beifall bei der CSU)

Der ernährungs- und agrarpolitische Bericht 2004 der Bundesregierung stellt nur ein Armutzeugnis für die Arbeit der Bundesregierung und insbesondere der Ministerin Künast dar. Die Gewinne landwirtschaftlicher Betriebe sind seit 2002/2003 erneut gesunken, und zwar um dramatische 20 % auf durchschnittlich nur noch 26 900 Euro je Unternehmen. Besonders betroffen waren die Veredelungsbetriebe mit einem Einkommensrückgang um 45 % gegenüber dem Vorjahr. Die Nettoinvestitionen sind seit drei Jahren auf einem sehr niedrigen Niveau. In den benachteiligten Gebieten liegt der Durchschnittsgewinn um 7100 Euro oder um 23 % unter dem Durchschnittsgewinn in den anderen Gebieten. Der gewerbliche Vergleichslohn – das heißt, die Messlatte gemäß Landwirtschaftsgesetz

– wurde nur noch von Betrieben über 100 Hektar erreicht, von 82 % der Haupterwerbsbetriebe jedoch nicht.

(Thomas Kreuzer (CSU): Skandalös!)

Die unbefriedigende Einkommenslage in der bayerischen Landwirtschaft beruht zu einem erheblichen Teil auf der verfehlten rot-grünen Agrarpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Statt unsere Bauern für den europäischen und internationalen Markt fit zu machen, hat die Schröder-Regierung seit 1998 die Rahmenbedingungen insbesondere für die Landwirtschaft kontinuierlich und drastisch verschlechtert.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

– Nein, da helfen keine Zwischenrufe, Frau Lück. Mit einem monatlichen Einkommen von durchschnittlich nur noch 1470 Euro brutto je selbstständig tätigen Landwirt ist kaum noch die zur Existenzsicherung notwenige Eigenkapitalbildung möglich. Wer allerdings denkt, aufgrund der alarmierenden Zahlen des Bundesagrarberichtes 2004 und auch des Situationsberichtes des Bayerischen Bauernverbandes für 2005 würde die Bundesregierung sich für unsere Landwirte einsetzen, der irrt. Mit der Verabschiedung des Haushaltbegleitgesetzes 2005 hat die Bundesregierung wiederum Wettbewerbsnachteile in Höhe von 55 Millionen Euro für unsere deutschen Landwirte beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aufgrund dieser weiteren Einschnitte im agrarsozialen System durch die Senkung des Bundeszuschusses zur landwirtschaftlichen Krankenversicherung um 82 Millionen Euro können auf die Landwirte sogar Beitragserhöhungen von 20 % zu kommen, während in anderen Bereichen die Krankenkasenbeiträge stagnieren oder gar gesenkt werden.

Darüber hinaus wir die Wettbewerbssituation der Landwirtschaft durch die verschärfte Umsetzung von EU-Recht ständig verschlechtert. Ein Beispiel hierfür ist das Gentechnikgesetz. Auch die CSU nimmt die Probleme beim Anbau von gentechnisch veränderten Organismen sehr ernst. Aus diesem Grund haben wir uns auch für einen Erprobungsanbau in Bayern ausgesprochen, um in der Praxis gewonnene Erkenntnisse in die Betrachtung einfließen lassen zu können. Grundsätzlich wollen wir eine Koexistenz von konventionell wirtschaftenden Betrieben und von Ackerbau auf Flächen, wo der Anbau gentechnisch veränderter Organismen erlaubt ist.

Kernbestandteil des verabschiedeten Gentechnikgesetzes ist jedoch eine gesamtschuldnerische, verschuldungsunabhängige Haftung, die im Schadensfall selbst Landwirte trifft, die sich an die gute fachliche Praxis beim Anbau gentechnisch veränderter Organismen gehalten haben. Unter diesen Voraussetzungen ist das Gentechnikgesetz ein Gentechnikverhinderungsgesetz, da unter diesen Voraussetzungen keinem Landwirt geraten werden kann, sich auch nur versuchsweise an einem Erprobungs-

anbau zu beteiligen. Die Konsequenz des Gentechnikgesetzes wird sein, dass auch Forschungs- und Entwicklungsarbeiten unterbleiben, die notwendig sind, um die Chancen und Risiken der grünen Gentechnologie vorurteilsfrei zu prüfen.

Die Bundesregierung gefährdet mit ihrer zum Großteil ideologisch motivierten Agrarpolitik die Zukunft des Agrarstandortes Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU-Fraktion setzt sich hier im Gegensatz dazu für eine innovative und wettbewerbsfähige Landwirtschaft ein. Wir möchten in Bayern bei der Nutzung von Biomasse die Spitzenposition erhalten bzw. weiter ausbauen.

(Gudrun Peters (SPD): Dank der Bundesregierung!)

Der Ausbau des Anteils an nachwachsenden Rohstoffen, besonders in der energetischen Verwendung, ist zwingend erforderlich, um schädliche Abgase zu begrenzen und fossile Brennstoffe zu schonen. Die Errichtung und der Ausbau des Kompetenzzentrums für nachwachsende Rohstoffe in Straubing ist hierzu ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Den gibt es aber schon ziemlich lang!)

– Herr Dr. Dürr, mit dem Doppelhaushalt 2005/2006 tragen wir unserer besonderen Verantwortung für unsere Landwirte Rechnung. Im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern bleibt die Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe in ihrer multifunktionalen Ausrichtung unser zentrales Ziel. Um dies auch weiterhin sichern zu können, sind die Kosten der Agrarverwaltung durch eine Neuorganisation und Optimierung der Verwaltungsstruktur zu senken.

Ja, ich stehe zu dieser schlanken, nicht nur zeitgemäßen, sondern auch zukunftsorientierten Reform und zu einer Landwirtschaftsverwaltung, die ihre Hausaufgaben in Zukunft somit effizient und kostengünstig erfüllen kann.

(Beifall bei der CSU)

Wir dürfen nicht vergessen, wir sichern damit auch eine flächendeckende Versorgung mit Fachämtern.

Lassen Sie mich noch einen Blick auf die von der Opposition so kritisch beurteilte Forstverwaltungsreform werfen. Grundsätzlich gilt auch in diesem Bereich: Nur wenn wir effiziente und leistungsfähige Verwaltungsstrukturen schaffen, können auch die eingesparten finanziellen Mittel anderer Bereiche gestärkt werden, wie zum Beispiel Mischwaldbegründungen.

Nicht der Standort des Forstamtes ist entscheidend, sondern der Revierförster ist der wichtige Ansprechpartner für alle Waldbesitzer.

(Beifall bei der CSU)

Die Aufrechterhaltung gerade dieses Reviersystems ist ein wichtiger Meilenstein, hier eine in die Zukunft ausgerichtete Verwaltungsstruktur aufrechtzuerhalten. Im Vorfeld und während des Volksbegehrens habe ich mich in vielen Veranstaltungen mit dieser Thematik intensiv auseinandergesetzt. Viele Befürchtungen, die ich da zu hören bekommen habe, sind völlig aus der Luft gegriffen und zum Großteil von den Initiatoren des Volksbegehrens leichtfertig in die Welt gesetzt worden.

(Zuruf der Abgeordneten Gudrun Peters (SPD))

– Frau Peters, würden wir das tun, was Sie uns unterstellen, sähe es um unseren Wald tatsächlich schlimm aus. Übrigens ist das Ergebnis des Volksbegehrens natürlich auch eine kräftige Watschn für die Grünen und Roten in diesem Parlament.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

– Nein, es wird keinen Verkauf des Staatswaldes geben.

(Heidi Lück (SPD): Das steht doch schon an!)

Es gibt keine großflächigen Kahlschläge und Monokulturen in unseren bayerischen Staatswäldern. Sie kritisieren jetzt oftmals unsere umfangreichen Reformbemühungen. Wahrscheinlich ist es der blanke Neid, weil wir im Gegensatz zur Bundesregierung reformfähig sind.

(Beifall bei der CSU – Lachen der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Wären wir jetzt nicht in der Lage dazu oder würden wir es uns bequem machen und alles so weiter laufen lassen, wären Sie wahrscheinlich in fünf Jahren die Ersten, die uns vorwürfen, dass wir die Zeichen der Zeit nicht erkannt und bei der öffentlichen Verwaltung nicht entsprechende, in die Zukunft gerichtete Strukturen geschaffen haben.

(Heidi Lück (SPD): Die haben Sie auch jetzt nicht erkannt!)

Nein, meine Damen und Herren, auch das neue Unternehmen Bayerische Staatsforsten wird zur Finanzierung von besonderen Gemeinwohlleistungen im Staatswald künftig an projektbezogenen Förderprogrammen teilhaben können. Dazu ist ein eigener Ansatz mit 9,7 Millionen Euro für das nächste Jahr und mit nahezu 9 Millionen Euro für das übernächste Jahr vorgesehen.

(Heidi Lück (SPD): Das reicht nicht!)

Schaut man den Antrag der GRÜNEN an, der zur Haushaltseratung eingebracht wurde, stellt man fest, auf der einen Seite wollen sie alles so lassen, wie es ist. Auf der anderen Seite stellen sie aber gleichzeitig den Antrag, dass die Hilfen für die Selbsthilfeeinrichtungen – siehe Waldbesitzervereinigungen – jährlich um 144 000 Euro

gekürzt werden sollen. Herr Dr. Magerl, was Sie hier machen, ist doppelzüngig.

(Beifall bei der CSU)

Mit dieser Rechtsform „Anstalt des öffentlichen Rechts“ wird der Landtag auch in Zukunft Einflussmöglichkeiten auf eine nachhaltige, naturnahe und vorbildliche Bewirtschaftung unseres Staatswaldes haben.

In diesem Waldgesetz ist auch verankert, dass der Staatswald auf Dauer in alleiniger öffentlich-rechtlicher Verantwortung zu bewirtschaften ist.

(Heidi Lück (SPD): Nein, eben nicht!)

Außerdem soll das Forstvermögen als Teil des Grundstücksvermögens in seinem wirtschaftlichen Wert ungeschmälert erhalten bleiben. Auch der Flächenumfang des Forstvermögens bleibt grundsätzlich erhalten.

Wir werden uns Anfang des kommenden Jahres im Agrarausschuss noch ausführlich mit den Gesetzentwürfen auseinander setzen und natürlich auch konstruktiver Kritik offen gegenüberstehen. Das haben wir immer so gehabt. Aber gegen pure Polemik habe ich mich bisher entschieden gewehrt. Und das werde ich auch in Zukunft tun.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Gudrun Peters (SPD))

Am 26.01. haben wir eine weitere Anhörung vorgesehen. Dabei werden wir uns mit den Professoren auseinander setzen. Ich gehe schon davon aus, dass diese Anhörung auch die parlamentarische Diskussion befruchten wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir abschließend noch ein paar Grundsätze zur Agrarpolitik.

Erstens. Die Bedeutung, der Stellenwert und die umfangreiche Vernetzung der Landwirtschaft bzw. Landbewirtschaftung müssen innerhalb unserer Gesellschaft neu definiert werden.

Zweitens. Die künftige Landnutzung und Nahrungsproduktion müssen zunehmend durch das Prinzip der Nachhaltigkeit bestimmt werden. Bayerns Bauern haben keine Angst vor dem Wettbewerb. Nur: Alle müssen sowohl im Umwelt-, Tierschutz-, Pflanzenschutz- und im Hygienebereich ebenso wie bei den Vorgaben im sozialen und steuerlichen Bereich dieselben Standards erfüllen. Die Unfairness, die uns zugemutet wird, ist doch, dass wir in nahezu allen Bereichen strengerer Auflagen als unsere EU-Nachbarn ausgesetzt sind. Wir verlangen nichts anderes als Waffengleichheit, dann können wir auch konkurrieren.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Umweltpolitik und Verbraucher bestimmen die agrarpolitischen Rahmenbedingungen immer mehr. Ich

habe aber keine Angst, hier in einen offensiven Dialog einzutreten;

denn unsere Bauern sind die besseren Umwelt- und Naturschützer – und das schon seit Generationen.

(Beifall bei der CSU)

Viertens. Die Multifunktionalität der agrarischen Landnutzung weist der Landwirtschaft ohne Zweifel auch neue Aufgaben zu.

Fünftens. Gute Perspektiven für die Landwirtschaft sehe ich bei den nachwachsenden Rohstoffen – Holz als Biomasse, Photovoltaik, Biogas, Holz als Brenn- und Baustoff, Treibstoff vom Acker, Strom aus Biogas oder durch die Sonne.

Sechstens. Die hohen Qualitätsstandards, das perfekte Kontrollsystem und die konsequente Umsetzung aller Umwelt- und Tierschutzvorgaben müssen aber auch für die bayerische Landwirtschaft Wettbewerbsvorteile garantieren.

Siebtens. Grundsätzlich sind Vereinbarungen auf freiwilliger Basis zwischen Landwirten und dem Staat willkürlich Auflagen vorzuziehen.

Achtens. Die Bedeutung der Landwirtschaft für den gesamten ländlichen Raum und die Gesellschaft insgesamt muss hinsichtlich der Arbeitsplätze, der Kulturträgerfunktionen und der Aufrechterhaltung christlicher Werte in unserer Bürgergesellschaft stärker herausgestellt werden.

Neuntens. Die Landwirtschaft ist mehr als nur irgendein Berufsstand. Wir sind die Hüter der natürlichen Lebensgrundlagen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): A oida Huad seid's, keine Hüter!)

Erholungsfunktionen und Freizeiteinrichtungen steigern den Wohnwert für die Einheimischen und die Attraktivität der Fremdenverkehrsorte.

Zehntens. Bildung und Ausbildung sind wichtige Standortvorteile für unsere Landwirtschaft, und das muss auch so bleiben. Ich mahne hier auch an: Weihenstephan darf nicht geschwächt werden.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Das wird es doch permanent!)

– Herr Dr. Magerl, es wäre klüger, wenn Sie nicht so laut dazwischenreden würden, sondern wenn Sie auf die Zwischenstöße meiner Ausführungen achten würden.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ja, ich sage ein klares Ja zu Weihenstephan als universitärer Ausbildungsstätte, die nicht geschmäler werden darf.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe wird in Straubing mit insgesamt 17 Millionen Euro weiter ausgebaut. Ich erwarte aber auch, dass man dort bald die praktischen Auswirkungen für die Landnutzung und die Landbewirtschaftung spürt. Die Landwirte erwarten das. Das war auch der Hintergrund dafür, dass wir nach Straubing gegangen sind. Dieses Zentrum sollte gerade wegen seiner praktischen Auswirkungen beispielhaft für ganz Europa sein.

Elftens. Die ständig zunehmende Bürokratie, verbunden mit komplizierten Verordnungen und Förderbedingungen, mit immer vielfältigeren Aufgaben, die ein Kontrollsyste auslösen, welches in der Praxis oftmals nicht mehr nachvollzogen werden kann, muss durch Verwaltungsvereinfachung und Streichung von Verwaltungsvorschriften eingedämmt werden.

Zwölftens. Die finanziellen Engpässe der öffentlichen Haushalte zwingen uns ohne Zweifel auch zu Einschnitten in der Fachverwaltung. Das heißt, wir brauchen ein umfangreiches Konzept in der Beratung, Betreuung und Begleitung unserer bäuerlichen Betriebe und Familien, und zwar unter Einbindung unserer Selbsthilfeeinrichtungen. Wir müssen eine abgestimmte Strategie mit einem Verbund aller in Frage kommenden Organisationen entwickeln.

Dreizehntens. Dies muss in die Fortschreibung des Landwirtschaftsförderungsgesetzes münden. Wir brauchen zwingend Planungssicherheit für die Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ein so genanntes Zukunftsforum unter Einbindung der Wissenschaft könnte den bayerischen Weg in der Agrarpolitik zeitgerecht und zukunftsorientiert definieren.

Vierzehntens. Aufgrund der Besorgnis erregenden Haushaltsslage auf Bundesebene und der drastischen Kürzungsvorgaben habe ich schlimmste Befürchtungen hinsichtlich des Fortbestandes und der Finanzierbarkeit unserer landwirtschaftlichen Krankenkassen, Alterskassen und Berufsgenossenschaften. Neue Denkansätze erscheinen mir hier unabdingbar.

Fünfzehntens. Der Gefahr einer neuen Landflucht mit allen ihren negativen Auswirkungen in sozio-struktureller Hinsicht muss durch eine offensive Struktur-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik entgegengewirkt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CSU-Fraktion wird auch in Zukunft ein verlässlicher Partner der Land- und Forstwirte sein. Es bleibt unser Ziel im Rahmen der Möglichkeiten durch die zwingenden EU-Vorgaben und die Landesagrarpolitik die bäuerlichen Einkommen zu sichern. Wir werden der Landwirtschaft weiterhin Planungssicherheit geben. Es bleibt unser Ziel, die von der Landwirtschaft erbrachten Gemeinwohleistungen angemessen zu honorieren. Die Honorierung ist übrigens keine Subvention, wie dies gerne von der Bundesregierung dargestellt wird. Sie ist ein Leistungsentgelt. Bayern schafft in

seinen Zuständigkeitsbereichen und im Rahmen seiner verfügbaren Haushaltssmittel kalkulierbare Rahmenbedingungen für einen wirtschaftlichen Standort für Agrarproduktion. Dafür werden wir uns aber auch in Zukunft einsetzen. Mut, Zielstrebigkeit und Zuverlässigkeit sind die Kennzeichen bayerischer Landwirtschaftspolitik. Während Frau Künast rigoros kürzt und die Landwirtschaft nur verwaltet und die Gesellschaft spaltet, hat Bayern intelligent gespart und reformiert, um die Agrarpolitik zukunftsorientiert zu gestalten.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächste hat Frau Kollegin Peters das Wort. Es verbleiben ihr noch vier Minuten Redezeit.

Gudrun Peters (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Viele Weihrauchkessel wurden heute geschwenkt. Allzu viel Weihrauch schwärzt allerdings, vor allem macht er blind, und zwar so blind, dass man nicht mehr sieht, dass bei der Dorferneuerung aus Bayern ein Sechstel weniger angekommen ist, dass bei den nachwachsenden Rohstoffen 10 % weniger angekommen ist, und dass beim Kulturlandschaftsprogramm ein Drittel weniger und beim Agrarmarketing ein Viertel weniger aus Bayern angekommen sind. Aber das nennen Sie intelligentes Sparen, weil es doch der Bund und Europa wieder ausgleichen. Wir vermissen es, dass Sie das so deutlich sagen. Sie können sparen, weil Berlin und Europa gut zahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben von alarmierenden Zahlen gesprochen. Herr Brunner, Sie haben Recht. Im Landwirtschaftshaushalt des Bundes wurden die Mittel um 7 % gekürzt, während sie im Landwirtschaftshaushalt des Landes Bayern um 12,6 % gekürzt wurden. Jetzt frage ich Sie, wer hier ideologisch motiviert ist, wie Sie es gesagt haben. Ich schätze Sie sehr, Herr Brunner. Die alte Kamelle mit der ideologischen Motivierung hätte ich Ihnen aber nicht zugetraut. Das haben Sie auch nicht nötig.

(Beifall bei der SPD)

Eine Einsparung hat mir heute gefehlt. Man könnte sich das Umweltministerium und das Landwirtschaftsministerium schnappen und beide nach dem Motto „schnapp ein, schnapp auf und schnapp zu“ zusammenlegen. Das Geld, welches dann übrig bleibt, könnte der Landwirtschaft und der Umwelt zugute kommen.

(Zuruf von der SPD: Schnapp über!)

– Ja, schnapp über ist noch besser!

(Thomas Kreuzer (CSU): Sind Sie wirklich für die Auflösung des Landwirtschaftsministeriums? Dann geben Sie das auch zu Protokoll!)

Kolleginnen und Kollegen, in aller Kürze: Weniger Weihrauch wäre mehr und würde den Blick für Zahlen und Fakten erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Magerl das Wort.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Bayern vorn“, mit diesen Worten muss man die Ergebnisse der aktuellen bundesweiten Waldschadenserhebung kommentieren. Es gibt kein anderes Bundesland in Deutschland, in dem die Waldschäden derartig groß sind wie momentan in Bayern. Das ist die traurige Bilanz, die dieser Waldschadensbericht der Bundesregierung zieht.

(Thomas Kreuzer (CSU): Weil Sie an den Bäumen sägen! Oder was soll das?)

– Herr Kollege Kreuzer, es ist von ziemlicher Bedeutung, in welchem Zustand sich der Wald befindet. Minister Miller hat versucht, das Bild einer heilen Welt zu zeichnen, aber wir hatten noch nie solche Waldschäden, wie wir sie im Moment zu verzeichnen haben. Das hat Herr Miller auch kurz in seiner Rede angedeutet. Daran ganz maßgeblich beteiligt ist sicherlich die Veränderung des Klimas, aber auch der nach wie vor zu hohe Schadstoffausstoß spielt eine Rolle. Für die Zukunft ist keinerlei Besserung in Sicht. Vor diesem dramatischen Zustand unserer Wälder betreiben diese CSU-Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion eine Forstreform, die beileibe nicht nur die Verwaltung reformieren soll, sondern die auch den Wald selbst gewaltig reformieren will. Das kann man durchaus dem Waldgesetz entnehmen, mit dem wir uns Ende Januar noch ausführlich zu befassen haben werden. Es wird sich da alles in enormem Umfang weiter verschlechtern.

Lassen Sie mich jetzt auf einige Punkte eingehen, die in der Debatte schon angesprochen worden sind. Minister Miller und auch Herr Brunner haben gesagt, dass das Reviersystem erhalten bleiben solle. Das ist aber nur pro forma und auf dem Papier der Fall; denn die Reviere werden um 20 % enorm vergrößert, was eine Aushöhlung bedeutet. Bereits in der Vergangenheit sind die Reviere vergrößert worden und nun soll das noch einmal passieren. Damit wird die Betreuungsleistung im Umfang enorm ausgedehnt, was bedeutet, dass die Mitarbeiter ihre Reviere bei weitem nicht mehr so betreuen können wie bisher. Das, was Sie, meine Damen und Herren von der CSU, betreiben, ist klar und deutlich die Aushöhlung des bestehenden Reviersystems. Das kann nicht der richtige Weg sein vor dem Hintergrund, dass unser Wald in dem durch den Waldschadensbericht dokumentierten Zustand ist. Da sind Sie auf dem Holzweg, wie man klar und deutlich formulieren muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vom Volksbegehr haben Sie gesagt, es sei eine Watsch'n für uns. Nein, Sie sind mit einem blauen Auge davongekommen; das sind die Fakten. Es ist keine Watsch'n für uns, sondern es bedeutet ein blaues Auge

für Sie. Mit 9,3 % standen wir kurz vor dem Erfolg. Das Volksbegehr hat damit gezeigt, welche Bedeutung der Wald für unsere Bevölkerung hat. Dieses Votum muss eine Verpflichtung für uns alle sein, unsere Wälder zu erhalten.

(Thomas Kreuzer (CSU): Und das würde den Wald gesunden, wenn wir das Volksbegehr hätten?)

– Mit dem Volksbegehr wären wir auf dem richtigen Weg gewesen. Mit Ihren Gesetzentwürfen sind wir nach wie vor auf dem Holzweg, Herr Kollege Kreuzer. Ich wiederhole, dass das Votum für uns alle Verpflichtung sein muss, insbesondere die Gemeinwohlfunktion des Waldes zu erhalten und eventuell sogar auszubauen.

Sie, meine Damen und Herren von der CSU-Fraktion, betonen zwar immer, dass die Gemeinwohlfunktion des Waldes erhalten bleibe, aber Sie vergessen dabei zu sagen, dass wir in Zukunft die Anstalt des öffentlichen Rechts dafür bezahlen müssen. Das bedeutet, dass die Gemeinwohlfunktion des Waldes nach Haushaltsslage berücksichtigt oder nicht berücksichtigt wird.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wie war es denn bisher? Wo war denn die Gemeinwohlfunktion bisher? Im Haushalt?)

– Das ist aus dem Haushalt mitgezahlt worden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): One-Stop-Agency!)

– Völlig richtig, Herr Kollege Dürr. Die One-Stop-Agency ist ebenfalls völliger Blödsinn; es ist ein Holzweg, auf dem man hier geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun sagt Minister Miller, das Personal sei hoch motiviert. Ja, Sie hatten hoch motiviertes Personal, aber das, was Sie jetzt mit diesem Personal machen, hat zu einer enormen Demotivierung geführt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Reduzierung um 20 % demotiviert die Leute. Ich hätte heute von Ihnen erwartet, Herr Staatsminister Miller, dass Sie sich vor Ihr Personal stellen. Gegen den Forstamtsleiter in Schliersee wird momentan ein Kesseltreiben veranstaltet von den Jägern, weil er eine Drückjagd durchgeführt hat.

(Thomas Kreuzer (CSU): Zu Recht!)

– Nicht zu Recht, Herr Kollege Kreuzer. Er hat nach Recht und Gesetz eine notwendige Reduzierung des Wildbestandes vorgenommen. Jetzt läuft ein Kesseltreiben gegen ihn und der Minister steht hier im Landtag und stellt sich nicht vor diesen Forstamtsleiter, der diese Jagd zu Recht durchgeführt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hätten erwartet, dass Minister Miller sein Personal auf diese Weise motiviert. Aber was Sie machen, Herr Minister, ist die Demotivation Ihres Personals in immer größerem Maße.

Und nun ein Wort zu Ihnen, Herr Kollege Brunner. Sie fordern, Weihenstephan dürfe nicht geschmälerter werden. Weihenstephan ist in den vergangenen Jahren bereits deutlich geschmälerter worden, und es gibt genügend Menschen, die immer noch an dieser Institution sägen. Ich bekomme als Freisinger tagtäglich mit, was dort läuft. Denn die Professoren und die Lehrstuhlinhaber reden ja auch mit mir.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Der Obersäger sitzt an der Spitzel!)

– Ja, der Obersäger sitzt an der Spitze der TU. Das muss man klar und deutlich so sehen. Das kann so nicht weitergehen. Weihenstephan muss erhalten bleiben und eigentlich sogar in den Bereichen, wo bereits gesägt worden ist, wieder aufgebaut werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn – damit komme ich zum Schluss – unser Klima ändert sich dramatisch. Dies hat Auswirkungen für unsere Wälder und auch für unsere Landwirtschaft. Dafür brauchen wir eine Institution wie Weihenstephan, die Forschung auch auf diesem Gebiet leistet, sei es nun im forstlichen oder im landwirtschaftlichen Bereich. Deshalb genügt es nicht, nur zu sagen, Weihenstephan dürfe nicht geschmälerter werden. Es hätte deutlicherer Worte bedurft, kritischerer Worte an der Reduktion dieses Forschungsbereichs.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Zu Wort hat sich Herr Kollege Ranner gemeldet. Bitte sehr, Herr Kollege.

Sepp Ranner (CSU): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass der Agrarstandort Deutschland systematisch zerstört wird und die Agrarproduktion systematisch ins Ausland getrieben wird, bedeutet es für mich ein Glück, dass unsere Bauern in Bayern leben. Und ich bin stolz, dass wir eine bayerische Agrarpolitik haben. Herr Kollege Sprinkart, Ihre Horrorszenarien im Bereich der Ausbildung möchte ich etwas relativieren. Sie haben vergessen, die Stabikurse zu erwähnen.

(Zuruf des Abgeordneten Adi Sprinkart (GRÜNE))

Sie wissen ebenso gut wie ich, dass 60 % unserer Bauern Einkommenskombinierer sind, die zunächst einen Erwerbsberuf erlernen und dann in den Stabikursen die Möglichkeit haben, die Qualifikation für die Landwirtschaft zu erreichen. Damit werden sie dann auch förderfähig. Das haben Sie verschwiegen.

(Unruhe)

Wenn die liebe Heidi Lück hier meint, unter der SPD-Regierung gehe es den Bauern besser, dann muss ich ihr schon Folgendes als Milchbauer entgegenhalten: Seit drei Jahren habe ich so katastrophale Milchpreise, wie ich sie noch nie zuvor hatte.

(Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Die Einkommensdisparität liegt ständig bei 40 %.

(Beifall bei der CSU – weitere Zurufe der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Ich freue mich, Frau Lück, wenn Sie ständig Beifall klatschen. Das ist wunderbar; ich glaube, es sind Beifallsbekundungen, was Sie da von sich geben.

Das alles wird noch verstärkt durch überproportionale Belastungen der Bauern im sozialen Bereich. Wenn wir heute erleben müssen, dass die Bundesregierung insbesondere im sozialen Bereich bei der Landwirtschaft sozusagen Steinbruch praktiziert, das heißt, die Landwirtschaft überproportional belastet, wenn – ich muss das sagen – 287 Millionen Euro den deutschen Bauern durch die Mehrbelastung mit der Dieselsteuer abgehen, während andere Länder soviel wie nichts erheben, dann ist das eine Zerstörung des Wettbewerbsstandortes Deutschland. Die Landwirtschaft leidet unter dem Politrisiko, das die Sozis und die GRÜNEN kultivieren.

(Zurufe von der SPD)

Das Politrisiko kann ich auch mit der Düngerverordnung belegen. Das ist eine totale Bürokratisierung und Reglementierung der Bauern. Ich muss die Temperatur beim Gülleausbreiten messen. Da frage ich mich: Wo samma denn? Ist Faschingsdienstag? Da fehlt's himmelweit. Ein anderes Beispiel ist das Arzneimittelgesetz. Wenn ich einen Vertrag mit dem Veterinär abschließe, dann darf ich nicht mehr therapieren. Das soll begrenzt werden und hat dann zur Folge, dass illegale Praktiken fröhliche Urständ feiern. Das ist praxisfremd und bauernfeindlich. Es ist dies die Politik dieser rot-grünen Truppen.

Wenn Sie nun von den Umweltprogrammen im Freistaat Bayern und den 65 Euro pro Hektar sprechen, dann muss ich schon fragen: Was haben wir denn in Schleswig-Holstein? – Ja, Sie hören richtig! – 1 Euro. Dort sind Ihre Kameraden.

Was haben wir denn in Nordrhein-Westfalen? 17 Euro – da sind Ihre Kameraden. Da sieht man einmal, wie unehrlich Sie die Diskussion führen. Ich bedauere auch die Kürzungen bei den Selbsteinrichtungen. Als LKV-Vorsitzender bin ich selber betroffen. Aber wenn ich an der Gesamtleistung sehe, dass der Freistaat Bayern für LKV, LKP, Maschinenring, Dorfhelpferinnen usw. insgesamt einen Betrag von über 30 Millionen Euro aufwendet, und wenn ich das mit Schleswig Holstein vergleiche, dann haben die 244 000 Euro, und die haben sie jetzt gestrichen. Das ist Politik Rot-Grün pur.

(Beifall bei der CSU)

Herr Präsident, wie viel Zeit habe ich noch? Eine Minute?

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Null.

Sepp Ranner (CSU): Darf ich noch? - Drei Dinge zur Ergänzung an meinen Vorsitzenden. Zur Milch: Wir brauchen einen Stopp oder eine Teilaussetzung der Saldierung. Es geht nicht an, dass ein Milchproduzent in Deutschland zum Beispiel 50 000 Liter hat, und dann lässt er sich über den Computer eine Molkerei auswählen, die im Wege der Saldierung zwei, drei Millionen Liter liefern lässt, während wir schön brav unsere Quote kaufen, unser Strafporto zahlen und rechtschaffen unsere Arbeit machen. Das ist so nicht haltbar.

Der zweite Punkt ist der, dass wir bayernweiten Handel brauchen. Wir haben eine Differenz zwischen 21 und 76 Cent bei der Milch. Wir brauchen einen bayernweiten Handel, auch wenn das manchmal schmerzt, aber es muss die Zielvorstellung sein, dass der eine verkaufen kann und der andere Betrieb sich entwickeln kann.

Ein dritter Punkt: Wir brauchen ein einheitliches Qualitätszeichen für alle Bereiche.

Ein vierter Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein ganz wichtiger, und da fordere ich die Bundesregierung auf, liebe Heidi, da sind die Berliner gefordert. Das ist der Quotenvollzug in Europa, auch in Südeuropa. Das ist ein ganz entscheidendes Thema. Wenn man lesen muss, dass es eine Million Schwarzquote gibt, mache ich mir schon meine Gedanken.

Jetzt muss ich fertig werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, 700 000 Arbeitsplätze sind in Bayern durch die Land- und Ernährungswirtschaft gesichert. Landwirtschaft produziert Kulturlandschaft, Landwirtschaft garantiert Tourismus, Erholung, Gesundheit, Offenheit der Landschaft,

(Heidi Lück (SPD): Und kürzt den Haushalt!)

frische, best kontrollierte Nahrungsmittel und das Prinzip Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit ist nicht vom grünen Schreibtisch entdeckt worden, sondern das haben 10, 20 Generationen auf meinem Hof schon vorher praktiziert. Nur aus dieser Nachhaltigkeit können wir leben, und das gibt der Bauer weiter. Da brauchen wir keine Schreibtischtäter, das können wir schon selber.

Nachwachsende Rohstoffe: Bayern hat in diesem Bereich 57 % der Fördermittel abgeschöpft – das muss man auch einmal ganz deutlich sagen –

(Heidi Lück (SPD): Von Berlin bezahlt!)

und ist Spitzenreiter. Ob es Biogas ist, ob es Hackschnitzel sind, Bayern liegt mit seinen 600 Anlagen mit an der Spitze.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Aber zuerst muss es die Förderung geben, die man abschöpfen kann! Sagen Sie halt auch einmal danke schön!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt muss ich aufhören. Ich möchte mich trotzdem bedanken bei den Haushältern, dass das LKV doch ein paar Brosamen bekommen hat, um nicht direkt abzustürzen. Wir danken auch dem in großen Schwierigkeiten steckenden Gesundheitsdienst.

Ich möchte zum Schluss kommen. Ernst Ulrich von Weizsäcker,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ein gescheiter Mann!)

ein SPDler, hat gesagt: „Die Ballungszentren benehmen sich wie Parasiten. Sie zerstören Boden, Wasser und Luft.“

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Jawohl, Recht hat er!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Kernsatz, den wir auch in Zukunft pflegen wollen. Es kann nicht angehen, dass die linke Seite glaubt, die Landwirtschaft nur in die Gemeinwohlschatulle pressen zu können,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wer sagt das?)

sondern wir Bauern müssen auch eine Existenzgrundlage haben. Darum schließe ich mit einem Satz von Konfuzius:

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Der ist auch von dieser Seite! Das ist auch ein GRÜNER!)

„Es gibt drei Wege, klug zu handeln. Der Erste, nachdenken, ist der edelste, der Zweite, nachahmen, der leichteste, und der Dritte, Erfahrung, ist der bitterste.“

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das wissen die Landwirte!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich fordere Sie auf, um unserer Heimat und unserer Bauern willen, dass Sie die Weg des Nachdenkens mit uns gehen für eine gute Zukunft der Bauern in Bayern. Danke.

(Beifall bei der CSU – Gudrun Peters (SPD): Nachhaltig!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als nächster Redner hat sich der Kollege Sprinkart gemeldet, eine Minute.

(Thomas Kreuzer (CSU): Völlig unnötig!)

Adi Sprinkart (GRÜNE): Das glaube ich schon, dass Sie das so sehen, Kollege Kreuzer.

Drei Punkte möchte ich anmerken. Kollege Brunner, wenn Sie die Umsetzung der Agrarreform nur unter dem Gesichtspunkt der Verwaltungsvereinfachung sehen, muss ich sagen: Flächenprämie einheitlich 340 Euro, es hätte nichts Besseres gegeben als das. Aber ich nehme für mich in Anspruch, sie unter fachlichen Kriterien zu diskutieren, und das sind andere.

Beim Stichwort Saldierung sind wir d'accord. Sie müssen zugeben, dass Sie im Bundesrat nicht einmal von Ihren schwarzen Kollegen unterstützt werden und dort keine Mehrheit haben.

Zum Schluss zu den Gewinnen. Wenn Sie uns vorwerfen, dass unter Rot-Grün die Gewinne sinken, muss ich Ihnen sagen: Als Rot-Grün an die Regierung kam, lagen die Gewinne bei 26 000 Euro je Betrieb und sind zwischenzeitlich auf fast 36 000 Euro angestiegen.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Dafür haben Sie uns nicht gelobt und gesagt: Was macht die Bundesregierung Gutes für die Bauern. Jetzt, wo sie wieder sinken, sind Sie wieder am Schimpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Heidi Lück und Gudrun Peters (SPD))

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat der Herr Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten das Wort.

Staatsminister Josef Miller (Landwirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auf das eingehen, was Kollegin Lück gesagt hat. Frau Lück, ich bin Ihnen sehr dankbar für die große Offenheit, mit der Sie ans Rednerpult getreten sind. Sie haben gesagt, wir würden auf Ihren Trampelpfad in der Agrarpolitik einschwenken. Ein Trampelpfad ist kein guter Weg, das ist allgemein anerkannt.

(Beifall bei der CSU – Gudrun Peters (SPD): Überall nicht!)

Sie können sicher sein, das tun weder wir noch die Bauern.

Sie haben als Zweites die Ämterreform als Kasperltheater bezeichnet. Wer solche einschneidenden Maßnahmen vornimmt, die Standorte von 206 auf 87 reduziert und das als Kasperltheater abstempelt,

(Heidi Lück (SPD): Ohne Grundlage!)

der nimmt unsere Mitarbeiter nicht ernst.

Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wer die nicht ernst nimmt?

Aus großem Respekt vor den Mitarbeitern hätte ich von Ihnen erwartet, dass Sie das nicht als Kasperltheater abtun,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Vier Finger zeigen auf Sie zurück!)

zumal Sie in der Öffentlichkeit von der Reform wenig gehört haben, weil sie gut vorbereitet und mit den Betroffenen abgesprochen war. Das ärgert Sie jetzt, aber Ihnen ist nichts anderes übrig geblieben als der Ausdruck Kasperltheater. Den können Sie auch weiter verwenden. Es ist Ihnen unbenommen, wie Sie das bezeichnen.

(Gudrun Peters (SPD): Das ist schäbig!)

Dann sprechen Sie von den Kürzungen, die zweifelsohne vorgenommen worden sind. Es ist unbestritten, dass die Haushalte gekürzt wurden – mit einem Unterschied: In Bayern wurde gekürzt, um 2006 einen ausgeglichenen Haushalt zu bekommen. In Berlin wurde das versucht, aber die kommen immer weiter weg, und ein ausgeglicherner Haushalt ist Voraussetzung dafür, dass man auch künftig Leistungen für die Bauern gewähren kann. Das ist der Unterschied.

(Beifall von der CSU – Heidi Lück (SPD): Ich habe einen 20 Zentimeter hohen Stoß von Zuschriften!)

Wenn Sie dann glaubhaft machen wollen, wir hätten mit Mitteln aus Berlin ausgeglichen, muss ich Ihnen sagen: Aus Berlin war nichts auszugleichen.

(Heidi Lück (SPD): Ja, natürlich, weil Sie blockieren!)

Berlin hat Jahr für Jahr gekürzt.

Wenn es um Größenordnungen geht: Allein die Gemeinschaftsaufgabe ist um 34 Millionen Euro in diesem Jahr gekürzt worden. Das sind Mittel, die die Bauern unmittelbar betreffen, die investieren wollen. Sie sollten, wenn Sie vergleichen, die Zahlen richtig vergleichen. Und noch eines sollten Sie tun: Sie sollten erwähnen, wie schamlos Sie die Bauern über die Ökosteuer abkassieren.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Bauern zahlen 560 Millionen Euro in die Ökosteuer, 34 Millionen Euro bekommen sie heraus.

(Beifall bei der CSU – Markus Sackmann (CSU): Unglaublich!)

Ich kann mir vorstellen, dass Sie das ärgert. Wenn Sie die Bauern daran messen, wie sie von den Kürzungen betroffen sind, muss ich sagen: Natürlich schmerzt es, wenn bei den Selbsthilfeeinrichtungen gekürzt werden muss. Aber

zum Beispiel bei der Milchkontrollförderung hat der Bund permanent gekürzt und ist daran --

(Heidi Lück (SPD): Der Bund?)

– Der Bund hat gekürzt, und wir haben immer wieder mit-helfen müssen, obwohl wir das mit Landesmitteln bezah- len, was andere Länder zu verringerten Sätzen mit Bun-desmitteln machen können. Aber wie ist die Kürzung in Bayern möglich, ohne dass die Bauern das spüren?

Das ist der Unterschied zu den Kürzungen aus Berlin. Wir waren uns darin einig – Sie haben das doch auch immer herausgestellt –, dass von den 10 Milliarden DM, die von Brüssel nach Deutschland flossen, im Zeitraum von 2000 bis 2006 3,3 Milliarden nach Bayern geflossen sind. Dies war aber nur möglich, weil dieses Hohe Haus die Kofinan-zierungsmittel zur Verfügung gestellt hat!

(Beifall bei der CSU)

Die Mittel für die Bauern sind deshalb nicht reduziert wor-den, weil die Europäische Union von einer 50%igen För-de- rung auf eine 60%ige Förderung gegangen ist. Wir hatten den hohen Anteil der Kofinanzierung und sind deshalb besser weggekommen als alle anderen Bundesländer. Und jetzt habe ich eine Bitte: 2007 beginnt eine neue Pro- grammplanung, die bis 2013 läuft. Setzen Sie sich dafür ein, dass Mittel nach Bayern fließen! Sie haben das näm- lich in der Vergangenheit bei Kürzungen nicht getan.

Herr Kollege Sprinkart, es ist schäbig, sich hier am Red-nerpult für die kleinen Bauern einzusetzen und ihnen gleichzeitig die Beihilfe für Dieselkraftstoff zu streichen!

(Beifall bei der CSU)

Das finde ich schäbig. Sie sagen weiterhin, die Flächen-prämie wäre der bessere Weg gewesen. Ich habe jeden-falls in der Volksschule gelernt, dass es beim Rechnen auf den Multiplikator ankommt. Flächenprämie heißt: Je mehr Fläche ein Betrieb hat, umso mehr bekommt er. Da ist der kleine Betrieb mit Sicherheit nicht bevorzugt, wenn Sie rechnen können. Das sollten Sie endlich einmal zur Kennt-nis nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben durchgesetzt, dass diejenigen Betriebe, die Mittel verlieren, diese zumindest bis 2010 wieder ersetzt bekommen. Denn was nützt es dem Betriebsinhaber, bei-spielsweise einem Milchviehhalter, wenn ihm über die Fläche viel ausbezahlt wird, aber seine Ausfälle nicht er-setzt werden, während die Betriebe in allen anderen Län-dern Europas dieses Geld bekommen. Wenn das 2013 kom-men soll, wäre es eine eklatante Benachteiligung un-serer Bauern. Ich bin aber sicher, dass dies bis 2013 geregelt wird.

Dann möchte ich wissen, was Sie getan haben, als die Rot-grüne Bundesregierung vorgeschlagen hat, mit der Agrarreform 63 Millionen Euro pro Jahr aus Bayern abzu-ziehen. Wie wollen Sie denn mehr gewähren, wenn Sie

weniger Geld in der Tasche haben? Das müssen Sie erst einmal jemandem erklären.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zu den Einkommensalternativen der Bauern. Die kluge Wirtschaftspolitik in Bayern hat in Verbindung mit der Agrarpolitik in den ländlichen Regionen Arbeits-plätze geschaffen. Arbeitsplätze, die 100 km entfernt sind, bewirken, dass es mit dem Nebenerwerb nicht mehr weit her ist. – Herr Sprinkart, Sie sprechen die Ausbildung an. Da habe ich doch die Bitte, nicht Äpfel mit Birnen zu ver-gleichen. Sie haben nämlich nur die Fachschulausbildung angesprochen. In Österreich ist beides zusammengeführt, die Ausbildung für den Haupterwerbsbetrieb und die Aus-bildung für den Nebenerwerbsbetrieb. Sie hätten der Ehrlichkeit halber schon sagen müssen, dass 30 bis 40 % unserer Hofnachfolger heute erst einen anderen Beruf er-lernen und dann über die Kurse aus dem Bildungspro-gramm Landwirtschaft zurückkommen. Das sind immer-hin 300 bis 400 Auszubildende pro Jahr, die zu den 500 dazu kommen. Nur wenn Sie das gesagt hätten, hätte die Rechnung gestimmt.

Dann komme ich zu den nachwachsenden Rohstoffen. Die Diskussion lohnt sich ja, und man soll sie auch führen. Wir erzeugen in Bayern doppelt so viel Energie aus Bio-masse wie die anderen Bundesländer.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben also eine gute Politik gemacht. Wir lehnen uns aber nicht zurück, sondern wir wollen an der Spitze blei-ben.

(Beifall bei der CSU)

Die Bundesregierung strebt jetzt die Erzeugung synthetischer Treibstoffe an. Da muss ich fragen, ob es sinnvoll ist, aus Holz Gas und aus Gas Treibstoff zu machen, wenn man also in Deutschland 28 Millionen Tonnen als Die-seltreibstoff einsetzt und weitere 28 Millionen Tonnen Heizöl verfeuert. Bei der Vergasung von Holz zu synthetischem Treibstoff haben wir einen Wirkungsgrad von 30 bis 40 %, bei der Verbrennung von Holz haben wir ei-nen Wirkungsgrad von 90 %. Aber darüber kann man durchaus diskutieren.

Die Prognose, dass viel Verkehr auf die Schiene geht, wenn Rot-grün regiert, und damit weniger Schadstoffe ausgestoßen werden, wurde nicht realisiert; auf diesem Gebiet können wir gerne zusammenarbeiten.

Zum ländlichen Raum. – In anderen Bundesländern gibt es kaum Dorferneuerung; die Flurbereinigung sollte von Rot-grün eingestellt werden. Auch was LEADER-Pro-gramme anbelangt, haben wir keinen Nachholbedarf und keine Nachhilfe nötig. Wir haben mehr LEADER-Gruppen als viele andere Bundesländer zusammen.

Lassen Sie mich noch kurz auf den Forst eingehen. Die Konzepte standen auf dem Prüfstand, und als Demokra-ten sollten wir akzeptieren, wie die Bürger abgestimmt

haben: 9,3 % haben für das Volksbegehrung gestimmt, und 90,7 % haben von der Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben, keinen Gebrauch gemacht. Das ist das Ergebnis.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD – Hans Joachim Werner (SPD): Ach, komm, das ist doch das Letzte! – Johanna Werner Muggendorfer (SPD): So kann man doch nicht rechnen!)

Ich bin überzeugt, dass Sie als Demokraten die Entscheidung der Wähler akzeptieren werden. Wir werden jetzt alles tun, die Reform umzusetzen, ohne dass Abstriche in der Qualität hingenommen werden müssen.

Herr Magerl, ich finde es nicht korrekt, wenn Sie hier sagen: Die Waldschäden sind in Bayern nach der Waldzustandserhebung hoch. Das stimmt, aber Sie wissen ganz genau, dass das mit der Trockenheit zu tun hat. Das hat Frau Künast auch gesagt. Da hätten Sie ihr glauben sollen! Sie haben ihr aber nicht glauben können, als sie vor zwei Jahren prognostiziert hat, die Waldschäden seien seit der Regierungsübernahme durch die GRÜNEN verschwunden. Es war ein Wunschtraum von Frau Künast, als sie vor zwei Jahren sagte, Waldschäden seien kein Thema mehr. Heute muss sie sagen: Das ist ein großes Problem. – Sie sollten sich überlegen, wie Sie das Thema angehen wollen.

Zur Reviergröße. – Wir werden die Rationalisierungspotenziale durch den Einsatz von EDV und GPS ausschöpfen. Wir werden die Beratungsaufgaben zum Teil den Selbsthilfeeinrichtungen übertragen. Das wird auch zu Synergieeffekten führen. Sie wollen die Allgemeinheit glauben machen, eine Anstalt des öffentlichen Rechtes koste Geld. Ja, glauben Sie denn, dass die bisherige Staatsforstverwaltung kein Geld gekostet hat? – Es ist doch kein Geheimnis, dass 70 % der Ausgaben Personalausgaben sind. Jeder Betrieb hat auf der einen Seite Ausgaben und auf der anderen Seite Einnahmen. Personalkosten werden anfallen, wie auch immer Sie den Betrieb organisieren. Unser Ziel ist es, effizienter zu werden.

Abschließend möchte ich mich anlässlich der Haushaltbeschlüsse ganz herzlich bedanken bei den Mitarbeitern draußen, die große Reformen mitmachen, von denen sie selbst betroffen sind, und bei den Mitarbeitern in der Verwaltung, die härteste Arbeit leisten mussten.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte mich bedanken beim Ausschuss, den Mitgliedern des Arbeitskreises und ganz herzlich bei der CSU-Fraktion, die durch den vorgelegten Haushalt beweist, dass sie hinter den Bauern, für den ländlichen Raum und damit für die Zukunft unseres Landes steht. – Herzlichen Dank.

(Beifall und Bravorufe bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Aufmerksamkeit könnte größer sein, damit wir alle wissen, worüber wir genau abstimmen.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 17 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2005/2006, Einzelplan 08, sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/2193 zugrunde.

(Fortgesetzte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der Einzelplan 08 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/2193 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 08 entsprechend der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Damit ist der Einzelplan 08 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium für Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der CSU und Teile der SPD-Fraktion.

(Hans Joachim Werner (SPD): Teile der CSU-Fraktion!)

– Auch bei Ihnen waren einige gedanklich nicht ganz präsent bei der Abstimmung. Damit keine Zweifel aufkommen, wiederholen wir die Abstimmung.

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die SPD-Fraktion. Gegenstim-

men? – Keine. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. So beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/2193 weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 15/2086 seine Erledigung gefunden hat. Das Hohe Haus nimmt hiervon zustimmend Kenntnis.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 18. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2005/2006, Einzelplan 09, sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/2194 zugrunde. Der Einzelplan 09 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/2194 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 09 entsprechend der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 09 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Das war die Wiederholung dessen, was wir für den Einzelplan 08 beschlossen haben. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. So beschlossen.

Die Beratung der Einzelpläne 08 und 09 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 19

Antrag der Abgeordneten

Franz Maget, Karin Radermacher, Hans-Ulrich Pfaffmann und anderer und Fraktion (SPD), Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Frage, inwieweit Staatsministerin Hohlmeier über Vorgänge in der CSU, die dem Landeswahlgesetz in Verbindung mit der CSU-Satzung zuwiderliefen und/oder eine Verletzung des Strafgesetzbuches darstellen, informiert war und ggf. diese nicht verhinderte oder sogar aktiv unterstützte, zur Prüfung etwaiger unzulässiger Verquickung von staatlichen Aufgaben mit Parteiarbeiten für die CSU im Staatsministerium für Unterricht und Kultus, sowie zur Prüfung etwaiger rechtswidriger Begünstigungen von Mitarbeitern des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und zur Prüfung etwaiger rechtswidriger Benachteiligungen bzw. Beförderungen einzelner bayerischer Schulleiterinnen und Schulleiter durch Staatsministerin Hohlmeier (Drucksache 15/1930) und Festlegung der Mitgliederzahl, Besetzung und Vorsitz des Untersuchungsausschusses

(Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich bitte Sie, den Auszug ruhiger zu gestalten.

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt pro Fraktion 15 Minuten. Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Radermacher.

Karin Radermacher (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Damen, meine Herren! Seit Februar 2002 begleitet uns die Affäre um die derzeitige Kultusministerin. Massive Vorwürfe sind von allen Seiten – nicht zuletzt von zahlreichen Vertretern und Funktionären der CSU – erhoben worden.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wann, wo?)

Alle diese Vorwürfe weisen darauf hin, dass die Ministerin in ihrer staatlichen und in ihrer Parteifunktion Recht und Gesetz mit Füßen getreten hat, um ihre persönliche Machtposition zu sichern und auszubauen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Hierbei scheint jedes Mittel recht gewesen zu sein. Die erhobenen Vorwürfe gegen die Ministerin sind so gravierend, dass wir – die SPD und die GRÜNEN – einen Untersuchungsausschuss beantragt haben, um diesen Sachverhalt zu klären. Dieser Untersuchungsausschuss wird heute vom Bayerischen Landtag eingesetzt. Die Notwendigkeit des von uns vorgelegten Fragenkatalogs zum Untersuchungsausschuss „Hohlmeier“ wird auch von Ihnen, der CSU, nicht mehr bestritten.

(Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bevor ich die Grundzüge des Untersuchungsauftrages noch einmal kurz vorstelle, lassen Sie mich ein paar Worte

(Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

zu den bemerkenswerten, vermutlich einzigartigen Vorgängen der letzten Monate, Wochen und Tage sagen, an denen die Öffentlichkeit staunend teilnehmen durfte. Sie alle werden sich noch an die Vorgänge der Münchner Wahlfälscher-Affäre erinnern – Stichwort „gekaufte Mitglieder“. Im Sommer dieses Jahres wurden wir Zeugen des Rundumschlages, den einige, mittlerweile strafrechtlich verurteilte, nunmehr ehemaligen CSU-Mitglieder presseöffentlich gegen die Kultusministerin vornahmen. Sie warfen ihr unter anderem Mitwisserschaft an der Wahlfälschungs-Affäre im Stimmkreis des Kollegen Traublinger vor. Hierzu, meine Damen und Herren, gibt es kein Wort des Ministerpräsidenten, obwohl er der Mitwisserschaft beschuldigt wurde.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Franz Maget (SPD): Sonst hat er zu allem etwas zu sagen!)

Ungefähr zur gleichen Zeit musste die Ministerin auf unseren detaillierten Fragenkatalog hin schriftlich einräumen, dass in ihrem Ministerium ein einzigartiger Wirrwarr von CSU-Parteiarbeit und staatlicher Tätigkeit vorliegt. Es waren – oder besser gesagt es mussten – Ministeriumsmitarbeiter – fünfzehn an der Zahl – rund um die Uhr im Einsatz sein, um allzeit bereit den Ruhm und die Macht der CSU-Bezirksvorsitzenden für die CSU zu mehren. Das, meine Damen und Herren, alles auf Kosten der Steuerzahler.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das kann im Untersuchungsausschuss besprochen werden! – Gegenruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das war ein Eingeständnis, Herr Kreuzer, das muss nicht mehr untersucht werden!)

Auch hierzu, meine Damen und Herren, gab es kein Machtwort des Ministerpräsidenten, sondern er gibt der Ministerin eine zweite Chance. Dazu sei angemerkt: Wie viele Chancen haben eigentlich die Minister Stamm, Sauter und Weiß von Herrn Ministerpräsidenten erhalten für Vorkommnisse, die vergleichsweise Lappalien waren?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dann folgten die Drohungen mit Dossiers über Vorstandsmitglieder. Eine von der Staatskanzlei erzwungene Entschuldigung war die nächste Handlung und schließlich der erzwungene Rücktritt als CSU-Vorsitzende. Freiwillig und durch Einsicht, meine Damen und Herren, ist in dieser Sache bisher nichts passiert.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem Ihnen, meine Damen und Herren von der CSU, der Fragenkatalog zum Untersuchungsauftrag vorlag, geschah erst einmal lange nichts, sondern der Fraktions-

vorsitzende der CSU hat offensichtlich in Unkenntnis der Rechtslage zunächst erklärt, alle Fragen zur Münchner Wahlfälschungs-Affäre seien auf keinen Fall zulässig. Ganz nebenbei möchte ich daran erinnern, dass es der CSU sehr schwer fiel, einen Vorsitzenden für diesen Untersuchungsausschuss zu finden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Bei 124 Mitgliedern!)

Einige konnten nicht, die meisten wollten nicht. Das ist verständlich. Die Fallstricke sind unübersehbar.

(Franz Maget (SPD): Respekt, Herr Kupka!)

Der nächste Akt: Schließlich überstürzten sich in den letzten Tagen die Ereignisse. Der Münchner CSU-Vorstand fordert einhellig den Rücktritt der Ministerin. Der Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport des Bayerischen Landtags beklagt die Situation der bayerischen Schulen. Plötzlich werden 800 fehlende Lehrerinnen- und Lehrerstellen eingestanden. Er beklagt dies direkt beim Ministerpräsidenten – demonstrativ vorbei an der zuständigen Ministerin.

(Franz Maget (SPD): Das hat er gestern erst gemerkt!)

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Das geschah demonstrativ an der Ministerin vorbei.

Den Höhepunkt der Demontage konnten wir dann vorgestern miterleben, als der Ministerpräsident vor laufender Kamera im Kabinett seine Kultusministerin maßregelte. Zudem rückt er plötzlich von ihrer Schulpolitik ab, meine Damen und Herren, einer Schulpolitik, die er veranlasst hat und die er letztlich zu verantworten hat. Ich finde, das ist eine Schweinerei!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich kann dem Herrn Ministerpräsidenten nur sagen, dass er für die Zustände an den bayerischen Schulen und für die immer mehr und immer lauteren Proteste und Unterschriftenaktionen der Eltern, Lehrerinnen und Lehrer ganz allein und in erster Linie die Verantwortung trägt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Frage stellt sich, wann und ob sich der Ministerpräsident traut, die längst überfällige Entlassung der Ministerin vorzunehmen. Vielleicht ist es ja auch notwendig, dass die CSU endlich handelt, falls der Herr Ministerpräsident zu feige ist.

(Beifall bei der SPD)

Zwischenzeitlich haben die meisten CSU-Vertreter verstanden, dass die Vorwürfe um die mögliche Mitwirkung an Wahlmanipulationen nicht mehr vertuscht werden können.

Der Kernvorwurf, den wir der Kultusministerin aber machen, geht tiefer. Untersucht werden muss in erster Linie: Hat die Ministerin an der Verletzung der Verfassung und ihres Grundsatzes der innerparteilichen Demokratie mitgewirkt? Untersucht werden muss: Hat die Ministerin bei der Verletzung des Parteiengesetzes und des Landeswahlgesetzes mitgewirkt? Untersucht werden muss auch: Hat sie an strafbaren Handlungen im Zusammenhang mit gefälschten Urkunden mitgewirkt? Dies alles betrifft wesentliche Grundlagen unserer demokratischen Struktur. Meine Damen und Herren, um es deutlich zu sagen: Es geht hier eben nicht lediglich um Falschparken.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Untersucht werden muss auch das selbstherrliche Verhalten einer Ministerin, die ihr Ministerium nach Meinung vieler als Familienbetrieb und als Selbstbedienungsladen benutzt hat. Untersucht werden muss auch die Frage, ob der Ministerpräsident hiervon Kenntnis hatte und warum er nicht einschritt.

Mit Ihren bisherigen Bemühungen wollen Sie – das ist verständlich – Schaden von der CSU abwenden. Gerade das aber ist das Problem. Sie konzentrieren sich darauf, Schaden von Ihrer Partei abzuwenden ohne Rücksicht darauf, welcher Schaden für die Demokratie und für den Rechtsstaat entsteht,

(Beifall bei der SPD)

wenn in Ihren Kreisverbänden über Jahre hinweg je nach Bedarf Phantome, Doubles und wandernde Mehrheiten die Personalpolitik bestimmen. Das alles soll den Landtag nichts angehen? – So Herr Herrmann noch im Oktober. Das ist ein Irrtum – das würde ich Herrn Herrmann an dieser Stelle sagen, wenn er da wäre. Es geht uns in diesem Landtag durchaus etwas an, wenn eine Ministerin die Gesetze bricht, auch wenn dies außerhalb ihres rein staatlichen Handelns geschieht. Dieses lässt nämlich Rückschlüsse auf Ihr Verhalten als Ministerin zu.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es geht uns durchaus etwas an, wenn eine Ministerin vom Steuerzahler bezahlte Beamte in großem Umfang für die CSU-Parteitätigkeit nutzt. Es geht uns auch durchaus etwas an, wenn eine Ministerin Lehrer befördert, deren maßgebliche Qualifikation sich möglicherweise dadurch auszeichnet, dass sie der Ministerin gedient haben. Ich meine, Frau Hohlmeier, Sie irren, wenn Sie glauben, dass Sie niemandem Rechenschaft schuldig sind. Das ist nicht der Fall. Sie sind Rechenschaft schuldig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Noch ganz kurz zu den Fragen des Untersuchungsauftrages. In Fragenkomplex A beschäftigen wir uns mit den Vorstandswahlen des CSU-Ortsverbandes Perlach und den Delegiertenwahlen zur Landtagswahl 2003. Ich glaube, Sie wissen alle, dass es um die fingierten, gefälschten und satzungswidrigen gekauften Mitgliederaufnahmean-

träge und um die offensichtlich so beliebten wandernden Mehrheiten geht. Entscheidend dabei ist, was Frau Hohlmeier und was Herr Ministerpräsident Stoiber in dieser Angelegenheit gewusst haben oder ob sie selbst gehandelt haben. Wenn es nach uns gegangen wäre, hätten wir auch weitere Untersuchungen in anderen Kreisverbänden, vor allem in jenem von Herrn Haedke vorgenommen. Es wäre auch interessant gewesen zu erfahren, was es mit einer Schwabinger Wohnung, die so geräumig ist, dass dort 17 CSU-Mitglieder gemeldet waren auf sich hat.

(Zurufe von der SPD: Respekt! Eine große Schwabinger Wohnung! – Franz Maget (SPD): War das bei Herrn Spaenle daheim? Der lebt großzügig!)

Dies haben aber Sie mit Ihrer Mehrheit verhindert. Wir werden sehen, ob im Verlauf des Untersuchungsausschusses diese Beschränkung erhalten bleiben kann.

Ein brisanter Fragenkomplex ist die so genannte Dossier-Affäre. Hier muss der Untersuchungsausschuss klären, ob die Ministerin versucht hat, CSU-Vorstandsmitglieder mit massiven Drohungen unter Druck zu setzen. Statt den Sumpf der CSU in München trockenzulegen, ist sie wohl selbst Teil dieses Sumpfes geworden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In Fragenkomplex B geht es um widerrechtlichen Einsatz von Beamtinnen und Beamten um Ministerium. Ich habe es vorhin erwähnt: 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren mehr oder weniger mit Parteiarbeit beschäftigt. Eine besondere Rolle hat dabei der persönliche Referent gespielt, der für Frau Hohlmeier sogar CSU-Sitzungen besuchen musste.

Schließlich wollen wir in Teil C untersuchen, ob in mehreren Fällen bayerische Schulleiterinnen und Schulleiter durch die zuständige Staatsministerin entgegen der geltenden Bestimmungen durch Beförderungen begünstigt wurden oder willkürlich aufgrund kritischer Haltung zur Politik der Staatsregierung gemaßregelt wurden.

In den letzten Fragen beschäftigen wir uns mit dienstrechtswidrigen Weisungen, aber auch mit der Rolle des Ehemanns von Frau Hohlmeier. So muss die Frage geklärt werden, ob der persönliche Referent der Ministerin von der Leiterin einer Grundschule dienstrechtswidrige Handlungen verlangt hat. Außerdem muss geprüft werden, ob die Finanzierungszusage für eine private Schule aufgrund der familiären Beziehungen der Ministerin zustande gekommen ist.

Sehr geehrte Herren, meine Damen! Eine Bildungsministerin, die solche Vorwürfe nicht voll und ganz ausräumen kann und dies auch nicht freiwillig tut – das ist das Entscheidende –, ist aus unserer Sicht nicht tragbar. Sie ist kein Vorbild. Sie hat keine Vorbildfunktion mehr für die bayerischen Lehrerinnen und Lehrer, aber auch schon gar keine Vorbildfunktion mehr für bayerischen Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nachdem bisher in gewohnter Weise nur zugegeben wurde, was absolut nicht mehr zu leugnen war – da haben Sie, Herr Kollege Kreuzer, Ihre Antwort auf Ihre Frage, weshalb wir einen Untersuchungsausschuss brauchen –, weil immer nur etwas zugegeben wurde, wenn man mit dem Rücken an der Wand stand und wenn es nicht mehr zu leugnen war, beantragen wir und brauchen wir die Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses Hohlmeier.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Abgeordnete Bause.

Margarete Bause (GRÜNE): Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident! Wie dringend notwendig dieser Untersuchungsausschuss ist, zeigt sich allein schon daran, wie zunehmend nervös einige in den Reihen der CSU in den letzten Tage geworden sind, je näher die Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses und je näher damit die Untersuchung vieler spannender Fragen rückt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Untersuchungsausschuss ist notwendig, weil bisher weder Frau Hohlmeier noch Ministerpräsident Dr. Stoiber noch die Münchner CSU willens und in der Lage waren, Aufklärungsarbeit über die Vielzahl von Affären, Gesetzesverstößen und kriminellen Machenschaften zu leisten, die mittlerweile schon vom Gericht festgestellt wurden. Sie waren nicht in der Lage, zur Aufklärung beizutragen und noch viel weniger in der Lage, die daraus fälligen bzw. überfälligen Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Diese Aufgabe wird nun der Untersuchungsausschuss wahrnehmen. Die Liste der Vorwürfe und Verfehlungen ihrer Noch-Kultusministerin ist in der Tat ziemlich ungewöhnlich. Sie reicht von Freundschaftsdiensten für Günstlinge und Clan-Mitglieder an allen Vorschriften und gesetzlichen Vorgaben vorbei über Missbrauch von Beamten für Parteizwecke bis hin zur Einschüchterung und Bedrohung von Parteikollegen und von Kritikern ganz allgemein bis hin zur Frage, inwieweit Frau Hohlmeier von den Gesetzesverstößen und den maßlosen Strukturen – wie das eine Amtsrichterin in München nannte – in der Münchner CSU wusste, daran beteiligt war oder sogar zu Straftaten angestiftet hat. Das sind die Fragen, die im Raum stehen und die zweifelsfrei aufgeklärt werden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Reaktion von Frau Hohlmeier auf all diese Vorwürfe war immer die gleiche. Mit einer Mischung aus Dreistigkeit, Unverschämtheit und Selbstherrlichkeit hat sie immer alles geleugnet, abgestritten und versucht, die Schuld auf andere abzuwälzen. Nur sie selbst hat offenbar niemals gefehlt. Das waren immer die anderen. Frau Hohlmeier verfährt nach dem Motto: Recht ist, was mir recht ist. Das ist in einem Rechtsstaat unerträglich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Nur unter Druck hat sie in der Vergangenheit zugegeben, was irgendwann nicht mehr zu leugnen war. Das war bei den ausufernden Nebentätigkeitsgenehmigungen im Kultusministerium der Fall, die es zuerst angeblich nie gegeben hat und die dann auf Druck der Staatskanzlei abgestellt werden mussten. Das war bei den eigenwilligen Beförderungen der Fall, die zuerst angeblich völlig einwandfrei waren, und die dann von Gerichten gestoppt wurden. Das war der Fall bei CSU-Sitzungen im Ministerium, die zuerst angeblich gar nicht stattgefunden haben, und hinterher schnell die Praxis geändert wurde. Das war auch bei den Dossiers über Parteikollegen der Fall, die es angeblich auch nicht gegeben hat, und für die sich die Kultusministerin nach einigen Tagen hochnotpeinlich öffentlich entschuldigen musste.

Offensichtlich gibt es noch einen weiteren Fall in dieser Kette von Unwahrheiten. Es geht um den Brief des Elternbeirats aus Miesbach, der im Kultusministerium angeblich nie angekommenen ist. Frau Hohlmeier hat sich vor zwei Tagen noch hierher gestellt und gesagt, dieser Brief sei im Kultusministerium nicht angekommen. Mittlerweile hat mir die Elternbeiratsvorsitzende den Einschreibebeleg für diesen Brief übermittelt, aus dem zweifelsfrei hervorgeht, dass dieses Einschreiben an das Kultusministerium geschickt wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das lässt nur die Schlussfolgerung zu: Entweder hat Frau Hohlmeier ihr Ministerium nicht im Griff. Diese Einschätzung scheinen Sie in den Reihen des Kabinetts und der CSU weitgehend zu teilen. So reden zum Beispiel die eigenen Leute von einer „Sauerei im Ministerium“. Es heißt, Frau Hohlmeier sei eine Chaotin und hätte fachliche Mängel. Die Berechnungen, die sie vorlege, stimmten nicht. Sie scheinen inzwischen sehr überzeugt zu sein, was die Mängel ihrer Ministerin angeht.

Entweder hat also Frau Hohlmeier ihr Ministerium nicht im Griff, dann wäre sie unfähig. Oder sie hat zum wiederholten Male die Unwahrheit gesagt. Dann wäre sie unerträglich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ob nun unfähig, unerträglich oder untragbar, alles läuft auf das Gleiche hinaus: Frau Hohlmeier hat gestern noch einmal mitteilen lassen, dass sie sehr gerne Ministerin ist. Im Gegensatz zu Vielem, was sie sonst sagt, glaube ich ihr das aufs Wort. Es stellt sich aber die Frage, ob es außer Frau Hohlmeier noch irgendjemanden in diesem Hause oder im Kabinett gibt, der davon überzeugt ist, dass sie auch weiterhin Ministerin bleiben sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe mir einmal angesehen, was in den Zeitungen aus Ihrem Munde über Frau Hohlmeier zu lesen ist. In der „Süddeutschen Zeitung“ von gestern steht: „Sie hat einen totalen Realitätsverlust“, sagte ein Mitglied der Fraktionsführung. Die politische Spalte sei sich inzwischen einig,

dass ihr Rücktritt das Beste wäre. Nach allgemeiner Einschätzung kann Hohlmeier den Untersuchungsausschuss politisch nicht überleben. Das ist ihr Todesurteil.

Im „Münchner Merkur“ von gestern ist zu lesen: Das Ergebnis steht heute schon fest. Es wird sich alles bestätigen, was Hohlmeier jetzt bestreitet, so ein Münchener CSU-Vorstand.

Ein weiteres Zitat des Münchener CSU-Vorstands: Sie soll nach Vaterstetten gehen und als Ministerin zurücktreten.

In den „Nürnberger Nachrichten“ von gestern war zu lesen: In der Fraktion – damit ist die CSU-Fraktion gemeint – hat auch der Letzte begriffen, dass es mit der Hohlmeier so nicht mehr geht, sagt ein führender Christ-Sozialer. Mit Genugtuung registrieren die Strategen, dass Monika Hohlmeier sich allmählich selbst erledigt.

Auch im „Donau-Kurier“ heißt es: Die hat keinen Sensor für die tatsächliche Stimmung, stichelte ein Abgeordneter. Das liege wohl an der Bunker-Mentalität, die die Moni von zu Hause aus kennt. Damit die Monika im Amt bleibt, so ein Münchener CSU-Präsident, lügt keiner von uns. - Usw. usw.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das sind schon Ankündigungen!)

Das ist an Deutlichkeit kaum mehr zu überbieten. Kolleginnen und Kollegen, Frau Hohlmeier benimmt sich – das bekommen wir alle im Hause mit – zunehmend wie eine Geisterfahrerin, die felsenfest davon überzeugt ist, dass sie allein auf der richtigen Spur fährt und alle anderen in die verkehrte Richtung fahren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich kann Frau Hohlmeier nur raten: Nehmen Sie schnellstmöglich die nächste Ausfahrt, um weiteren Schaden von sich selbst und von der bayerischen Schulpolitik abzuwenden. Das wäre die beste Konsequenz.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, eines kann ich Ihnen nicht ersparen. Den Schaden in der Münchener CSU und den Schaden für die bayerische Schulpolitik können Sie nicht allein auf das Konto von Frau Hohlmeier abschieben. Das geht nicht. Sie würden es sich gerne so einfach machen, aber Sie können es nicht. Was die Münchener CSU angeht, gibt es viele Beteiligte. Die haben sich gerade weggeduckt.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): In Deckung gebracht!)

– Sie haben sich in Deckung gebracht oder in die Furche gelegt, wie man das zum Beispiel von dem Minister, der gerade hier stand, kennt. Er war auch an einer Affäre beteiligt, die um die Jahreswende spielte, und hat sich dann in die Furche gelegt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber in die Ackerfurche!)

Er konnte dadurch den Zorn auf jemand anderen ableiten. Das scheint eine beliebte Verhaltensweise zu sein. Hier gibt es einige Beteiligte, die auch Mitglieder dieses Parlaments sind und die jetzt so tun, als seien sie die Unschuld vom Lande. Ich nenne ganz konkret Herrn Haedke und Herrn Zimmermann. Beide haben es vorgezogen, hier nicht zu erscheinen. Herr Haedke ist vom Gericht als Drahtzieher dieser ganzen Affäre bezeichnet worden. Deshalb wäre es dringend erforderlich gewesen, auch dies im Untersuchungsausschuss zur Sprache zu bringen und zu versuchen, der Wahrheit auf die Sprünge zu helfen. Das hat die CSU leider verhindert. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich weiß nicht, ob Sie sich damit einen Gefallen getan haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich habe gehört, dass es in der Münchener CSU Gespräche gibt, mögliche Zeugen für den Untersuchungsausschuss in der Art und Weise zu beeinflussen, wie Sie schon einmal versucht haben, das Berufungsverfahren der Wahlfälscher Gruber und Baretti unter den Tisch zu kehren. Sie haben die beiden auch mit wer weiß welchen Versprechen dazu gebracht, dieses Berufungsverfahren zurückzuziehen. Wenn ich jetzt höre, dass offenbar die gleichen Methoden angewandt werden sollen, um Zeugen zu beeinflussen, sie mögen doch ein gnädiges Gedächtnis vortäuschen und sich eine kleine Amnestie bestätigen lassen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie meinen Amnesie!)

– Amnesie, selbstverständlich. Die Amnestie hätten Sie gerne; die können wir leider nicht gewähren.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie behaupten eine Anstiftung zur Falschaussage, belegen Sie das mal, das ist unerhört!)

– Ich sage: Wenn ich höre, dass es offenbar derartige Gespräche gibt, dann kann ich Sie nur warnen: Unterlassen Sie das, und sagen Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen, sie sollen das bleiben lassen; denn das würde den größtmöglichen Schaden für Sie bedeuten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Chaos in der bayerischen Schulpolitik geht zwar zum großen Teil, aber nicht nur auf das Konto der Kultusministerin. Es geht zu einem zumindest genauso großen Teil auf das Konto des Ministerpräsidenten. Frau Radermacher hat schon darauf hingewiesen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der Ministerpräsident ist es, der das Chaos angerichtet hat – durch das G 8, durch die Abschaffung der Lernmittelfreiheit, durch die Erhöhung der Lehrerarbeitszeit, durch die Streichung bei den Lehrerstellen. Dann kann er nicht

so tun, als hätte er erst gestern erfahren, welches Chaos an unseren Schulen herrscht. Das ist unredlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der Rücktritt oder die Entlassung der Ministerin ist längst überfällig. Es wäre gut gewesen, Frau Hohlmeier hätte im Sommer, als diese Affäre zum ersten Mal zur Sprache kam, als die Dossierauffäre ans Tageslicht kam, ihren Hut genommen. Ich habe ihr hier geraten, sie soll uns doch einen quälenden Ablösungsprozess ersparen und gleich zurücktreten. Sie hat es vorgezogen, bis zum bitteren Ende durchzuhalten, und das scheint nicht mehr weit entfernt zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ein Rücktritt oder die Entlassung der Ministerin allein, so notwendig das ist, reicht aber nicht aus. Allein mit einem Rücktritt der Ministerin kommen Sie nicht aus dem Schneider, Herr Schneider.

(Zurufe von der CSU)

Ein Schneider macht noch keine neue Kollektion.

(Lachen bei der CSU)

Der Untersuchungsausschuss ist deshalb auch Anlass, um die Weichen für die Einhaltung demokratischer Regeln und für eine Neuaustrichtung der bayerischen Bildungspolitik zu stellen. Erst wenn Sie diese Konsequenz ziehen, haben Sie alle erforderlichen Konsequenzen gezogen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Abgeordneter König.

Alexander König (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist unglaublich, mit welcher Unverfrorenheit die beiden Vorrednerinnen Vorverurteilungen, Verdächtigungen und Beleidigungen in den Raum stellen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: Das war die Wahrheit!)

Sie sind auf den eigentlichen Fragenkatalog des Untersuchungsausschusses gar nicht eingegangen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das können Sie jetzt machen! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN – Unruhe)

Sie haben sich damit begnügt, Behauptungen aufzustellen und Wertungen vorzunehmen. Sie haben so getan, als wäre es im Einzelfall so. Sie sind an Antworten auf die Fragen offensichtlich überhaupt nicht interessiert. Es geht Ihnen offensichtlich nur darum, einzelne Personen zu beschädigen, die Staatsregierung zu beschädigen, die CSU zu beschädigen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das machen Sie schon sehr viel wirkungsvoller!)

Sie sind offensichtlich nicht an der Sache interessiert.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Ja natürlich!)

Sie sind auch nicht an der Klärung von Fragen interessiert. Sie sind ganz offensichtlich auch an unserem Land überhaupt nicht interessiert.

(Beifall bei der CSU – Lachen und Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie sind an den Sorgen und Nöten der Menschen im Lande nicht interessiert. Sie sind nur daran interessiert, hier ein Schauspiel aufzuführen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das Schauspiel führen doch Sie auf!)

Sie sind nur daran interessiert, die Staatsregierung und die sie tragende CSU-Faktion zu beschädigen.

(Lachen bei den GRÜNEN – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Frau Radermacher, es war so entblätternd, als Sie nach langen Ausführungen hier vorhin sagten: Lassen Sie mich jetzt noch kurz zum Untersuchungsauftrag Stellung nehmen.

(Karin Radermacher (SPD): Der liegt doch schriftlich vor, den kann jeder lesen!)

Damit haben Sie eigentlich alles gesagt, was Sie sagen wollten, nämlich dass Sie der Untersuchungsauftrag offensichtlich gar nicht interessiert. Sie wollen hier eine Show veranstalten, und die Arbeit überlassen Sie wie immer den Mitgliedern der CSU.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD und den GRÜNEN – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Die großen Aufklärer! – Zahlreiche Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Anhaltende Unruhe)

Wahrscheinlich müssen wir für Sie wieder die Arbeit erledigen und versuchen, die Antworten auf die Fragen zu finden. Wir mussten Ihnen ja schon Hilfestellung bei der Formulierung des eigentlichen Fragenkatalogs geben.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Alois Glück: Herr Kollege König, ich darf Sie einen Moment unterbrechen. – Meine Damen und Herren von der Opposition, ich bitte Sie doch, dem Kollegen zu zuhören.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Der Aufklärerkönig! – Lebhafte Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

– Trotzdem, er hat Anspruch darauf, dass ihm zugehört wird. Hier darf kein Dauerlärmpegel herrschen, bei dem er nicht vernünftig reden kann.

Franz Maget (SPD): Das „trotzdem“ war erhellend!)

Alexander König (CSU): Ich höre Ihnen immer sehr aufmerksam zu. Sie sollten einmal beobachten, wie man das hier macht. Sie sollten denen, die hier reden, zuhören und anschließend Stellung nehmen. So handhaben wir es. Sie würden der Kultur dieses Parlaments einen großen Gefallen tun,

(Lachen bei den GRÜNEN)

wenn Sie einmal zuhören, dann anschließend reden und nicht, wie Kollege Dürr, immer nur dazwischenplärren würden.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Der Oberlehrer-König!)

Kolleginnen und Kollegen, Sie haben ein gestörtes Wahrnehmungsvermögen; das wissen wir schon länger.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Das wurde ganz deutlich mit der Bemerkung von Frau Kollegin Radermacher, dass alle von der Notwendigkeit dieses Untersuchungsausschusses überzeugt seien. Frau Kollegin Radermacher, das will ich ausdrücklich zurückweisen. Die CSU ist zutiefst davon überzeugt, dass dieser Untersuchungsausschuss völlig überflüssig ist und am Ende niemand mehr wissen wird als das, was man heute schon weiß. Wir halten das für eine reine Showveranstaltung.

(Beifall bei der CSU)

Ich will das anhand des Fragenkatalogs näher erläutern, auf den Sie nicht eingegangen sind. Auch wenn Sie das vielleicht langweilen sollte, weil es um die Sache geht und das keine Showveranstaltung ist, gestatten Sie mir dennoch, dass ich dem Anspruch des Hohen Hauses gerecht werde, indem ich auf den Fragenkatalog eingehe, den ja Sie wollten.

Der Fragenkatalog ist in drei Teile gegliedert. Es ist richtig, dass wir in den Teilen B und C – das sind die hinteren Teile des Fragenkatalogs, welche die Exekutive betreffen – Übereinstimmung gefunden haben. Sie wollen im Fragenkatalog B wissen, ob es im Kultusministerium eine Verknüpfung zwischen der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben und der Parteiarbeit gegeben haben könnte. Sie fragen auch danach, ob im Kultusministerium eine Bevorzugung einzelner Personen stattgefunden hat. Das sind alles Fragen, welche die Exekutive betreffen. Wir erkennen die Zulässigkeit dieser Fragen an; eine Notwendigkeit für diese Fragenstellung – das sage ich noch einmal – seien wir nicht.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das sollte Sie eigentlich auch interessieren!)

Sie versuchen seit Tagen in der interessierten Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als ob wir uns von vornherein im Teil A auf einen Fragenkatalog geeinigt hätten. Ich will das ausdrücklich zurückweisen, weil das nicht der Wahrheit entspricht. Die Wahrheit ist – ich darf Sie alle dazu auffordern, Ihre ursprüngliche Drucksache anzuschauen –, dass Sie mit einem wirren Sammelsurium von Fragen in Teil A angekommen sind, mit Unterstellungen, Verdächtigungen, Vorverurteilungen und Wertungen, die in weiten Teilen mit einer sachlichen Fragestellung nichts zu tun hatten. Diesen Teil des Fragenkatalogs haben wir uns vorgenommen. Wir haben uns damit Frage für Frage auseinander gesetzt und haben dann – Ihnen entgegenkommend – weitestgehend ein Einvernehmen hergestellt, aber erst, nachdem wir den Fragenkatalog geändert hatten, nachdem wir eine Vielzahl von Fragen gestrichen hatten. Wir mussten ganze Teile streichen, weil sie nach dem Untersuchungsausschussgesetz schlachtweg nicht zulässig waren.

Im Teil A haben Sie von Anbeginn an Fragestellungen untergebracht, die das Innenleben einer Partei betreffen. Sie wissen so gut wie ich – oder sollten es zumindest wissen –, dass solche Fragen – Fragen nach dem Innenleben einer Partei – nach den rechtsstaatlichen Grundsätzen, die hier gelten, nicht von vornherein zulässig sind, sondern dem Grunde nach zunächst einmal unzulässig sind. Sie werden nur dann ausnahmsweise zulässig, wenn hier ein öffentliches Interesse besteht und tatsachengestützte Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass Missstände gegeben sein könnten, die Rückschlüsse auf das Verhalten von Mitgliedern einer Staatsregierung und damit der Exekutive ermöglichen.

In diesem Sinn haben wir den Fragenkatalog untersucht. Wir haben gesagt, jawohl, sofern sich Ihre Fragen auf die Wahl des CSU-Ortsvorstandes in Perlach beziehen, sind die Fragen zulässig, weil auch Straftaten im Raum stehen. Zumindest wurde in der Öffentlichkeit behauptet, dass ein Mitglied der Staatsregierung mit diesen Vorgängen zu tun gehabt haben könnte. Insofern sind die Voraussetzungen gegeben.

Alle übrigen Fragen, Kolleginnen und Kollegen, darauf möchte ich hier ausdrücklich noch einmal hinweisen, erfüllen nach unserer Überzeugung die Zulässigkeitsvoraussetzungen nicht. Auch wenn wir einen Teil des Fragenkatalogs im Einvernehmen mit Ihnen zugelassen haben, so erfüllen sie die Zulässigkeitsvoraussetzungen doch nicht. Wir gehen davon aus, dass es keine tatsachengestützten Anhaltspunkte dafür gibt, dass ein Mitglied der Staatsregierung in Unregelmäßigkeiten verstrickt gewesen sein könnte, was die Aufstellung des Stimmkreisbewerbers zur Landtagswahl im Stimmkreis 107 angeht. Wir haben aber, auch das sei hier noch einmal ausdrücklich gesagt, mit Ihnen auf einen Fragenkatalog bezüglich dieses einen Vorgangs geeinigt, um uns nicht dem Vorwurf auszusetzen, wir – die große Mehrheit, diese böse Zweidrittelmehrheit, als die Sie uns so gerneinstellen –, wir hätten Ihnen von vornherein die eigentlich unzulässigen Fragen gestrichen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Respekt! – Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Wie großzügig!)

Das wollten wir nicht haben. Wir haben uns deshalb großzügig mit Ihnen geeinigt. Wir haben kein Problem, wenn diese Fragen behandelt werden. Es sei aber noch einmal ausdrücklich gesagt, hier in aller Öffentlichkeit, dass diese Fragen nicht zulässig sind, weil es nach unserer Überzeugung keine tatsachengestützten Anhaltspunkte gibt, dass es zu Unregelmäßigkeiten von Mitgliedern der Staatsregierung gekommen wäre.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Eine solche Großzügigkeit aber auch. Respekt, Respekt!)

In Teil A sind deshalb nur Fragen vorhanden, die eine einzige Landtagswahl in einem einzigen Stimmkreis betreffen. Alle anderen haben wir gestrichen. Sie, Kolleginnen und Kollegen von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wollten stattdessen eine Art ewigen Untersuchungsausschuss einrichten. Denn Sie wollten unbegrenzt in die Vergangenheit zurück untersuchen. Sie wollten die Wahlen in zehn CSU-Kreisverbänden in München mit 60 Ortsverbänden bis zum Jahr 1998 zurück untersuchen. Das wären rund 200 parteiinterne Wahlen gewesen. Wenn wir Ihrem ursprünglichen Ansinnen Rechnung getragen hätten, dann hätten wir tatsächlich 200 parteiinterne Wahlen untersuchen müssen. Dabei gibt es, ich sage es noch einmal, überhaupt keine Anhaltspunkte dafür, dass Mitglieder der Staatsregierung im Zusammenhang mit diesen annähernd 200 Wahlen in CSU-Ortsverbänden oder CSU-Kreisverbänden sich irgendetwas hätten zuschulden kommen lassen.

Darüber hinaus haben Sie am Ende unserer Verhandlungen über den Fragenkatalog noch den untauglichen Versuch gemacht, die Wahlen im Kreisverband 4 der CSU München in den Fragenkatalog aufzunehmen. Dabei gibt es überhaupt keine Anhaltspunkte dafür, dass Fragen in dem Sinne zulässig wären, dass Mitglieder der Staatsregierung sich etwas hätten zuschulden kommen lassen. Als wir Sie gefragt haben, Kolleginnen und Kollegen, was haben Sie für Anhaltspunkte, teilen Sie sie uns mit, legen Sie sie auf den Tisch, tragen Sie uns vor, was nicht in Ordnung gewesen sein könnte. Da haben Sie uns einen Artikel aus der „Süddeutschen Zeitung“ vorgelegt. Den haben wir uns genau angesehen, doch wir konnten auch diesem Artikel keinerlei Anhaltspunkte dafür entnehmen, dass es Unregelmäßigkeiten gegeben hätte, die ermöglicht hätten, den Fragenkatalog zu erweitern. Das zeigt Ihr wahres Gesicht, Kolleginnen und Kollegen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Die Münchner CSU als Unschuldsknabe!)

Kolleginnen und Kollegen, es geht Ihnen nicht darum, sachliche Fragen einer Klärung zuzuführen, es geht Ihnen doch nur darum, mit unzähligen Fragen ins Blaue den Eindruck zu erwecken, dass hier irgendwo irgendetwas wäre. Dabei können Sie uns überhaupt nicht sagen, was geschehen sein könnte. Sie gehen getreulich vor nach dem üblichen Oppositionsmotto: Wenn es uns schon nicht gelingt, in der Sache auf gleiche Augenhöhe mit der

Staatsregierung und der sie tragenden Partei zu ziehen, wenn wir keine Chance haben, draußen bei den Bürgerinnen und Bürgern Aufmerksamkeit zu erwecken oder überhaupt wahrgenommen zu werden mit sachlicher Politik, dann werfen wir mit Dreck. Sie gehen nach dem Motto vor: Es wird schon etwas hängen bleiben; wir werden daran schon irgendeinen Nutzen ziehen.

(Beifall bei der CSU – Margarete Bause (GRÜNE): Mit Dreck schmeißen doch Sie!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Manöver sind offensichtlich, und sie werden von den Menschen in unserem Lande durchschaut. Sie erkennen die Opposition so, wie sie sie seit Jahren wahrnehmen, nämlich als nicht in der Lage, in der Sache etwas beizutragen. Die Opposition kann nur ins Blaue hinein um sich schlagen.

Mit dieser Art und Weise, Kolleginnen und Kollegen, und mit dem Fragenkatalog, der in weiten Teilen unzulässig war und der es zum Teil noch ist, erweisen Sie auch dem Parlament – auch das sei Ihnen noch einmal deutlich ins Stammbuch geschrieben –, einen ganz schlechten Dienst.

(Franz Maget (SPD): Dürfen Sie unzulässige Fragen denn überhaupt zulassen?)

– Herr Maget, Sie erweisen dem Parlament einen ganz schlechten Dienst. Sie betreiben ausschließlich politisch motivierte Gschaftlhuberei. Damit erweisen Sie dem Parlament einen schlechten Dienst.

(Zurufe von der SPD)

Sie beschädigen damit den Ruf des Parlaments.

(Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Beide Reden haben deutlich gemacht, dass es Ihnen überhaupt nicht um die Fragen in diesem Katalog geht.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Vielmehr geht es Ihnen ausschließlich darum, hier ein Schauspiel nach dem Motto aufzuführen, das ich gerade genannt habe. Wir brauchen uns dann alle miteinander nicht zu wundern, wenn die Politikverdrossenheit im Lande zunimmt.

(Lachen und Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir brauchen uns nicht wundern, wenn das Vertrauen in die Politik abnimmt und wenn die Stimmenanteile für Rot und Grün immer weniger werden. Es ist kein Wunder, wenn die Opposition als eigentliche parlamentarische Opposition gar nicht mehr wahrgenommen wird, sondern nur noch als Lieferant für Boulevardzeitungen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Maget?

Alexander König (CSU): Ich möchte meine Ausführungen zu Ende bringen.

(Franz Maget (SPD): Dürfen Sie unzulässige Fragen zulassen?)

Kolleginnen und Kollegen, ich darf noch einmal darauf hinweisen: Wir haben uns seitens der CSU-Fraktion alle Mühe gegeben, Ihren Fragenkatalog zu sortieren sowie Vorverurteilungen, Verdächtigungen, Wertungen, unsachliche Behauptungen und unzulässige Begriffe herauszustreichen. Wir haben den Fragenkatalog auf die zulässigen Fragen reduziert, und, damit Sie nicht den Eindruck erwecken können, wir würden Ihre Oppositionsrechte beschneiden, einen Teil der Fragen im Katalog gelassen, die eigentlich nicht zulässig sind.

Am Ende möchte ich noch einmal sagen: Sie dienen nicht der Sache, Sie dienen nicht den Menschen. Es geht Ihnen nur darum, Schaden anzurichten. Sie schaden damit aber nicht nur denen, denen sie schaden wollen – der Staatsregierung und der CSU –, Sie schaden dem ganzen Parlament.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wer da wem schadet, das möchte ich wissen!)

Präsident Alois Glück: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen empfiehlt eine Neufassung des Antrags. Ich verweise insoweit auf Drucksache 15/2356. Wer dieser Neufassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann einstimmig so beschlossen.

Nach dem soeben gefassten Beschluss besteht der Untersuchungsausschuss aus insgesamt neun Mitgliedern. Die CSU-Fraktion hat das Vorschlagsrecht für sechs Mitglieder, die SPD-Fraktion für zwei Mitglieder und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN für ein weiteres Mitglied. Für jedes Mitglied ist von den jeweils vorschlagsberechtigten Fraktionen ein stellvertretendes Mitglied zu benennen.

Im Einzelnen wurden von Seiten der CSU-Fraktion folgende Mitglieder benannt: Engelbert Kupka, Petra Guttenberger, Ingrid Heckner, Thomas Obermeier, Eberhard Rotter, Josef Zellmeier. Als deren Vertreterinnen bzw. Vertreter wurden benannt: Herbert Ettengruber, Berthold Rüth, Günther Babel, Gertraud Goberbauer, Christa Matschl, Henry Schramm.

Die SPD-Fraktion hat als Mitglieder Frau Karin Radermacher und Herrn Hans Ulrich Pfaffmann und als deren Vertreterinnen Frau Susann Biedefeld und Frau Adelheid Rupp benannt.

Von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN wurden als Mitglied Frau Margarete Bause und als stellvertretendes Mitglied Frau Simone Tolle benannt.

Besteht damit Einverständnis, dass über die Fraktionsvorschläge gemeinsam abgestimmt wird? – Ich sehe keinen Widerspruch.

Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Niemand. Stimmenthaltungen? – Auch niemand. Dann ist einstimmig so beschlossen.

Gemäß Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse des Bayerischen Landtags bestellt die Vollversammlung den Vorsitzenden sowie den stellvertretenden Vorsitzenden. Vorsitzender und Stellvertreter müssen jeweils verschiedenen Fraktionen angehören. Das Vorschlagsrecht für den Vorsitzenden steht nach Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse des Bayerischen Landtags der CSU-Fraktion zu. Als Vorsitzenden hat die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Kupka vorgeschlagen; als dessen Stellvertreterin wurde von der SPD-Fraktion Frau Kollegin Radermacher benannt.

Ich gehe davon aus, dass über beide Vorschläge gemeinsam abgestimmt werden kann. – Ich sehe keinen Widerspruch.

Wer mit diesen Vorschlägen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Niemand. Stimmenthaltungen? – Auch niemand. Dann ist einstimmig so beschlossen.

Der Tagesordnungspunkt 19 ist damit erledigt.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 9

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (Drucksache 15/1947)

– Zweite Lesung –

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit pro Fraktion beträgt zehn Minuten. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Unterländer.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Ausführungsgesetz zu den Sozialgesetzbüchern auf Landesebene hat mindestens drei Aufgaben: Erstens die Umsetzung der aktuellen Rechtslage des Bundes, zweitens die Abbildung der sinnvollen Zuständigkeitsstrukturen zwischen Kommunen und Bezirken und drittens die Straffung des Vollzugs aller Sozialgesetzbücher in einem einheitlichen Ausführungsge setz als Ziel einer mittelfristigen Verwaltungsreform. Die Umsetzung von Hartz IV, die keineswegs – entgegen den Vermutungen der Bundesregierung – zu einer Entlastung der Kommunen führen wird, ist durch die Bayerische Staatsregierung mit diesem Gesetzentwurf gelöst worden. Die Frage der Strukturveränderungen kann nicht ohne ei-

nen gerechten horizontalen Ausgleich zwischen den Kommunen und den Bezirken erfolgen und muss die Auswirkungen der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie die Fragen der Kostenübernahme und der Erstattungen durch und an die Kommunen abwarten. Ich denke, das ist ganz wichtig, was den Ablauf und den Zeitpunkt der Beratungen anbelangt. Dann muss allerdings auch schnell gehandelt werden.

Die Zusammenfassung zu einem einheitlichen Ausführungsgesetz muss Verwaltungsreform, Entbürokratisierung und Qualitätssicherung in einem bewirken. Dies ist aus meiner Sicht allerdings ein mittelfristiger Prozess. Wesentliche Bestandteile des Gesetzentwurfes, der im federführenden Sozialpolitischen Ausschuss nach intensiven Diskussionen einstimmig beschlossen wurde, ist die Überführung des Bundessozialhilfe- und des Grundsicherungsgesetzes in das neue SGB XII und der Bestimmungen von Hartz IV, insbesondere der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, durch die Schaffung des neuen SGB II. Die Ausführungsbestimmungen zum SGB II sehen vor, dass die Landkreise und die kreisfreien Gemeinden die ihnen übertragenen Aufgaben, das heißt die Übernahme der Kosten für Heizung und Unterkunft für die Empfänger von Arbeitslosengeld II und die psychosoziale Beratung, im übertragenen Wirkungskreis übernehmen, wobei mit großer Spannung zu erwarten ist, ob bei der psychosozialen Beratung und der Rehabilitation neben dem Know-how der Kommunen auch das der freien Wohlfahrtspflege noch besser über die gebildeten Arbeitsgemeinschaften eingebracht werden kann.

Besonders wichtig ist, dass die Ausgleichsleistungen des Bundes für Kosten der Unterkunft, das heißt von rund 29 % der Gesamtkosten, unmittelbar nach Eingang beim Freistaat an die Kommunen weitergeleitet werden. Dabei ist der Anteil der einzelnen Kommunen an den Kosten aller kommunalen Träger maßgebend. Die Zuweisung der Zuständigkeiten für Leistungen an Ausländer, Aussiedler und Spätaussiedler an die Bezirke dient dem Schutz der besonders stark mit ausländischen Hilfesuchenden belasteten Träger sowie dem Schutz der Orte, an denen sich Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung befinden. Die Bezirke haben durch Verteilung der Lasten auf mehrere Schultern auch in Zukunft wichtige Aufgaben zu übernehmen. Ich darf die Gelegenheit aktueller Diskussionen dazu nutzen, gerade wegen oder auch trotz der schwierigen Finanzdiskussionen im Zusammenhang mit der Anhebung der Bezirksumlagen mich in einem Plädoyer für die Kompetenzen und die Zukunft der Bezirke auszusprechen. Wir würden uns wundern, wenn die Ausgleichsfunktionen der Bezirke auf den Staat oder die Kommunen verlagert würden.

Bei den Zuständigkeiten beim Vollzug des SGB XII bleibt wegen der von mir bereits angesprochenen, in der Kürze der Zeit nicht abschließend zu klärenden finanziellen Veränderungen, was die Prognosen anbelangt, zunächst die bisherige Regelung aufrechterhalten. Hinsichtlich des Ziels einer Deregulierung sollen keine Vorgaben in Bezug auf die Bildung eines Sozialhilfeausschusses von Arbeitskreisen mit der freien Wohlfahrtspflege oder der Beteiligung sozial erfahrener Personen gemacht werden. Dieser deregulierende Ansatz hat im sozialpolitischen Ausschuss zu den intensivsten Diskussionen aufgrund der Anträge

der Opposition geführt. Ich kann dabei die Kritik nicht nachvollziehen, dass mit diesem Ansatz eine Abschaffung der wichtigen Beteiligungsgremien verbunden ist. Ich sehe vielmehr eine Chance, wichtige Veränderungen, die sich durch neue sozialpolitische Fragestellungen, Strukturanspannungen und die Auswirkungen durch Hartz IV ergeben, besser berücksichtigen zu können. Sozialforen auf kommunaler Ebene, Bündnisse für Familien und die kreative Neuregelung von Mitwirkungsmöglichkeiten über die bisherigen Sozialhilfeausschüsse hinaus sind aus meiner Sicht zukunftsweisende Modelle. Wir sollten dabei zum Ausdruck bringen, dass wir diese Formen der Zusammenarbeit ausdrücklich wollen, aber die Form eben nicht mehr vorschreiben.

Neben dem von mir schon erwähnten mittelfristigen Ziel einer Bündelung der Zuständigkeiten für den Vollzug aller Sozialgesetzbücher in einem einheitlichen Ausführungsgesetz gibt es konkret Hoffnungen und Erwartungen, die nach dem Gewinnen erster Erkenntnisse bei der Umsetzung des neuen SGB II und des SGB XII sofort zu einer Weiterentwicklung des AGSGB führen müssen. Es geht dabei erstens darum, die Kostenveränderungen zwischen den einzelnen kommunalen Ebenen bei den künftigen Finanzausgleichsverhandlungen zu berücksichtigen, zweitens darum, die Bündelung der Zuständigkeiten für alle Maßnahmen der ambulanten wie der stationären Eingliederungshilfe bei den Bezirken vorzunehmen, weil am besten dort das Schwarzer-Peter-Spiel von Kostenverschiebungen und -verlagerungen zugunsten sinnvoller und bedarfsgerechter überregionaler Planungen beendet werden kann und drittens, um eine finanzielle Ausgleichsfunktion für die Bezirke zu erreichen, ist eine mittelfristige Verlagerung des Unterkunftsreichs für Ausländer und Spätaussiedler auf die Kommunen mit finanziellem Ausgleich notwendig. Schließlich geht es, viertens, um die Prüfung der Strukturveränderungen in der ambulanten und stationären Altenhilfe.

Wir gehen davon aus, dass insbesondere die Finanzverteilung und die Strukturfragen in einem konstruktiven Dialog zwischen Staatsregierung, kommunalen Spartenverbänden, der freien Wohlfahrtspflege und dem Parlament in einer zukunftsweisenden Struktur gelöst werden. Dann ist über das nötige Regelungswerk, das mit dem jetzigen Gesetzentwurf verbunden ist, ein Ansatz für eine zukunftsweisende Sozialstruktur im Freistaat Bayern gefunden worden. Ich bitte – wie im federführenden Ausschuss – dem Gesetzentwurf mit der Ergänzung von Bestimmungen in der Fassung des Rechts- und Verfassungsausschusses zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Für die SPD-Fraktion darf ich Ihnen, Frau Kollegin Steiger, das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christa Steiger (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir beschließen heute mit dem AGSGB darüber, wie das SGB II und das SGB XII in Bayern umgesetzt werden. Es macht sicherlich Sinn, beide Gesetze in einem Ausführungsgesetz zu behandeln mit dem Ziel, das auch für künftige Gesetze zu tun. Das ist überhaupt keine Fra-

ge. Das Ausführungsgesetz, das uns heute vorliegt, ist ein besonders wichtiges Gesetzesvorhaben für die nächsten Jahre. Ich sage gleich, wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen – das haben wir auch im Ausschuss schon erklärt –, allerdings zähneknirschend und nur deshalb, weil die Zeit drängt, da das Gesetz analog den bundesrechtlichen Vorgaben zum 01.01.2005 in Kraft treten muss.

Warum wir zähneknirschend zustimmen, werde ich nun begründen. Die Eile, die wir jetzt haben, ist darauf zurückzuführen, dass es sage und schreibe fast ein Jahr gedauert hat, bis das SGB II und das SGB XII verabschiedet werden konnten, weil die Gesetzentwürfe im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss dank der Hilfe der Bayerischen Staatsregierung aufgehalten worden sind. Aufgrund der Verzögerung war es leider nicht möglich, alle Beteiligten und Betroffenen auf diesem wichtigen Sachgebiet im Rahmen einer Anhörung im Ausschuss zu Wort kommen zu lassen. Herr Unterländer, es ist leider nicht so, wie Sie sagen, dass mit dem AGSGB vonseiten der Staatsregierung eine Lösung gefunden worden ist. Die wichtigen Fragen sind noch offen. Die Probleme, die Sie angesprochen und deren Behebung Sie als Ziel formuliert haben, hätten eigentlich in diesem Gesetz gelöst werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Die Staatsregierung hatte einen ersten Gesetzentwurf vorgelegt, der wesentlich besser auf die Belange derer eingegangen ist, die letztlich mit dem Ausführungsgesetz arbeiten müssen. Dieser Gesetzentwurf wurde aber zurückgezogen. Der vorliegende zweite Gesetzentwurf ist weiß Gott nicht die beste Lösung. Das wurde auch im federführenden sozialpolitischen Ausschuss von allen, einschließlich des Ministeriums, bestätigt. Wenn man böswillig wäre, könnte man sogar sagen, der Gesetzentwurf ist misslungen.

Die Staatsregierung hat es mit diesem Gesetzentwurf geschafft, nahezu alle, die mit dem Gesetz arbeiten müssen, gegen sich aufzubringen. Es ist bereits jetzt klar, dass es im kommenden Jahr geändert werden muss, weil die Aufgaben und die Wirkungskreise 1 : 1 auf 2005 übertragen worden sind. Der Staatsregierung ist es nicht gelungen, im Anhörungsverfahren mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Lösung für die Zuständigkeit von Bezirken und Gebietskörperschaften zu finden. Im SGB II wird hinsichtlich der Zuständigkeit für Ausländer, Aussiedler und Spät-aussiedler eine Bürokratie entstehen. Das kann ich Ihnen jetzt schon prophezeien. Ich habe das auch ausführlich im sozialpolitischen Ausschuss dargelegt.

Kolleginnen und Kollegen, es ist davon auszugehen, dass bei diesem Personenkreis ein hoher Anteil nach dem SGB II anspruchsberechtigt ist. Die Bezirke sind aber für das SGB II nicht zuständig. Sie sind nicht die Ansprechpartner. Der Bundesgesetzgeber hat dafür die Gebietskörperschaften vorgesehen, und die Revisionsklausel bezieht sich auf die Gebietskörperschaften. Der Gemeindetag und der Städtetag fürchten zu Recht, dass sie dann, wenn die Zuständigkeit für Aussiedler und Ausländer auf die Gebietskörperschaften übertragen wird, aufgrund der

Wohnungssituation in den Ballungszentren eine größere Belastung tragen. Dieses Problem hätte von der Staatsregierung vorausschauend mit der Sicherstellung der Finanzierung im Rahmen eines Finanzausgleichs gelöst werden können; denn die Revisionsklausel greift bereits im Frühjahr.

Es fehlt auch eine Konfliktlösung bei den Zuständigkeiten für die örtliche und überörtliche Sozialhilfe. Sie haben es als Staatsregierung nicht auf die Reihe gebracht, die Zuständigkeiten für die ambulanten und stationären Hilfen und insbesondere die Eingliederungshilfe den Bezirken zu übertragen. Es wäre gut gewesen, die Zuständigkeit einem Träger zu übertragen – das haben auch Sie, Herr Kollege Unterländer, gesagt – und die Frage im vorliegenden Gesetz zu regeln, da uns allen bekannt ist, dass durch die unterschiedlichen Zuständigkeiten Drehtüreffekte entstehen und dass damit Menschen verschoben werden. Nur durch eine Gesamtzuständigkeit wird ein sinnvolles Konzept für ambulante und stationäre Hilfen sowie für Wohnformen entstehen. Hier wurde eindeutig eine Chance vertan.

Ich komme zu einem weiteren wichtigen Punkt, der mit der Grund war, dass wir Änderungsanträge gestellt haben. Die öffentliche und freie Wohlfahrtspflege wird schlichtweg ausgebremst. Das ist keine Deregulierung und keine Entbürokratisierung, wie Sie das verkaufen wollen, sondern das ist ein Entzug von Rechten und Pflichten derer, die mit dem Gesetz umgehen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Die Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege hat deutlich gemacht, wie wichtig die Gremien, Sozialhilfesausschüsse und Arbeitsgemeinschaften vor Ort sind, weil man dort über Kenntnisse der Lage vor Ort verfügt und die Gegebenheiten kennt, sodass man vieles koordinieren, klären und damit Spitzen wegnehmen kann. Sie machen hier aus einer Soll-Bestimmung eine Kann-Bestimmung. Seien wir doch einmal ehrlich: Das ist eine Beerdigung erster Klasse. Das, was nicht explizit im Gesetz steht, wird nämlich als Erstes auf den Prüfstand gestellt und ist als Erstes draußen.

(Beifall bei der SPD)

Die Beteiligung sozial erfahrener Personen wird abgeschafft. Auch das ist eine schlechte Lösung. Die SPD-Fraktion hat Änderungsanträge zu diesem Themenkomplex gestellt, die von der CSU-Mehrheit abgelehnt wurden. Fazit: Sie haben hier eine Chance für ein tragfähiges Ausführungsgesetz vertan.

(Beifall bei der SPD)

Beteiligte und Betroffene wurden verärgert und ausgrenzt.

(Beifall bei der SPD)

Zum Teil wird eine Bürokratie aufgebaut, die vollkommen unnötig ist. In spätestens einem Jahr stehen wir wieder hier und ändern dieses Gesetz. Wir werden über die gleichen Dinge diskutieren, über die wir heute diskutieren. Ich fürchte, der Knackpunkt, der uns große Probleme bereiten wird, ist, dass möglicherweise eine Verlagerung der Zuständigkeit für die Ausgaben für Aussiedler, Spätaussiedler und Ausländer von den Bezirken auf die Gebietskörperschaften erfolgt. Ob eine solche Verlagerung stattfindet, kann uns noch niemand sagen. Auch der Vertreter des Ministeriums hat erklärt, er kann nicht sagen, zu welcher Lösung es kommen wird. Uns liegt also ein Ausführungsgesetz mit einer Vielzahl von Unbekannten vor.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das nennt man Deregulierung!)

– In der Tat, das nennt man Deregulierung. Danke schön, Herr Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses. Wir müssen uns in einem Jahr wieder mit der Angelegenheit beschäftigen.

Wie gesagt, wir stimmen dem Gesetzentwurf zähneknirschend zu, weil ab dem 01.01.2005 mit dem Gesetz gearbeitet werden muss. Das Gesetz muss in Kraft treten, aber der große Wurf ist es nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

– Herr Kreuzer, Sie können sich gern zu Wort melden.

Wie gesagt: Der große Wurf ist das weiß Gott nicht. Es ist keine gute Lösung, und es hat keine gute Vorarbeit gegeben, aber wir müssen damit leben.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Ackermann das Wort.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine wenigen anwesenden Damen und Herren! An der Zahl der Anwesenden im Plenarsaal kann man ablesen, wie wenig Betroffenheit dieses Thema offensichtlich auslöst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei handelt es sich um ein sehr wichtiges Thema, von dem viele Menschen und gerade die Menschen, die unserer Fürsorge anempfohlen sind, betroffen sind. Wir müssen uns für sie eigentlich ganz besonders einsetzen. Deshalb weiß ich den Einsatz derer, die hier noch aushalten und nicht zum Mittagessen gegangen sind, umso höher zu schätzen.

(Zuruf von der CSU)

– Deswegen wende ich mich unter anderem auch an Sie. – Dieser Gesetzentwurf passiert das Parlament buchstäblich in letzter Sekunde. Er wurde so spät vorgelegt – Frau Kollegin Steiger hat bereits darauf hingewiesen –, weil im

Vermittlungsausschuss die beiden zugrunde liegenden Gesetze von der Bayerischen Staatsregierung lange Zeit blockiert wurden.

(Thomas Kreuzer (CSU): Weil die Kommunen beschissen worden sind!)

– Herr Kreuzer, die Kommunen wurden nicht beschissen; Sie wissen nicht, wovon Sie reden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Der Gesetzentwurf wurde im letzten Augenblick vorgelegt. Somit konnte keine Anhörung durchgeführt werden. Das ist aber aus Ihrer Sicht wahrscheinlich gar nicht so schlimm; denn: Wir sind im Moment in der Phase der Deregulierung, wozu brauchen wir dann Fachleute? Die Fachleute werden abgeschafft, wir brauchen sie nicht mehr. Auch Anhörungen brauchen wir nicht mehr, wir wissen selbst, was wir in das Gesetz hineinschreiben. Wir schreiben dann in das Gesetz auch gleich hinein, dass wir eine Revisionsklausel brauchen, weil sie es uns ermöglicht, den Blödsinn, den wir jetzt in das Gesetz geschrieben haben, im nächsten Jahr zu revidieren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Sie haben keine Ahnung von der Materie!)

– Herr Kreuzer, ich erkläre es Ihnen später.

„Deregulierung“ bedeutet auch, dass bei den Kommunen die Sozialhilfeausschüsse in Kann-Bestimmungen umgewandelt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

– Herr Kreuzer, hören Sie einfach zu, dann verstehen auch Sie es.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Lernen Sie etwas! – Gegenruf von der CSU)

– Die Sozialhilfeausschüsse können in Kann-Bestimmungen umgewandelt werden. Das bedeutet natürlich, dass sehr viele Kommunen von diesem Recht keinen Gebrauch machen und die Sozialhilfeausschüsse dereguliert werden. Es bedeutet des Weiteren, dass auch hier – und zwar aus gutem Grund – auf die Mitsprache von Fachleuten verzichtet wird; dann spart man sich Widerspruch und kann so entscheiden, wie man selbst glaubt, dass es richtig sei, auch wenn es meistens nicht so ist, wie die Realität zeigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Unterländer hat gerade darauf hingewiesen, dass nach der Abschaffung der Sozialhilfeausschüsse eine Arbeit darüber hinaus möglich wäre. Herr Kollege Unterländer, ich frage Sie, warum diese Arbeit nicht auch mit den Sozialhilfeausschüssen möglich ist. Eine „Arbeit darüber hinaus“ war bisher noch nie verboten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben kein Interesse an einer qualifizierten Beratung und – schlimmer noch – machen in dem Gesetz auch Fehler, etwa den, dass Sie es aus der Hand geben, jetzt endlich zu regeln, dass ambulante und stationäre Bereiche in einer Hand, nämlich in der Hand der Bezirke, zusammengefasst werden.

(Zuruf von der CSU: Das wollen wir doch alle!)

– Das wollen wir alle, aber wir schreiben es nicht in das Gesetz hinein. – Das bedeutet nun, dass es Fehlanreize gibt und die sozialen Leistungen zum Verschiebebahnhof degradiert werden. Das bedeutet für die Menschen, dass nicht die für sie wirklich adäquate und gerechte Lösung gefunden, sondern dass die kostengünstige Lösung gewählt wird. Das ist auf Dauer nicht vertretbar.

Zusammenfassend ist festzustellen: Dieses Gesetz enthält viele Lücken und Fehler, aber Gott sei Dank auch eine Revisionsklausel. Und in der Hoffnung auf diese Klausel werden wir dem Gesetzentwurf mit großen Bauchschmerzen zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 15/1947 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik auf Drucksache 15/2355 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmt bei seiner Endberatung ebenfalls zu, allerdings mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf Drucksache 15/2355.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenen Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU-Fraktion, SPD-Fraktion und Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Niemand. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf eine Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabführung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenen Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich ebenfalls so anzuzeigen. – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel: „Viertes Gesetz

zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches“.

Kolleginnen und Kollegen, ich erlaube mir noch, diejenigen Anträge aufzurufen, bei denen man sich im Hohen Haus darauf geeinigt hat, dass keine Aussprache dazu stattfindet.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 23

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Franz Schindler, Joachim Wahnschaffe und anderer und Fraktion (SPD)

Landesarbeitsgericht München (Drucksache 15/1715)

Es gibt keine Aussprache, wir kommen also zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags. Wer dagegen dem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN bis auf Frau Kollegin Stahl. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 24

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Ludwig Wörner, Christa Naaß und anderer und Fraktion (SPD)

Erhalt der Selbstständigkeit der Gewerbeaufsichtsämter (Drucksache 15/1328)

Hierzu gibt es ebenfalls keine Aussprache. Im Übrigen hat der mitberatende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen den Dringlichkeitsantrag für erledigt erklärt. Besteht damit Einverständnis? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag für erledigt erklärt.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 26

Antrag der Abgeordneten Heidi Lück (SPD)
Verwaltungsreform

Vorlage von Kriterien und einer Kosten-Nutzenrechnung bei der Neueinteilung der Land- und Forstwirtschaftsämter (Drucksache 15/1787)

Es gibt ebenfalls keine Aussprache. Deshalb kommen wir gleich zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten empfiehlt die Neufassung des Antrags. Ich verweise insoweit auf Drucksache 15/2340. Wer dieser Neufassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und

des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich bekannt, dass eine Reihe von Anträgen für erledigt erklärt wurde. Im Einzelnen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Aufstellung.

(siehe Anlage 4)

Das Hohe Haus nimmt hiervon ebenfalls Kenntnis.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf im Auftrag des designierten Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses noch bekannt geben, dass beabsichtigt ist, die erste Sitzung des Untersuchungsausschusses in der Mittagspause des Plenums, also jetzt, durchzuführen. Die designierten Mitglieder möchten sich also bitte mit Beginn der Mittagspause im Sitzungssaal 1 einfinden; das ist so abgesprochen. Ich bitte, dies zu tun.

Wir gehen bis 13.30 Uhr in die Mittagspause. Anschließend werden die Dringlichkeitsanträge aufgerufen.

(Unterbrechung von 12.38 bis 13.30 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist 13.30 Uhr. Wir fahren mit den Beratungen fort.

Ich rufe auf:

**Tagesordnungspunkt 20
Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge**

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Renate Dodell, Siegfried Schneider und Fraktion (CSU)

Spitzenstellung des dreigliedrigen Schulsystems in Bayern weiter ausbauen (Drucksache 15/2372)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Marianne Schieder, Hans-Ulrich Pfaffmann und anderer und Fraktion (SPD)

Sofortprogramm für Bayerns Schulen (Drucksache 15/2373)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Marianne Schieder, Karin Pranghofer, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert und Fraktion (SPD)
Anhörung „Entwicklung der Schulstrukturen in Bayern, Deutschland und im europäischen Vergleich“ (Drucksache 15/2410)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

800 Lehrerinnen und Lehrer einstellen (Drucksache 15/2412)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als Erster hat sich Kollege Schneider zu Wort gemeldet. Er saß eben so in Deckung, dass ich ihn nicht gesehen habe. Hat das einen Grund, dass Sie im Augenblick in Deckung gehen, Herr Schneider? – Nein. Dann bitte sehr.

Siegfried Schneider (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit ihrer Forderung „Schafft die Hauptschule ab“ hat die Bundesbildungssministerin Bulmahn einen immensen Schaden angerichtet. Ich weise diese Forderung im Namen der CSU-Fraktion entschieden zurück.

(Beifall bei der CSU)

Sie hat großen Schaden angerichtet vor allem für die Schülerinnen und Schüler in den Hauptschulen und sie hat in unverantwortlicher Weise eine Schulart an den Pranger gestellt – auch die bayerische Hauptschule – in der die Schülerinnen und Schüler eine begabungsgerechte Förderung erhalten,

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das ist Quatsch!)

in der sie gut auf die Berufsausbildung vorbereitet werden und in der junge Menschen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung gestärkt werden. Sie hat damit eine Schulart diffamiert, in der sich die Lehrkräfte trotz großer Herausforderungen und auch zum Teil großer Probleme mit vielfältigem Engagement dafür einsetzen, dass die Schüler gute Zukunftschancen haben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und zur Belohnung lassen Sie sie dann allein!)

Dass die Entrüstung in Bayern besonders groß war und angebracht war, Herr Kollege Dürr, ist damit zu erklären, dass in Bayern immerhin über 38 % eines Jahrganges an der Hauptschule sind und diese damit die stärkste Säule unseres gegliederten Schulwesens darstellt. So ist auch nicht verwunderlich, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Maget, sich in ungewöhnlich scharfer Weise – ich sage in Klammern: auch in guter Weise – davon disanziert hat.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern hat sich das gegliederte Schulwesen bewährt. Hauptschule, Realschule und Gymnasium sowie das berufliche Schulwesen habe ihre Qualität in allen zur Verfügung stehenden Studien unter Beweis gestellt.

Ich danke allen Lehrkräften für ihren Einsatz, ich danke auch den Eltern für die Unterstützung und ich gratuliere den Schülerinnen und Schülern zu den erbrachten Leistungen.

Nur in Deutschland – weil Sie immer auf Finnland und Skandinavien verweisen – ist es dank der Zuständigkeit

der Länder möglich, das gegliederte Schulwesen mit dem Einheitsschulwesen zu vergleichen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das ist doch Unsinn! Sie haben doch ein Einheitsschulwesen!)

In keinem anderen Land können Sie das vergleichen. Wenn man diesen Vergleich nun in Deutschland anstellt, dann zeigt sich, dass die Länder, die ein gegliedertes Schulwesen haben, erfolgreicher sind als diejenigen, die versucht haben, über Gesamtschulen und Orientierungsstufen einen anderen Weg zu gehen.

(Simone Tolle (GRÜNE): Herr Schneider, das ist nicht wahr!)

Jeder ernst zu nehmende Bildungsforscher in Deutschland – ich sage es noch einmal: jeder ernst zu nehmende Bildungsforscher in Deutschland – stellt nüchtern fest, dass es keinen Zusammenhang zwischen Schulstruktur und Leistungsergebnissen gibt.

(Beifall bei der CSU)

Prof. Baumer, Prof. Prenzel, Prof. Bos, alle, die sich mit Bildungsstudien beschäftigen, stellen dies fest. Diese Erkenntnis wollen Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, nicht hören. Sie passt nicht in ihr ideologisches Weltbild. Und wenn Frau Bause am Dienstag gesagt hat, nur die Schulstruktur sei schuld, dass die Ergebnisse in Deutschland schlecht sind bzw. dass sie nicht besser sind, erwidere ich ganz deutlich: Rot und Grün wollen sich damit nur aus der bildungspolitischen Verantwortung stehlen und die eigenen Fehler vertuschen.

(Zurufe von der CSU: Sehr richtig! – Beifall bei der CSU)

Sie wollen oder Sie können den Menschen nicht erklären, warum die Ergebnisse in den Ländern, in denen Sie verantwortlich sind, schlechter sind als in den Ländern, in denen wir die Verantwortung tragen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Nicht einmal das stimmt! Sie müssen sehen, unter welchem Aspekt das ist!)

Ich sage eines, Herr Kollege Dr. Dürr: Stehen Sie doch für Ihre Bildungspolitik gerade und bekennen Sie sich zu ihren Ergebnissen.

(Simone Tolle (GRÜNE): Sie sind ja aus Bayern! Nehmen Sie das doch einmal zur Kenntnis!)

Da kommt Ihnen Pisa II gerade recht. Aber jeder, der sich damit beschäftigt, müsste eigentlich wissen, dass in Pisa II sich noch keine große Wirkung entfalten konnte. Die Ergebnisse von Pisa I wurden Ende 2001 vorgestellt. Die Länderergebnisse wurden Ende des Jahres 2002 vorgestellt. Die Aufgaben für Pisa II wurden im Frühjahr 2003 geschrieben. Dass man da keine großen Auswirkungen feststellen kann, müsste jedem, der es ehrlich meint, klar sein.

(Simone Tolle (GRÜNE): Deswegen ist Ihr Antrag auch sachlich falsch!)

Gewirkt, liebe Frau Kollegin Tolle, haben aber die Konsequenzen, die wir aus der Timm-Studie vor einigen Jahren gezogen haben. Mit dem Sinus-Projekt wurde der Mathe- matikunterricht überarbeitet, es wurde vor allem eine andere Aufgabenkultur zugrunde gelegt. Wenn Sie die Pisa II Ergebnisse im Bereich Mathematik anschauen, sehen Sie, dass vor allem in den Gymnasien und in den Realschulen eine ganz große Entwicklung im positiven Sinne festzu- stellen ist.

(Simone Tolle (GRÜNE): Und die Hauptschulen sind hinten runter gefallen!)

Ich habe gesagt: Gerade an den Realschulen und am Gymnasium: Hier wurden die Sinus-Projekte in Bayern in besonderem Maße gestartet. Aus meiner Sicht, aber auch aus der Sicht der Bildungsforscher ist es geradezu grober Unsinn, heute und jetzt wieder eine Strukturdebatte zu führen.

(Beifall bei der CSU – Simone Tolle (GRÜNE): Wer hat sie denn jetzt angekurbelt mit seinem Antrag?)

Ich zitiere Prof. Bos, den Chef der Iglu-Studie aus Hamburg:

Wenn die internationalen Vergleichsuntersuchungen und der Vergleich der Bundesländer untereinander eines deutlich gezeigt haben, dann, dass der deutsche Streit um die Schulstruktur obsolet ist. Diese Debatte, die verhindert, die eigentlichen Problemzonen zu lokalisieren und effektiv zu verbessern, sollte zu den Akten gelegt werden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Den Streit haben Sie doch nie geführt und eben auch nichts getan!)

Soweit das Zitat von Prof. Bos. Kollege Dürr, wir müssen unsere Energie und letzten Endes auch unsere Ressourcen und unser Geld dafür einsetzen, dass wir unseren beschrittenen Weg konsequent weitergehen.

(Zuruf von der SPD: Was für Geld?)

Das heißt: Qualitätsentwicklung, Qualitätssicherung, anspruchsvolle Bildungsstandards, transparente Evaluation, frühe Förderung vor allem im Bereich der Sprache und individuelle, begabungsgerechte Förderung und Ausbau der Ganztagsangebote.

Schauen Sie in den Haushalt hinein: Eine Menge Geld wird zur Verfügung gestellt, um das zu gewährleisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, in der „FAZ“ vom 9. Dezember dieses Jahres wird sehr sarkastisch formuliert: „Es ist Vorweihnachtszeit, und säkularisierte Heilsbringer bringen die Frohe Botschaft. Die eine Schule für alle Kinder bringt

die Erlösung aus dem bildungspolitischen Jammertal des gegliederten Schulwesens.“

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Sie verspielen gerade Ihr bisschen Renommee, Herr Kollege Schneider!)

Auch die bayerischen GRÜNEN und die SPD reihen sich hier ein, mal offen – Respekt – bei den GRÜNEN, die auch ein klares Konzept vorlegen, mal versteckt wie bei der SPD, zum Beispiel mit der Forderung, diese Anhörung durchzuführen.

Wir werden diesen Antrag ablehnen, weil er aus unserer Sicht nicht notwendig ist.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ah, da schau her! Sie wollten dies doch diskutieren! – Simone Tolle (GRÜNE): Jetzt bin ich aber überrascht!)

Wir brauchen keine bildungspolitische Maget-Show in Bayern. Das können wir auch auf einem anderen Weg diskutieren.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Also haben Sie Angst, dass das dreigliedrige Schulsystem dem Vergleich nicht standhält!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich zitiere nochmals aus dem „FAZ“-Artikel – hören Sie gut zu –:

(Johanna Werner-Muggendorf (SPD): Die FAZ ist nicht der Nabel der Welt!)

„Dass die deutsche Gesamtschule mit ihren Leistungsergebnissen und mit ihrem gescheiterten Versuch, den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Kompetenz zu verringern, nicht gerade ein attraktives Gegenmodell zum gegliederten Schulsystem ist, wird verschwiegen, eine Analyse ihrer Schwächen geradezu verweigert.“

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dann wäre es doch ideal, wenn man das in einer Anhörung auf den Prüfstand stellte!)

– Frau Kollegin Werner-Muggendorfer, Sie haben gesagt, die „FAZ“ sei nicht der Nabel der Welt. Darin stimme ich Ihnen zu. Geschrieben hat diesen Artikel nicht, wie Sie vielleicht glauben, Herr Kraus oder ein anderer konservativer Bildungspolitiker,

(Peter Hufe (SPD): Nein, der Schneider hat das geschrieben!)

– auch der hat ihn nicht geschrieben, obwohl der Artikel gut zu mir passen würde. Diesen Artikel hat eine gewisse Frau Behler geschrieben. Gabriele Behler, vor einigen Jahren Kultusministerin in Nordrhein-Westfalen, die damals für die Gesamtschulen gekämpft hat, ist zu der Erkenntnis gelangt, dass das alles Humbug ist, und sagt: Das brau-

chen wir nicht. Das ist vergeudete Zeit. Da hat sie Recht, wir stimmen ihr völlig zu.

(Beifall bei der CSU)

In unserem Dringlichkeitsantrag, meine verehrten Damen und Herren, wird die Staatsregierung aufgefordert, das Konzept der bayerischen Hauptschule weiterzuentwickeln, mit M-Klassen, mit Regelklassen, mit Praxisklassen. Wir brauchen leistungsfähige Hauptschulen mit einem guten Förderangebot, einem guten Angebot für die starken Schüler, aber auch einem guten Angebot für die schwächeren. Wir müssen die Schülerinnen und Schüler in ihrer Leistungsfähigkeit und in ihrer Leistungsbereitschaft stärken. Dazu brauchen sie unsere Unterstützung und nicht verbale Prügel wie den von Frau Bulmahn. Sie brauchen unsere Unterstützung, auch unsere Ermutigung. Sie brauchen die Unterstützung der Eltern, der Lehrkräfte, auch der Politik. Das heißt auch, wie wir unsere Ressourcen einsetzen, wie wir die Förderangebote an allen Schulen ausbauen. Wir stellen uns dieser Verantwortung, und wir werden unser Bildungswesen konsequent weiterentwickeln.

Ich bitte deshalb um Zustimmung zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CSU – Simone Tolle (GRÜNE): Niemals!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege Schneider. Als Nächster hat Herr Kollege Pfaffmann das Wort.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schneider, man könnte meinen, Sie hätten hier Ihre Bewerbungsrede abgegeben, nicht schlecht, aber nicht ausreichend.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wenn Sie gesagt haben, Frau Bulmahn hätte immensen Schaden angerichtet, dann empfehle ich Ihnen einen Blick in die bayerische Presse in den letzten Monaten. Dort können Sie nachlesen, wer immensen Schaden in der bayerischen Bildungspolitik angerichtet hat.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) und des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Schlagen Sie heute die „Abendzeitung“ auf. Dort steht: „Chaos in der bayerischen Bildungspolitik“. Das ist der Schaden, den Sie in den letzten Jahren angerichtet haben. Das nur dazu.

Dann versuchen Sie wie immer die Tatsachen zu verdrehen und falsch darzustellen. Ich will Ihnen drei Länder nennen, wo es integrierende Schulsysteme gibt, längere gemeinsame Schulzeit, die seit Jahren an der Spitze der Untersuchungen stehen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Schleswig-Holstein bei- spielsweise oder? Nordrhein-Westfalen? Mecklenburg-Vorpommern?)

Ich nenne Ihnen Liechtenstein, Primarstufe und Sekundarstufe. Ich nenne Finnland – neun Jahre gemeinsame Schulzeit.

(Siegfried Schneider (CSU): Gehört nicht zu Deutschland!)

Ich nenne Belgien – längere gemeinsame Schulzeit. Zum Vergleich der deutschen Bundesländer sage ich Ihnen auch noch etwas.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Ihrem Antrag schreiben Sie in der Überschrift, Sie wollen die Spitzenstellung des dreigliedrigen Schulsystems ausbauen. Wollen wir uns doch einmal anschauen, was Spitzenstellung bedeutet. Was heißt denn das: Spitzenstellung? Bedeutet Spitzenstellung, dass wir die größten Klassen aller Länder hier in Bayern haben? Heißt Spitzenstellung, dass wir immer noch zu wenig Lehrer haben, dass der Unterrichtsausfall explodiert? Heißt Spitzenstellung, dass die Eltern mittlerweile auf die Straße gehen und gegen Ihre Politik protestieren? Heißt Spitzenstellung, dass man nahezu täglich in der Zeitung lesen kann, wie dramatisch schlecht es in bayerischen Schulen ausschaut? Oder heißt Spitzenstellung, dass Bayern in der Versorgung mit Ganztagschulen Schlusslicht ist? Ist das Ihre Spitzenstellung, dass die individuelle Förderung zu kurz kommt, weil dafür keine Zeit mehr ist? Ist das Ihre Spitzenstellung, die Sie ausbauen wollen? Dann muss ich sagen, darauf können wir gerne verzichten. Ein explodierender Nachhilfemarkt in Bayern, das ist Ihre Spitzenstellung.

Die gnadenlose Bildungsgerechtigkeit gerade im bayerischen Schulwesen, die Sie unterstützen und zementieren, wollen Sie mit diesem Antrag noch weiterfahren. Ist das Ihre Spitzenstellung, Herr Schneider? Dann muss ich sagen, auf diese Spitzenstellung können wir gern verzichten.

Ich sage Ihnen noch ein paar Wahrheiten über das dreigliedrige Schulsystem, weil Sie das gerne zitieren. Ich habe ein paar Stellungnahmen zusammengestellt. Ich will nicht sagen, Herr Schneider, dass wir ideologisch zu einem Schulsystem oder zu einem anderen raten. Ich würde mir nur wünschen, dass wir darüber diskutieren könnten, so wie ganz Europa diskutiert, nur sie nicht in Bayern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dann ziehen Sie irgendeinen Artikel von vor ein paar Jahren aus der Zeitung heraus.

(Siegfried Schneider (CSU): 09.12.2004!)

Ich habe Ihnen eine Liste zusammengestellt. Sie sagen doch immer wieder, wir würden den ideologischen Klassenkampf führen. Wenn wir anfangen, zu diskutieren und Schulsysteme zu hinterfragen, dann sind wir ideologische Klassenkämpfer. Nun will ich Ihnen einmal die Liste der

„sozialistischen ideologischen Klassenkämpfer und Gleichmacher“ vorlesen. An erster Stelle steht Andreas Schleicher, OECD-PISA-Koordinator.

(Oh-Rufe bei der CSU)

Der ist bei Ihnen nicht wichtig, das weiß ich schon, weil er eine andere Richtung vertritt, und jeder, der Ihrer Meinung nicht von Haus aus und blind folgt, ist nicht wichtig.

Aber ich mache weiter. Der Verband der Bayerischen Wirtschaft – das sind alles Gleichmacher, sozialistische Ideologen? – hat eine kombinierte Haupt- und Realschule gefordert, eine längere gemeinsame Schulzeit, die Vermeidung von Klassenwiederholungen, die Einführung von Ganztagschulen. Der Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie hat das Gleiche gefordert. Der Baden-Württembergische – das nehmen Sie immer gerne her – Handwerkstag hat eine neunjährige gemeinsame Schulzeit gefordert, das ist faktisch die Ganztagschule, Herr Schneider. Der Bundeselternrat hat die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems gefordert und eine gemeinsame Schule für alle, die Bertelsmann Stiftung, Herr Schneider, eine Reform des dreigliedrigen Schulsystems. Das Bundesjugendkuratorium, die Studentenschaften, die Fachschaften bundesweit fordern eine Diskussion über das Schulsystem. Nur hier in Bayern wird das nicht zur Kenntnis genommen. Hören Sie doch endlich auf mit Ihrem provinziellen, starren Blickwinkel auf die Schulpolitik.

Ich könnte diese Liste weiterführen: Das Prognos-Institut hat eine Diskussion über das dreigliedrige Schulwesen gefordert.

Ich glaube nicht, dass man all diese Stellen einfach als ideologische Gleichmacher bezeichnen kann. Deswegen wäre es sinnvoll, wenn Sie sich einer Diskussion über dieses Schulwesen, egal zu welchem Ergebnis sie dann führt, nicht verschließen würden. Warum wollen Sie eigentlich nicht diskutieren? Haben Sie vielleicht Angst, mit all denen zu sprechen, die das dreigliedrige Schulsystem in Frage stellen? Wovor haben Sie eigentlich Angst, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall bei der SPD)

Zum nächsten Punkt: Sie loben die Hauptschule, wie wir auch. Die Hauptschule leistet einen hervorragenden Beitrag. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Aber Sie sind für diesen hervorragenden Beitrag nicht verantwortlich, sondern das sind die Lehrerinnen und Lehrer, die mit aller Anstrengung und allem Engagement versuchen, Ihre falsche Politik mit persönlichem Einsatz zu korrigieren. Sie sind dafür nicht verantwortlich, dass die Hauptschule so besonders gut ist und die Arbeit erledigt.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Christ (CSU))

Herr Schneider, Sie sagen, 35 oder 40 % der Schülerinnen und Schüler in Bayern gehen an die Hauptschule. Was heißt das? 10 % der Schülerinnen und Schüler verlassen in Bayern die Schule ohne einen Abschluss. Der größte Teil dieser Schüler ohne Abschluss kommt aus der

Hauptschule. Nehmen Sie doch das endlich mal zur Kenntnis! Fast 25 % der Migrantenkinder ohne Schulabschluss kommen aus der Hauptschule. Das ist nicht deswegen so, weil die Hauptschule schlecht ist, sondern deswegen weil Sie ihnen die Rahmenbedingungen verweigern, die für eine gute Schule notwendig sind.

(Beifall bei der SPD)

Nicht umsonst haben Sie den Hauptschulen 500 Lehrer abgezogen, um das G 8 schnell zu realisieren und auf stabile Füße zu stellen. So kann man es nicht machen. Schauen Sie doch nur auf den Ländervergleich, den Sie sonst immer so gerne anstellen: Wenn der Ministerpräsident sagt, wir wollen Spitze werden in Europa, sind Sie schnell dabei und klatschen. Wenn Sie aber feststellen, dass Bayern in Europa nur Mittelmaß ist, reicht Ihnen der Vergleich mit den anderen bundesdeutschen Ländern schon aus, um zufrieden zu sein. Wollen Sie sich jetzt mit Bremen vergleichen,

(Siegfried Schneider (CSU): Nein, keinesfalls!)

oder wollen Sie sich mit Finnland und den Pisa-Siegerländern vergleichen? Wir wollen, dass sich Bayern mit Finnland und den Siegerländern vergleicht, nicht mit Bremen oder anderen deutschen Bundesländern.

(Beifall bei der SPD)

Das sage ich hier ganz offen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Wenn Sie wissen, wie es geht, warum machen Sie es dann in Bremen nicht besser? – Gegenruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Weil wir hier im Bayerischen Landtag sitzen!)

Ich möchte noch ein paar Sätze zum Schulabschluss sagen. – Wenn es der Bayerischen Staatsregierung nicht gelingt, alle Schüler zu einem Schulabschluss und zur Ausbildungsfähigkeit zu führen, wird unser Sozialsystem in diesem Land irgendwann explodieren. Sie wissen offensichtlich gar nicht, was Sie anrichten. Hier geht es doch nicht nur um die Frage, ob man alle Kinder zu einem Schulabschluss führt, es geht vielmehr auch um die Tatsache, dass alle diejenigen, die keinen Schulabschluss haben, irgendwann zu einem sozialen Problem in unserem Lande werden. Das nehmen Sie einfach hin, ohne irgendetwas dagegen zu tun. Das ist die traurige Wahrheit. Meine Damen und Herren, ich würde mir sehr wünschen, eine ergebnisoffene Diskussion über Schulsysteme in Bayern, in Deutschland und darüber hinaus zu führen. Denn Sie vergessen immer wieder, dass wir auch in einem Wettbewerb mit den anderen Ländern stehen.

(Unruhe)

– Herr Schneider, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir Ihr geneigtes Ohr leihen könnten.

Wäre es nicht schön, wäre es nicht sinnvoll, im Sinne eines gemeinsamen Bemühens um gute Lösungen im

Schulsystem miteinander zu diskutieren, Entwicklungen zu berücksichtigen, Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen und in einer Anhörung nach dem richtigen Weg für Bayern zu suchen und zu fragen: Wie schaffen wir es in Bayern, damit wir den Anschluss nicht verlieren gegenüber der Diskussion in Europa?

(Widerspruch bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Das ist doch eine Katastrophe! Das ist doch unglaublich!)

Europa diskutiert über Schulsysteme, und Bayern verweigert sich. Deswegen würde ich Sie bitten, unserem Antrag, eine Anhörung durchzuführen, zuzustimmen. Selbstverständlich werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen können, weil eine Zementierung des dreigliedrigen Schulsystems mit uns nicht zu machen ist. Ich denke, eine Diskussion wäre der bessere Weg.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Anschließend hat das Wort Frau Kollegin Tolle.

Simone Tolle (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert) : Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich komme mit einer dicken Mappe, Herr Kollege Stahl, weil es sehr viele Anträge sind. Ich möchte Ihnen einen Überblick über das geben, was jetzt auf Sie zukommt. Wir haben 800 Lehrerstellen beantragt um Ihnen die Arbeit abzunehmen, Herr Kollege Schneider. Das sind genau die Stellen über die Sie in der Zeitung geredet haben. Dazu möchte ich im ersten Teil meiner Ausführungen sprechen. Danach spreche ich zu einem Paradigmenwechsel im Schulsystem und schließlich zum SPD-Antrag. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, die Überschrift über die bayerische Schulpolitik im Moment lautet: Unfähigkeit, einen ordentlichen Unterricht in Bayern zu gewährleisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die eigene Festung bröckelt. Sie sind auch unterwegs. Kollege Dr. Hünnerkopf und ich haben am Montag eine Petition entgegengenommen. Da hat uns – ich darf Ihnen das kurz erzählen – eine Mutter berichtet, ihr Sohn habe an diesem Tag nur eine von sechs Stunden gehabt. Auch Sie müssen sich diesen Eltern stellen. Genau deswegen bröckelt auch Ihre Festung. Ihren Brandbrief, Herr Kollege Schneider, finde ich mutig, wenn man das vergangene Jahr betrachtet. Leider haben Sie aber schon wieder den Rückzug angetreten. Das finde ich bedauerlich. Anscheinend ist Herr Stoiber zu oft in Berlin oder er guckt zu oft nach Berlin, so dass er die Zustände an Bayerns Schulen nur zeitverzögert mitbekommt. Denn es wundert mich schon, dass er jetzt erst merkt, was an Bayerns Schulen los ist.

Ich nehme mir jetzt die Zeit, Ihnen ein paar Dinge vorzulegen, die wir sammeln, wenn uns die Eltern immer wieder schreiben. Da gibt es eine Schule, deren Direktor in den Ruhestand versetzt worden ist; die Stellvertretende Direktorin ist krank. Dann hat eine Viertklass-Lehrerin die

Schulleitung übernommen. Sie ist mittlerweile wegen Überlastung auch krank geworden.

(Zurufe von der CSU: Wo ist denn das? – Ludwig Wörner (SPD): Es ist schon unglaublich, wie Sie mit den Lehrern umgehen!)

– Das kann ich Ihnen gleich sagen, das ist die Grundschule an der Walliserstraße in Fürstenried. Sie dürfen sich schon darauf verlassen, dass das, was ich hier sage, einen Hintergrund hat.

Die Viertklässler, deren Unterricht durch Anrufe im Direktorat unterbrochen wurde, saßen nach dem Totalausfall Ihrer Lehrerin häufig bei den Erstklässlern im Unterricht, ohne sich beteiligen zu dürfen. Das EDV-System der Schule „schmeißt“ der Ehemann der erkrankten Lehrerin. Die Schule versinkt im Chaos, und auf insgesamt fünf Beschwerdebriefe haben die Eltern von den Behörden keine Antwort erhalten. – Ich hoffe, mittlerweile ist das Problem abgestellt. Ich habe dazu auch eine schriftliche Anfrage gestellt.

Ich kann Ihnen noch einen Zeitungsbericht von heute zitieren: Klasse 3 b der Grundschule an der Wilhelmstraße in Schwabing: Die Eltern gehen in die Offensive. Am Dienstag übernahmen zwei von ihnen den Mathe-Unterricht. Zwischendurch sei eine Sekretärin eingesprungen. Andere fanden per Anzeige eine Lehrerin, die die Klasse gestern erstmals unterrichtet hat.

(Rainer Volkmann (SPD): Das ist ja unglaublich!)

Ich könnte das Zitat fortsetzen. Vielleicht schicken Sie Ihrem Ministerpräsidenten auch ein Protokoll meiner Ausführungen. Ich meine: So geht es an Bayerns Schulen nicht weiter. Solche Zeitungsberichte häufen sich und, mittlerweile sammeln wir die Briefe. Das untermauert schon meine These, dass hier die Unfähigkeit vorherrscht, in Bayern einen ordentlichen Unterricht zu gewährleisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Stoiber hat dem Vernehmen nach gesagt: Ich lasse mir das nicht länger bieten. Gut so, sage ich. Das sagen die Eltern schon lange.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist Zeit, dass hier etwas passiert.

In der Zeitung habe ich folgenden schönen Satz gefunden: „Wie viel Platz bietet das Fass noch, bis es endgültig überläuft?“ Es ist nicht nur fünf vor zwölf sondern später. Ich frage Sie, wo die Konsequenzen bleiben. An Bayerns Schulen herrscht Notstand. Wann wollen Sie endlich etwas unternehmen? Wie lange noch müssen die bayerischen Kinder das erdulden, bis Besserung eintritt?

Ich erinnere Sie auch gerne daran, dass wir bereits im Juli 2004 einen Antrag auf weitsichtige Personalplanung gestellt haben, den Sie abgelehnt haben. Das ist unprofessionell. Der Weitblick bei der Personalplanung ist das A und

O. Einen Antrag, der Weitblick fordert, abzulehnen, heißt, dass Sie kurzsichtig sind.

Ich betone, dass unser Antrag ein erster Schritt ist. Stellen Sie mehr Lehrer ein. Den Mumm, der Ihnen fehlt, erbringen wir. Die 800 Lehrer, die Sie in der Zeitung beziffert haben, beantragen wir für Sie. Die Abstimmung wird zeigen, ob Sie es ernst meinen. Ich mache Ihnen einen kleinen Finanzierungsvorschlag, der aus dem Bericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofes – ORH – stammt. Dort heißt es zum IuK-Einsatz in der Schulverwaltung:

Die vom ORH festgestellten Schwachstellen und Mängel in der Organisation der Schulverwaltung, sind keineswegs neu. Sie wurden in ähnlicher Weise vor sechs Jahren auch von einem Gutachter aufgezeigt. In seiner Untersuchung hat dieser auch die Organisation und IuK-Landschaft einbezogen. Er kommt bei Umsetzung seiner Vorschläge zu einem Einsparpotenzial zwischen 323 und 573 Mitarbeiterjahren; dies entspricht möglichen Kosteneinsparungen von jährlich zwischen 16,7 und 29,7 Millionen Euro.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ergäbe eine Menge Lehrerstellen. Sie haben sechs Jahre ins Land ziehen lassen, ohne das Einsparpotenzial zu nutzen und in Form von mehr Lehrkräften den bayerischen Kindern zur Verfügung zu stellen.

Ich komme zum Dringlichkeitsantrag der CSU. Ich finde solche Debatten wunderbar. Ich habe sie vor Jahren schon einmal geführt, und ich weiß, wie sich die Menschen benehmen, wenn man über bessere Bildung diskutiert. Diejenigen, mit denen ich damals diskutierte, machen es inzwischen. Sie lachen heute über solche Gespräche, wie wir sie hier führen. Vielleicht haben sie vergessen, wie es damals war. Ich freue mich, dass wir vielleicht einen Aufschlag machen.

Ihr Antrag heißt: „Spitzenstellung des dreigliedrigen Schulsystems in Bayern weiter ausbauen“.

Ich nehme zunächst zum Text Stellung. Ich bin auch für den Aufschlag, weil wir – so schrieb eine Dame im „Stern“ – 200 Jahre für Reformen brauchen, nämlich 100 Jahre, um einzusehen, dass wir sie brauchen, und 100 Jahre, um sie umzusetzen. Es ist also allerhöchste Zeit.

Die erste Pisa-Studie, Herr Schneider, hat das bayerische System nicht bestätigt. Wir liegen im internationalen Vergleich gesehen im Durchschnitt.

(Widerspruch bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

Innerdeutsch gesehen waren wir vorne. Auf das Schulsystem übertragen, bekamen wir die Note 2 bis 3. Sie freuen sich nun, dass Ihre anderen 15 Klassenkameraden schlechter waren. Ich sage Ihnen ehrlich: Mir genügt es nicht, wenn ich innerhalb meines eigenen Raumes die beste bin, weil es eine Umwelt gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie das nicht zur Kenntnis nehmen wollen, werden Sie irgendwann feststellen müssen, dass die Schüler/innen der Parallelklassen an Ihnen vorbeiziehen.

Sie sehen sich gerne als die Partei der Wirtschaft. Ihr derzeitiges Beharren auf dem dreigliedrigen Schulsystem würde für die Wirtschaft folgendes bedeuten: Wir konstatieren, dass die Japaner besser produzieren. Wir wollen uns aber nicht darum kümmern, weil uns nur der innerdeutsche Vergleich interessiert.

Aus der zweiten Pisa-Studie heute schon eine Bestätigung für den bayerischen Weg abzuleiten, ist auch falsch, weil die länderspezifischen Ergebnisse noch nicht vorliegen. Sie werden also ein wenig warten müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Eduard Nöth (CSU))

– Das machen Sie schon, Herr Kollege Nöth. Sie müssen den Antrag lesen.

Ihr Antrag ist darüber hinaus nur ein Lippenbekenntnis. Zu den Hauptschulen heißt es dort:

Der Landtag bekennt sich deshalb ganz ausdrücklich zu den Hauptschulen.

Fakt ist – Kollege Pfaffmann hat dies schon gesagt –, Sie lösen Teilhauptschulen auf und streichen 500 Stellen. Zu der Aussage, zur R 6 und G 8 seien grundlegende Reformscheidungen getroffen, kann ich nur ein Prinzip erkennen: die Personalknappheit. Die Realschulklassen liegen im Durchschnitt bei 29 Schüler/innen, und auch bei den Gymnasien gibt es zu wenig Lehrer. Ich erkenne keine Reform, sondern nur einen roten Faden. Er hat den Namen „Personalmangel“. Sie haben momentan kein anderes Konzept als Mangel zu produzieren, um ihn mit viel Realitätsverlust zu verwalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im letzten Absatz Ihres Antrages bekennen Sie sich zur Förderung der Sprachkompetenz der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Ich stelle die Frage, die ich schon am Donnerstag im Bildungsausschuss gestellt habe, wo das Geld dafür ist. Vielleicht wäre jemand geneigt, uns das zu sagen. Wo ist das Konzept für den vorschulischen Bereich? Wo im Kindertagesstätten-Finanzierungsgesetz sind die Mittel eingearbeitet? Diese Frage haben Sie nicht beantworten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Integration beginnt durch und mit Sprache. Deswegen finde ich den Satz in Ihrem Antrag nicht in Ordnung:

Mangelnde Deutschkenntnisse sind aber nicht nur für die ausländischen Schülerinnen und Schüler selbst ein Handicap, sondern auch für ihre deutschen Klassenkameraden.

Ich finde den Satz nicht in Ordnung, weil die Botschaft, die Sie übermitteln, heißt, die Ausländer seien schuld. Sie verwechseln Ursache und Wirkung, weil die Kinder nicht schuld sind, wenn Sie ihnen zu wenige Angebote machen, um Deutsch zu lernen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Nun kommen wir zur Debatte über die Schulstruktur. Ich nehme Ihren Vorwurf des ideologischen Klassenkampfes erst gar nicht auf; denn ich bin ein vernünftiger, pragmatischer Mensch und kann gut ohne ideologische Scheuklappen überlegen, wie eine Sache gut gemacht werden könnte. Darüber hinaus geht es um unsere Kinder, und für unsere Kinder debattiere ich gerne und streite mich auch um gute Pädagogik.

Bei dieser Debatte in Bayern muss man vorweg schicken, dass in Bayern folgendes gilt: Bildungsarmut wird stärker als im Rest der Republik vererbt. Das liegt aus meiner Sicht am frühen Sortieren und

(Zuruf des Abgeordneten Siegfried Schneider (CSU))

– Ich könnte Ihnen auch Wissenschaftler und „FAZ“-Artikel zitieren, möchte mir das aber aus Zeitgründen ersparen.

daran, dass unsere Kinder mit 10 Jahren entscheiden müssen: Uni oder nicht Uni.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

– Sie können sich gerne ein bisschen künstlich aufregen.

Ich meine, wir müssen an ein Bildungssystem zwei Anforderungen stellen. Erstens. Es muss sozial gerecht und erfolgreich sein. Die GRÜNEN ziehen diese zwei Dimensionen in ihren Blick; Sie nur den Erfolg. Ob das System sozial in Ordnung ist, interessiert Sie anscheinend nicht. Wir müssen auch über die Pädagogik reden, weil sich die Gesellschaft verändert hat. In der Industriegesellschaft hat das dreigliedrige Schulsystem getaugt. Nun haben wir aber die Wissens- und Informationsgesellschaft, was an die Schule andere Erfordernisse stellt.

(Zuruf des Abgeordneten Helmut Brunner (CSU))

Die veränderten Erfordernisse in Gesellschaft und Arbeitswelt erfordern einen anderen Unterricht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr unbeirrtes Weitermachen steht unter dem Motto: Früher haben wir das Mammut auch mit der Keule erschlagen. Aber es gibt kein Mammut mehr. Wir haben andere Methoden, um uns das Futter zu besorgen.

Ich vermisste bei der CSU die Überlegung: Wie sieht die Gesellschaft im Jahr 2020 aus, und wie wollen wir unsere

Schülerinnen und Schüler darauf vorbereiten? – Ich warte, bis die Herren ihre Gespräche eingestellt haben.

Die Vermittlung von reproduzierbarem Fachwissen nimmt ab, weil die Halbweltzeit des Wissens immer kürzer wird. Das bedeutet: Das, was Sie Schulung nennen, hat sich erübrigt. Um für eine globalisierte Arbeitswelt und Gesellschaft fit zu sein, brauchen wir andere Eigenschaften, nämlich das, was man in der Pädagogik gemeinhin Schlüsselqualifikationen nennt. Die Schule muss Lernprozesse schaffen, die genau diese Eigenschaften trainiert. Herr Kollege Schneider, das geht nicht im 45-Minuten-Frontalunterricht, und das geht auch nicht in homogenen Lerngruppen.

Zur Kenntnis nehmen Sie auch – Sie werden es nicht wollen –, dass unsere Kinder am besten in so genannten heterogenen Lerngruppen lernen und dass davon nicht nur Schwache profitieren, sondern im Gegenteil auch Starke. Ein Beispiel war Ihr Modellversuch „Jahrgangskombinierte Klassen“, bei dem es explizit geheißen hat, dass die Starken ein Jahr überspringen können.

Gehen wir nun zurück zu Pisa. Der eigentlich Zweck von Pisa ist ja das so genannte Benchmarking, das heißt, man betrachtet die ersten Plätze und versucht, von diesen besseren Plätzen zu lernen. Pisa ist anscheinend nicht so schlecht ausgefallen. Wir liegen deutschlandweit im Durchschnitt. Da wir in Mathematik auf Platz 19 von 40 –

(Siegfried Schneider (CSU): Bayern!)

ich spreche von Deutschland –

(Thomas Kreuzer (CSU): Wir sind aber in Bayern!)

und im Lesen auf Platz 18 von 40 sind, meine ich, dass wir uns schon überlegen sollten, ob wir nicht ins obere Drittel kommen wollen.

(Zuruf von der CSU: Bayern!)

– Genau! Auf Bayern bezogen gibt es aber noch keine Antwort. Diese kommt erst nächstes Jahr.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Herr Schneider, Sie haben sehr richtig Kompetenzzuwächse bei Gymnasien und Realschulen festgestellt. Die Hauptschule aber ist in Deutschland abgesackt. Wenn aber die Hauptschule für Sie so wichtig ist, dann müsste Ihnen doch zu denken geben, dass gerade die Hauptschulen nach Pisa anscheinend an Kompetenz verloren haben. Ich meine, es besteht Bedarf an Handlung, nicht nur an Lippenbekenntnissen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Nach wie vor hängen die Chancen für einen Besuch des Gymnasiums auch von der sozialen Herkunft ab. Ich mei-

ne: Angesichts der Tatsache, dass bei Pisa für Deutschland herauskommt, dass die Ergebnisse in Mathematik bei 21,6 % der Schüler und im Lesen bei 22,3 % der Schüler besorgniserregend sind, können Sie nicht so tun, als sei die Welt noch in Ordnung. Wenn die Ergebnisse bei einem Fünftel aller Schüler besorgniserregend sind, können Sie nicht sagen, dieses System sei toll. Das ist es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Pisa, aber auch, wie ich meine, unsere Bildungsstudie bestätigen, dass in Bayern gilt: Zeig mir deine Eltern, und ich sage dir, welche Chancen du hast. Wir haben in der Aktuellen Stunde über den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen diskutiert. Ein Fakt ist, wie ich meine, dabei sehr gut herausgekommen: Das bayerische Schulsystem ist nur in eine Richtung durchlässig, und zwar nach unten. Nach oben hat sich nichts verbessert. Die Übertrittsquote auf das Gymnasium ist seit Jahren konstant, und – ich meine, auch das gibt Anlass zur Besorgnis – das Gymnasium verliert von der fünften bis zur zehnten Klasse 30 % seiner Schülerinnen und Schüler. Das spricht nicht für die Qualität des bayerischen Gymnasiums.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Eine weitere Erkenntnis aus Pisa lautet einfach: Erfolgreich sind die Länder, die eine längere gemeinsame Schulzeit haben. Lassen Sie mich dies einmal so wertfrei sagen. Sie sind nicht nur erfolgreich, sondern sie gewähren auch Kindern aus allen sozialen Schichten den Zugang zur Bildung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man Benchmarking ernst nimmt, kann man aus meiner Sicht folgende Forderungen an ein Bildungssystem stellen:

Erstens. Das Kind steht im Mittelpunkt, und die Schule passt sich dem Kind an, nicht umgekehrt. Förderung beginnt schon im Kindergarten oder früher.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Die Selektion wird nach hinten verschoben. Die bayerischen GRÜNEN haben sich als erste Partei in Bayern für eine neunjährige gemeinsame Schulzeit ausgesprochen.

Drittens. Pädagogisch am sinnvollsten ist das Lernen in der Ganztagschule. Deshalb brauchen wir zumindest ein flächendeckendes Angebot.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich darf Sie daran erinnern, liebe Kolleginnen und Kollegen: Sie haben im Ausschuss von Bedarfsdeckung gesprochen. Es hat sich so angehört, dass dies weniger als

Flächendeckung sei; denn Sie haben sich auch davor gescheut, Bedarfsdeckung zu definieren.

Viertens. Der Auftrag eines Bildungssystems lautet: Talente finden und fördern. Das heißt, das Kind wird mit all seinen Eigenschaften als Besonderheit betrachtet. Dieser Ansatz steht im Mittelpunkt. Vor allen Dingen auch die Gesinnung „Erfolg statt Druck“ spornt an.

Fünftens. Wir wollen eine Schule mit anderen Unterrichtsmethoden, in denen unsere Lehrerinnen und Lehrer die Chance haben, durch motivierende Unterrichtsmethoden zu zeigen, was sie alles können.

Sechstens. Leider fällt mir jetzt dafür kein parlamentstauglicher Begriff ein. Sie waren bei der Schulverwaltungsreform sehr feige.

(Heiterkeit der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

– Ich habe es deswegen gesagt, damit das trotzdem im Raum steht.

(Margarete Bause (GRÜNE): Was steht im Raum?)

Wir wollen die eigenverantwortliche Schule. Wir wollen die selbstständige Schule, die gemeinsam mit den Akteuren der Region personelle und finanzielle Freiheit erhält, um ihr eigenes Profil zu gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich meine, wir können sehr gut auf die Schulaufsichtsbehörden verzichten,

(Beifall der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

die 24 Millionen Euro im Jahr an Personalkosten verursachen.

Siebents. Politik muss endlich mit Reformen beginnen. In Bayern beschränkt sich die Einsicht auf Reformen auf eine handstreichartige Einführung des G 8, und sie verfolgt zudem noch ein falsches Motiv, das heißt: Wir müssen früher in die Sozialversicherung.

Wir müssen bei der gesamten Debatte eines beachten: Wenn wir heute beginnen würden, hätten wir die ersten Schulabgänge im Jahr 2013. Ich meine, es ist höchste Zeit, sich mit erfolgreichen Bildungssystemen auseinanderzusetzen. Deswegen, Herr Kollege Pfaffmann, finde ich Ihren Antrag über eine Anhörung zu europäischen Schulstrukturen wunderbar. Ich hätte nur noch die Anregung, zwei Kernforderungen aufzunehmen: Wir sollten uns Systeme anschauen, die weit oben dabei sind und die auch sozial gerecht sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Vielen Dank.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Durchsagen: Erstens. Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat bezüglich ihres Dringlichkeitsantrages „800 Lehrerinnen und Lehrer einstellen“ namentliche Abstimmung beantragt.

Zweitens. Die Niederschriften des zweiten Teils der heutigen Sitzung können Ihnen nicht mehr im Saal zugestellt werden. Das heißt: Wenn Sie sie noch vor Drucklegung korrigieren wollen, müssen Sie die gelben Formulare, die von mir aus gesehen links auf dem Rednerpult liegen, ausfüllen und dem Stenografischen Dienst übergeben; dann können Sie zu Hause korrigieren. Ansonsten werden Ihre Reden unkorrigiert in das Protokoll aufgenommen.

Wir fahren in der Rednerliste fort. Herr Kollege Waschler hat sich gemeldet.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum Einstieg habe ich eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute zuerst: Sie können eine Anhörung durchführen. Das steht Ihnen nach der Geschäftsordnung zu. Wir werden daran intensiv mitarbeiten. Dass wir das jedoch in der Form ablehnen, wie das Herr Kollege Schneider gesagt hat, brauche ich nicht weiter zu begründen. Wir werden uns die Gegebenheiten mit Ihnen sehr genau ansehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die vorliegenden Dringlichkeitsanträge offenbaren in einer ganz besonderen Weise das Dilemma der Opposition in Bayern und das Dilemma der rot-grünen Bundesregierung in Deutschland. Sie wollen eigentlich Positives erreichen, sind aber – das muss ich leider feststellen – auf vielen Feldern gründlich mit Blindheit geschlagen. Das beginnt damit, dass Sie Äpfel mit Birnen vergleichen und endet mit Folgerungen, die schlicht und ergreifend falsch sind.

Ich stelle fest, Sie wollen die gewichtigen finanziellen Probleme des Landes, für die allein Rot-Grün im Bund die Verantwortung hat, ignorieren. Sie ignorieren die Gefahren, die uns durch Zinssteigerungen drohen und die steigenden Pensionen, die zwar verdient sind, aber den Staatshaushalt belasten. Außerdem ignorieren Sie unsere Belastungen durch die Beihilfe.

Das ist das Problem. Weil Sie nicht über den Tellerrand hinausschauen wollen, haben Sie keine tragfähigen Lösungen anzubieten. Obendrein stehen Sie mit den wissenschaftlichen und pädagogischen Grundlagen der Bildung seit Jahren auf Kriegsfuß. Auch ständiges Wiederholen macht falsche Aussagen und Folgerungen nicht richtiger. Ein Blick auf die Fakten war schon immer hilfreich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Tatsache ist, dass an den bayerischen Schulen von engagierten Lehrern Unterricht auf hohem Niveau erteilt wird. Herr Kollege Pfaffmann und Frau Kollegin Tolle, wenn die Medien Einzelfälle als repräsentatives Bild darstellen, ist das nicht redlich. Wir müssen die Gesamtsituation in Bayern betrachten. Da gibt es

Tatsachen, um die uns nachweislich auch die so genannten Pisa-Siegerländer beneiden. Ich rede damit nichts schön. Das sind einfach die Fakten. Wenn Sie behaupten, dass an den bayerischen Schulen ein Chaos vorhanden wäre, entspricht das nicht den tatsächlichen Gegebenheiten.

Bereits bei Pisa I hat Bayern bei den untersuchten Schularten einen Spitzenplatz eingenommen. Das wird auch bei Pisa II so sein. Frau Kollegin Tolle, Sie haben Ihre Frage sehr gut gestellt. Die länderspezifischen Ergebnisse sind noch nicht da. Man muss aber die Frage stellen, warum sie noch nicht da sind. Hat Rot-Grün da vielleicht seinen Einfluss geltend gemacht? Wir wären sehr daran interessiert gewesen, darüber etwas im Vorfeld der Föderalismuskommision zu erfahren; denn wir werden auch in dieser Studie eine Spitzenposition einnehmen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die bundesdeutsche Bildung leidet unter einigen Dingen erheblich. Hier ist zunächst einmal die gescheiterte Multi-Kulti-Kuschelpädagogik zu nennen. Diese ist ebenso gescheitert wie die Gesamtschule an sich. Sie haben die Frage gestellt, wo das Geld für den Spracherwerb sei. Frau Kollegin Tolle und liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün: Sie haben immer die Auffassung vertreten, dass es nicht notwendig sei, dass die Kinder die deutsche Sprache von Grund auf mit aller Energie erlernen. Auch später war das immer wieder von Ihnen zu hören. Diesen Vorwurf muss ich Ihnen machen. In diesem Zusammenhang muss ich auch die Frage stellen: Warum wird denn beständig die segensreiche Einrichtung des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung über die Berufsoberschule und die Fachoberschule negiert, wenn von Pisa die Rede ist? Das sehen Sie einfach nicht.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Waschler, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Tolle?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Kollegin Tolle, Sie haben noch genügend Redezeit. Ich muss in der mir zur Verfügung stehenden Redezeit versuchen, meine Argumentation zu Ende zu führen.

Wären die Pisa-Resultate in anderen Ländern so gut wie in Bayern, bräuchten Sie in Ihrem Antrag nicht schlechte deutsche Ergebnisse zu beklagen. Ich bedaure, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD nicht da ist; denn er hat in den vergangenen Wochen einiges an bildungspolitischer Kompetenz vermissen lassen. Ich könnte hier noch einiges zur gesamtdeutschen Situation sagen.

Im Hinblick auf die finanzpolitische Seite darf ich mit Blick auf Bayern feststellen, dass wir ab dem Jahr 2006 im Interesse unserer Kinder keine weiteren Schulden machen werden und Prioritäten bei der Wissenschaft und der Schule setzen. Ich stelle fest: Ohne den Einsatz der Privatisierungserlöse ist der Gesamthaushalt in den Jahren 1999 bis 2004 um 6 % gestiegen, der Schulhaushalt stieg dagegen um 19 %. In anderen Ländern Deutschlands sieht es ganz anders aus. Herr Kollege Pfaffmann, die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, abgekürzt INSM, hat kürzlich einen Bund-Länder-Vergleich der

Schulsysteme vorgelegt. Dieser wurde diesmal nicht in der „FAZ“, sondern im „Münchener Merkur“ vom 27. November 2004 zusammenfassend wie folgt wiedergegeben. Ich zitiere: „Bayern ist der deutsche Meister mit Verbesserungspotenzial“. Im Klartext heißt das, dass wir aus der Sicht dieser Initiative vorne sind.

Als Stärken werden für Bayern die bundesweit effektivsten Schulinvestitionen gesehen. Vor allem in technischen Berufen sei auch Nicht-Akademikern eine Weiterqualifikation in besonders bewährter Art und Weise möglich. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

Sie führen immer wieder den Vergleich mit Ländern außerhalb Deutschlands an. In diesem Vergleich wird festgestellt, dass der Freistaat Bayern ohne Probleme Anschluss an die so genannten Führungs-Nationen im Pisa-Vergleich hat, nämlich an Finnland und Kanada. Besonders düster – so diese Studie – sehe es für Berlin, Bremen und Sachsen-Anhalt aus, die die Schlusslichter seien. Lieber Herr Kollege Pfaffmann, damit rückt der SPD-Antrag in ein völlig neues Licht.

Die deutsche Schule kann nur mittelmäßige Lernerfolge nachweisen. Die Folgerung lautet, dass Ihre Antragsbegründung schwach ist. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag in sich schon problematisch, auch wenn die Begründung nicht zum Antrag gehört. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Hinweise von Pisa nehmen wir in Bayern sehr ernst. Der Vergleich mit dem Bildungsland Finnland hinkt jedoch an allen Ecken und Enden. Wollen Sie vielleicht die Ausgaben für das Lehrpersonal um ein Drittel kürzen? Wollen Sie, dass 80 % der Schülerinnen und Schüler den Gymnasialabschluss erreichen, der das Papier nicht wert ist, auf dem er steht, weil nur 25 % über eine Hochschuleingangsprüfung tatsächlich den Zugang zur Hochschule schaffen?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

Diese Entwertung einer Hochschulzugangsberechtigung ist mit uns in Bayern nicht zu machen. Da hilft auch kein Kopfschütteln. Wenn Sie Bayern mit Kanada vergleichen, wäre es hilfreich, sich einmal die dortigen Probleme zu Gemüte zu führen. Dort gibt es keine saubere berufliche Bildung und Probleme mit den Hochschulen. Wo eine gute Betreuungsrelation vorhanden ist, wird viel Geld aus Erdöl- und Rohstofferträgen herbeigezaubert und zur Verfügung gestellt. Das hätten wir in Bayern natürlich auch sehr gerne, aber unsere Erdölfelder sind leider nur eingeschränkt vorhanden. Das muss ich einfach feststellen.

Der Blick auf die Forschungsergebnisse und die Resultate ist sehr lohnend, wenn wir die Bildungsergebnisse vergleichen. Bayern hat nämlich in Augenhöhe mit Baden-Württemberg bei den Patentanmeldungen – zusammen mit Baden-Württemberg – genau die Hälfte der angemeldeten Patente von Deutschland zu verzeichnen. Wer dann noch behauptet, wir hätten einen Notstand oder das bayerische Schulsystem hätte keine Qualität, weiß nicht, wovon er spricht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen: Die Begründungen, die die Opposition anführt, sind sehr dünn. Wir wollen zukunftsfähige Lösungen. Ich gestehe zu, dass Sie Gutes wollen. Ich kann versichern, dass die CSU-Fraktion sehr wohl sieht, wo die Schulen der Schuh drückt und wo Handlungsbedarf besteht. Wir nehmen die Sorgen der Schulen sehr ernst.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Deshalb ziehen Sie 100 Lehrer bei den Hauptschulen ab!)

Wir kümmern uns darum. Das gilt für die Gegenwart und für das Schuljahr 2005/2006. Wir machen uns über dieses Thema intensiv Gedanken. Die Beratungen zum Bildungshaushalt wurden in unserer Fraktion intensiv und spürbar genutzt. Ihre Lösungsvorschläge, die uns Frau Bulmahn dargelegt hat, nämlich die Hauptschule aufzulösen oder die Bildung in die Bundeskompetenz zu legen, sind nicht sinnvoll. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Wir sollen in das Mittelfeld oder an das Ende der Bildungsskala zurück.

Das darf doch nicht wahr sein! Das ist nicht unser Weg. Bayern wird an der Spitze bleiben, und wir werden verhindern, dass uns, die wir im Bildungsbereich eine Spitzenposition jetzt und auch noch in den nächsten Jahren einnehmen, der Bund dreinredet.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächste hat sich Frau Kollegin Pranghofer zu Wort gemeldet.

Karin Pranghofer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der CSU und der Redebeitrag des Herrn Waschler haben uns sehr deutlich gezeigt, dass die CSU-Landtagsfraktion auch nach der Pisa-Studie wieder nicht bereit ist, endlich einmal eine vorurteilsfreie Bildungsdiskussion in Bayern zu führen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Sie verschwenden nicht einmal einen Gedanken daran. Herr Pfaffmann hat schon Recht, wenn er Sie fragt, wovor Sie eigentlich Angst haben. Wenn Sie wirklich eine solche Spitzenstellung einnehmen, wie Sie immer behaupten, dann frage ich Sie: Wovor haben Sie denn so große Angst, dass Sie nicht einmal eine Anhörung zulassen wollen? Wir werden – das darf ich jetzt schon ankündigen – von unserem Recht Gebrauch machen und gemäß der Geschäftsordnung eine Anhörung beantragen.

Mich stört ganz besonders, dass Sie diejenigen beschimpfen, die in der Diskussion für eine längere gemeinsame Schulzeit eintreten. Sie sagen, das seien die Gleichmacher, die alten Ideologen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das stimmt ja!)

Was haben Sie selbst in den letzten Jahren getan? – Sie haben doch nichts anderes getan, als an den Strukturen Ihres Systems, wenn auch in eine andere Richtung, herumzubasteln. Was war denn die Einführung der R 6? – Das war doch keine Reform zugunsten besserer Lernbedingungen in der Schule, sondern das war eine Strukturveränderung. Auch das G 8, die M-Klassen usw. waren Strukturveränderungen. Wer selbst an Strukturen herumbastelt, darf anderen nicht vorwerfen, dass sie eine Systemdebatte führen würden.

(Beifall bei der SPD)

Bei Ihnen feiert die fixe Idee von der begabungsgerechten Schule immer noch fröhliche Urständ. Immer noch glauben Sie, Sie könnten die perfekte, begabungsgerechte Schule schaffen. Glauben Sie das wirklich immer noch? – Sie glauben, je leistungshomogener eine Lerngruppe ist oder je früher eine äußere Leistungsdifferenzierung durchgeführt wird, desto besser sind die Ergebnisse. Die Schulforschung hat diese Annahmen aber doch längst widerlegt!

Nachteile haben wir aus einer geringen Bildungsbeteiligung bei den mittleren und höheren Schulabschlüssen. Nachteile haben wir aus Bildungsabschlüssen, die nicht gesichert sind. Viel zu viele Schülerinnen und Schüler scheitern in ihrer Schullaufbahn, und sie haben keinen Erfolg im Beruf. Während der Schullaufbahn kommt es viel zu oft zu Verzögerungen, so dass Schulabschlüsse durchschnittlich ein Jahr später als in anderen Staaten erreicht werden. Das Sitzenbleiben kostet uns dann natürlich auch noch eine Menge Geld. Wir haben diese Nachteile – darauf muss ich Sie besonders hinweisen –, obwohl wir die Instrumente der Selektion perfektioniert haben. Bereits vor der Schule gibt es die Zurückstellung. In der Schule gibt es das System des Sitzenbleibens. Nach der vierten Klasse werden die Kinder obligatorisch auf andere Schularten verteilt. Dennoch bestätigen die Ergebnisse, dass wir die vorhin geschilderten Nachteile in unserem Schulsystem haben.

Ist das Kind erst einmal in einer Schulform eingesortiert, gibt es nicht die Durchlässigkeit, wie wir sie uns wünschen. Sie besteht zwar formal – das gebe ich gerne zu –, aber die Praxis sieht anders aus. Die Durchlässigkeit nach oben beträgt 3,2 % und nach unten 11,2 %. Das sind die Fakten, die Sie sich einmal zu Herzen nehmen sollten.

Meine Damen und Herren, das betrachten wir wirklich als Verschwendug von Bildungsressourcen. Es ist höchste Zeit, dass wir uns endlich um die Schul- und Bildungspolitik in Bayern ernstlich Gedanken machen. Sie von der CSU sollten das nicht einfach wegwischen, sondern wirklich etwas tun.

Es ist aber auch ein neues Denken notwendig; neue Strukturen allein reichen nicht aus. Deswegen haben wir in unserem Dringlichkeitsantrag ein Sofortprogramm für Bayerns Schulen gefordert. Bayerns Schulsystem ist chronisch unterfinanziert. Herr Waschler, nicht wir, sondern Sie sind mit Blindheit geschlagen, wenn Sie nicht wahrnehmen wollen, was in der Schullandschaft passt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Schneider, nachdem selbst Sie sagen, dass 800 Lehrer fehlen, bitte ich Sie, uns zu sagen, wo Sie diese Kräfte im nächsten Haushaltsjahr bereitstellen. Sie müssen endlich dem abhelfen, was Sie hier jetzt so groß kritisieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir werfen Ihnen jedenfalls vor, dass Sie als Mehrheitsfraktion nicht dafür gesorgt haben, dass trotz Schülerrückgang an den Grund- und Hauptschulen keine Qualitätsverbesserung eingetreten ist, sondern dass Sie den Schülerrückgang dazu genutzt haben, um dort Lehrerstellen abzuziehen. Diesen Vorwurf machen wir Ihnen.

Meine Damen und Herren der CSU, das ist wirklich ein ernst gemeinter Appell an Sie: Hören Sie auf, die Dinge schönzureden. Hören Sie endlich damit auf, immer alles Rot-Grün in die Schuhe zu schieben. Machen Sie doch endlich eine Bestandsaufnahme und lassen Sie uns gemeinsam die dringenden Notwendigkeiten für Bayerns Schulen diskutieren. Davon werden nicht nur die Schüler, sondern auch die Wirtschaft und die Gesellschaft profitieren.

Herr Waschler, Sie haben das Sparen für die Zukunft der Kinder angesprochen. Bei allem Sparen darf man gerade die jetzige Generation nicht vernachlässigen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Jetzt hat sich Frau Staatsministerin für Unterricht und Kultus gemeldet. Bitte, Frau Ministerin.

Staatsministerin Monika Hohlmeier (Kultusministerium) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal darf ich auf das dreigliedrige Schulwesen eingehen. SPD und GRÜNE haben wohl noch nie begriffen, dass das dreigliedrige Schulwesen nicht dazu dient, gemäß dem Niveau einzusortieren und Schüler auf- oder abzuwerten, sondern es dient der Begabungsorientierung.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): So ein Unsinn!)

Der Quali der bayerischen Hauptschule hat in ganz Deutschland einen guten Ruf. Die SPD- und Grün-regierten Länder, die nie einen Quali eingeführt haben, haben die Hauptschule hingegen von Anfang an abgewertet. Deshalb haben diese Schüler noch schlechtere Chancen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Tolle, Sie sagen, nach der neuesten Pisa-Studie seien wir unter 50 Ländern an neunzehnter Stelle. Dazu muss ich nüchtern sagen: Die Bayern sind Zehnte. Die Bremer rangieren allerdings ungefähr auf dem Platz von Mexiko. In Bremen tragen aber nicht wir die Verantwortung, sondern dort hatte über Jahrzehnte hinweg allein die SPD die

Verantwortung. Frau Tolle, daran sind Sie nicht einmal schuld.

(Beifall bei der CSU)

Herr Pfaffmann, Sie haben gesagt, nicht wir, sondern die guten Lehrer seien für die guten Leistungen verantwortlich. Das stimmt, wir haben gute Lehrer. Wir machen unseren Lehrern auch ein Kompliment.

Das bestreitet bei uns kein Mensch; Sie sehen das ähnlich wie wir. Was wir aber anders sehen, ist Folgendes: Sie sagen, Sie seien nicht verantwortlich. Anscheinend wollen Sie in Bremen, in Nordrhein-Westfalen und in all den Bundesländern, in denen Sie bei Pisa schlecht abgeschnitten haben, für die schlechten Leistungen nicht verantwortlich sein, Sie schieben es den Lehrern in die Schuhe. Das wäre der Umkehrschluss dieser Diskussion, und das ist sicher nicht richtig.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben bei Pisa deutlich besser als andere Länder abgeschnitten. Das hat seinen Grund auch darin, dass wir in Bayern die inhaltlichen Standards sehr hochgehalten haben, und zwar sowohl in der Hauptschule als auch in der Realschule, am Gymnasium, an den Fachoberschulen und an den Berufsoberschulen. Wir haben hohe Standards gesetzt. Im Gegensatz zu Ihnen haben wir Leistung immer betont.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Leistung lohnt sich in Bayern doch nachweislich nicht!)

– Leistung lohnt sich in Bayern, Herr Dürr. Wesentlich mehr als in allen anderen Ländern, in denen Sie regieren. Bei uns gibt es nämlich, im Gegensatz zu jenen Ländern, noch Arbeitsplätze. Deshalb lohnt sich Leistung bei uns in Bayern.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber Ihr Arbeitsplatz ist gefährdet!)

Mit Ihren Angaben stellen Sie ständig alles auf den Kopf. Sie tun so, als gebe es in den Ländern, in denen Sie regieren, Labsal während wir in Bayern von Anfang an die besseren Chancen gehabt hätten. Bayern hatte nicht die besseren Chancen, sondern hat sich über Jahrzehnte hinweg von ganz unten nach ganz oben gearbeitet. Jetzt wird Bayern neidisch betrachtet.

Ich will ein paar Daten in Erinnerung rufen. Bayerns türkische Schülerinnen und Schüler, also die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund – von denen Sie behaupten, sie würden Bayern so schlecht behandelt –, diese Schülerinnen und Schüler weisen bessere Ergebnisse auf als die gesamte deutsche Schülerschaft in Bremen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): 25 % sind ohne Schulabschluss!)

Das muss doch irgendetwas mit verfehlter Bildungspolitik der Sozialdemokratie zu tun haben.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie davon sprechen, eine Einheitsschule würde bessere Ergebnisse produzieren, dann widersprechen Sie Pisa-Wissenschaftlern. Diese haben das expressis verbis dementiert. Die Professoren Prenzel, Baumert und Köller haben ausdrücklich Herrn Dr. Schleicher widersprochen. Lesen Sie doch, was Herr Dr. Schleicher in seinem eigenen Bericht schreibt. Seite 3 entspricht dort nicht Seite 14, denn dort steht das Gegenteil von Seite 3. Ich würde auch Herrn Dr. Schleicher empfehlen, sich an die eigenen Studien zu halten und keine Diskussionen zu führen, die durch die Pisa-Studie nicht belegt sind.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Sehen Sie sich Belgien und Deutschland an. Sie werden feststellen, dass Sachsen, Baden-Württemberg und Bayern die ersten Plätze bei der Pisa-Studie belegen. Sie tun das mit einem differenzierten Schulwesen. Innerhalb Belgiens, schauen Sie sich das einmal an, ist das differenzierte Schulwesen besser als das der Einheitsschulen. Das bedeutet, dass man in einem differenzierten Schulwesen die Kinder und Jugendlichen sehr gut fördern kann.

Damit gehe ich auch gleich auf die Bildungsabschlüsse ein. Ihre Behauptung, Frau Tolle, die Abiturquote in Bayern habe sich überhaupt nicht gesteigert, ist schlichtweg falsch.

(Simone Tolle (GRÜNE): Ein wenig!)

1990 hatten wir eine Abiturientenquote von 25 %. Heute liegt die Quote bei über 32 %. 1990 hatten wir beim mittleren Abschluss 36 %, heute haben wir knapp 43 %. Eines möchte ich aber deutlich hinzufügen: Diese Daten belegen, dass wir versuchen, möglichst vielen Kindern eine möglichst guten Bildungsabschluss zu geben. Das bedeutet aber nicht, dass wir in Bayern das Niveau gesenkt haben, und das bedeutet auch nicht, dass wir die Hauptschülerinnen und Hauptschüler abwerten und damit auch den Quali abwerten wollen. Der Quali ist für uns ein hervorragender Schulabschluss, und das wird er auch bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf auch auf die eine oder andere Frage eingehen, die finanzielle Aspekte zum Gegenstand hat. Sie tun immer so, auch hier, dabei muss ich Frau Tolle etwas ausnehmen, als würden Finanzen allein das Schulwesen bestimmen. Das ist nicht der Fall. Wir haben in Bayern die finanziellen Mittel effizient eingesetzt und sind bei den Pisa-Studien an die Spitze Deutschlands gekommen. Im Vergleich mit den anderen Ländern sieht man auch, wie viel Geld wir für die Bildung ausgeben. Wir dürfen deshalb ruhig darauf hinweisen, was Sie von Bayern für die anderen Länder übernommen haben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie haben beispielsweise in Ihren Ländern die Jahrgangsstufentests von uns übernommen. Die Evaluierungsmaßnahmen, die wir hier durchführen, haben Sie auch übernommen. Dabei haben SPD und GRÜNE in diesem Landtag heftig gegen jegliche Form der Jahrgangsstufentests und der Evaluierung als Kontrolle der Schüler und als ständigen Leistungsdruck kritisiert. Was stellt sich nun heraus? – Das, was wir hier in Bayern tun, ist inzwischen internationaler Standard.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber nicht, wenn man keine Freiheit lässt!)

Jetzt machen Sie das in den von Ihnen regierten Ländern nach. Wir aber mussten jedes Mal die Vorreiter für ganz Deutschland spielen, gegen Ihre Kritik. In diesem Zusammenhang brauchen wir uns von Ihnen wirklich nichts vorhalten lassen.

Noch ein letzter Punkt in Richtung Finanzen. Ich habe mir gerade die Zahlen von Nordrhein-Westfalen geben lassen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Ministerin, einen Augenblick bitte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Aufmerksamkeit. Die Weihnachtsgeschenke können auch draußen ausgetauscht werden.

Staatsministerin Monika Hohlmeier (Kultusministerium) (von der Rednerin nicht autorisiert): Nordrhein-Westfalen hat beschlossen, das 8-jährige Gymnasium einzuführen.

(Beifall eines Abgeordneten der CSU)

Nordrhein-Westfalen hat den Beschluss damit garniert, dass nicht eine einzige zusätzliche Stelle eingerichtet wird. Man finanziert das ausschließlich aus Umschichtungen und damit, dass für die Schüler weniger Geld zur Verfügung steht.

(Zuruf der Abgeordneten Marianne Schieder (SPD))

In Bayern sieht das ganz anders aus. Es ist immer wieder interessant, welche plakativen Forderungen Sie hier stellen, während Sie dort, wo Sie selbst regieren, für Bildung weniger ausgeben und außerdem bankrott sind.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich glaube, mit Ihrer Argumentation sind Sie wenig glaubwürdig.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das sagen ausgerechnet Sie! – Ulrike Gote (GRÜNE): Von wegen Glaubwürdigkeit!)

Wir nehmen die Sorgen der Eltern wesentlich ernster als Sie in den von Ihnen regierten Ländern. Wir gehen nicht darüber hinweg.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

– Das muss Sie aber heftig treffen, Frau Bause, dass Sie hier nur noch durcheinander schreien.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten – Margarete Bause (GRÜNE): Den Brief nicht in Empfang nehmen wollen und dann behaupten, Sie nehmen die Sorgen ernst!)

– Sie dürfen der Empfehlung des Herrn Kollegen Gabsteiger folgen, der gesagt hat, Sie könnten eine „Bause“ machen. Lassen Sie mich doch zu Ende kommen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Sie werden auch bald Pause machen! – Anhaltende Unruhe)

Wir nehmen die Anliegen der Eltern sehr ernst. Wir setzen uns mit den Sorgen der Eltern auseinander. Wir setzen uns mit den Fragen zur Unterrichtsversorgung sehr ernst auseinander. Wir garantieren auch für die Zukunft eine solide und ordnungsgemäße Unterrichtsversorgung.

(Beifall bei der CSU)

Frau Tolle, als Letztes möchte ich noch auf das Beispiel eingehen, das Sie von der Grundschule gegeben haben. Das ist wieder ein typisches Beispiel dafür, wie die SPD versucht, ein Beispiel herauszuziehen und sich danach nicht mehr darum zu kümmern, was gemacht worden ist.

(Karin Radermacher (SPD): Frau Tolle ist nicht bei der SPD!)

Anschließend wollen Sie dann einen überholten Status im Parlament präsentieren.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Frau Tolle ist nicht bei der SPD!)

– Herr Dürr, hören Sie einfach zu und reden Sie nicht ständig dazwischen. Das wäre vernünftiger. Inzwischen ist an diese Grundschule eine Konrektorin abgeordnet worden. Sie hat also bereits wieder eine Schulführung. Die Grundschule ist inzwischen also wieder versorgt. Bei einer Grippewelle kann es zu Engpässen kommen. Das muss man einfach akzeptieren.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Nein, das muss man nicht akzeptieren!)

Wir haben keinen Engpass mehr bei der Versorgung, anders als das in den von Ihnen regierten Ländern ist, wo bis zu 15 % oder 18 % völlig unversorgt bleiben. Wir haben eine wesentlich bessere Ausstattung, und die lassen wir uns durch Sie auch nicht madig machen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Staatsministerin, gestatten Sie eine Zusatzfrage der Frau Kollegin Tolle? Frau Tolle ist übrigens Mitglied des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, das wollte ich nur vorsorglich sagen.

Staatsministerin Monika Hohlmeier (Kultusministerium) (von der Rednerin nicht autorisiert): Frau Tolle sitzt zwar gerade bei der SPD, aber gut.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Gestatten Sie nun die Zwischenfrage?

Staatsministerin Monika Hohlmeier (Kultusministerium) (von der Rednerin nicht autorisiert): Nein, ich gestatte jetzt keine Zwischenfrage.

Wir nehmen die Dinge nicht nur ernst, wir werden uns auch um diese Frage intensiv kümmern. Die Bildungspolitik war bei der CSU in Deutschland immer wesentlich besser aufgehoben als in der Hand der nivellierenden Sozialdemokraten oder der GRÜNEN.

(Lang anhaltender, lebhafter Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächster Redner ist Herr Kollege Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Liebe Frau Kultusministerin, ich hoffe, Sie haben den Beifall genossen. Vielleicht ist es Ihr letzter.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

An die Seite der CSU kann ich nur sagen: Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, selbst dieser geheuchelte Beifall hilft Ihnen nicht weiter. Die Frau Kultusministerin hat hier von Glaubwürdigkeit gesprochen. Ich glaube nicht, dass sie die Richtige ist, die auf diesem Podium von Glaubwürdigkeit reden kann.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zwei Bemerkungen: Die erste Bemerkung betrifft die Finanzausstattung, die immer wieder gerne ins Feld geführt wird. Bayern gibt 2,0 % des Bruttoinlandsprodukts für Bildung aus. Liebe Frau Kultusministerin, der schlechteste Durchschnitt aller deutschen Bundesländer liegt bei 2,3 %. Sie liegen um 1,1 Milliarden unter dem Durchschnitt der deutschen Bundesländer bei den Bildungsinvestitionen. Nehmen Sie das endlich einmal zur Kenntnis.

Zum Zweiten darf ich Sie an folgenden Punkt erinnern: Es hieß – wir haben es eben gelernt –, das dreigliedrige Schulsystem sei eine geeignete Form, um Begabungen festzustellen. Ich halte es für einen Hohn, wenn man bei Kindern in der vierten Jahrgangsstufe im Übertrittszeugnis an drei Noten in einem halben Jahr Begabungen feststellen will.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das kann doch wohl nicht wahr sein. Sie fördern keine Begabungen, sondern selektieren im zehnten Lebensjahr bei kleinen Kindern unter Bezugnahme auf drei Fächer, und dann stellen Sie sich hier hin und sagen, das dreigliedrige Schulsystem wäre ein geeignetes System, um

Begabungen festzustellen. Das wollte ich nur noch einmal gesagt haben.

Die Tatsache, dass mittlerweile jeder fünfte Schüler Nachhilfeunterricht braucht, um die Schule zu bestehen, nehmen Sie nicht zur Kenntnis. Auch die Tatsache, dass Sie Unterricht nach Hause verlagern und die Eltern über Hausaufgabenüberlastung klagen, nehmen Sie nicht zur Kenntnis. Das wollen Sie alles nicht wissen. Die Kultusministerin stellt sich hier hin und bestreitet zwei Drittel ihrer Rede mit Ausführungen über andere Bundesländer. Sie nimmt nicht zu den Fehlern und Problemen im bayerischen Bildungswesen Stellung, und deswegen ist sie unglaublich. Ich glaube aber, das Problem werden wir bald gelöst haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächste hat Frau Kollegin Tolle das Wort.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin trotz CSU-Übermacht ein glücklicher Mensch. Herr Kollege Schneider, Sie haben noch nicht zu unserem Antrag geredet. Wir haben Ihnen auf die Strecke helfen wollen und 800 zusätzliche Lehrerstellen gefordert. Sie haben aber noch nicht erklärt, wie Sie sich dazu verhalten wollen, ob ja oder nein, und wenn ja oder nein, warum; das würde mich schon sehr interessieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sehr geehrte Frau Hohlmeier, wir haben jetzt einen umfassenden Überblick bekommen, wie es in den 15 anderen Bundesländern aussieht. Wir haben das zur Kenntnis genommen und vielleicht gelingt es uns, das nächste Mal über Bayern zu reden. Darauf freue ich mich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vielleicht gelingt es uns auch, das nächste Mal nicht immer von Rankings zu reden, sondern darüber, Herr Kollege Schneider, wie guter Unterricht stattfinden kann und welche Rahmenbedingungen er braucht. Den Kollegen Waschler bitte ich, mir vielleicht in einem persönlichen Gespräch oder in einer E-Mail zu erklären, was er unter Multi-Kulti-Kuschelpädagogik versteht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Wir haben keine weitere Wortmeldung. Dann ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Es sind mehrere Anträge und darum bitte ich um Aufmerksamkeit.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 15/2372 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/

DIE GRÜNEN. Ersteres war die Mehrheit. Damit ist der Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 15/2373 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion betreffend Sofortprogramm für Bayerns Schulen – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Letzteres ist die Mehrheit und damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 15/2410 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion betreffend Anhörung „Entwicklung der Schulstrukturen in Bayern, Deutschland und im europäischen Vergleich“ – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist damit mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung. Für den Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 15/2412 ist namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen sind aufgestellt. Wir beginnen mit der namentlichen Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 14.57 bis 15.02 Uhr)

Meine Damen und Herren, die fünf Minuten sind vorbei. Die Abstimmung ist damit abgeschlossen. Ich bitte Sie, sich darauf zu konzentrieren, dass wir mit der Beratung des nächsten Dringlichkeitsantrags beginnen.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrike Gote, Dr. Christian Magerl, Eike Hallitzky und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht über Verkäufe und Verkaufsverhandlungen bezüglich Grundstücke der Staatsforstverwaltung (Drucksache 15/2374)

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Wortmeldung stammt von Herrn Kollegen Dr. Magerl. Ich darf den Fraktionsführungen eine Orientierung bezüglich der Restredezeiten geben. Die CSU hat noch 22 Minuten, die SPD 24 Minuten und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 21 Minuten. Es muss deswegen keiner den Ehrgeiz entwickeln, die Redezeit auszuschöpfen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, zum weiteren Verlauf möchte ich Ihnen mitteilen, die Fraktionsführungen haben sich darauf verständigt, dass die Beratung der nach der Behandlung der Dringlichkeitsanträge noch offen stehenden drei Anträge auf das erste Plenum im nächsten Jahr verschoben wird. Das bedeutet, wenn die Dringlichkeitsanträge behandelt sind bzw. die Redezeit abgelaufen ist – die Redezeiten der Fraktionen plus die Redezeit der Staatsregierung ergeben überschlägig gerechnet rund

eine Stunde –, dann wird gegen 16.30 Uhr gewissermaßen der „Schlussakt“ beginnen.

Herr Kollege Dr. Magerl, bitte.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! An mir wird es nicht liegen, wenn sich die Sitzung verlängert. Mir ist vonseiten der CSU-Fraktion signalisiert worden, dass sie unserem Antrag zustimmen möchte. Es geht um einen Bericht, den wir haben wollen vor einer wichtigen Sitzung des Landwirtschaftsausschusses, in der es um die Forstreform und um Verkaufsverhandlungen bzw. Verkäufe beim Staatsforst geht.

Ich darf einen Fall herausgreifen, der durch die Presse gegangen ist, damit Sie verstehen, was wir uns bei unserem Antrag gedacht haben. Es geht um den Verkauf eines Grundstücks von 10 Hektar in Wörnbrunn in der Gemeinde Grünwald. Wir waren der Auffassung, der Verkauf sei nicht dringend notwendig. Es geht in dem Fall nicht um einen Wald, sondern um Wiesen und Äcker. Dazu gehört eine alte Forstdienststelle, die meines Wissens der Vater von Ludwig Thoma eine Zeit lang innegehabt hat. Das gesamte Anwesen soll nun verkauft werden. Weil wir nicht einsehen, warum, hätten wir gern zu diesem Fall, aber auch zu anderen Fällen einen Bericht. Ich denke, wir sollten im Vorfeld der Überführung der Staatsforstverwaltung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts wissen, wie der Sachstand ist. In dem geschilderten Fall ist auch ein Kollege von uns als Rechtsanwalt beteiligt. Da müssen wir schon genauer hinsehen. Deshalb stellen wir den Antrag, dass ein Bericht gegeben werden soll. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Brunner.

Helmut Brunner (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesem Antrag im Ausschuss bereits zugestimmt. Wenn die GRÜNEN den Bericht rechtzeitig, also bereits am 24. Januar, haben wollen, dann haben wir auch nichts dagegen. Allerdings kann der Bericht dann nur in schriftlicher Form vorgelegt werden. Ansonsten müsste der Bericht später im Ausschuss gegeben werden, weil wir am 26. Januar eine Anhörung durchführen. Im Übrigen haben wir keine Einwendungen. Wir sind nicht nur heute großzügig, sondern immer, vor allem dann, wenn es um Berichtsanträge geht.

Herr Präsident, unsere Fraktion trägt erheblich dazu bei, dass der Weihnachtsfrieden rechtzeitig eingeläutet werden kann. Wir verzichten auf die restliche Redezeit.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU – Karin Radermacher (SPD): Aber doch nicht für die anderen Anträge!)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Lück.

Heidi Lück (SPD): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das war jetzt gefährlich; denn wo es keinen Streit zu geben braucht, streite ich auch nicht. Wir sind natürlich auch der Meinung, dass der Bericht – gern auch in schriftlicher Form – gegeben werden muss. Wir denken aber, es wäre sinnvoll, den Sachstand bezüglich aller vorhandenen Besitzungen darzustellen. Dagegen wird sich wohl kein Widerspruch erheben. Wir stimmen also hierin überein.

Im Übrigen ist unser Ausschuss immer Vorreiter für gemeinsame Initiativen gewesen. Auch für mich ist das ein guter Weg in die Weihnachtsferien. Nur verzichte ich nicht für alle anderen auf die Redezeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir werden sehen, ob alle anderen Tagesordnungspunkte auch so friedlich behandelt werden und ob wirklich der Weihnachtsfrieden ausgebrochen ist.

Ich komme zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist einstimmig so beschlossen.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Dr. Otmar Bernhard, Markus Sackmann und anderer und Fraktion (CSU)
Möglichkeiten eines Systemwechsels bei der Umsatzsteuer prüfen (Drucksache 15/2375)

und den nachgezogenen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Werner Schieder, Dr. Heinz Kaiser und Fraktion (SPD)
Umsatzsteuerbetrug bekämpfen (Drucksache 15/2407)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Sackmann.

Markus Sackmann (CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich kann es ähnlich kurz machen wie meine Vorräder. Ich möchte nur die Hintergründe unseres Antrags für diejenigen erläutern, die sich mit dem Thema noch nicht beschäftigt haben. Wir haben unseren Antrag gestellt, weil es zurzeit Überlegungen gibt, im Umsatzsteuerrecht Neuerungen einzuführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ifo-Institut hat im vergangenen Jahr festgestellt, dass jährlich rund 17 bis 18 Milliarden Euro – das sind rund 11 % des gesamten Umsatzsteueraufkommens – durch den Umsatzsteuerbetrug verloren gehen. Für 2004 schätzt man den Betrag sogar auf 20 Milliarden Euro. Sie sehen, dem Staat geht jedes Jahr eine erhebliche Summe verloren. Nun gibt es Überlegungen, einen Systemwechsel herbeizuführen. Die Staatsregierung hat sich in diesem Zusammenhang ent-

schlossen, Planspiele durchzuführen, um den gesamten Sachverhalt unter realistischen Bedingungen zu überprüfen.

Hierzu haben wir diesen Antrag gestellt, da wir diese positive Idee unterstützen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Warum machen wir dies und warum sind diese Notwendigkeiten dabei? Der Hintergrund ist, dass alle gesetzlichen Regelungen eigentlich ausgeschöpft wurden. Man hat in den letzten Änderungen der Steuerrechtsgesetze fast jedes Mal irgendwelche Versuche unternommen, Schlupflöcher zu stopfen und die Überprüfungen zu verbessern. Alle diese Möglichkeiten sind weitestgehend ausgeschöpft, das ist die einhellige Meinung der Fachleute auf Länder- und Bundesebene. Darüber hinaus haben wir Erfahrungen mit anderen Ländern in Europa. Das ist deshalb wichtig, weil in Europa gerade das Umsatzsteuerrecht am meisten harmonisiert wurde.

Es gibt zwei Ansatzmöglichkeiten: erstens, das generelle Ist-Versteuerrungssystem mit Cross-Check-Prüfung, das das Bundesfinanzministerium präferiert, zweitens, das Reverse-Charge-Modell, das vor allem aus den Bundesländern wie Rheinland-Pfalz und Bayern kommt. Letzteres wird zurzeit im gesamten Planspiel überprüft. Dieses soll im Juni des nächsten Jahres abgeschlossen sein. Man versucht hier, realistisch festzustellen, wie sich dieses Modell bewähren würde; denn man ist generell der Meinung, dass es in der jetzigen Form nicht weitergehen könne. Wir brauchen, um die Steuergelder zu erhalten und für den Staat zu gewinnen, einen kompletten Systemwechsel und vor allem eine Vereinfachung und Verbesserung in diesem Bereich. Es bleibt abzuwarten, wie sich diese beiden Systeme bewähren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie deswegen um Zustimmung zu unserem Antrag. Wir werden – auch darauf möchte ich nur mit zwei, drei Stichworten eingehen – dem Antrag der SPD nicht zustimmen, weil Sie in Ziffer 1 des SPD-Antrags wieder einmal und wie immer

(Karin Radermacher (SPD): Das ist ein unfreundlicher Akt!)

– Liebe Frau Kollegin Radermacher, das ist kein unfreundlicher Akt, sondern ich begründe es. – beim Steuerrecht sagen, mit neuem Personal könnte man alles lösen. Das ist nicht unser Ansatz. Sie wissen, dass gerade in diesem Bereich hoch qualifiziertes Personal notwendig ist und dass man das Problem nicht von heute auf morgen mit Umschichtungen lösen kann. Zudem haben wir in den letzten Jahren in diesem Bereich zusätzlich rund 80 Beschäftigte eingestellt.

Unser Ansatz ist es, das ganze Steuersystem transparenter und einfacher zu gestalten, die Umgehungstatbestände zu verändern und nicht immer nur mit der Forderung nach zusätzlichem Personal zu arbeiten. Auch das ist in diesem Bereich ein wichtiger Punkt.

Unser Ansatz ist also: Vereinfachung statt zusätzliche Bürokratie. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen. Ich bitte aber um Zustimmung zu unserem Antrag. Wir hoffen, dass dadurch die Schlupflöcher geschlossen und neue Wege gegangen werden können. Nicht zuletzt brauchen wir dazu die EU. Das ist ein langer Weg, der noch einige Zeit dauern wird. Dabei sollten wir unsere Unterstützung signalisieren.

(Beifall von der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Schieder.

Werner Schieder (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Sackmann, ich schicke voraus, dass wir dem CSU-Antrag zustimmen werden, weil wir jedwede Initiative unterstützen, die möglicherweise geeignet erscheint, dem massiven Umsatzsteuerbetrug – wozu ich später noch ein paar Worte sagen werde – zu bekämpfen. Daher haben wir da kein Problem. Ich muss aber andererseits sagen, der Antrag ist an sich eigentlich überflüssig, weil er nichts Neues bringt.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Hildegard Kronawitter (SPD))

Es ist nicht so, wie Sie vielleicht den Eindruck erwecken wollen – aber Sie haben den Eindruck nicht einmal erweckt, darauf komme ich gleich zu sprechen –, dass jetzt die CSU-Fraktion einen neuen Vorstoß bringt, damit in diesem Bereich endlich etwas geschieht, sondern wir wissen schon lange, dass die Staatsregierung dieses vorhat und daran arbeitet.

Herr Kollege Sackmann, Sie haben selber gesagt, die Staatsregierung habe sich entschlossen, dieses Modell jetzt als Praxisspiel zu machen. Doch wenn sich die Staatsregierung dazu schon entschlossen hat, brauchen wir sie nicht erneut dazu auffordern.

(Beifall der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

Es ist ein bissel seltsam, wie Sie hier im Parlament politische Initiativen verstehen: Die Staatsregierung macht irgendetwas, und dann kommen Sie ein paar Monate später und sagen, wir sind jetzt der Meinung, die Staatsregierung sollte das – was schon längst geschieht – machen. Das ist ein etwas seltsames Vorgehen.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Sackmann, das eigentliche Motiv für diesen Antrag liegt an anderer Stelle. Wir hatten beispielsweise vor zwei Wochen bei der Beratung des Haushalts des Finanzministers eine intensive Debatte. Dabei habe ich Ihnen am Rednerpult vorgeworfen, Sie tragen eine erhebliche Verantwortung dafür, dass in Bayern im Staatshaushalt jährlich ein einstelliger Milliardenbetrag bei den Einnahmen fehlt. Wir haben dieses Thema im Ausschuss ausgiebig behandelt. Offenbar haben Sie an dieser Stelle ein schlechtes Gewissen und wollen Sie jetzt den Eindruck von Aktivitäten erwecken, damit die Leute meinen, Sie täten hier etwas Entscheidendes. Das ist die eigentliche Motivation.

Ich muss Ihnen heute nochmals deutlich sagen, in der Tat gibt es – das wissen wir aus den Berichten der Rechnungshöfe, vor allem aus dem umfassenden Sonderbericht des Bundesrechnungshofes – in diesem Bereich massive Steuerausfälle und davon entfallen auf Bayern allein im Bereich der Umsatzsteuer im Haushalt mindestens eine oder zwei Milliarden Euro. Auf diesem Gebiet tut die Staatsregierung nichts Entscheidendes, um ihren Haushalt auf der Einnahmeseite so zu gestalten, wie es die Steuergesetze vorschreiben und wie man es von einer geordnet geleiteten Steuerverwaltung erwarten kann. Deswegen tragen diese Staatsregierung, dieser Finanzminister und sein Staatssekretär, der da ist, die politische Verantwortung dafür, dass in Bayern einstellige Milliardenbeträge bei den Einnahmen fehlen. Diese Verantwortung haben sie.

(Beifall bei der SPD)

Diese Verantwortung berührt sie vor allem deswegen, weil es eine Tatsache ist, dass sie bei der Steuerverwaltung zunächst die alleinige Zuständigkeit und Verantwortung tragen. Sie sollten nicht immer – was sie auch mit dem Antrag tun – über alle möglichen Ebenen – Europa, Bundesregierung oder andere Bundesländer – reden. Sie lassen sich sechs Tage in der Woche darüber aus, was diese alles falsch machen, aber kommen die ganze Woche nicht dazu, mit Entschiedenheit über den Bereich zu reden, wofür Sie selber die Verantwortung tragen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Verantwortung liegt beispielsweise in der Steuerverwaltung im Bereich der Umsatzsteuer.

Was die Sonderprüfung betrifft, sagen Ihnen die Rechnungshöfe schon lange Zeit, dass in dem Bereich durch Prüfungsintensität mehr geschehen muss.

(Zuruf von der CSU)

– Nicht nur. Ich komme noch darauf zu sprechen, dass auf diesem Gebiet auch gesetzliche Änderungen vernünftig sind. Aber das Entscheidende ist die Prüfungsintensität – das wird Ihnen jeder Praktiker sagen –, und da passiert nichts.

Herr Staatssekretär, ich muss Sie daran erinnern, dass Sie schon im Haushaltausschuss – auch der Minister hat es vor zwei Wochen getan – gesagt haben, Sie hätten die Umsatzsteuersonderprüfungen in den letzten Jahren etwas aufgestockt. Ich nenne Ihnen jetzt eines von mehreren Beispielen, und Sie geben mir darauf eine Antwort: Beim Finanzamt Weiden gab es bisher drei Sonderprüfer. Jetzt wurde das so genannte Zuteilungssoll, also die Personalzuteilung für die Ämter in diesem Bereich von drei auf vier erhöht.

Das sieht man an diesem Papier. Eigentlich wunderbar. Auf den ersten Blick meint man, Sie hätten etwas getan. Aber wenn man genauer hinschaut, stellt man fest, dass auf dieser Stelle niemand tätig ist. Es sind nach wie vor drei Mitarbeiter. Es ist kein weiterer da. Deswegen ist das nur Schaumschlägerei, was Sie rhetorisch hier verbreiten.

Sie versuchen den Eindruck zu erwecken, Sie wollten etwas tun. Aber es geschieht nichts.

Ich wiederhole: Man kann nicht hinnehmen, dass hier Milliardenbeträge – für Bayern ist es eine Milliarde oder mehr – durch Steuerbetrügerei massivster Art den Haushalten vorenthalten werden. Und Sie schauen tatenlos zu. Das geht nicht.

Ich rege mich auch deshalb darüber auf, weil der bayerische Innenminister am liebsten alle Straßen und Plätze mit Kameras ausleuchten würde, um den letzten Kleinkriminellen zu erwischen, während sich da, wo es um wirklich große Kriminalität mit schwerem finanziellen Schaden für die öffentliche Hand geht, die Staatsregierung und dieser Finanzminister tatenlos zuschauen. Ich verstehe das nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen bestehen wir auch darauf, dass an dieser Stelle etwas getan wird, und deshalb haben wir auch unseren Antrag eingebracht. Herr Sackmann, Sie wissen selbst, dass das von Ihnen vorgeschlagene Verfahren, das wir unterstützen, Jahre dauern wird, bis es überhaupt kommen kann. Denn man muss sich zunächst mit dem Bund verständigen und es gibt in der Bundesrepublik auch noch andere Modelle, die sozusagen gleichberechtigt als Möglichkeit diskutiert und erprobt werden müssen. Darüber hinaus ist eine Änderung der Sechsten Umsatzsteuerrichtlinie auf EU-Ebene erforderlich. Das alles dauert.

Ich meine, das können wir alles machen, auch wenn es dauert; es ist richtig, diesen Weg zu gehen. Aber tun Sie doch einen ersten Schritt vor einem zweiten oder dritten und tun Sie sofort etwas gegen die Steuerkriminalität im Umsatzsteuerbereich. Ein Prüfer in diesem Bereich bringt im Jahr 2 Millionen Euro mehr. Das macht sich bezahlt und hat präventive Wirkung; denn wenn diese kriminellen Betrüger wissen, dass man ihnen schnell hinterher ist, sind sie abgescreckt. Somit ist eine präventive Wirkung in diesem Bereich sicherlich gegeben. In diesem Bereich können Sie also etwas tun.

Als Nächstes möchte ich gerne wissen – das ist auch Inhalt des Punktes 1 unseres Antrages –, wann sich der Finanzminister, der Innenminister und die Justizministerin in diesem Bereich zusammensetzen oder zusammengesetzt haben oder ob es eine Kabinettsvorlage oder ähnliches gibt, in der festgelegt worden ist, wie man zwischen Polizei, Staatsanwaltschaften und den Prüfungs- bzw. Fahndungsstellen der Steuerverwaltung besser zusammenarbeiten könnte. Darüber habe ich bisher noch nichts gehört und nichts gelesen. Für diesen Bereich sind Sie alleine zuständig. Das können Sie hier in Bayern ohne andere Bundesländer oder den Bund oder die EU organisieren, wenn Sie wollen. Aber Sie wollen es gar nicht. Sie wollen über diese Dinge nicht gern reden. Da haben Sie eine selektive Wahrnehmung. Sie wollen das immer wegdrängen. Sie „beglücken“ uns hier im Hohen Haus mit Streichkonzerten und Kürzungen, anstatt etwas zu tun, um die Einnahmeseite des Haushalts zu steigern. Das kann man so nicht hinnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Tun Sie doch endlich einmal etwas und sagen Sie, Herr Staatssekretär, doch einmal, was Sie tun wollen, um die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwälten, Polizei und Steuerfahndung zu verbessern und ob es eventuell Überlegungen gibt, Sonderstellen bei der Staatsanwaltschaft einzurichten mit Fachleuten, die sich auskennen. Man könnte eine Menge tun. Das sollten Sie angehen. Das wäre unser erstes Anliegen in unserem Antrag.

Zum zweiten Punkt möchte ich ausführen, dass es in diesem Bereich jenseits der vielleicht notwendigen gesetzlichen Änderungen unverzichtbar ist und schon lange ansteht, in einer gewissen Weise einem zunehmenden Separatismus in den Steuerverwaltungen der 16 Bundesländer durch vereinheitlichende Tendenzen entgegenzuwirken.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es handelt sich hier schließlich um Kriminalität, die über die Grenzen der Bundesländer und auch die nationalen Grenzen hinausgeht. Deshalb ist die Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern und mit dem Bund dringend geboten. Der Bund hat Ihnen schon mehrmals Vorschläge unterbreitet, wie man das besser organisieren kann und wie man Betriebsprüfungen und Fahndungen in diesem Bereich, von dem wir gerade sprechen, durch Bundesbetriebsprüfer und Fachleute besser in die Hand bekommen und koordinieren könnte, damit sich der Erfolg einstellt, den man braucht. Es geht ja hier nicht um etwas, von dem man nicht weiß, was man tun könnte. Man weiß ja, welche Instrumente notwendig sind und was wirksam wäre. Aber so etwas kommt nicht zustande, weil Sie sich in Ihrem falschen Verständnis von Föderalismus immer auf eine Art Separatismus zurückziehen und sich einer vernünftigen Zusammenarbeit mit dem Bund verweigern. Deswegen tragen Sie auch in diesem Punkt eine entscheidende Verantwortung dafür, dass im Bereich der Umsatzsteuerbetrügereien nichts geschieht.

Im dritten Punkt unseres Antrages geht es um die Frage nach gesetzlichen Änderungen bei der Form der Steuererhebung. Wir halten es für ganz in Ordnung, dass Sie einen Vorschlag des rheinland-pfälzischen Finanzministers Mittler mittragen, der mit dem so genannten Reverse-Charge-Modell einen Vorschlag vorgelegt hat, der möglicherweise geeignet ist, der Problematik zu begegnen. Wir finden es in Ordnung, dass sich Bayern diesen Überlegungen anschließt und zusammen mit Rheinland-Pfalz und einigen anderen Bundesländern einen Praxistest durchführt, damit man sehen kann, ob sich in diesem Bereich eine gesetzliche Änderung praktisch bewährt. Das unterstützen wir. Gleichzeitig möchte ich aber noch einmal darauf hinweisen – das soll keine Einschränkung meinerseits sein –, dass dazu allerdings auch eine Änderung im EU-Recht erforderlich ist. Dass dies einen bestimmten Zeithorizont bedeutet, darüber sind wir uns sicherlich einig.

(Unruhe)

Eine letzte Bemerkung. Herr Kollege Sackmann, Sie haben es bereits angesprochen. Es gibt bundesweit eine

zweite erörterte Möglichkeit, wie man mit gesetzlichen Systemänderungen diesem Problem zu Leibe rücken könnte. Ich meine die so genannte Ist-Versteuerung mit Cross-Check-Prüfung. Auch das ist eine erwägenswerte Alternative, die man ernstlich weiterverfolgen muss, um zu sehen, ob sich das in der Praxis bewährt. Deshalb unterstützen wir auch solche Überlegungen, dieses Modell zu einer Praxiserprobung zu bringen.

Alles in allem bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag; denn ich glaube, dass unser Antrag einfach mit viel größerer Klarheit deutlich macht, welche Maßnahmen zielführend sind. Damit können wir vorankommen. Aber unabhängig vom Umstand, dass der CSU-Antrag nichts Neues enthält, weil er nur bestätigt, was die Staatsregierung schon macht, werden wir auch diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE) (vom Redner nicht autorisiert): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist unstrittig, dass der Umsatzsteuerbetrug effektiver bekämpft werden muss. Die Steuerausfälle bewegen sich je nach Schätzung zwischen 16 und 21 Milliarden Euro jährlich in Deutschland; Tendenz steigend. In Bayern sind es etwa 1,5 Milliarden Euro. Und wenn wir sehen, um welche Peanuts wir bei den Streichungen im Haushalt diskutieren, wird klar, dass das nicht nur eine Belastung aller steuerehrlichen Menschen ist, die mehr Steuern zahlen müssen, weil sich die unehrlichen drücken, sondern dass auch der Staat das mit Einsparungen und mit einer höheren Verschuldung massiv bezahlen muss.

Die rot-grüne Bundesregierung – und das ist sehr erfreulich wie vieles, das aus Berlin kommt – geht diese Probleme an. Deshalb sind in letzter Zeit verschiedene gesetzliche Maßnahmen auf den Weg gebracht worden, um die Umsatzsteuerkontrolle besser in den Griff zu bekommen. Als wohl wichtigste Maßnahme nenne ich die Umsatzsteuernachschauf nach § 27 b des Umsatzsteuergesetzes, die es den Finanzbeamten erlaubt, unangemeldet die Geschäftsräume eines Unternehmens zu betreten und die vorhandenen Unterlagen zu prüfen, dies im Unterschied zu den bisherigen Umsatzsteuersonderprüfungen, wo betrügerische Firmen nach der Anmeldung genügend Zeit hatten, das Feld entweder aufzuräumen oder es gleich ganz zu räumen.

In der Diskussion ist zudem – auch das sehr erfreulich, ebenfalls von Rot-Grün angestoßen –, die Erstattung der Vorsteuer künftig restriktiver zu handhaben. Als Vorbilder können einige EU-Staaten dienen, in denen Vorsteuer nicht erstattet wird, sondern nur zur Verrechnung mit künftigen Umsatzsteuerschulden gegenüber dem Finanzamt zugelassen ist.

Überlegt wird auch ein automatisiertes Kontrollsystem, das so genannte Cross-Check-Verfahren, bei dem vor der Erstattung erst abgeprüft wird, ob die Umsatzsteuer beim Finanzamt auch eingegangen ist.

Was in mehreren EU-Staaten längst Usus ist, hakt in Deutschland an der von Ihnen, lieber Herr Meyer, mit nicht nachvollziehbarer Vehemenz hochgehaltenen föderalen Struktur der Finanzverwaltung in Deutschland, die das Umsetzen oft sehr behindert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Neben diesen gesetzlichen Maßnahmen im bestehenden System werden als Modell zum Systemwechsel bei der Umsatzsteuer derzeit die so genannte Ist-Besteuerung mit Cross-Check-Verfahren und das Reverse-Charge-Modell diskutiert. Das Reverse-Charge-Modell, auf das sich Ihr Antrag bezieht, sieht den Übergang der Umsatzsteuerpflicht vom Lieferanten auf den Abnehmer bis hin zur letzten Unternehmensebene vor dem Endverbraucher vor. Dazu gibt es bereits dieses Planspiel vom Bund, Rheinland-Pfalz und Bayern angeleitet und durchgeführt. Mit den Ergebnissen ist bis Mitte nächsten Jahres zu rechnen.

Aber schon jetzt sind einige Schwächen des Systems offenkundig:

Erstens. Der Anreiz zur Steuerhinterziehung auf der letzten Stufe gegenüber dem Endkunden ist besonders hoch.

Zweitens. Vertreter des Handwerks lehnen dieses System ab, denn der Lieferant muss immer erst herausfinden, ob der Letzte, dem er es verkauft – oder eigentlich jeder, dem er es verkauft –, der Endverbraucher ist oder ob er einen Unternehmer vor sich hat. Er muss das also doppelt durchchecken.

Drittens. Der Endverbraucher hat einen hohen Anreiz, sich als Unternehmer darzustellen und dadurch Steuern zu sparen.

Viertens. Ein Systemwechsel bei der Umsatzsteuer setzt voraus, so jedenfalls wurde mir von Experten gemeldet, dass die 6. EU-Richtlinie zur Mehrwertsteuer geändert wird, wozu wiederum Einstimmigkeit notwendig ist. Angeichts der Tatsache, dass auch die EU-Kommission sagt, sie sei sehr skeptisch gegenüber Systemänderungen, und alle Länder – nicht nur Deutschland – auffordert, sie sollten eine stärkere Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs im jeweiligen bestehenden System durchführen, ist auch die Umsetzung sehr fraglich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schon die paar Kritikpunkte zeigen, dass es naiv ist zu glauben, man könnte allein oder auch nur vorrangig mit dem Systemwechsel bei der Umsatzsteuer den Umsatzsteuerbetrug wirksam bekämpfen. Damit sind wir aber unmittelbar bei der Frage, was dieser Dringlichkeitsantrag hier und heute überhaupt soll. Warum wollen Sie hier und heute für die Teilnahme an einem Planspiel vom Landtag gelobt werden?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Beantwortung dieser Frage kommen wir näher – und Herr Schieder hat dankenswerterweise darauf schon hingewiesen –, wenn wir uns die Debatte um den Einzelplan

des Finanzministers bei den Beratungen zum Doppelhaushalt noch mal kurz zu Gemüte führen. Jeder weiß, dass ohne eine konsequente Umsetzung der vorhandenen gesetzlichen Regelungen keine Fortschritte bei der Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs erzielt werden können. Für diese Umsetzung sind in erster Linie die Länder gefordert, ihre Anstrengungen deutlich zu erhöhen. Das ist die Hauptaufgabe, Herr Meyer, von Ihnen und Ihrem Chef, der Sie bisher aber nicht ausreichend nachkommen.

Das entlarvt aber den heutigen Antrag der CSU-Fraktion als Selbstlob, als ein Gauklerstück – nennen wir es einmal so. Sie wollen gegenüber der Öffentlichkeit eigenes Handeln bei einem ganz eklatant vorhandenen Problem vorgaukeln, Sie täten etwas zur Bekämpfung des Steuerbetrugs, wo Sie in Wirklichkeit gar nichts vorzuweisen haben. Das allein ist der Sinn Ihres Antrags.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ein wichtiger Experte, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu diesem Thema meinte unlängst, um kriminelle und maföse Strukturen zu bekämpfen, müsse vor allem für eine entsprechende Personalausstattung gesorgt werden. Lieber Herr Meyer, wer so etwas Wichtiges und Richtiges sagt, den sollten Sie eigentlich befördern. In diesem Fall geht das nicht, denn der Experte, der das sagte, ist Ihr eigener Amtsleiter im Finanzministerium. Der Amtschef des bayerischen Finanzministeriums betont, dass eine gute Personalausstattung notwendig wäre und das A und O beim Steuervollzug ist. Es ist wahr: Bayern braucht diese ausreichend ausgestattete und motivierte Finanzverwaltung zur Durchsetzung des Steuerrechts im Allgemeinen ebenso wie zur Bekämpfung des Umsatzsteuerrechts im Besonderen. Die Wirklichkeit in der bayerischen Finanzverwaltung sieht anders, nämlich trostlos aus.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Der nach bundesweit einheitlichen Kriterien ermittelte Fehlbestand in der bayerischen Finanzverwaltung betrug im Januar 2000 bereits 1200 Beschäftigte. Seither ist weiter gekürzt worden bei gleichzeitig gestiegenen Anforderungen. Deshalb können mit der bisherigen personellen Ausstattung drei zentrale Aufgaben der bayerischen Finanzverwaltung nicht im erforderlichen Maß erfüllt werden.

Erstens. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden demotiviert, ihnen werden Aufstiegsmöglichkeiten vorenthalten. – Sie kennen die Situation.

Zweitens. Eine ordnungsgemäße Besteuerung ist kaum möglich, weil wegen der eklatanten Unterbesetzung viele notwendige Überprüfungen nicht mehr nach Maßgabe der Gesetze erfolgen können. Sie finden stattdessen im Rahmen der so genannten gewichteten Arbeitsweise statt. Eine gleichmäßige Festsetzung und Erhebung der Steuern ist somit nicht mehr gewährleistet. Die Steuergerichtigkeit bleibt auf der Strecke.

Drittens – und das ist unsere zentrale Kritik. Bayern muss den Personalabbau in der Finanzverwaltung teuer bezahlen. Die Umsatzsteuersonderprüfung findet nur in Ausnahmefällen statt. Weniger als 1 % der Unternehmen werden geprüft, weil das Personal an allen Ecken und Enden fehlt. Im Übrigen erhöht sich aus dem gleichen Grund auch bei Betriebsprüfungen der Prüfungsturnus ständig. Es ist also nicht so, als sei die Situation bei der Umsatzsteuerkontrolle das Einzige, wo es in Bayern hakt. Dabei erzielen Umsatzsteuersonderprüfer, Betriebsprüfer und Auslandsprüfer pro Jahr und Prüfer ein Mehrergebnis von mehreren Millionen Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist vor allem die viel zu dünne Personaldecke im bayerischen Finanzministerium, es sind Mängel bei der Personalausstattung, bei spezifischen Qualifikationen, bei der organisatorischen Ausgestaltung und zum Teil auch bei der technischen Ausrüstung, die eine ordnungsgemäße Durchsetzung und Durchführung des Steuerrechts in Bayern zum Schaden des bayerischen und des deutschen Staatshaushalts verhindern. Für dieses Chaos trägt der bayerische Finanzminister die politische Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und des Abgeordneten Werner Schieder (SPD))

In der Behebung dieser eklatanten bayerischen Missstände – wie gesagt, es geht nicht um Peanuts, sondern um dreistellige Millionenbeträge, vielleicht sogar einstellige Milliardenbeträge – liegen die zentralen Lösungen dafür, dass es in Bayern auf der Einnahmenseite wieder eine vernünftige Struktur gibt. Sie liegen nicht in einem Planpiel zum Reverse-Charge-Modell, das ohnehin stattfindet. Das Problem ist dringlich, Ihr belangloser Antrag ist es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund werden wir uns – und da ist durchaus noch vorweihnachtliche Güte dabei – beim Antrag der CSU der Stimme enthalten, dem SPD-Antrag, der sich deutlich ernsthafter mit den hausgemachten Finanzproblemen in Bayern beschäftigt, werden wir zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat Herr Staatssekretär Meyer.

Staatssekretär Franz Meyer (Finanzministerium): Sehr verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich die Kritik der Kollegen Schieder und Hallitzky an der Person des Herrn Finanzministers in aller Entschiedenheit zurückweisen. Eingangs darf ich feststellen: Fast alle Maßnahmen, die in den letzten Jahren ergriffen wurden, gehen auf die Arbeitsgruppe in Bayern zurück. Bayern hat in vielen Bereichen die Vorreiterrolle übernommen. Ich erinnere daran, dass das Risikomanagementsystem zusammen mit Nordrhein-Westfalen entwickelt wird.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe)

Für die Software der Steuerverwaltung hat Bayern die Führungsrolle auch beim neuen Konzept übernommen. Auch dies sollte einmal deutlich angesprochen werden.

Kollege Schieder hat vor allem die Personalausstattung angesprochen. Der Herr Finanzminister und auch ich haben im Haushaltsausschuss dazu klar Stellung bezogen aber der Kollege Schieder will es heute noch einmal im Plenum hören. So wurde die Betriebsprüfung seit dem 01.01.1996 um 150 Kräfte, die Steuerfahndung um 140 Kräfte aufgestockt. Die betriebsnahe Veranlagung und die Umsatzsteuersonderprüfung wurden seit dem 01.01.1997 um 100 bzw. 80 Kräfte verstärkt.

Präsident Alois Glück: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Wörner?

Staatssekretär Franz Meyer (Finanzministerium): Herr Präsident, ich möchte meine Gedanken im Zusammenhang darstellen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das wird aber schwierig werden!)

Um qualifiziertes Personal gewinnen zu können, wurden herausgehobene Dienstposten in die A 12-Bewertung einbezogen. Mit dieser Maßnahme konnten wir die Ermittlungstätigkeit der Steuerverwaltung insbesondere auch vor Ort erheblich stärken. Hier kann man sicher nicht von einer Schaumschlägerei reden, Herr Kollege Schieder!

In den nächsten Jahren wird ein weiterer Ausbau der Prüfungsdienste angestrebt. Das wird durch die zusätzlich ausgebildeten Kräfte, die ab 2004 ihre Ausbildung abschließen, ermöglicht. Zusätzlich wurden aufgrund der Terroranschläge in den USA im Jahr 2002 bei den Sicherheitsbehörden neue Stellen geschaffen. 50 neue Stellen entfielen hierbei auch auf die Steuerverwaltung. Damit wurden zwei Sonderprüfgruppen „Geldwäsche“ eingerichtet. Diese Sonderprüfgruppen werden täglich bei der Verfolgung von Steuerstraftaten eingesetzt, etwa wenn sich Zusammenhänge mit Geldwaschdelikten, illegalen Finanzströmen, terroristischen Aktivitäten oder organisierter Kriminalität abzeichnen. Sie arbeiten also auch eng mit der Staatsanwaltschaft und dem Landeskriminalamt zusammen. Im Rahmen der so genannten Vorfeldermittlungen zur Aufdeckung unbekannter Steuerfälle gehen die Sonderprüfgruppen Hinweisen aus dem Bereich der Finanzämter selbst oder von der Polizei nach.

Präsident Alois Glück: Herr Staatssekretär, mir liegt erneut eine Anfrage vor, ob Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Schieder zulassen –.

Staatssekretär Franz Meyer (Finanzministerium): Herr Kollege Schieder, bitte.

Werner Schieder (SPD): Herr Staatssekretär, würden Sie vielleicht hier nicht nur die halbe Wahrheit, sondern die ganze Wahrheit erzählen? Sie rechnen uns hier vor, wo an einzelnen Stellen aufgestockt wurde – übrigens jenseits der Frage ob diese Stellen auch tatsächlich besetzt sind, von Leuten also, nicht nur auf dem Papier. Wenn Sie das hier schon vorrechnen, dann sollten Sie uns auch auf der

anderen Seite aufzeigen, wo Sie Stellen abgebaut haben. Denn per Saldo sind die Stellen drastisch weniger geworden.

Staatssekretär Franz Meyer (Finanzministerium): Herr Kollege, ich habe dargestellt, wo wir im Personalbereich verstärkt haben. Ich bitte Sie auch die Protokolle der Beratungen hier im Plenum, insbesondere aber der Beratungen zum Einzelplan 06 nachzulesen. Dort haben wir dies schon deutlich dargestellt –. Herr Kollege Sackmann hat die Ausfälle auch mit Zahlen beziffert, was ich nicht wiederholen möchte. Der Vorsteuerabzug ist ein systembedingtes Risiko. Ich darf hier kurz ansprechen: 5 Milliarden Euro Ausfälle sollen im Jahr 2003 in Deutschland allein durch „Karussellgeschäfte“ verursacht worden sein. Von einem Karussellgeschäft wird gesprochen, wenn Waren im Kreis gehandelt werden und dazwischen immer wieder die Umsatzsteuer nicht an das Finanzamt abgeführt wird. Ich glaube, auch dieser Bereich sollte verstärkt angegangen werden. Deshalb gibt es dazu auch schon Überlegungen aus unserem Hause. Mit verschiedenen gesetzlichen Maßnahmen, die zum großen Teil von der bayerischen Finanzverwaltung initiiert wurden, ist der Gesetzgeber bisher gegen den Umsatzsteuerbetrug vorgegangen. Die gesetzgeberischen Maßnahmen im bestehenden Umsatzsteuersystem sind damit inzwischen nahezu ausgeschöpft und allenfalls in Randbereichen noch ergänzungsfähig. Dies zeigen auch Erfahrungen der anderen EU-Mitgliedstaaten.

Eine echte Wende beim Umsatzsteuerbetrug kann wohl nur durch einen Systemwechsel erreicht werden. Kollege Sackmann hat die Modelle heute bereits angesprochen. Gerade beim Reverse-Charge-Modell finden im zwischenunternehmerischen Bereich grundsätzlich keine umsatzsteuerbedingten Zahlungsbewegungen statt. Die Steuerschuld wird auf den Leistungsempfänger verlagert und dieser braucht wegen seiner Berechtigung zum Vorsteuerabzug im Regelfall keine Umsatzsteuer mehr an das Finanzamt abzuführen. In diesen Fällen wird auch in der Rechnung keine Umsatzsteuer offen ausgewiesen, was zur Folge hat, dass eine missbräuchliche Geltendmachung von Vorsteuer nicht möglich ist und der Fiskus zum Beispiel in Insolvenzfällen dem Leistungsempfänger keine Vorsteuerbeträge erstatten muss, die er beim zahlungsunfähigen Leistenden nicht mehr betreiben kann. Die derzeitigen realitätsnahen Planspiele zeigen es.

Der bayerische Finanzminister hat zusammen mit seinem Kollegen aus Rheinland-Pfalz kürzlich die beauftragte Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungskanzlei hier in München besucht. Beide waren davon überzeugt, dass man hier auf einem guten Wege ist. Von der bayerischen Finanzverwaltung werden drei Mitarbeiter abgestellt, die ihre langjährige Praxiserfahrung in diese Arbeitsgruppe mit einbringen können. Wir werden etwa in einem halben Jahr das Ergebnis dieses Planspiels vorliegen haben. Dann wird es entsprechend bewertet werden. Da ein generelles neues Verfahren ohne eine Änderung des EU-Rechts nicht möglich ist, müssen vor einem Systemwechsel auch die EU-Kommission und die anderen Mitgliedstaaten hiervon überzeugt werden. Ich möchte deutlich machen, dass gerade die Länder, allen voran auch Bayern und unser Finanzminister,

(Werner Schieder (SPD): Jetzt übertreibe halt nicht gar so!)

die treibende Kraft in diesem Verfahren sind.

Gerade von Bayern wird zusammen mit den anderen Ländern dieses Thema engagiert angegangen. Insbesondere wegen der Probleme bei der Durchsetzung des Modells auf EU-Ebene hat das Bundesfinanzministerium die Idee der generellen Ist-Versteuerung mit Cross Check vorgestellt. Wegen des sehr hohen Überwachungsaufwandes dieses Verfahrens – umfassender Abgleich aller Umsatzsteuerdaten bei leistenden und leistungsempfangenden Unternehmen – stehen die Länder dem Modell des Bundesfinanzministeriums skeptisch gegenüber. Dieses Modell wird derzeit in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe auch unter Beisein von Rheinland-Pfalz und Bayern, unter Beteiligung des Bundesamtes für Finanzen und des Bundesrechnungshofes unter Einbeziehung der wichtigsten Wirtschaftsverbände diskutiert und weiterentwickelt. Anschließend soll eine Machbarkeitsstudie die Handhabbarkeit einer derartigen Regelung in der Praxis untersuchen. Die Studie soll etwa Mitte 2005 beginnen und ein Jahr andauern.

Parallel zu diesen Überlegungen über einen Systemwechsel werden weitere Möglichkeiten gesucht und geprüft. Wir werden dafür sorgen, dass Bayern die weitere Entwicklung der Reformüberlegungen aktiv begleitet und weiterhin einen wesentlichen Beitrag gerade zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs leistet. Bayern wird seiner Vorreiterrolle in Deutschland gerecht werden.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Damit ist die Aussprache zu diesem Antrag geschlossen.

Ich gebe zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag des BÜNDNIS-SES 90 / DIE GRÜNEN, Drucksache 15/2412, bekannt: Mit Ja stimmten 44 Abgeordnete, mit Nein 79, 1 Enthaltung.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das war der Schneller! – Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Dringlichkeitsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Ich komme zur Abstimmung über die beiden gerade beratenen Anträge. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/2375 – das ist der Antrag der Fraktion der CSU – die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/2407 – das ist der Antrag der Fraktion der SPD – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. – Ich mache darauf aufmerksam, dass nur abstimmen kann, wer im Bereich der Abgeordneten sitzt. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmabstimmungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Christa Steiger, Wolfgang Hoderlein und anderer und Fraktion (SPD)
Zu hohe Schadstoff-Einträge in Oberfranken (Drucksache 15/2376)

Ich eröffne die Aussprache, weise vorher aber darauf hin, dass folgende Redezeiten bleiben: Für die CSU 16 Minuten, für die SPD 7 und für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 9 Minuten. Wortmeldungen? – Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zu hohe Schadstoff-Einträge in Oberfranken, das ist das Thema des Dringlichkeitsantrags der SPD. Wir bitten Sie, diesem Antrag zuzustimmen, weil es dringend erforderlich ist, alles daran zu setzen, die Schadstoff-Einträge im Freistaat Bayern und insbesondere in Oberfranken abzusenken.

Die Gewässer des Frankenwaldes und des Fichtelgebirges erreichen einen Zustand mit einem Säuregrad, der essigähnlich ist. Das muss alle alarmieren, und wir müssen so schnell wie möglich tätig werden. Im Übrigen verweist sogar das Bayerische Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten darauf, dass die Stickstoffeinträge im Frankenwald und darüber hinaus so erheblich sind, dass das Waldökosystem bereits gestört ist und die Folgen für das Trinkwasser unabsehbar sind, wenn wir nicht rasch handeln.

Wir meinen, dass es kontraproduktiv ist, Mittel für den öffentlichen Nahverkehr zu streichen. Wir müssen den Wirtschaftsminister auffordern, bei zukünftigen Vergaben der Bahn dafür Sorge zu tragen, dass schwefelfreier Dieselschafftstoff eingesetzt wird. Alle anderen machen das, nur die Bahn muss es offensichtlich nicht. Zweitens muss dafür gesorgt werden, dass in die Lokomotiven Russfilter eingebaut werden, damit die Schad- und Schwebstoffe weniger werden.

Wir fordern auch deshalb die Staatsregierung auf, die Umwandlung der staatlichen Forstverwaltung in eine gewinnorientierte Anstalt des öffentlichen Rechts auszusetzen, bis eine Korrektur dieser Belastungen gegeben ist, und dafür zu sorgen, dass in den oberfränkischen Waldgebieten auch in Zukunft schonend mit dem Wald umgegangen wird und Kahlschlag vermieden wird.

Des Weiteren fordern wir einen Maßnahmenkatalog zu erstellen, der klar und deutlich aufzeigt, welche Handlungsmöglichkeiten der Freistaat Bayern hat und welche

konkreten Maßnahmen er zu welchem Zeitpunkt umsetzt, um die genannten Belastungen von Wald, Wasser und Boden zu reduzieren.

Präsident Alois Glück: Herr Kollege Wörner, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Gote?

Ludwig Wörner (SPD): Ja.

Ulrike Gote (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Wörner, ich begrüße Ihren Antrag und Ihre Ausführungen, möchte Sie aber fragen, wieso die SPD für den Ausbau des Flughafens Hof-Plauen und den Neubau der Fichtelgebirgsautobahn in dieser Region ist.

(Christian Meißner (CSU): Das ist eine sehr gute Frage!)

Ludwig Wörner (SPD): Liebe Kollegin Gote, ich darf Sie darauf hinweisen, dass es angesichts der Entwicklung der Technologien nicht unbedingt ein Widerspruch ist, beides zu tun; nämlich die Schadstoffeinträge zu senken und trotzdem der Region das zu geben, gegen das Sie ständig wettern.

(Zurufe und Lachen bei den GRÜNEN)

Frau Kollegin, auch Sie wurden in den Landtag gewählt, um für gleiche Lebensverhältnisse in den Regionen zu sorgen und nicht, um den Gleichklang zu stören.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ich möchte, dass die Leute dort gesund leben! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Meißner.

Christian Meißner (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die fehlende Leidenschaft, mit der Kollege Wörner den Antrag der oberfränkischen SPD-Abgeordneten vorgetragen hat, spricht Bände. Noch mehr Bände spricht, dass von den oberfränkischen Kolleginnen und Kollegen nur Abgeordneter Hoderlein im Raum ist und die anderen wahrscheinlich schon auf dem Weg zum Tannenbaum sind.

(Karin Radermacher (SPD): Wie viele sind denn von euch da?)

– Wir haben den Antrag nicht gestellt, auf den ich jetzt eingehen werde.

Der Antrag ist ein Sammelsurium an Themen, mit dem die oberfränkischen SPD-Abgeordneten jeden Anspruch auf Sachlichkeit aufgeben. Sie müssen anscheinend wie ein Krämer mit dem Bauchladen durch den Frankenwald und das Fichtelgebirge tingeln, schließlich nähern wir uns Weihnachten. Mein persönlicher Eindruck ist, dass wieder einmal ein Antrag geschrieben werden musste und jeder etwas dazu beitragen musste. Mich wundert es, dass die

SPD-Fraktion als ganzes diesen Unsinn zulässt. Das spricht Bände.

Der Antrag behandelt ohne Zweifel ein sehr ernsthaftes Problem, nämlich die Stickstoffeinträge und die Schadstoffeinträge in Oberfranken. Worin der innere Zusammenhang mit den Kürzungen im öffentlichen Personennahverkehr, der Aussetzung der Forstreform und dem Maßnahmenkatalog besteht, weiß ich nicht. In „Antenne Bayern“ gab es eine Comedy-Serie „Metzgerei Boggensagg“. Dort hieß es: „Darf ‚s ein bisschen mehr sei?“ Das wäre auf gut fränkisch die Art, wie man den Antrag gestaltet hat.

Auf den Inhalt des Antrags möchte ich gar nicht eingehen. Er stellt ein Armutszeugnis dar. Trotzdem muss man über die Sache sprechen. Der Satz, Bäche im Frankenwald und im Fichtelgebirge haben einen Säuregrad wie Essig, klingt zunächst gut. Allerdings kam diese Aussage wie der gesamte Antrag aufgrund eines einzigen Artikels im „Ring Nordbayerischer Tageszeitungen“ – RNT – zustande. Anscheinend denken Sie, wir würden keine Zeitung lesen. Am 09.12.2004 erschien der Artikel. Sie haben sich als Oberfranken-SPD nicht weiter Gedanken gemacht und gemeint, der Artikel reiche als Grundlage aus.

Ihr Pech ist, dass die CSU-Abgeordneten auch Zeitung lesen. Sie verfügen nicht einmal über soviel Anstand, den Journalisten zu erwähnen. Dieser ist sicherlich „stinksauer“. Sie lassen aber, das wird den Journalisten noch mehr ärgern, im Antrag alles weg, was nicht genau in Ihr Konzept passt. Der „RNT“ räumt zum Beispiel richtig ein, dass es in den letzten Jahren enorme technische Anstrengungen bei der Rauchgasentschwefelung gegeben hat und stellt als Folge dieser Anstrengungen fest, dass etliche Waldgebiete in Oberfranken und auch die Gewässer positiv reagieren. Die Belastung wird vermindert.

Würde man bei der Antragstellung nicht nur das abschreiben, was in den Kram passt, müsste man aus dem „RNT“-Artikel festhalten, dass die Hauptverursacher der Schwefeleinträge und vieler anderer Belastungen nach wie vor die Kohlekraftwerke in der tschechischen Republik sind. Das hätte aber nicht gepasst, wenn man einen Dringlichkeitsantrag stellt, um wieder einmal auf das Tapet zu kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, zur Ehrlichkeit gehört auch, darauf hinzuweisen, dass insbesondere im Frankenwald und im Fichtelgebirge – ich sage das auch für die Kollegen – die Böden von Natur aus basenarm sind, das heißt, sie haben ein geringes Puffervermögen. Insofern ist eine rasch voranschreitende Versauerung des Bodens, insbesondere aber auch der Gewässer ein naturgemäßes Problem. Insgesamt ist es keine Frage, dass dieses Problem, das im Antrag angesprochen wird, in Oberfranken nicht zuletzt auch aufgrund dieser Tatsache und aufgrund der Belastungen aus Tschechien aus den vergangenen Jahren mit Sicherheit am größten ist. Die Reduzierungsanstrengungen, die unternommen werden, können sich durchaus sehen lassen. Wir unternehmen diese Anstrengungen aus eigener Verantwortung, aber auch aufgrund internationaler Programme, auf die ich später noch kurz eingehen werde. Die Hauptursache

der Übersäuerung der Böden und Gewässer in Oberfranken liegt leider Gottes in der Vergangenheit.

Wieso Sie dann in Ihrem Antrag die Kürzung der ÖPNV-Mittel ansprechen, weiß ich nicht. Zweifellos sind diese Kürzungen bedauerlich. Sie wissen aber alle, dass wir sparen müssen. Bei einem Antrag, der ausgerechnet von oberfränkischen SPD-Kollegen gestellt wird, hätte ich im Zusammenhang mit dem Verkehr auch ein Bekenntnis zur Region erwartet. Es kann sein, dass die Reduktion des Individualverkehrs helfen würde. Trotzdem wissen wir aber, dass bei uns in weiten Teilen Oberfrankens die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur immer noch ein Hauptanliegen ist, weil die Wirtschaft Probleme hat, weil wir Angst haben, als Region abhängig zu werden, weil die Menschen abwandern. Deswegen kämpfen wir als CSU – ich dachte eigentlich, dass das die SPD vom Grundsatz her ähnlich sieht – für mehr Straßen und eine bessere Infrastruktur. Als Ergebnis dieses Antrages halte ich aber fest, dass Sie das scheinbar anders sehen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Schön wär's!)

Das Schönste ist dann die Auseinandersetzung der vergangenen Monate, beispielsweise der Kampf um das Straßenbauamt Kronach. Gerade die SPD hat darauf hingewiesen, dass der Schwerpunkt der Aufgaben beim Straßenbau im Norden Oberfrankens liegt. Jetzt sagen Sie aber, dass wir wegen der Übersäuerung den Individualverkehr noch weiter zurückfahren müssen.

Ich gehe nur noch am Rande darauf ein, dass Sie wiederum ohne jeden inneren Zusammenhang auf einmal damit daherkommen, dass wir die Umwandlung des Staatsforstes in eine Anstalt des öffentlichen Rechts aussetzen sollen. Natürlich ist es sachlich und inhaltlich richtig, dass Kahlschläge der Übersäuerung Vorschub leisten. Ich meine aber, wir haben an dieser Stelle und in diesem Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen, oft genug dargestellt, dass auch nach der Reform der Staatsforstverwaltung dafür gesorgt sein wird, dass es keine Kahlschläge gibt, sondern dass im Gegenteil Mischwald aufgebaut wird und dass man diesbezüglich keine Sorgen haben muss. Wahrscheinlich haben sich aber die Freunde und Kollegen der SPD aus Oberfranken gedacht: Wenn wir uns schon mit einem solchen Schaufensterantrag blamieren, dann aber gründlich.

Lassen Sie mich deswegen das Ganze verkürzen und nur der Vollständigkeit halber und für das Protokoll deutlich machen, dass nach dem Protokoll von Göteborg im Rahmen der UN/ECE-Konvention von 1999 die grenzüberschreitenden Luftverunreinigungen bekämpft werden, ebenso gut wie nach der NEC-Richtlinie zur Begrenzung der nationalen Emissionen von Schwefeldioxyd, Stichoxyden, flüchtigen Kohlenwasserstoffen und Ammoniak bis 2010. Dabei räume ich Ihnen aus umweltfachlicher Sicht ein, dass es – damit wäre ich wieder bei der Metzgerei Boggensagg – beim Bodenschutz gern ein bisschen mehr sein dürfte. Wenn ich darüber aber diskutiere, diskutiere ich das gerne mit den Fachpolitikern, beispielsweise mit meiner Freundin, Frau Paulig; mit den oberfränkischen SPD-Abgeordneten hat dies meines Erachtens aber keinen Sinn.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Paulig (GRÜNE))

– Ich habe Sie gelobt; das ist das Schlimme. Frau Kollegin, Sie müssen mir noch besser zuhören, wenn ich schon in vorweihnachtlicher Art und Weise so liebevoll mit Ihnen umgehe. Ich sage am Schluss noch eines.

(Margarete Bause (GRÜNE): Diese Beleidigung weist sie zurück!)

– Nein, ich möchte von ihr selber hören, ob sie das als Beleidigung empfindet, Frau Kollegin Bause.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) – Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Kollegin Paulig empfindet dies nicht als Beleidigung; so gut kennen wir uns.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das gilt über Parteidgrenzen hinweg. Was sagen Sie jetzt?

Lassen Sie mich aber noch einen Gedanken anfügen.

Präsident Alois Glück: Ich bitte um etwas mehr Ruhe, ganz abgesehen davon, dass Vertreter anderer Landestieile der Heiterkeit der oberfränkischen Abgeordneten nicht so ganz folgen können. Jedenfalls sollte es jetzt wieder für alle verständlich sein.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE) und Ulrike Gote (GRÜNE): Sauer macht lustig!)

Christian Meißner (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Wenn sauer lustig macht, müssten wir noch lustiger sein, als wir es ohnehin sind.

Ich will es abkürzen und meinen letzten Gedanken vortragen. Wir führen die größte Behördenverlagerung in Bayern durch und richten für das Geologische Landesamt dankenswerterweise eine Außenstelle in Hof ein, das einen ganz besonderen Schwerpunkt bearbeiten wird. Ich habe Verständnis dafür, dass sich die SPD-Fraktion insgesamt damit schwer tut. Ich wäre aber zumindest für ein Signal der oberfränkischen SPD-Kollegen dankbar gewesen, die sonst bei tausend Forderungen kein Problem mit dem Geld haben, sich bei dieser Frage jedoch hinter der Kosten-/Nutzen-Analyse verstecken. Dieser Antrag wäre die Gelegenheit gewesen, um ein klares Signal zu setzen und zu sagen: Dass jetzt das Geologische Landesamt diese Problematik quasi vor Ort bearbeiten und sich noch besser einsetzen kann, ist allein schon die Behördenverlagerung wert. Diesbezüglich fehlt uns ein klares Wort von Ihnen.

Erlauben Sie mir, trotz des vorweihnachtlichen Friedens zu sagen: Aufgrund dieses Antrages werden wir alles tun, um den Menschen in Oberfranken zu erklären, dass Sie sie offensichtlich für dumm verkaufen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Paulig.

(Christian Meißner (CSU): Legen Sie einmal ein Bekenntnis zur Freundschaft ab!)

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin wirklich völlig erschüttert: Erst will mich mein Lieblingskollege, Herr Meißner, aus dem Umweltausschuss hinausschmeißen – Sie erinnern sich –, und jetzt bin ich in seiner Gunst gestiegen. Herr Meißner, was ich schätze, was ich aber bei Ihnen oft vermisste, sind fachliche Debatten, in denen man Argumente austauscht. Heute haben Sie das ansatzweise tatsächlich gemacht.

(Christian Meißner (CSU): Danke!)

– Wunderbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich werde Ihnen in ein paar Punkten sogar Recht geben müssen.

Das Problem des sauren Wassers in Oberfranken ist tatsächlich nicht so neu. Sauer macht zwar lustig, wie wir sehen, aber es geht um ein Problem, das man bereits Anfang der Neunzigerjahre deutlich festgestellt hat und das tatsächlich auf die hohen Schwefeleinträge zurückzuführen war. Ich kann nicht anders, als meinem Vorredner Recht zu geben. Die Schwefeleinträge aus der Luft in die Böden haben sich in den letzten Jahren deutlich verringert. Nach dem Waldzustandsbericht haben wir jetzt beispielsweise circa zehn Kilogramm Schwefel pro Hektar Eintrag aus der Luft; im Jahre 1998 hatten wir circa 19 Kilogramm Schwefel pro Hektar. In der Tat ist eine Reduktion eingetreten, vor allem deshalb, weil in Tschechien in den Kraftwerken Entschwefelungsanlagen eingebaut wurden und schwefelärmer Kohle eingesetzt wurde. Ebenso wurde inzwischen das Steinkohlekraftwerk Arzberg in Oberfranken geschlossen. So kam es zu einer deutlichen Reduzierung der Schwefeleinträge.

Die in Oberfranken vorhandene geologische Situation hat zusammen mit den hohen Schwefeleinträgen tatsächlich zu einer deutlichen Versauerung der Böden geführt, die auf das Wasser durchschlägt. Diese Probleme werden wir noch in den nächsten Jahrzehnten haben. Es ist leider so, Herr Kollege Wörner, dass das dortige Gebirge, das kristalline Grundgebirge im Fichtelgebirge, im Frankenwald, im Oberpfälzerwald und im Bayerischen Wald den Schwefel nicht abpuffert. Im Kalkgebirge in den Alpen, auch im Muschelkalk, wird die Schwefelsäure aufgefangen und in Calciumsulfat umgewandelt; dort kommt es nicht zum Durchschlagen der Schwefelsäure. In Oberfranken schlägt die Schwefelsäure aber leider durch, und darum haben wir dort ein verschärftes Problem der Versauerung der Böden.

Wir haben aber durchaus ein weiteres Problem, bei dem noch Handlungsbedarf besteht: Das sind die Stickstoffeinträge. Mit den Stickstoffeinträgen aus der Luft kommt es zur Salpetersäurebildung. Auch diese schlägt durch. Beachtet man die Stickstoffeinträge, muss man feststellen,

dass diese in Oberfranken sehr hoch sind, wenngleich manche andere Gebiete in Bayern auch hohe, teilweise sogar höhere Stickstoffeinträge haben. Wir haben zwei Hauptmittenten: Das ist die Massentierhaltung, und das ist der Verkehr. Massentierhaltung in einem großen Ausmaß haben wir in Oberfranken nicht, aber wir haben einen erheblichen Straßenverkehr. In diesem Zusammenhang versteht man wirklich nicht, dass sich die SPD, wie auch in der Zwischenfrage meiner Kollegin Ulrike Gote angeklungen ist, für den Ausbau und die Sicherung des Flughafens in Hof einsetzt und sich für die Fichtelgebirgsautobahn stark macht;

denn genau das führt dazu, dass wir verstärkten Autoverkehr bekommen werden, der wiederum zu höheren Stickstoffeinträgen führt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich gebe zu, dass die Stickstoffeinträge schwanken. Ich nenne sie aber trotzdem einmal: Wir hatten 1999 24 Kilogramm pro Hektar. Wir hatten in den Jahren 2000 und 2002 einen Rückgang auf 15 Kilogramm pro Hektar. Im Jahr 2003 lagen wir schon wieder bei über 20 Kilogramm pro Hektar. Handlungsbedarf ist also vorhanden. Wir dürfen deswegen nicht leichtfertig sagen: Gut, bauen wir ein paar Straßen mehr, weil das der Struktur hilft. Das wäre Unsinn. Wir müssen den Straßenverkehr und den Luftverkehr vielmehr sinnvoll zurückfahren.

Das ist zwar keine Vorlesungsstunde, aber ich bringe Ihnen noch einmal ein paar Zahlen, weil es so schön ist: Wenn wir uns die Dichte der Bundesstraßen anschauen, stellen wir fest, dass in Oberfranken-Ost ein bayernweiter Spitzenwert bei den im 15. Raumordnungsbericht - 1999 - 2002 - untersuchten Straßennetzstrukturen besteht. In Oberfranken-Ost wurde der absolute Spitzenwert mit 125 Metern - Bundesstraßen - pro Quadratkilometer festgestellt. In Oberfranken-West liegen wir mit 111 Metern pro Quadratkilometer ebenfalls noch über dem Durchschnittswert Bayerns. Wir haben dort absolute Spitzenwerte, die sonst nirgendwo festgestellt wurden.

Bei den Autobahnen wird Oberfranken-Ost nur noch von der Industrieregion in Mittelfranken übertroffen. Sie sehen, so hat Oberfranken bereits das dichteste Straßennetz. Und dann kommen Sie von CSU und SPD hierher und sagen, wir brauchen noch die Fichtelgebirgsautobahn sowie diese und jene Straßen. Das schadet der Umwelt und der Natur.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bezweifle vehement, dass Straßenbau eine vernünftige Strukturmaßnahme ist; denn das Straßennetz wirkt wie ein Trichter. Die Lkws rauschen durch in den Süden. In Oberfranken lässt man sich nicht aufhalten. Auch die Verlagerung des Geologischen Landesamts nach Hof ist absoluter Unsinn.

(Christian Meißen (CSU): Die SPD hat doch dazu keine Meinung!)

– Doch, wir haben eine Meinung dazu. Die Umweltbeauftragten der betroffenen Ämter haben klar gesagt, dass sich die Dienst-Fahrleistungen verdoppeln werden. Das führt automatisch zu einer Verdoppelung der Stickstoffemissionen. Das wird dieser Region ganz deutlich schaden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte jetzt noch weiter aus den Berichten der staatlichen Behörden zitieren. Im Waldzustandsbericht 2004 wird klipp und klar festgestellt, dass für diese Region die versauernd wirkenden Ammonium-, Nitrat- und Sulfateinträge zwischen 60 und 80 % zu reduzieren sind. Das ist in der Tat eine gewaltige Aufgabe, die in Oberfranken und bayernweit zu leisten ist.

Wir stimmen diesem Antrag zu, weil er eine positive Zielsetzung hat. In Oberfranken ist in der Tat etwas zu tun. Wir verstehen allerdings die Widersprüchlichkeiten, die sich bei den struktur- und wirtschaftspolitischen Vorschlägen der SPD für den Raum Oberfranken zeigen, nicht. Wenn Sie es wirklich ernst meinen, müssen Sie andere Vorschläge einbringen. Diese Vorschläge müssen eine wirkliche Strukturverbesserung bringen und dürfen nicht zu Lasten oder auf Kosten der Natur und der Umwelt gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schön wäre es, wenn sich diesbezüglich ein gewisser Erkenntnisgewinn einstellen würde. In diesem Zusammenhang finde ich es toll, dass Sie in Ihrem Antrag sagen, die Staatsforstverwaltung in Oberfranken sollte nicht gewinnorientiert umorganisiert werden. Das fordern wir für ganz Bayern. Ich finde es nett, wenn Sie fordern, einen Maßnahmenkatalog für ganz Bayern aufzustellen, in dem klar und deutlich aufgezeigt wird, welche Handlungsmöglichkeiten der Freistaat Bayern hat. Ich glaube, wir dürfen auch selbst denken. Deshalb benennen wir die Handlungsmöglichkeiten: Wir brauchen eine vernünftige Strukturpolitik, keinen weiteren Ausbau des dichten Straßennetzes und die Berücksichtigung der Umweltbelange, damit sich die Böden, das Wasser und die Luft, soweit dies aufgrund der geologischen Formation möglich ist, regenerieren können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat Frau Staatssekretärin Müller.

Staatssekretärin Emilia Müller (Umweltministerium): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich abschließend ganz kurz und in aller Sachlichkeit die Fakten zusammentragen und die verschiedenen Maßnahmen aufzeigen. Die Situation in Oberfranken ist aufgrund der Geologie außergewöhnlich. Hier gebe ich Ihnen ausdrücklich Recht, Frau Kollegin Paulig. Frankenwald und Fichtelgebirge bestehen aus Urgestein. Der Boden ist kalkarm bzw. kalkfrei und hat wenig Puffermöglichkeiten. Deshalb ist er besonders versauerungsgefährdet. Seit Mitte der Achtzigerjahre liegen Nachweise für die Versauerung von Oberflächengewässern und des Grundwassers vor.

Für die Gewässerversauerung und die Waldschäden sind die erheblichen Emissionen an Säuren und Säurebildnern wie Schwefel und Stickstoff aus der modernen Industrie, die in den Siebzigerjahren ihr Maximum erreicht haben, ausschlaggebend. Durch technische Maßnahmen sowie den Einbau von Abgasfiltern bei Großfeuerungsanlagen sind die Schwefeldioxidemissionen bereits deutlich zurückgegangen. Heute sind Stickstoffeinträge das Hauptproblem.

Bayern betreibt ein lufthygienisches Landesüberwachungssystem mit 55 Messstationen. Die Messergebnisse der acht oberfränkischen Stationen zeigen in Bayern und bundesweit seit längerem keine erhöhten Schadstoffbelastungen aus der Luft. Durch die konsequente Luftreinhaltepolitik, zum Beispiel die Abgasreinigung an Kraftwerken und Maßnahmen zur Schadstoffminderung an Kraftfahrzeugen sowie durch die Verwendung schwefelfreien Heizöls haben die Schwefeldioxidemissionen seit 1976 um mehr als 90 % abgenommen. Das ist eine gewaltige Prozentzahl.

Umfangreiche Maßnahmen zur Abgasreinigung im nordböhmischen Raum der Tschechischen Republik haben zu erheblichen SO₂-Minderungen geführt. Auch der Katzenstreck-Gestank hat sich dramatisch reduziert. Die Schwefeldioxidemissionen in Oberfranken liegen inzwischen weit unterhalb der Grenzwerte. Durch den Anreicherungseffekt im Boden wirken die hohen Emissionen und Säureeinträge früherer Jahre noch heute nach. Im Laufe der Zeit wird sich aber auch hier eine positive Trendwende durchsetzen.

Die Höhe der Stickstoffeinträge hat allerdings nur wenig abgenommen. Frau Kollegin Paulig, auch hier gebe ich Ihnen ausdrücklich Recht. In der Industrie, in den Haushalten und in der Energiewirtschaft konnten gegenüber 1976 allerdings deutliche Verringerungen von insgesamt circa 60 % erzielt werden. Bei den Kraftwerken waren es sogar 90 %. Natürlich haben wir zwei Ursachen, die schon angesprochen wurden, nämlich den Verkehr und die Massentierhaltung. In Oberfranken und in der Oberpfalz gibt es jedoch keine Massentierhaltung, die zu Problemen führen könnte.

Der Straßenverkehr ist hier die Hauptursache. Sein Anteil an den Stickoxidemissionen beträgt 75 %. Durch Katalysatorfahrzeuge konnten die Emissionen aus dem Kraftfahrzeugverkehr in den vergangenen Jahren nur in begrenztem Umfang reduziert werden, da in diesem Bereich das Verkehrsaufkommen aus den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union permanent steigt.

Meine Damen und Herren, die oberfränkischen Gewässer sind bayernweit nach wie vor am stärksten von der Versauerung betroffen.

Präsident Alois Glück: Frau Staatssekretärin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Gote?

Staatssekretärin Emilia Müller (Umweltministerium): Ja.

Ulrike Gote (GRÜNE): Frau Staatssekretärin, der Umweltminister hat im Zusammenhang mit der Fichtelgebirgsau-

tobahn einmal von einer „umweltgerechten Autobahn“ gesprochen. Kann ich das so verstehen, dass er damit eine Autobahn meint, die nicht befahren werden darf?

Staatssekretärin Emilia Müller (Umweltministerium): Das haben Sie mit Sicherheit falsch verstanden. Ich möchte feststellen, dass dadurch die Belastung in den Orten, durch die in der Vergangenheit Bundesstraßen geführt haben, abgenommen hat. Die Orte werden vom Verkehr, vom Stau und vom Lärm entlastet. Das hat der Umweltminister gemeint.

Lassen Sie mich noch auf die Gewässer eingehen: Die Oberläufe in den Waldbereichen des Fichtelgebirges und des Frankenwaldes sind stark versauert. Von „Essig“ ist allerdings keine Rede.

Im Zinnbach im Landkreis Wunsiedel ist zurzeit ein pH-Wert von vier zu verzeichnen. Mittlerweile ist ein allmählicher Rückgang der Versauerungsscheinungen bei Oberflächengewässern zu erkennen. Die Versauerung stellt für die Trinkwasserversorgung in Oberfranken heute kein größeres Problem mehr dar. Die Wässer werden vor der Verteilung entsauert und von Aluminium befreit. In den letzten zehn bis fünfzehn Jahren haben die betroffenen Kommunen und unser Ministerium große Anstrengungen zur Nachrüstung der Trinkwassergewinnungsanlagen unternommen.

Als Fazit ist festzustellen: Durch emissionsmindernde Maßnahmen wurde eine deutliche Verminderung der Schwefeleinträge, nämlich um circa 90 %, erreicht. Die Stickstoffeinträge liegen aufgrund der Verkehrszunahme sowie hoher Fahrleistungen nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau. Das ist allerdings ein deutschlandweites Problem. Wirksamste Mittel für eine Minderung der verkehrsbedingten Stickoxidemissionen

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ist die Ökosteuer!)

sind ein geringerer Treibstoffverbrauch und die schnellstmögliche Umsetzung der EU-Abgasnormen. Ab 1. Januar 2005 gilt die Euro-Norm 4 für Pkws und Lkws.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir erwarten eine Stickstoffminderung bei den Pkws um circa 50 %, bei Lkws um circa 30 %. Ab dem Jahr 2008 wird die Euro-Norm 5 gelten. Dann werden die verkehrsbedingten Stickoxide nach Schätzungen nochmals um 43 % sinken.

Ausgehend von der europäischen Gesetzgebung reduzierten Industrie, Gewerbe und Kleinverbraucher durch verschiedene Maßnahmen ebenfalls die Luftschaadstoffemissionen. Wir erwarten deshalb eine weitere Verringerung der Schadstoffemissionen insbesondere in Oberfranken. Wir sind auf einem guten Weg. Dazu brauchen wir diesen Antrag mit Sicherheit nicht.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/2376 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Letzteres ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben kaum mehr Redezeiten. Wir schließen damit die Behandlung der Dringlichkeitsanträge ab. Die restlichen Dringlichkeitsanträge werden an die Ausschüsse verwiesen. Außerdem werden, wie vorher schon angekündigt, die Anträge unter den Tagesordnungspunkten 22, 25 und 27, die noch nicht behandelt sind, im Januar-Plenum behandelt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der Sitzungsarbeit in diesem Jahr. Wir arbeiten hier in einer Übergangssituation. Der Landtag ist eine Baustelle. Das ist vielleicht ein gutes Bild für die Situation in unserem Land. Wir hatten ein sehr intensives Arbeitsjahr. Ich will jetzt keine Einzelheiten aufzählen, sondern nur in einem ersten Rückblick feststellen, dass dieses Parlamentsjahr einmal als Jahr mit zwei bedeutsamen Wendemarken in die Landespolitik eingehen könnte.

Die Parlamentsarbeit war in diesem Jahr weithin von den Debatten darüber geprägt, wie das Weniger sachgerecht eingesetzt werden kann, und nicht mehr von Debatten darüber, wie ein Mehr verteilt werden soll. Das ist eine tief greifende Veränderung. Über diese grundsätzliche Notwendigkeit herrscht sogar Einigkeit zwischen den Fraktionen. Dass deren Schlussfolgerungen unterschiedlich und Gegenstand intensiver Debatten sind, ist gerade das Wesen der Demokratie. Es ist natürlich schwierig, aus dem allgemein Richtigen die konkreten einzelnen Schlussfolgerungen zu ziehen

Wir, die Politikerinnen und Politiker, werden landläufig der Kurzsichtigkeit bezichtigt. Im Namen des Parlaments und gewissermaßen als Anwalt der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger möchte ich feststellen, dass hier stärker mit Blick auf die Zukunft und in Verantwortung für die Zukunft gehandelt wird, als uns das eigentlich zugetraut wird. Vielleicht wird man im Rückblick auch sagen, dass in diesem Jahr das seit vielen Jahren strapazierte Nachhaltigkeitsprinzip in der Politik stärkere Konturen gewonnen hat, insbesondere im Bereich der finanziellen Verantwortung, nicht nur bei der Beratung des Doppelhaushalts. Insgesamt gerät diese Zukunftsverantwortung allmählich stärker in den Blick.

Mir scheint, dass Nachhaltigkeit die vielleicht größte ethische Herausforderung unserer Zeit ist. Erstmals in der Menschheitsgeschichte wird den jetzt Lebenden und Handelnden abverlangt, die aktuellen Möglichkeiten mit Rücksicht auf die Nachkommen und in weltweiter Solidarität nicht zu ihren Gunsten auszuschöpfen, was im konkreten Fall auch immer schwierig ist. Dann stellt sich natürlich schnell die Frage, woher die Kraft für eine solche Selbstbeschränkung kommen kann. Mit einer Mentalität und Lebensphilosophie, nur das zu akzeptieren, was dem Einzelnen Spaß macht, ist das sicher nicht möglich.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in dieser Woche – im Kern morgen Nachmittag oder Abend, vielleicht sogar am Samstag – entscheidet sich, ob in diesem Jahr eine Wendemarke für die Aufgaben, die Handlungsmöglichkeiten und die Verantwortung der Landespolitik gesetzt wird. Die Föderalismusreform befindet sich in der Schlussphase. Das Ringen ist mühsam, die Begleitmusik widersprüchlich.

Auch als Mitglied dieser Kommission will ich für die Landesparlamente ausdrücklich feststellen – dies nach der Besprechung am Montag Vormittag in der Nähe des Münchener Flughafens in Übereinstimmung mit den Vertretern der anderen Landtage –, dass schon das von den Parteivorsitzenden Stoiber und Müntefering vorgelegte Konzept ein großer Schritt nach vorne wäre, eine bemerkenswerte Leistung. Wir hoffen natürlich, dass das Ergebnis im Sinne einer noch weitreichenderen Verpflichtung noch besser wird. Davon würden alle profitieren – die Bundespolitik, die Landespolitik und die Bürger. Es wird sich morgen oder übermorgen zeigen, ob es gelingt, für die noch offenen Fragen eine noch bessere Lösung zu finden; Alternativvorschläge sind vorbereitet.

Sehr nachdenklich macht mich aufgrund der Erfahrung der letzten Monate, wie wenige Verbündete der Föderalismus in Deutschland hat, wie sehr das Schema zentraler Regelungen doch verängt, und dies, obwohl gleichzeitig die Bedeutung der kleineren Einheit, der Dezentralisierung und der regionalen Identität gerade Thema der jetzigen Zeit ist. Vielfalt, Wettbewerb der Ideen und der Initiativen werden zwar allgemein begrüßt, sind aber im Konkreten vielen verdächtig.

Es hat mir sehr zu denken gegeben, dass in einer Flut von Schreiben diverser Bundesverbände zu all den Materien, die in der Diskussion waren und sind und die von der Bundesebene auf die Länderebene verlagert werden sollen, weithin die Einschätzung zum Vorschein kommt, dass eine Verlagerung von der Bundes- auf die Landesebene zu Qualitätsminderung und zu Wirrwarr führt; weitere ähnliche Etiketten wurden verwendet. Bei den politisch Handelnden, wahrscheinlich auch bei vielen Bundesverbänden steckt dahinter ein eigennütziges Motiv; denn wenn über weniger Materie auf der Bundesebene entschieden wird, sinkt auch die Bedeutung von Bundesverbänden.

Mich beunruhigt aber mehr, dass – wie uns Umfragen informieren – in weiten Teilen der Bevölkerung die Vorstellung verbreitet ist, dass eine notwendige Antwort auf die Ergebnisse von Pisa wäre, für die Schulen möglichst bundeseinheitliche Regelungen zu schaffen.

Der Föderalismus ist anspruchsvoll in seiner Vielfalt. In der Kommissionssitzung habe ich bei entsprechender Gelegenheit einmal gefragt: Was wollen wir, wollen wir mehr Verwaltungsvereinfachung? Einfache, klare, für jedermann durchschaubare Strukturen? – Dann sind zentrale Bundesregelungen das Einfachste. Wollen wir aber eine Struktur zur Revitalisierung unseres Landes, dann sind föderale Strukturen sicher besser.

Dieses Meinungsbild in Deutschland müssen wir als gemeinsame Herausforderung annehmen und überlegen,

wie wir darauf reagieren und zwar nicht durch Beschimpfung, sondern durch Überzeugung. Dazu gehört nach meiner Einschätzung auch, dass wir unser politisches Handeln nicht selbst schlecht machen, unser eigenes Tun nicht abwerten, sondern unsere Arbeit selbstbewusst vertreten.

Das führt mich zu einem dritten, abschließenden Gedanken. Vor wenigen Wochen ist das Ergebnis einer internationalen Umfrage über das Ansehen von Politikern und Führungskräften in der Wirtschaft und in anderen gesellschaftlichen Bereichen veröffentlicht worden. Nirgendwo ist das Ansehen der Menschen in Führungsverantwortung so gering, die Bewertung so schlecht wie in Deutschland.

Ich habe keine Antwort darauf, warum das so ist. Es ist für unser Land aber eine gefährliche Situation. Wenn den Führenden nicht mehr vertraut wird, nicht nur denen in der Politik, auch den Führenden in anderen gesellschaftlichen Gruppen – sie sind vergleichsweise in keiner besseren Situation –, dann kann man kaum erwarten, dass die Menschen diesen Führenden vertrauen und Ihnen folgen.

Es ist deshalb wichtig, dass wir uns mit diesem Thema außerhalb der Tageshektik gründlich auseinander setzen. Wenn ich die Situation unseres Landes im internationalen Vergleich sehe und wenn ich die Berichterstattung über Politik in anderen Ländern verfolge, dann kann ich nicht zu der Folgerung kommen, dass die Politik in anderen Ländern durchwegs klüger, weitsichtiger und die handelnden Personen moralisch vorbildhafter wären.

(Beifall des Abgeordneten Hans Joachim Werner (SPD))

Warum also ist das so? Das Umfrageergebnis muss Anlass sein, dass wir in den Spiegel schauen und überlegen: Wo und wann geben wir Anlass zu einer solch pauschalen Bewertung? Ich glaube, wenn wir zu uns selbst ehrlich sind, dann müssen wir uns eingestehen, dass wir so manche Mechanismen, nicht zu sagen manche Rituale der politischen Arbeit, als ziemlich sinnlos empfinden. Anscheinend sind wir aber gemeinsam Gefangene von Mechanismen und Ritualen, die die Bevölkerung nicht versteht, erst recht dann, wenn wir sie selbst nur schwer begründen können oder nicht ganz dahinter stehen.

Das ist aber nicht nur ein Problem für uns, sondern ich denke, das ist eine für unsere Demokratie, für unser Gemeinwesen wichtige Frage. Selbstbewusst sage ich aber auch – das sage ich für die Politik, ich nehme es aber auch für mich selbst in Anspruch – dass ich keinen Anlass sehe, weshalb wir, die Politikerinnen und Politiker, nun mit Selbstgeißelungen oder Schuldgefühlen in eine solche Debatte gehen müssten. Die Verantwortlichen in der Politik in Deutschland können sich im Vergleich zu dem, was andere Führende in anderen gesellschaftlichen Gruppen leisten, sehr wohl sehen lassen.

Im Übrigen ist im wirtschaftlichen Leben mancher, der ein großer Stern war, in schwierigen Zeiten als Schön-Wetter-Manager entzaubert worden. Wir kommen aber nicht weiter, wenn die Politik den schwarzen Peter an die Wirtschaft schiebt und die Repräsentanten der Wirtschaft mit

einer gewissen Arroganz über die Politik reden. Wir haben hier ein gemeinsames Problem. Vielleicht ist es auch ein gemeinsames Problem, dass wir alle mittlerweile dazu neigen, jedes Fehlverhalten eines Einzelnen zu generalisieren. Es ist schick, jede sachliche Panne zu einem großen Problem oder zu einem großen Skandal zu erklären. Auch das kann das Vertrauensklima nicht fördern. Wir alle müssen uns damit auseinander setzen, denn es ist nicht nur die Frage, welches Ansehen wir in der Bevölkerung haben. Ich sehe vielmehr große Gefahren für das Vertrauen in die Demokratie in einer schweren Zeit.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Ende des Jahres ist auch Anlass zu danken. Ich danke Ihnen für Ihre Arbeit, Ihr großes Engagement in den parlamentarischen Gremien. Ich danke den Vorsitzenden der Ausschüsse. Ich danke Ihnen für Ihre politische Arbeit hier im Haus und draußen.

Ebenso danke ich dem Herrn Ministerpräsidenten und den Mitgliedern des Kabinetts für die gute Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament. Ich danke den beiden Vizepräsidenten, Frau Vizepräsidentin Stamm und Herrn Vizepräsidenten Gantzer für die kollegiale und gute Zusammenarbeit und die gute Amtsführung. Ebenso danke ich den Damen und Herren des Präsidiums für die konstruktive Zusammenarbeit. Besonders möchte ich in meinen Dank die Mitglieder der Baukommission einbeziehen. Die Mitglieder des Präsidiums, die in der Baukommission sind, die diesen Bau begleiten müssen und dürfen, sind besonders gefordert. Ich hoffe, nächstes Jahr um diese Zeit werden wir uns im neuen Plenarsaal in die Weihnachtsferien verabschieden.

Ich danke dem Ältestenrat, den Vorsitzenden und den Vorständen der Fraktionen. Ich danke allen Berichterstattern und Mitberichterstattern, die die Arbeit mitgetragen haben.

Mein besonderer Dank gilt den Bediensteten des Landtagsamtes unter der Leitung des Amtschefs für ihren zuverlässigen und tüchtigen Einsatz trotz der Beeinträchtigungen der laufenden Baumaßnahmen. Ich habe mich besonders gefreut, davon habe ich schon vor der Sommerpause berichtet, dass meine Umfrage bei Ihnen, meine Kolleginnen und Kollegen, ein sehr gutes Zeugnis und viele lobende Worte für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamtes ergab.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen. Ohne die Damen und Herren in den Fraktionsgeschäftsstellen könnten wir schwerlich die politische Arbeit leisten. Ganz besonders danke ich den Landtagsbeauftragten, die in ihrer Scharnierfunktion zwischen Ministerien, Regierung und Landtag eine wichtige, manchmal auch schwierige Aufgabe erfüllen. Ich danke für diese Unterstützung.

(Allgemeiner Beifall)

Im Namen des Landtags und auch persönlich, danke ich den Damen und Herren von Presse, Rundfunk und Fern-

sehen. Durch Ihre regelmäßige Berichterstattung und Kommentierung machen Sie die Arbeit bei der Bevölkerung und im Land präsent. Damit leisten Sie einen wertvollen und wichtigen Dienst für die Beziehung zwischen Parlament und Bevölkerung.

Herzlichen Dank auch den Beamten der Polizei für die gewissenhafte Ausübung ihrer Pflichten. Ihre zuverlässige Präsenz vermittelt uns Sicherheit.

(Allgemeiner Beifall)

Ich gebe das Wort nun an Frau Kollegin Werner-Muggendorfer weiter.

Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident Beckstein, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Sie uns an den Lautsprechern zuhören oder hier drinnen! Es ist eine gute Übung am Ende des Jahres auf das parlamentarische Jahr zurückzublicken. Jeder sollte das aus seiner Sicht tun, der Präsident, die Opposition, die Regierung. Es ist auch gute Übung, danke zu sagen. Sie, Herr Präsident, haben das gerade getan, und ich will mich anschließen.

Ich sage all denen Dank, die den parlamentarischen Betrieb am Laufen halten. Mein Dank geht an Sie alle, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtags angefangen bis zu den Pförtnern. Er geht an die Offizianten, an das Präsidium, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionsgeschäftsstellen, an die Polizei, an die Stenografen. Sie alle wissen, wir machen es Ihnen manchmal nicht leicht. Herzlichen Dank für Ihre Arbeit, die Sie das ganze Jahr über leisten.

(Allgemeiner Beifall)

Aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien müssen wir uns ganz herzlich bedanken, weil es ohne sie nicht bekannt wäre, was wir tun. Deshalb sind wir auch dankbar, dass sie uns immer begleiten.

(Beifall)

Das muss einem nicht immer gefallen – das ist ganz klar –, aber das gehört mit dazu. Ich glaube, wir müssen dafür dankbar sein, dass aus dem Bayerischen Landtag berichtet wird.

Der Rückblick auf das letzte Jahr im Parlament war bestimmt durch das Bauen. Sie haben es angesprochen, Herr Präsident: die Baustelle Landtag. Es handelt sich um den Umbau des Plenarsaals, der uns mit diesem Provisorium begleitet. Es gibt Kollegen, die behaupten, der Senat wäre deshalb abgeschafft worden – das soll ja nicht stimmen –, damit wir hier drin sein können. Die Arbeitsbedingungen sind nicht einfach. Wir haben es die letzten Tage erlebt. Es handelt sich um eine ungewöhnliche Arbeitsumgebung mit Kinderwagennetzen, ohne Tische und mit einer Enge, bei der wir uns manchmal zu nahe kommen.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Herrmann (CSU))

– Ja, doch. Wenn man so Oberschenkel an Oberschenkel sitzt, Herr Herrmann, dann weiß ich nicht, ob das manchmal so angenehm ist.

(Zurufe von der CSU)

– Ich wollte niemanden auf eine Phantasiereise schicken.

Es gibt nichts Schlechtes, wo nicht auch etwas Gutes dabei ist, so sagt man bei uns. Die Stuhldemontage und der Stuhlverkauf waren für uns ganz amüsant und haben einen Erlös erbracht. Die Verwendung des Erlöses hat uns sehr nachdenklich gemacht. Mir haben Kolleginnen und Kollegen berichtet, wie sich das Kinderhospiz, welches den Erlös bekommen hat, vorgestellt hat. Das hat den Blick wieder auf die seelische Not – wenn Kinder sterben ist das wohl das Schlimmste, was passieren kann – gelenkt und gezeigt, dass mit dem Stuhlverkauf etwas Gutes getan worden ist. Das beruhigt uns.

So ein Rückblick – noch dazu an Weihnachten – bietet auch Gelegenheit, unsere positive Arbeit im Bayerischen Landtag herauszustellen. Der Bayerische Landtag – ich glaube, wir müssen selber etwas offensiver und positiver damit umgehen – ist ein wichtiges Forum für die Diskussion über die Entwicklungen in unserem Land. Das stärkt das Parlament und das sollten wir offensiv verteidigen; egal ob im Konsens oder in der Kontroverse, wie gestern bei den Dringlichkeitsanträgen, wenn wir über Sachfragen diskutieren. Das Ringen um Lösungen erfordert immer den Respekt vor der Meinung der anderen und die eigene Haltung wird umso deutlicher, je mehr man sie dem anderen gegenüber verteidigen muss und je stärker man sie im Kontrast zu den anderen sieht.

Der Herr Präsident hat über das Ansehen der Politik und der Politikerinnen und Politiker gesprochen. Ich glaube, es spielt eine große Rolle, welche Achtung und welchen Respekt wir voreinander und vor der Meinung der anderen haben. Diese Achtung voreinander könnte vielleicht auch einmal dazu führen, anzuerkennen, dass die Vorschläge der Opposition, die Anträge und Anregungen gar nicht so schlecht sind.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Joachim Herrmann (CSU))

– Ja, darauf komme ich noch, Herr Herrmann.

Wir erleben es immer: Zuerst werden unsere Anträge abgelehnt und dann erscheinen sie mit einer gewissen Schamfrist wieder im Parlament. Wir haben es bei dem Thema der Zensur der Schülerzeitung erlebt. Man sollte sich einmal durch den Kopf gehen lassen, ob das sinnvoll ist. Wir wollen doch etwas für unsere Heimat und für Bayern erreichen. Die Ergebnisse, die der Landtag in Form von Beschlussdrucksachen deutlich macht, sind gar nicht so schlecht. In diesem Hause wird nicht nur gestritten, sondern es wird gemeinsam gearbeitet und Gemeinsames erarbeitet. Dazu habe ich Zahlen – es ist wichtig, dass wir uns diese einmal vor Augen führen; die Zahlen

hat das Landtagsamt geliefert, ich habe sie mir nicht ausgedacht -: In der 15. Legislaturperiode gab es bisher 208 Initiativen. 63 % kamen von der CSU – das steht ihnen auch zu; die Fraktion ist ja viel größer als unsere – und 37 % kamen von der Opposition. Einstimmig angenommen wurden immerhin – ich sage es in absoluten Zahlen – von der CSU 131 und von der Opposition 77. Einstimmig angenommen wurden 55 CSU-Initiativen. Wir stimmen also auch den CSU-Initiativen zu. Einstimmig angenommen wurden auch 77 Initiativen der Opposition. Da schau her; das möchte man gar nicht glauben.

(Joachim Herrmann (CSU): Es ist doch nicht so, dass wir alle ablehnen!)

Das will ich damit deutlich machen. Ich will das Gemeinsame hervorheben.

(Zurufe von der CSU)

Präsident Alois Glück: Die Überraschung ist allgemein, aber trotzdem bitte ich um Aufmerksamkeit für die Rednerin.

Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Den Einwand, das seien noch zu viel, will ich nicht gehört haben.

Von allen Initiativen wurden immerhin 63 % mit Zustimmung der Opposition beschlossen. Ich will damit zeigen – mit den Zahlen wird es deutlich –, dass für uns die gemeinsame Arbeit für Bayern im Vordergrund stand und steht und dass es patriotisch ist, wenn man das tut.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir wissen auch, dass in der Öffentlichkeit der Streit wesentlich mehr zur Geltung kommt als die Einigkeit. Das Gemeinsame herauszustellen ist einfach nicht so interessant. Wir sind es gewohnt – durch die Umfragen wird das auch deutlich -: Wenn nicht geschimpft wird, ist das schon genug gelobt, und damit müssen wir einfach zufrieden sein.

Ich habe gesagt, das Jahr 2004 sei ein Jahr des Bauens. Sehr deutlich zeigte sich das beim Umbau des Plenarsaals. Es findet allerdings auch ein Umbau im Staatsaufbau statt. Der Herr Präsident hat es bereits angesprochen. Es geht um eine Neuordnung der Zuständigkeiten. Morgen ist der Tag der Wahrheit, wo in Berlin die Ergebnisse der Föderalismus-Kommission bekannt gegeben werden. Es handelt sich um das Thema Baustelle Deutschland, das uns natürlich auch im Landtag betrifft. Es ist ein Jahr des tief greifenden Umbaues, auch in den sozialen Sicherungssystemen, auf dem Arbeitsmarkt und nicht zuletzt im föderalen System. Letzteres wird, wenn es denn gelingt – wir werden uns überraschen lassen, wir hoffen es alle –, unsere Arbeit in den Landesparlamenten in mehrfacher Hinsicht betreffen.

Dies gilt zunächst einmal, weil wir natürlich andere Zuständigkeiten bekommen und hoffentlich eine Aufwertung der Landesparlamente erfahren. Indirekt betrifft es die größere Durchschaubarkeit der politischen Prozesse für

die Bürgerinnen und Bürger und eine klarere Trennung in den Zuständigkeitsbereichen. Das Erste wird die Menschen wohl nicht so stark interessieren. Ganz anders wird es aber sein, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger genauer auskennen. Wenn es eine modernisierte Verfassungsordnung gibt, dann wird dieser Wildwuchs, der das Verhältnis Bund-Länder ausmacht, vielleicht beseitigt und die Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze wird sich um circa die Hälfte reduzieren.

Die Reduzierung umständlicher Beratungsverfahren gehört mit dazu. Es soll vermieden werden, dass man Vermittlungsausschüsse braucht, die in Nachsitzungen irgendwelche Ergebnisse erzielen, von denen die Bürgerinnen und Bürger irgendwann nicht mehr wissen, wer für was verantwortlich war und wer verantwortlich gemacht werden kann, wie das zum Beispiel bei der Praxisgebühr der Fall war. Ich denke, das wird unsere Bevölkerung interessieren und wir wollen klar herausstellen, wer für was verantwortlich gemacht werden kann. Hoffentlich wird auch die Umsetzung etwas schneller gehen.

Es ist ein gutes Signal: In Deutschland bewegt sich etwas und das ist gut so. Die Arbeit der Föderalismus-Kommission hat aber auch ein Zweites gezeigt. Ich denke, wir können im Bayerischen Landtag auch davon profitieren. Es ist gut, wenn eine Seite nicht mit dem Kopf durch die Wand kann, sondern nur durch ein Zusammenwirken mehrerer Parteien ein gutes Ergebnis erzielt wird. Das bedeutet – das sollte uns alle beflügeln – mehr Parlamentarismus. Daran müssen wir sicher im Bayerischen Landtag noch arbeiten, aber wenn wir uns das für das nächste Jahr vornehmen, dann haben wir uns viel vorgenommen.

Ich wünsche Ihnen allen im Namen der Oppositionsfraktionen, aber natürlich auch ganz persönlich, einige ruhige erholende Tage mit ganz lieben Menschen und ein gesundes Wiedersehen im neuen Jahr.

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Alois Glück: Vielen Dank für die guten Wünsche, Frau Kollegin. Ich erteile nun das Wort dem Stellvertreter des Herrn Ministerpräsidenten, Herrn Staatsminister Dr. Beckstein.

Stellvertretender Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist guter Brauch, dass der Ministerpräsident bzw. sein Stellvertreter, wenn der Ministerpräsident verhindert ist, zum Abschluss der letzten Sitzung vor Weihnachten die Grüße der Staatsregierung überbringt. Nachdem Edmund Stoiber bei der Föderalismuskommission hart arbeiten darf, freue ich mich, dass ich diese Grüße überbringen darf. Ich darf mich bei Ihnen, Herr Präsident, sowie bei Ihnen, Frau Werner-Muggendorfer, und beim gesamten Hohen Haus herzlich für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Auch für uns ist die Föderalismuskommission etwas Spannendes. Wenn die Länderparlamente gestärkt werden und umgekehrt die Mitwirkung der Landesregierungen im Bundesrat reduziert wird, dann hat das Veränderungen auch unserer Tätigkeit zur Folge, die aber unter

gesamtstaatlichen Gesichtspunkten sicher positiv zu bewerten sind. Wir werden sehen, was im Einzelnen bei den Beratungen herauskommt. Mit großer Spannung sehen wir dem entgegen, was in den nächsten Stunden und in den nächsten Tagen passieren wird. Ich will drei Bemerkungen machen:

Erstens. Ich halte es für wichtig, dass wir alle – Regierung und Parlament, und im Parlament sowohl die Regierungsfraktion als auch die Opposition – daran arbeiten, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik und in die Demokratie gestärkt wird. Mir jedenfalls macht es Sorge, dass ich bei den Wahlen in Sachsen und Brandenburg erleben musste, dass Rechtsextremisten mit nicht wenigen Wählerstimmen ins Parlament gekommen sind. Wenn man die Stimmen von PDS und Rechtsextremisten zusammenzählt, dann bemerkt man, dass um die 30 % bis 35 % der Bevölkerung Parteien gewählt haben, die im Verfassungsschutzbericht – auch des Bundes – als extremistische Parteien aufgeführt sind. Wenn man sich außerdem überlegt, dass nur eine Minderheit der Bevölkerung zum Wählen gegangen ist, dann muss man sich wirklich Sorgen machen, und zwar über Partiegrenzen hinweg. Wir müssen gemeinsam darum ringen, dass wir wieder mehr Zustimmung von den Menschen erhalten, und das in einer Zeit, die schwierig ist und in der es nicht darum gehen kann, Wohltaten zu verteilen, sondern in der man das Vertrauen vermitteln muss, dass wir als diejenigen, die politische Verantwortung tragen, mit den Schwierigkeiten fertig werden und dass das Tal, in dem Deutschland sich befindet, durchschritten wird. Wir werden daran in den nächsten Jahren härter zu arbeiten haben als in der Vergangenheit.

Zweitens. Ich habe mit großem Interesse den Ausführungen von Frau Werner-Muggendorfer zur Parlamentsstatistik und den parlamentarischen Initiativen gelauscht. Wenn ich mich auf meine Rede ordentlich hätte vorbereiten können, dann hätte ich versucht, herauszufinden, wie hoch die Zahl der Initiativen der Staatsregierung war und wie viele davon einstimmig verabschiedet worden sind oder einstimmig hätten verabschiedet werden sollen.

(Allgemeine Heiterkeit)

In einer Zeit, in der unstreitig viele Reformen in unserer Gesellschaft und unserem Rechtssystem notwendig sind, müssen wir gemeinsam darum ringen, welche Initiativen letztlich auf den Weg zu bringen sind. Dass die Reformen einen Umbauprozess bedeuten, wird auch hier im Hause offensichtlich. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, und auch ich wollte den Vergleich zwischen der Baustelle Plenarsaal und der Baustelle in unserem Staate ziehen. Erst vor wenigen Tagen habe ich mir vom Hochbauamt erläutern lassen, wie der Stand der Umbauten ist, und mit Freude gehört, dass aus unserer Sicht eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Baukommission erfolgt. Ich möchte mich namens meines Hauses dafür bedanken, dass diese enge Zusammenarbeit stattfindet.

Dass der Reformprozess alle erfasst, auch diejenigen, die nicht zu 100 % davon begeistert sind, ist klar. Selbst in der Dritten Gewalt haben das oberste Stellen in diesem Jahr erfahren müssen. Ich will aber auch daran erinnern,

das alles dient dem Ziel, unsere Gesellschaft effizienter, aber auch menschlicher zu machen.

Drittens. Ich glaube, wir müssen uns gerade vor Weihnachten, wenn wir uns von der alltäglichen Hektik ein Stück entfernen, darüber klar werden, dass jede Gemeinschaft ein Mindestmaß an gemeinsamen Werten braucht. Das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung setzen bei uns die entscheidenden Akzente. Das bedeutet für uns, dass wir stärker als in der Vergangenheit darauf zu achten haben, dass wir die Integration von Menschen aus anderen Ländern – seien es Ausländer oder Aussiedler – und die Integration von anderen weltanschaulichen Vorstellungen auf den Weg bringen. Ich bin überzeugt davon, dass das Gespräch zwischen Muslimen und Christen, zwischen dem Islam und dem Christentum, verstärkt werden muss. Ich selbst habe in den letzten Wochen und Monaten intensiv daran teilgenommen mit ganz unterschiedlichen Erfahrungen, die ich jetzt leider nicht schildern kann. Ich bin überzeugt davon, es wird für unsere Gesellschaft entscheidend sein, dass die Integration mit einem Mindestmaß von gemeinsamen Werten vonstatten geht. Hier geht es auch um die Erziehung von jungen Menschen, die in diese Gesellschaft zu integrieren sind.

Es ist guter Brauch, ein Dankeschön zu sagen. Ich tue das nicht, um einer Formalie genüge zu tun, sondern aus vollem Herzen. Stellvertretend für Ministerpräsident Dr. Stoiber, aber auch für alle Kolleginnen und Kollegen des Kabinetts danke ich all denjenigen, die an der parlamentarischen Arbeit in vielfältiger Weise beteiligt sind. Ich danke den Damen und Herren des Parlaments, also den Abgeordneten. Ich bedanke mich bei – wenn ich das so sagen darf – meiner Fraktion für die Unterstützung der Regierungsarbeit. Euch ist in diesem Jahr eine Menge abverlangt worden an Begeisterung für Reformer, die man da und dort nicht von Anfang an begeistert gesehen hat. In manchen Fällen ist es euch aber auch gelungen, die Begeisterung für eure Pläne auf die Staatsregierung zu übertragen.

(Beifall bei der CSU)

Ich bedanke mich auch bei den Parlamentariern der Opposition für ihre konstruktive Kritik. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass das parlamentarische System mit Rede und Gegenrede, mit Argument und Gegenargument, geeignet ist, den besseren Lösungen ein Stück näher zu kommen. Uns geht es nicht um ewige Wahrheiten wie der Theologie; uns geht es um die bessere Lösung, an der wir mit Argument und Gegenargument, mit Rede und Gegenrede, arbeiten müssen. Selbst wenn es so sein sollte – ich sage das im Irrealis –, dass manche gute Idee erst abgelehnt wird, um später erneut als gute Idee Zustimmung zu finden, dann ist das nur eine Bestätigung, dass die Grundidee richtig war und dass man durch Rede und Gegenrede der richtigen Lösung ein Stück näher kommt.

Ich möchte mich bei Ihnen, Herr Präsident, und den Mitgliedern des Präsidiums sehr herzlich bedanken. Es ist keine leichte Aufgabe, dafür zu sorgen, dass ein Parlamentsbetrieb vom Verfahren her so funktioniert, dass das Parlament allseits Achtung genießt.

Ich bedanke mich bei all denen, die im Haus dafür sorgen, dass der Betrieb reibungslos funktioniert. Die verschiedenen Gruppen sind bereits von Ihnen, Herr Präsident, aufgezählt worden. Ich will das nicht wiederholen. Alle Genannten verdienen ein Dankeschön der Staatsregierung. Ich bitte um Verständnis, dass ich den besonderen Dank an die Polizei im Hause und im Lande wiederhole, die in einem Jahr mit besonderen Herausforderungen gute Arbeit geleistet hat.

(Beifall bei der CSU)

Ich bedanke mich bei den Damen und Herren von Presse, Funk und Fernsehen, ohne deren Berichterstattung die politische Arbeit viel langweiliger wäre. Gerade die Landespolitik braucht eine intensive Berichterstattung. Wenn es diese nicht gäbe, würde die Zustimmung zum Föderalismus noch stärker infrage stehen.

Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen ein frohes Weihnachtsfest mit dem, was sich jeder wünscht. Ich wurde vorhin von einem Zeitungsreporter gefragt, was ich mir wünsche. Darauf habe ich natürlich gesagt: Die Geburt Christi ist Freude; das heißt, einen Weihnachtsbaum, gemeinsames Singen, Plätzchen und eine schöne Weihnachtsgans, auch wenn der Arzt meint, der Cholesterinspiegel werde zu hoch. An Weihnachten esse ich sie in doppelter Menge und mit doppelter Freude.

(Heiterkeit)

Natürlich darf man an so einem Fest alles tun, was einem Freude macht und anderen Freude bereitet.

Ich wünsche, jeder verbringt Weihnachten so, dass er von sich sagen kann, es war ein wunderschönes Weihnachtsfest mit Angehörigen, in der man auch Zeit zur Besinnung gefunden hat. Ich wünsche ein Gesegnetes Neues Jahr und hoffe auf ein gutes und gesundes Wiedersehen im Januar.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister, vielen Dank für die guten Wünsche.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen allen ein besinnliches und frohes Weihnachtsfest. Ich wünsche vor allen Dingen uns allen und den Kolleginnen und Kollegen, dass es gelingt, sich wenigstens einige Tage aus der Hektik der Politik herauszulösen und damit auch zu einer inneren Entspannung zu kommen. Ich danke Ihnen herzlich und hoffe, wir sehen uns im nächsten Jahr gesund wieder. Damit schließe ich die Sitzung.

(Beifall bei der CSU)

(Schluss: 17.02 Uhr)

Staatsminister Josef Miller
anlässlich der Vorstellung des Doppelhaushalts 2005/2006
für die Einzelpläne 08 und 09
im Plenum des Bayerischen Landtags
am 16. Dezember 2004 in München

Agrar- und Forsthaushalt – Zeichen der Solidarität

Bayern ist das Agrarland Nr. 1 in Deutschland und eine der landwirtschaftlichen Kernregionen Europas. Jeder dritte landwirtschaftliche Betrieb in Deutschland ist ein bayerischer Bauernhof. Die Land- und Forstwirte, Gärtnere und Fischer bewirtschaften rd. 86 % der Fläche Bayerns, das sind rd. 6 Mio. ha. Die Landwirtschaft spielt bei der Sicherung unserer Wirtschafts-, Erholungs-, Natur- und Kulturräume eine entscheidende Rolle.

Landwirtschaft ist nichts Althergebrachtes, inzwischen Überholtes, sondern ein hochmoderner, in hohem Maße naturverbundener, zukunftsträchtiger Wirtschaftsbereich.

Unsere Landwirte produzieren qualitativ hochwertige Nahrungsmittel, Energie und wertvolle Rohstoffe. Bayerische Nahrungsmittel haben einen hervorragenden Ruf. Spezialitäten aus Bayern sind längst international gefragt.

Bayerns Gesicht ist geprägt durch seine gepflegten Landschaften. Dies ist vor allem auf die Arbeit unserer Bauernfamilien zurückzuführen. Unsere Landwirtschaft trägt durch ihre nachhaltige, ordnungsgemäße Bewirtschaftung zur Sicherung der natürlichen Ressourcen bei. Sie entscheidet mit über die Qualität der weichen Standortfaktoren – und trägt auf diese Weise zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung des gesamten Freistaates bei.

Die bayerische Landwirtschaft hat aber auch selbst eine enorme wirtschaftliche Bedeutung: Zusammen mit der Ernährungswirtschaft stellt sie mit rd. 32 Mrd. € Umsatz den dritt wichtigsten Wirtschaftszweig Bayerns nach dem Fahrzeug- und dem Maschinenbau dar. Bei den Beschäftigten liegen sie mit rd. 400.000 Erwerbstätigen sogar an erster Stelle. Jeder 9. Arbeitsplatz hängt direkt oder indirekt mit der Agrarwirtschaft zusammen.

Aktuelle Herausforderungen

Auf die Land- und Forstwirtschaft kommen in der Laufzeit des Doppelhaushalts 2005/06 zwei gravierende Herausforderungen zu:

1. die Umsetzung der GAP-Reform ab 1. Januar 2005 und
2. die Belastungen für die deutsche Landwirtschaft im europäischen Vergleich durch die Bundesagrarpolitik.

Die Bayerische Staatsregierung steht den bayerischen Bauern auch in dieser schwierigen Phase als verlässlicher Partner zur Seite:

1. Wir kämpfen für vernünftige Rahmenbedingungen auf Ebene der Europäischen Union und des Bundes.
2. Wir stellen den Landwirten ein effizientes Bildungs- und Beratungssystem sowie eine leistungsfähige Landwirtschaftsverwaltung zur Verfügung.
3. Bayern bietet für seine Bauern Hilfe zur Selbsthilfe wie kein anderes Land in Deutschland.

Unsere bäuerlichen Betriebe befinden sich derzeit in einer ausgesprochen schwierigen Einkommenssituation. Die Einkommen der Landwirte sind im vergangenen Jahr weiter gesunken. Nach dem Trockenjahr 2003 haben die Bauern heuer zwar ein Erntejahr erlebt, das im Hinblick auf die Erträge die Erwartungen übertroffen hat. Die Antwort des Marktes folgte aber prompt. Wir haben einen starken Preisverfall bei wichtigen landwirtschaftlichen Produkten erlebt. Und der Eingriff der EU in die Milchmarktordnung schon in diesem Jahr hat zu deutlichen Preissenkungen bei der Milch geführt. Die EU-Ausgleichszahlungen kompensieren diese nicht.

In dieser schwierigen Situation müssten faire Rahmenbedingungen - im Interesse aller deutschen Landwirte - das Ziel der Bundesregierung sein! Doch weit gefehlt! Mit immer neuen nationalen Alleingängen und Belastungen geht die Bundesregierung den völlig falschen Weg. Die deutsche Landwirtschaft wird im Wettbewerb zurückgeworfen. Die Bundesregierung hat mit dem Haushaltsgesetz Einsparungen dort durchgesetzt, wo sie der Vermittlungsausschuss Ende letzten Jahres aus guten Grün-

den und als Ergebnis eines Gesamtkompromisses abgelehnt hat.

Die neuerlichen Kürzungen der Agrardieselzuschüsse belasten allein die bayerischen Landwirte mit rd. 56 Mio. € pro Jahr. Die Bundesregierung hebt damit die Agrardieselsteuer um durchschnittlich 57 % an. Deutschland hat künftig die höchste Steuer in Europa, während viele andere Länder wegen der hohen Ölpreise sogar eine Senkung vornehmen. Kleinere Betriebe – das sind in Bayern mehr als 60.000 und damit fast die Hälfte aller Betriebe! – verlieren den gesamten Rückerstattungsanspruch! Sie müssen den vollen Steuersatz von rd. 47 Ct./l bezahlen!

Und die drastische Kürzung der Bundesmittel für die landwirtschaftliche Krankenversicherung bedeutet für die bayerischen Landwirte zusätzliche Kosten in Höhe von rd. 25,5 Mio. €. Dies zieht für die Landwirte Beitragserhöhungen um 17 bis 20 % nach sich, während in allen anderen Bereichen die Krankenkassenbeiträge stagnieren oder sogar sinken! Darüber hinaus belastet die Kürzung der Bundesmittel zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung in Höhe von 50 Mio. € die bayerischen Landwirte mit 17,2 Mio. €.

Diese Bundespolitik ist unausgewogen und belastet die Landwirtschaft überproportional. Das ist eindeutig eine landwirtschaftsfeindliche Politik. Wir werden uns von Bayern aus mit aller Kraft dagegen stemmen.

Bayerische Staatsregierung – Partner der Landwirtschaft

Der bayerische Agrarhaushalt ist ein Zeichen der Solidarität mit unserer bäuerlichen Landwirtschaft. Wir stärken mit unserer Politik das Selbstvertrauen unserer Landwirte und ermutigen sie, die Herausforderungen zu meistern. Wir bieten Ihnen dazu Hilfe zur Selbsthilfe im besten Sinne.

Der Agrarhaushalt wird im Jahr 2005 rd. 1,040 Mrd. € betragen und damit gegenüber 2004 nur um 0,98 % zurückgehen. Bereits im Jahr 2006 wird er gegenüber 2005 wieder um 1,9 % auf rd. 1,060 Mrd. € ansteigen.

1. Einkommenswirksame Zahlungen sichern

Auch der Einzelplan 08 ist geprägt vom Willen, den Landshaushalt im Jahr 2006 ohne Nettokreditaufnahme aufzustellen und trotzdem der bäuerlichen Landwirtschaft eine echte Hilfe zu geben, die Herausforderungen zu bewältigen. In der ausgesprochen schwierigen Einkommenssituation haben die direkt einkommenswirksamen Zahlungen oberste Priorität! Wir haben sie im Nachtragshaushalt 2004 nicht gekürzt und werden das auch im Doppelhaushalt 2005/2006 nicht tun. Wir stellen weiterhin die notwendigen Kofinanzierungsmittel bereit. Ich kann heute feststellen: Wir rufen trotz Einsparkonzept alle Mittel in Brüssel ab! Und wir binden auch die Bundesmittel in der Gemeinschaftsaufgabe (GAK) vollständig! Dies ist

keine Selbstverständlichkeit, wie die Entwicklungen in anderen Bundesländern belegen.

Ab dem Jahr 2006 werden durch die EU-Agrarpolitik Maßnahmen im Rahmen der obligatorische Modulation möglich. Für deren Kofinanzierung stellen wir im Jahr 2006 zusätzliche Landesmittel in Höhe von 11,8 Mio. € in den Haushalt ein. So können weitere 10 Mio. € EU-Mittel gebunden werden, die sonst für die Landwirte verloren wären. Ich plane, diese Modulations-Mittel vorrangig für Vieh haltende Betriebe und zur Sicherung der Grünlandstandorte zu verwenden.

2. Strukturelle Nachteile ausgleichen - Investitionen fördern

Mit durchschnittlich rund 25 ha weisen die bayerischen Betriebe eine vergleichsweise geringe Flächenausstattung auf. Um diese Strukturnachteile auszugleichen, handeln wir aktiv und fördern die landwirtschaftlichen Selbsthilfeinrichtungen nach dem LwFöG in den kommenden zwei Jahren mit 36,3 Mio. € bzw. 34,7 Mio. €. Allein durch den überbetrieblichen Maschineneinsatz werden jährlich insgesamt über 250 Mio. € an Kosten bei den landwirtschaftlichen Betrieben eingespart.

Um für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet zu sein, sind jedoch auch die Selbsthilfeinrichtungen gehalten, ihre Organisation zu überdenken und strukturelle Anpassungen vorzunehmen. Dies ist auch bedingt durch die Kürzungen der finanziellen Leistungen, die in diesem Haushalt noch einmal jeweils 5 % betragen. Dennoch bleiben die Gesamtleistungen weiterhin erheblich über dem Ansatz anderer Bundesländer.

Um zu gewährleisten, dass zukunftsfähige Betriebe das durch den Strukturwandel freiwerdende Land aufnehmen und weiter bewirtschaften, müssen wir diesen Betrieben helfen, die notwendigen Investitionen zu tätigen. Sie müssen Technik und Einrichtungen an modernste Erfordernisse anpassen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter zu steigern. Die einzelbetriebliche Investitionsförderung bleibt deshalb ein Eckpfeiler unserer Agrarpolitik. Dafür stellen wir rd. 45 Mio. € pro Jahr bereit.

3. Neue Einkommenswege erschließen – den Anteil Nachwachsender Rohstoffe ausbauen

Unser Ziel ist der Erhalt einer möglichst großen Zahl von selbständigen Unternehmen im ländlichen Raum. Neben Aufstockung und Kostensenkung kommt dabei der Erschließung zusätzlicher Einkommensquellen eine große Bedeutung zu.

Der Bereich der Nachwachsenden Rohstoffe stellt schon heute für viele Betriebe ein zusätzliches Einkommenstandbein dar. Wärme und Strom aus Stall, Feld und Wald haben Zukunft. Bayern hat als erstes Land und lange vor der Bundesregierung diesen innovativen Sektor massiv vorangetrieben.

In Bayern ist die Biomasse inzwischen der bedeutendste regenerative Energieträger. Insgesamt werden in Bayern mehr als 3,7 % des gesamten Primärenergieverbrauchs

aus Biomasse erzeugt - mit steigender Tendenz. Das ist mehr als die Energie aus Wasserkraft und ein fast doppelt so hoher Anteil wie in Deutschland (2 %)! Mittelfristig wollen wir in Bayern auf 5 % Biomasseanteil am Primärenergiebedarf kommen. Dazu setzen wir in den kommenden Jahren gezielt Schwerpunkte:

- Wir haben unser Gesamtkonzept für Nachwachsende Rohstoffe fortgeschrieben und neuesten Entwicklungen angepasst.
- Bayern nimmt bei Biomasseheizwerken und Biogasanlagen unter den deutschen Ländern eine Spitzenstellung ein. Um diese Position weiter auszubauen, haben wir die Anreizförderung für beide Bereiche neu ausgerichtet.
- Wir stellen die Finanzierung der restlichen Baumaßnahmen im Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe in Straubing mit dem Doppelhaushalt und dem „Investitionsprogramm Zukunft Bayern“ mit insgesamt rd. 6 Mio. € sicher.

Daneben ergeben sich weiterhin große Chancen vor allem in den Bereichen Urlaub auf dem Bauernhof, landwirtschaftsnahe Dienstleistungen und Direktvermarktung, die es zu nutzen gilt und die von uns gefördert werden.

4. Natürliche Lebensgrundlagen sichern

Die bäuerliche Landwirtschaft, wie wir sie in Bayern vorfinden, bietet beste Voraussetzungen für geschlossene Stoffkreisläufe und ist damit nachhaltig und eine Produktionsform mit Zukunft.

Mit dem Kulturlandschaftsprogramm unterstützen wir in diesen Betrieben zusätzlich besonders umweltschonende Wirtschaftsweisen und Maßnahmen, die einen erhöhten Arbeitsaufwand für die Gestaltung und Erhaltung einer vielfältigen Kulturlandschaft erfordern und oftmals mit verminderten Erträgen einhergehen. In Bayern haben wir die Förderung der Umweltleistungen stark ausgebaut; wir nehmen mit dem Kulturlandschaftsprogramm schon seit 1988 eine Spitzenstellung in Europa und im bundesweiten Vergleich ein und werden sie auch weiter behalten. Mit unserer Unterstützung bewirtschaften die bayerischen Bauern jeden 2. Hektar besonders umweltfreundlich. Dafür stellen wir in den nächsten Jahren jeweils rd. 180 Mio. € zur Verfügung.

Mit dieser Politik wollen wir auch künftig eine flächendeckende Landbewirtschaftung sichern. Gerade die landschaftlich reizvollsten Gebiete sind oft nur unter schwierigen Bedingungen zu bewirtschaften. Diese von der Natur benachteiligten Gebiete umfassen immerhin 61 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen Bayerns. Sie würden als erste Flächen aus der Produktion fallen, wenn wir nicht mit der Ausgleichszulage gegensteuern. Um der Landwirtschaft auch dort eine Chance zu geben, werden wir für die Ausgleichszulage in den nächsten beiden Jahren jeweils rd. 135 Mio. € bereitstellen. Der von der EU geforderten neuen Abgrenzung der Fördergebiete erteilen wir eine Absage.

5. Durch Qualität überzeugen

Bayern misst der Qualitäts- und Herkunftssicherung seit vielen Jahren einen hohen Stellenwert bei. Unser Zugpferd ist das Qualitätssicherungssystem mit regionalem Herkunftsachweis „Geprüfte Qualität - Bayern“. Die Qualitätsstandards liegen dabei deutlich über den gesetzlich vorgeschriebenen Anforderungen.

Die Sicherung von Qualitätsstandards und die Rückverfolgbarkeit der Produktionsabläufe wird immer wichtiger, um auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähig zu bleiben. Derzeit gibt es aber eine Vielzahl von Programmen mit unterschiedlichen Standards, Dokumentationspflichten und Kontrollen, die sich zum Teil überschneiden.

Für die teilnehmenden Landwirte ist dies mit hohem Aufwand und Kostenbelastungen verbunden. Ich will den Bürokratieaufwand für die Bauern senken und die Transparenz für die Verbraucher erhöhen. Unser Ziel ist es deshalb, die vorhandenen Programme aufeinander abzustimmen und in ein modulares Rahmenkonzept zur Qualitäts- und Herkunftssicherung einzubinden.

Wie erfolgreich unsere Qualitätssicherungsmaßnahmen sind, belegt der aktuelle Jahresbericht 2003 des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit: Danach sind bayerische Produkte weit weniger mit Rückständen an Pflanzenschutzmitteln belastet als Importprodukte!

Qualität und Vermarktung sind eng miteinander verzahnt. Die bayerische Ernährungswirtschaft ist einem immer schärferen internationalen Wettbewerb und

einem steten Druck zu neuen Produkten und neuen Märkten ausgesetzt. Mit unseren Investitions- und Absatzfördermaßnahmen leisten wir einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Wertschöpfung des bayerischen Ernährungsgewerbes und zur Sicherung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Dafür setzen wir in den nächsten beiden Jahren jeweils rd. 24 Mio. € ein.

Der gute Ruf bayerischer Produkte und das positive Image Bayerns spiegeln sich auch in den Agrarexporten wider, die inzwischen bei annähernd 5 Mrd. € pro Jahr liegen - mit steigender Tendenz.

6. Bildung als Wettbewerbsfaktor stärken

Aus- und Fortbildung sind die wichtigsten Wettbewerbsfaktoren für die Landwirtschaft.

Mit der Neuorganisation unserer Landesanstalten haben wir flächendeckend in Bayern 7 spezialisierte Lehr-, Versuchs- und Fachzentren (LVFZ) für die Aus- und Fortbildung eingerichtet. Mit diesem überbetrieblichen Ausbildungsbereich leisten wir einen bedeutenden Beitrag zur Berufsausbildung. Wir werden diese Einrichtungen schrittweise zu modernen Kompetenzzentren ausbauen. Einige Baumaßnahmen sind begonnen oder bereits abgeschlossen.

Das hohe Niveau unserer Landwirtschaftsschulen zeigt sich darin, dass sich nahezu 75 % der Absolventen zur Meisterprüfung anmelden. Jeder 2. landwirtschaftliche Meister in Deutschland hat seinen Abschluss in Bayern erreicht. Darauf sind wir stolz. Bildung bedeutet Zukunftsfähigkeit. Mit der Verwaltungsreform verringern wir zwar die Zahl der Landwirtschaftsschulen, erhöhen aber ihre Leistungsfähigkeit. Wir konzentrieren dort die Fachkräfte mit besonderer pädagogischer und fachlicher Kompetenz und stellen einen möglichst vollklassigen Betrieb sicher.

Die Bäuerinnen sind heute in zunehmendem Maße Mit-Unternehmerinnen im landwirtschaftlichen Betrieb. An unseren Hauswirtschaftsschulen vermitteln wir ihnen das Rüstzeug dafür. Unsere einsemestrige Hauswirtschaftsschule ist ein Erfolgsmodell. In den letzten fünf Jahren ist die Zahl der Studierenden nochmals um 5 % pro Jahr angestiegen – auf jetzt 1024.

Gemeinsam mit der Landfrauenabteilung des Bayerischen Bauernverbandes hat mein Haus die Weiterbildung zur Agrar-Bürofachfrau konzipiert. Diese Qualifizierungsmaßnahme stößt auf große Resonanz.

Sehr positiv hat sich auch das modulare Bildungsprogramm Landwirt für außerlandwirtschaftlich Ausgebildete entwickelt. Im Jahr 2003/2004 nehmen 9341 Personen an den Kursen teil. Wir bereiten sie damit auf ihren Nebenerwerbsberuf vor und ermöglichen ihnen die Vorbereitung auf die Abschlussprüfung im Beruf Landwirt als Zweitberuf.

Der Umgang mit der EDV und modernen Kommunikationsmitteln ist heute auf den landwirtschaftlichen Betrieben selbstverständlich und unverzichtbar. Das zeigt die Nachfrage nach unserem Qualifizierungsangebot. Seit Beginn des Programms Anfang 2001 konnten wir rund 30.000 Teilnehmer in diesem Bereich qualifizieren.

Wir setzen weiter auf eine Kombination von Bildung und Beratung. Wir halten auch künftig an der staatlichen Landwirtschaftsberatung fest. Um trotz des notwendigen Personalabbaus eine effiziente Beratung zu gewährleisten, erarbeiten wir derzeit eine Konzeption, die ich noch im ersten Quartal des neuen Jahres vorstellen werde.

Die Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) haben wir noch mehr auf die praxisorientierte Forschung ausgerichtet. Ziel ist es, den Output an Beratungsleistungen, auch über die modernen Medien, weiter zu steigern.

7. Den ländlichen Raum stärken

Der ländliche Raum in Bayern hat sich in der Vergangenheit gegenüber den Ballungszentren hervorragend behauptet. Aber auch die ländlichen Räume bleiben von den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen nicht verschont. Stichworte sind der landwirtschaftliche Strukturwandel oder die demografische Entwicklung. Die Stärkung des ländlichen Raums gehört deshalb zu den Daueraufgaben einer modernen, wirksamen Agrarpolitik!

Der ländliche Raum wird sich künftig noch schneller an die jeweiligen Herausforderungen anpassen müssen. Dabei

ist die Ländliche Entwicklung durch Flurneuordnung und Dorferneuerung als Hilfe zur Selbsthilfe notwendiger als je zuvor. Wir stellen deshalb für diese Programme insgesamt über 100 Mio. € pro Jahr bereit!

Bei der Weiterentwicklung der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe (GAK) zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes ist es mir gelungen, unseren Weg einer nachhaltigen und gemeindeübergreifenden Entwicklung des ländlichen Raumes zu verankern.

Mit dieser neu konzipierten integrierten ländlichen Entwicklung können wir jetzt unsere bewährten Instrumente noch effizienter anwenden. Wir unterstützen die interkommunale Zusammenarbeit und fördern die Erarbeitung von gemeindeübergreifenden Entwicklungskonzepten.

Förderpolitik der EU nach 2006

Wir beraten heute über einen Doppelhaushalt, dessen Laufzeit mit dem Ende der EU-Programmplanungsperiode 2000/2006 zusammenfallen wird. Wir stehen bereits wieder vor entscheidenden Weichenstellungen für die neue Programmplanungsphase 2007 bis 2013.

Veränderungen in der Förderpolitik der EU bei der 2. Säule der GAP beeinflussen unmittelbar unsere Landesfördermaßnahmen. Sie müssen zwangsläufig bis zum Jahr 2007 an die Bedingungen der Verordnung zur Förderung des ländlichen Raumes („ELER“-Verordnung) angepasst werden.

Dies geschieht auch mit der notwendigen Novellierung des Bayerischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes (LwFöG). Nach derzeitigem Planungsstand werden wir im kommenden Jahr ein Eckpunktepapier dazu vorlegen. Das neue LwFöG sollte rechtzeitig vor Beginn der Förderperiode 2007 in Kraft treten. Ich werde das hohe Haus frühzeitig in den Dialog einbinden. Mein Ziel ist es,

- die Wettbewerbsfähigkeit unserer multifunktionalen und nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft zu stärken,
- mit Hilfe einer flächendeckenden Landwirtschaft und der Agrarumweltmaßnahmen die Attraktivität unserer Kulturlandschaft zu erhalten und
- ein Auseinanderdriften der Lebensbedingungen im ländlichen Raum zu vermeiden.

Bayerische Forstpolitik – nachhaltig und modern

Wer in der Forstpolitik Verantwortung trägt, steht wie die Waldbesitzer vor großen Herausforderungen:

- Die Waldschäden sind infolge der Trockenheit im letzten Jahr auf Rekordhöhe gestiegen,
- Schäden durch Sturm, Trockenheit und Borkenkäfer häufen sich in immer kürzeren Abständen.

- Die Holzpreise sind im Keller: Allein der Preis für Fichtenstammholz ist seit 1999 um mehr als ein Drittel gesunken. Die bayerischen Waldbesitzer verlieren dadurch jährlich mindestens 170 Mio. €.

Die schlechte wirtschaftliche Lage stellt die Forstbetriebe vor große Probleme. Jammern hilft aber nicht: Wir werden die Probleme aktiv angehen und auf die geänderten Rahmenbedingungen reagieren. Wir werden dabei Bewährtes erhalten, haben aber auch den Mut, grundlegend neue Wege zu gehen. Unsere Antwort ist eine Reform der Forstverwaltung mit Augenmaß, die zukunftsfähige Strukturen schafft.

Erfreulich ist:

- Der Holzzuwachs und die Holzvorräte sind auf Rekordniveau,
- die Nutzungspotenziale sind bei weitem nicht ausgeschöpft. Nirgends ist die Qualität der Waldbewirtschaftung so hoch wie in Bayern. So wird keinesfalls mehr genutzt, als nachwächst. Das hat auch die Bundeswaldinventur II bestätigt. Sie belegt, dass die Holzvorräte in Bayern seit Beginn der geregelten Forstwirtschaft noch nie so hoch gewesen sind wie heute. So macht es keinen Sinn, in Bayern auf Nutzungen zu verzichten: Der Rohstoff Holz müsste aus dem Ausland über Tausende von Kilometern importiert werden, wenn wir ihn nicht hier vor Ort produzieren. Allein dies wäre ein ökologischer Unsinn.
- Wir verfügen über immer mehr naturnahe Mischwälder,
- 700 000 Waldbesitzer mit hoher Waldgesinnung seit Generationen,
- ein hervorragend ausgebildetes, motiviertes und innovatives Personal,
- und mit Holz über einen attraktiven und umweltfreundlichen Bau- und Werkstoff, Dämmstoff und Energieträger.

Kern meiner Politik ist:

- gepflegte und stabile Wälder, die ihre Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktionen erfüllen,
- die Unterstützung der Waldbesitzer durch Hilfe zur Selbsthilfe und
- die Reform der Forstverwaltung, um sie neu aufzustellen und damit fit zu machen für die Zukunft. Mit der Reform der Forstverwaltung schaffen wir effizientere Strukturen, bauen Bürokratie und Verwaltung ab und schaffen Spielräume für Zukunftsinvestitionen. Die Bewirtschaftung des Staatswaldes wird künftig das neue Unternehmen „Bayerische Staatsforsten“ – eine Anstalt des öffentlichen Rechts – übernehmen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Kombination aus der Urproduktion von Holz mit den unzähligen und unschätzbaren Dienstleistungen des Waldes – für die Landeskultur, für sauberes Wasser, für die biologische Vielfalt, für den Klimaschutz und insgesamt für die Lebensqualität von uns allen – in Zukunft erheblich an Bedeutung gewinnen wird. Aus diesem Grundverständnis heraus und unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen haben wir den vorliegenden Forsthaushalt aufgestellt.

Förderung

Wir reagieren auch mit Verbesserungen bei den forstlichen und waldbaulichen Förderprogrammen. Mit neuen Förderrichtlinien können wir wesentlich mehr Fördergelder des Bundes und der EU zum Nutzen der bayerischen Waldbesitzer einsetzen. Standen 2004 noch 15,0 Mio. € zur Verfügung (z. B. für die Begründung von neuen Mischwäldern), so steigt diese Summe im Jahr 2005 auf 16,3 Mio. € und im Jahr 2006 auf 20,1 Mio. €.

Gemeinwohlleistungen des Waldes

Ein weiterer Schwerpunkt der Forstpolitik der kommenden Jahre ist die Finanzierung der Gemeinwohlaufgaben. Dies schließt insbesondere ein den Aufbau stabiler Mischwälder, die Waldflege, den Schutz des Trinkwassers und die Sicherung der Erholungsfunktion.

Das Unternehmen „Bayerische Staatsforsten“ erhält für besondere Gemeinwohlleistungen gesonderte Zuweisungen aus dem Haushalt. Im Wesentlichen geht es dabei um die Schutzwaldsanierung und -pflege, die Moorrenaturierung, den Rad- und Wanderwegebau und die Wildparke. Die Finanzierung dieser Maßnahmen soll künftig projektbezogen erfolgen und ist damit klar abgekoppelt von der Holzpreisentwicklung. Dies ist eine deutliche Verbesserung zum Ist-Zustand. Im Doppelhaushalt sind hier insgesamt 29,2 Mio. € veranschlagt.

Effektive Forstverwaltung

Die hoheitlichen Aufgaben der Forstverwaltung wie Forstaufsicht, Förderung, Schutzwaldsanierung und Waldpädagogik werden mit den Aufgaben der Landwirtschaftsverwaltung in Ämtern für Landwirtschaft und Forsten gebündelt. Wir schaffen damit neue Dienstleistungszentren für die Bereiche Land- und Forstwirtschaft.

Besonders wichtig war mir dabei der Erhalt des Reviersystems. Die Revierförster sind deshalb auch künftig in der Fläche präsent. Die Beratung privater und körperschaftlicher Waldbesitzer in Zusammenhang mit der finanziellen Förderung, dem Waldschutz und der Forstaufsicht wird im bisherigen Umfang erhalten.

Dagegen wird sich die Forstverwaltung aus der rein betriebsbezogenen Beratung schrittweise zurückziehen und diese den forstlichen Selbsthilfeeinrichtungen – den Forstbetriebsgemeinschaften und Waldbesitzervereinigungen – überlassen. Hierzu ist deren verstärkte Unterstützung notwendig. Wir werden ihnen für die Startphase kompetente Berater zur Seite stellen. Die Zuschüsse für die Zusammenschlüsse steigen von 2,2 Mio. € auf

4 Mio. €, mit möglichen Umschichtungen sogar auf 4,4 Mio. €. Mit der Umstellung auf eine Projektförderung werden weitere Steigerungen bei der Effizienz der Zusammenschlüsse erreicht.

Insgesamt bin ich überzeugt, dass unser Kurs bei der Forstverwaltungsreform richtig ist und unsere Reformen greifen werden.

Schluss

Abschließend danke ich dem Bayerischen Landtag für die Unterstützung in den Fragen, die mein Ressort betreffen. Ich danke dem Haushaltsausschuss mit seinem Vorsitzenden Manfred Ach für die sachkundigen Beratungen und dem Landwirtschaftsausschuss mit seinem Vorsitzenden Helmut Brunner für seine Unterstützung.

Ich bedanke mich beim Berichterstatter für den Einzelplan 08, Kurt Eckstein, und beim Berichterstatter für den Einzelplan 09, Johann Neumeier.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zu den vorgelegten Haushaltsentwürfen.

Zu Tagesordnungspunkt 17**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08:**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser, Heidi Lück, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltplan 2005/2006;
hier: Erhöhung der Mittel zur Forschung und Gesamtkonzept „Nachwachsende Rohstoffe“
(Kap. 08 03 TG 53 - 54)
Drs. 15/2038
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser, Heidi Lück, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltplan 2005/2006;
hier: Erhöhung der Mittel für Dorferneuerung
(Kap. 08 03 TG 87 und Kap. 08 04 TG 88)
Drs. 15/2039
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltplan 2005/2006;
hier: Investitionsfördermaßnahmen
(Kap. 08 03 Tit. 892 13, 892 14)
Drs. 15/2052
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltplan 2005/2006;
hier: Zuschüsse zu Diversifizierungsmaßnahmen nach VO EG Nr. 1257/99 - Landesmittel -
(Kap. 08 03 Tit. 681 64)
Drs. 15/2053
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltplan 2005/2006;
hier: Zuschüsse zu Forschungs- und Pilotvorhaben im ökologischen Landbau
(Kap. 08 03 TG 67 - 69)
Drs. 15/2054
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltplan 2005/2006;
hier: Maßnahmen zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung
(Kap. 08 03 Tit. 683 96)
Drs. 15/2055
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltplan 2005/2006;
hier: Förderung der Vermarktung
(Kap. 08 04 TG 96)
Drs. 15/2056
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltplan 2005/2006;
hier: Wirtschafts- und Betriebsausgaben des Lehr-, Versuchs- und Fachzentrums „Pferde“ Haupt- und Landgestüt Schwaiganger
(Kap. 08 20 TG 82 - 84)
Drs. 15/2057

Anlage 3

zur 33. Vollsitzung am 16.12.2004

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

Zu Tagesordnungspunkt 18

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 09:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser, Heidi Lück, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Mittel für Gemeinwohlfunktionen im Staatswald
bündeln
(Epl. 09 neuer Titel)
Drs. 15/2040
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Kürzung der Zuschüsse an forstliche Vereinigungen und Fachorganisationen
(Kap. 09 03 Tit. 686 11)
Drs. 15/2058
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Keine Zuschüsse an den Landesjagdverband Bayern e.V. Umschichtung der Mittel
(Kap. 09 03)
Drs. 15/2059

Aufstellung

über in den Ausschüssen für erledigt erklärte Anträge

Drs.Nr.	Vorgangsart	Betreff
1085	Antrag	Bericht über die Umsetzung der Reform „Verwaltung 21“
1288	Antrag	Umsetzung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes (GMG) Sicherstellung der kieferorthopädischen Versorgung
1382	Antrag	Zweigstelle Sonthofen des Amtsgerichts Kempten
1441	Antrag	Polizeiliche Zusammenarbeit zwischen Bayern und Tschechien regeln
1465	Antrag	Umsetzung des Professorenbesoldungsgesetzes
1647	Antrag	Bericht der Staatsregierung über die Ergebnisse der TRUST-Studie
1668	Antrag	Polizeireform
1783	Antrag	Gerichtstage der Gerichte für Arbeitssachen
1845	Dringlichkeitsantrag	Bericht zur Verwaltungsreform; Neuorganisation Landesämter in der Umweltverwaltung
1846	Antrag	Bericht zur Verwaltungsreform; Aufgabenprivatisierung
1898	Antrag	Bericht über die zahnärztliche und kieferorthopädische Versorgung in Bayern

Anlage 5

zur 33. Vollsitzung am 16.12.2004

Bayerischer Landtag

15. Wahlperiode

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.12.2004 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN; 800 Lehrerinnen und Lehrer einstellen
(Drucksache 15/2412)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred			
Ackermann Renate	X		
Babel Günther		X	
Bause Margarete	X		
Beck Melanie		X	
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar			
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Bocklet Reinhold			
Boutter Rainer	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne			
Dodell Renate		X	
Dr. Döhler Karl		X	
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp	X		
Dupper Jürgen	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Ettengruber Herbert		X	
Prof. Dr. Eykemann Walter			
Prof. Dr. Faltthauser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Glück Alois		X	
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	
Götz Christa		X	
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		
Guckert Helmut		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Haedke Joachim		X	
Hallitzky Eike		X	
Heckner Ingrid			X
Heike Jürgen W.			
Herold Hans			
Herrmann Joachim			
Hintersberger Johannes			
Hoderlein Wolfgang		X	
Hohlmeier Monika			X
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			X
Dr. Hünnerkopf Otto			
Hufe Peter			X
Imhof Hermann			
Dr. Kaiser Heinz		X	
Kamm Christine		X	
Kaul Henning			X
Kern Anton			X
Kiesel Robert			X
Kobler Konrad			X
König Alexander			X
Kränze Bernd			
Kreidl Jakob			X
Kreuzer Thomas			X
Dr. Kronawitter Hildegard		X	
Kupka Engelbert			X
Kustner Franz			X
Leichtle Willi			
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp			X
Lochner-Fischer Monica			
Lück Heidi			X
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz			
Matschl Christa			X
Meißner Christian			X
Memmel Hermann			
Meyer Franz			X
Miller Josef			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert			
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas			
Pachner Reinhart		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Plattner Edeltraud		X	
Pongratz Ingeborg		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radermacher Karin	X		
Rambold Hans		X	
Ranner Sepp			
Richter Roland			
Ritter Florian	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard			X
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara	X		
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sailer Martin		X	
Sauter Alfred			
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Berta		X	
Schmid Georg			
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Dr. Schnappauf Werner			
Schneider Siegfried		X	
Schorer Angelika		X	
Schramm Henry			
Schuster Stefan	X		
Schwimmer Jakob		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sem Reserl			X
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			X
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi			X
Stahl Christine			X
Stahl Georg			X
Stamm Barbara			X
Steiger Christa			X
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia			X
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard			X
Stöttner Klaus			X
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max			X
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone	X		
Thätter Blasius			
Tolle Simone			X
Traublinger Heinrich			
Unterländer Joachim			X
Prof. Dr. Vocke Jürgen			X
Vogel Wolfgang			
Volkmann Rainer			X
Wägemann Gerhard			X
Wahnschaffe Joachim			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard			X
Weichenrieder Max			X
Weidenbusch Ernst			X
Weikert Angelika			X
Weinberger Helga			
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred			X
Welnhofer Peter			X
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Dr. Wiesheu Otto			
Winter Georg			X
Winter Peter			X
Wörner Ludwig			X
Wolfrum Klaus			
Zeitler Otto			
Zeller Alfons			X
Zellmeier Josef			X
Zengerle Josef			X
Dr. Zimmermann Thomas			X
Gesamtsumme	44	79	1

